Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. Oktober 1978
Jg. 6 Nr. 41

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Tunesien: Todesstrafe gegen Gewerkschaftsführer beantragt

z.erb. Wegen ,,Aufruf zum bewaffneten Kampf und Sturz des Regimes'' hat die Staatsanwaltschaft in einem Sondergerichtsverfahren für 31 Funktionäre des tunesischen Gewerkschaftsbundes UGTT, darunter den früheren Generalsekretär Achour, die Todesstrafe beantragt. An der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung haben insbesondere die französischen Imperialisten, die noch immer der größte Plünderer des tunesischen Erdöls und Phosphats und wichtigster ,,Handelspartner'' ihrer ehemaligen Kolonie sind, das Hauptinteresse. 1972 ist es den Imperialisten gelungen, Tunesien ein Investitionsgesetz abzupressen, das in der Exportindustrie hundertprozentig in ausländischem Besitz befindliche Betriebe zuläßt. Nach der Niederschlagung des Generalstreiks vom 26. Januar 1978 meldete die US-Botschaft, daß die Aussichten gestiegen seien, ,,tiefer in den Markt einzudringen.''

Tuvalu ist unabhängig

z.mat. Tuvalu im pazifischen Ozean ist am 1. Oktober unabhängig geworden. Von der ehemaligen britischen Kolonialmacht war die Inselgruppe in einem namenlosen Staatengebilde mit zahlreichen anderen Inseln zusammen von den Gilbert-Inseln aus verwaltet worden. Die USA errichteten im Zweiten Weltkrieg auf Funafuti, der Hauptinsel von Tuvalu, einen Militärflughafen. Vor drei Jahren stimmten die 7000 Einwohner der neun Inseln – in den Atlanten sind sie noch als ,,Ellice-Inseln'' verzeichnet – für die Lostrennung von den fast 1000 km entfernten Gilbert-Inseln und forderten die vollständige Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeitsfeier wurde zur Blamage für die koloniale Arroganz Großbritanniens. Staatschef Lauti hatte das Angebot eines Staatsautos als Unabhängigkeitsgeschenk abgelehnt und stattdessen um Fahrräder gebeten. Um die wenigen hundert Meter auf Funafuti zurückzulegen, mußte für Prinzessin Margaret ein Leihwagen von den Fidschi-Inseln verschifft werden.

Belgien: Zivilpersonal des Kriegsministeriums streikt

z.sie.Brüssel. Am Montag und Dienstag letzter Woche streikten ca. 6000 Zivilbeamte beim belgischen Verteidigungsministerium und bei den belgischen Besatzertruppen in Westdeutschland. Zu diesem Streik hatten die christlichen und sozialistischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgerufen. Sie fordern unter

Tuvalu ist unabhängig

z.mat. Tuvalu im pazifischen Ozean ist am 1. Oktober unabhängig geworden. Von der ehemaligen britischen Kolonialmacht war die Inselgruppe in einem namenlosen Staatengebilde mit zahlreichen anderen Inseln zusammen von den Gilbert-Inseln aus verwaltet worden. Die USA errichteten im Zweiten Weltkrieg auf Funafuti, der Hauptinsel von Tuvalu, einen Militärflughafen. Vor drei Jahren stimmten die 7000 Einwohner der neun Inseln – in den Atlanten sind sie noch als ,,Ellice-Inseln'' verzeichnet – für die Lostrennung von den fast 1000 km entfernten Gilbert-Inseln und forderten die vollständige Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeitsfeier wurde zur Blamage für die koloniale Arroganz Großbritanniens. Staatschef Lauti hatte das Angebot eines Staatsautos als Unabhängigkeitsgeschenk abgelehnt und stattdessen um Fahrräder gebeten. Um die wenigen hundert Meter auf Funafuti zurückzulegen, mußte für Prinzessin Margaret ein Leihwagen von den Fidschi-Inseln verschifft werden.

Belgien: Zivilpersonal des Kriegsministeriums streikt

z.sie.Brüssel. Am Montag und Dienstag letzter Woche streikten ca. 6000 Zivilbeamte beim belgischen Verteidigungsministerium und bei den belgischen Besatzertruppen in Westdeutschland. Zu diesem Streik hatten die christlichen und sozialistischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgerufen. Sie fordern unter
anderem eine zusätzliche Zahlung von 100 DM pro Monat als Angleichung an die Gehälter der Berufssoldaten und die Streichung der unteren Lohngruppen von 123 Beamten. Der Streik des Zivilpersonals, das nicht nur schlechter als die Berufssoldaten, sondern auch schlechter als die anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bezahlt wird, stärkt die Kämpfe der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Am Donnerstag streikten 1200 Angestellte der öffentlichen Schulen in La Louvriere gegen die Pläne der Regierung im Rahmen ihres ,,Anti-Krisen-Gesetzes'', durch Bezahlung der Angestellten nach dem Dienstalter den Lohn zu senken.

Erneuter Milchstreik gegen Zwangsabgaben in Polen

z.mih. Die Zwangsabgaben der polnischen Bauern an den Staat sind hoch. Wer sie nicht erbringen kann, muß Rentenbeiträge zahlen für ein Programm, das die Enteignung der kleinen Bauern, ihre Freisetzung für die Industrie und kapitalistische Großfarmen und die Beseitigung der Rentner vor ihrer Verrentung beinhaltet (s.a. KVZ 33/78, S.2). Dieses Programm, Eckpfeiler für die Tributzahlungen an den ,,großen Bruder'', findet keineswegs Zustimmung. Die Beitragszahlungen für den Rentenversicherungsfonds werden bisher von 250000 Bauern abgelehnt. Jetzt wird versucht, über die Molkereien die Pensionsbeiträge von dem Milchgeld einzubehalten. Deshalb haben jetzt die polnischen Bauern in mehreren Dörfern erneut mit einem Milchstreik auf diese Zwangseinziehungen geantwortet. Das ,,Komitee zur Selbstverteidigung der Bauern'' hat gemeldet, daß die Bauern im Dorf Lisow keine Milch mehr abliefern und daß andere Dörfer ähnliche Kampfmaßnahmen beschlossen haben.

Mit Camp David hat sich der alte Kampf um den Nahen Osten bloß erneut verschärft

Provokationen der christlichen Milizen / Israelische Angriffe auf den Libanon
Der Sozialimperialismus will ins Geschäft

z.ges. Erst vorgestern sind die Abkommen von Camp David unterschrieben worden und hat das israelische Parlament Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage zugestimmt. Heute beschießt israelische Marine erneut palästinensische Lager und Einheiten der panarabischen Friedenstruppe im Libanon. Die Abkommen von Camp David und die Angriffe Israels auf den Libanon stehen aber nicht in Widerspruch. Sie sind Winkelzüge in ein und derselben US-imperialistischen Strategie, die Vorherrschaft des US-Imperialismus im Nahen Osten mit Zähnen und Klauen zu verteidigen und zu festigen.

Gestern noch haben die sowjetischen Sozialimperialisten mit 130000 Auswanderern für Nachschub in den zionistischen Kolonialistenstaat gesorgt, um die negative Bevölkerungsbilanz auszugleichen. Heute empfangen sie Präsident Assad und behaupten, die palästinensische und arabische Sache mit ganzem, und versteht sich, mit reinem Herzen zu unterstützen. Bei der Unterschriftenzeremonie unter die Abkommen von Camp David hat US-Präsident Carter ausgeführt:

,,Die strategische Lage dieser Länder und die Ressourcen, über die sie verfügen, bedeuten, daß alle Vorgänge im Nahen Osten die Menschen überall auf der Erde direkt angehen. Wir und unsere Freunde könnten nicht indifferent bleiben, sollte eine feindliche Macht dort ihre Vorherrschaft etablieren.''

Als Breschnew Präsident Assad dieser Tage in Moskau empfing, echote er auf die Ausführungen Carters, daß es im Nahen Osten bloß einen Frieden geben könnte, wenn die Sowjetunion an diesem Frieden beteiligt sei. Es ist demgegenüber absolut sicher, daß die arabischen Völker niemals Ruhe finden werden zum Aufbau ihrer Länder, solange sie diese beiden Supermächte nicht vertrieben und die Brückenköpfe des Imperialismus nicht zerschlagen haben.

Seit es den Imperialismus gibt, ist der Nahe Osten eines seiner begehrtesten Eroberungsziele. Die arabischen

zu festigen.

Gestern noch haben die sowjetischen Sozialimperialisten mit 130000 Auswanderern für Nachschub in den zionistischen Kolonialistenstaat gesorgt, um die negative Bevölkerungsbilanz auszugleichen. Heute empfangen sie Präsident Assad und behaupten, die palästinensische und arabische Sache mit ganzem, und versteht sich, mit reinem Herzen zu unterstützen. Bei der Unterschriftenzeremonie unter die Abkommen von Camp David hat US-Präsident Carter ausgeführt:

,,Die strategische Lage dieser Länder und die Ressourcen, über die sie verfügen, bedeuten, daß alle Vorgänge im Nahen Osten die Menschen überall auf der Erde direkt angehen. Wir und unsere Freunde könnten nicht indifferent bleiben, sollte eine feindliche Macht dort ihre Vorherrschaft etablieren.''

Als Breschnew Präsident Assad dieser Tage in Moskau empfing, echote er auf die Ausführungen Carters, daß es im Nahen Osten bloß einen Frieden geben könnte, wenn die Sowjetunion an diesem Frieden beteiligt sei. Es ist demgegenüber absolut sicher, daß die arabischen Völker niemals Ruhe finden werden zum Aufbau ihrer Länder, solange sie diese beiden Supermächte nicht vertrieben und die Brückenköpfe des Imperialismus nicht zerschlagen haben.

Seit es den Imperialismus gibt, ist der Nahe Osten eines seiner begehrtesten Eroberungsziele. Die arabischen
Völker waren damals der Herrschaft des türkischen Feudalreichs unterworfen, das seinerseits Gegenstand der Rivalitäten der Imperialisten wurde. Während die Völker gegen die Herrschaft des türkischen Feudalreichs rebellierten, versuchten die verschiedenen Imperialisten sein Erbe anzutreten, und entfalteten heftige Kämpfe um die ersehnte Beute. Noch während des Ersten Weltkrieges und als das Deutsche Reich noch kühnen Träumen über die Unterwerfung des Nahen Ostens nachhing und diese auch mit Waffengewalt und gestützt auf türkische Armeen zu verwirklichen versuchte, teilten die englischen und die französischen Imperialisten den Nahen Osten bereits auf der Landkarte unter sich auf. Die großen Ölreichtümer waren schon vor dem Krieg bekanntgeworden, und im Krieg wuchs das Bewußtsein über die Bedeutung dieser Ölreichtümer. Mit dem Sieg über ihren deutschen Konkurrenten und die mit ihm verbündete Türkei konnten die englischen und die französischen Imperialisten die Teilungsabsichten verwirklichen. Mesopotamien, d.h. der Irak, die arabische Halbinsel und Palästina wurden englische Herrschaftsgebiete, Syrien, inclusive Libanon wurde zum französischen Herrschaftsbereich. In das irakische Öl teilten sich die englischen und französischen Imperialisten. Dabei mußten sie den US-Imperialismus als weiteren Teilhaber an diesen Reichtümern zulassen.

Fortsetzung Seite 2

Niemals wird sich das iranische Volk mit den ausländischen Ausplünderern und deren Lakaien versöhnen!



Gegen den Versuch des Schahregimes, die kämpfenden iranischen Volksmassen blutig zu unterwerfen, führen die Arbeiter den Kampf mit großen Streiks für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, für gewerkschaftliche Rechte. Sie fordern in den Streiks den Sturz des Schah-Regimes und bekämpfen den US-Imperialismus: ,,Niemals wird sich das iranische Volk mit den ausländischen Ausplünderern und deren Lakaien versöhnen.'' (Parole auf der Demonstration am 7.9. in Teheran, unser Bild) Die kampferfahrensten Abteilungen der iranischen Arbeiterklasse begannen mit den Streiks: In Abadan besetzten 30000 Erdölarbeiter die Fabrik, die Textilarbeiter in Schahi folgten. Inzwischen beteiligen sich erstmals auch die Beschäftigten in staatlichen Betrieben und Institutionen in großem Umfang. Im ganzen Land ist das Post- und Fernmeldewesen lahmgelegt, die staatlichen Banken und Versicherungen werden bestreikt, seit Samstag auch das Bil-

Ausplünderern und deren Lakaien versöhnen!



Gegen den Versuch des Schahregimes, die kämpfenden iranischen Volksmassen blutig zu unterwerfen, führen die Arbeiter den Kampf mit großen Streiks für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, für gewerkschaftliche Rechte. Sie fordern in den Streiks den Sturz des Schah-Regimes und bekämpfen den US-Imperialismus: ,,Niemals wird sich das iranische Volk mit den ausländischen Ausplünderern und deren Lakaien versöhnen.'' (Parole auf der Demonstration am 7.9. in Teheran, unser Bild) Die kampferfahrensten Abteilungen der iranischen Arbeiterklasse begannen mit den Streiks: In Abadan besetzten 30000 Erdölarbeiter die Fabrik, die Textilarbeiter in Schahi folgten. Inzwischen beteiligen sich erstmals auch die Beschäftigten in staatlichen Betrieben und Institutionen in großem Umfang. Im ganzen Land ist das Post- und Fernmeldewesen lahmgelegt, die staatlichen Banken und Versicherungen werden bestreikt, seit Samstag auch das Bil-
dungswesen unter der Forderung nach 100% mehr Lohn.

Jahreshauptversammlungen: Aktionäre wittern Profite und heulen nach Maßnahmen der Regierung

Peine und Salzgitter

z.bel. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum haben die westdeutschen Stahlkapitalisten im ersten Halbjahr 1978 ihre Exporte verzehnfacht. Bereits auf der letzten Jahreshauptversammlung von P&S Ende Mai hat der Vorstandsvorsitzende Adams die Marschrichtung in den ,,Frühling am Stahlhimmel'' festgelegt und für den ,,Hauptaktionär'', die bundeseigene Salzgitter AG, die politischen Forderungen aufgestellt: Die ,,Chancen'', die das auf maßgebliches Betreiben der Bundesregierung zustande gekommene europäische Abkommen über Stahlmindestpreise biete, ,,nutzen, um uns neue Waffen für den künftigen Konkurrenzkampf zu schmieden''. Die Stahlmindestpreise, für größere westdeutsche Stahlkonzerne inzwischen zu einer Fessel beim Profitmachen geworden, bieten den P&S-Kapitalisten die Möglichkeit, in der Konkurrenz aufzuholen. ,,Alle werden Federn lassen, auch wir bei P&S.'' Damit sind die P&S-Arbeiter gemeint, die mit 1000 weniger im letzten Geschäftsjahr über 600000 Tonnen mehr Stahl als im vorigen Jahr produziert haben, deren ,,Lohnkosten im nationalen und internationalen Vergleich'' immer noch ,,zu hoch'' seien. Und die ausländische Konkurrenz:

Die Bundesregierung soll dafür sorgen, die norditalienischen Stahlkonzerne ,,auf die europäische Linie zu zwingen''. ,,Sollten Verwarnungen nicht mehr helfen, muß die rote Karte gezeigt werden.'' Auffassungen von seiten der Kleinaktionäre, die noch 5,4% des 312 Millionen DM Grundkapitals besitzen, angesichts des Plans einer der ,,Bresciani'', sich im Emsland anzusiedeln, ,,nicht in Panik zu verfallen'', müsse ,,energisch entgegengetreten'' werden. Sofort ist an das niedersächsische Wirtschaftsministerium geschrieben worden.

BASF

z.chk. Um gegenüber den imperialistischen Konkurrenten in der Chemieindustrie einen Schritt voranzukommen, forderte M. Seefelder, Vorstandsvorsitzender der BASF AG, auf der Jahreshauptversammlung der BASF-Aktionäre einschneidende Maßnahmen. In der Chemieindustrie, vor allem in der Massenkunststoffproduktion, tobt ein heftiger Konkurrenzkampf. Dabei ist es den BASF-Kapitalisten in den letzten Jahren gelungen, vor allem den US-amerikanischen Chemiemonopolen Marktanteile in den Vereinigten Staaten selber abzujagen. 50,5% ihres Umsatzes machen die BASF-Kapitalisten im Ausland, rund ein Viertel der Gesamtproduktion des Konzerns wird in den USA hergestellt. Bei einer Zuwachsrate von 3,8% sieht Seefelder die Kapitalexportoffensive der BASF-Kapitalisten ins Stocken geraten, zumal die imperialistische Konkurrenz weitaus höhere Zuwachsraten erzielt hat und gleichzeitig verstärkt auf den westdeutschen Chemiemarkt drängt, so daß der Inlandsumsatz der BASF um 1,7% zurückgegangen ist.

Seefelder steckt den Kurs ab: ,,Für uns spielt in Übersee der große amerikanische Markt eine dominierende Rolle.Das wird auch in Zukunft so bleiben.'' Grundlage für den intensivierten Kapitalexport ist die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und Lohnsenkung in Westdeutschland. ,,Der Aufwärtstrend der Lohnkosten hat 1977 angehalten... Gegen Ende der 60er Jahre beginnt eine für die Volkswirtschaft bedenkliche Loslösung der Lohnkurve von der Produktivität. Dies darf so nicht weitergehen!'' Von der Bundesregierung fordern die BASF-Kapitalisten ,,erhöhte Wachsamkeit gegenüber Dumping- und Niedrigpreiseinfuhren'' seitens der Konkurrenz und ,,Beschleunigung der langwierigen Genehmigungsverfahren'' für Investitionen und Kapitalexport.

Siemens

z.zik. Von 606 auf 650 Millionen DM hat Siemens den Gewinn nach Steuern im Geschäftsjahr 76/77 steigern können. 351 Millionen davon wurden den Rücklagen zugewiesen, den Aktionären 8% auf die 100-Mark-Aktie ausgeschüttet. Dazu eine Steuergutschrift von 4,50 DM je Aktie infolge der Körperschaftssteuerreform, die ,,im Gegensatz zu sehr vielen anderen Reformgesetzen ihren Namen verdient'' (,,Die Siemens-Aktie'').

Der Siemenskonzern hatte gerade auf dem ,,größten und in weiten Arbeitsgebieten fortschrittlichsten Elektromarkt der Welt'' (P.v. Siemens), dem US-Markt, Fuß gefaßt mit Gründung der ,,Siemens-Allis'', Gründung einer neuen Gesellschaft zusammen mit der ,,Advanced Micro Devices'', 80% Beteiligung an der ,,Litronix Inc.'' und Beteiligung an den ,,Corning Glass Works'', und war zum fünftgrößten Elektrokonzern der Welt avanciert. Aber ,,... die anderen Völker schlafen nicht ... Andere Industrienationen würden uns mit ihren Waren überschwemmen.'' Dazu kommt ,,der durch Bürgerinitiativen ... entstandene Investitionsstau'' bei Kernkraftwerken von ,,15 bis 20 Milliarden DM''.

Deshalb: ,,Rationalisierung muß sein, sogar noch stärker als bisher – nicht zuletzt auch wegen der abermals zu hohen Lohnabschlüsse ...'', und an die Regierung gewandt: ,,Auflösung des durch Bürgerinitiativen und durch administrative Hemmnisse entstandenen Investitionsstaus, namentlich auch im Kernkraftwerksbau''. Als Siemens dies in ,,Siemens Mitteilungen 7/78'' bekannt gaben, hatten sie gerade Osram einverleibt, den Umsatz in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 77/78 um 11,9% auf 19,9 Milliarden und den Gewinn nach Steuern um 11,5% auf 430 Millionen gesteigert bei 1000 Arbeitern weniger.

Mit Camp David hat sich der alte Kampf um den Nahen Osten bloß erneut verschärft

Fortsetzung von Seite 1

So hatten sich die arabischen Völker ihre Befreiung von der türkischen Herrschaft nicht gedacht. Zielstrebig gingen die britischen und französischen Imperialisten daran, Vorkehrungen gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker zu treffen. Zu diesem Zweck mußten sie sich feste, vom Mittelmeer aus erreichbare Brückenköpfe im Nahen Osten schaffen. Die Briten füllten Palästina mit den Zionisten auf, um ihren Brückenkopf zu schaffen. Die französischen Imperialisten schufen den Libanon, indem sie sich durch Spaltung der Bevölkerung und ihren Einfluß auf die Christen und die feudalen Grundbesitzer die Vorherrschaft dauerhaft sichern wollten. Brückenköpfe gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker sollten so geschaffen werden, aber auch Stützpunkte in der gegenseitigen Rivalität um die Vorherrschaft im Nahen Osten. So beuteten sie zwar gemeinsam das irakische Öl aus, aber auf eine gemeinsame Pipeline zum Mittelmeer konnten sich die britischen und die französischen Imperialisten nicht einigen. Ein Strang der Pipeline wurde nach Palästina und Haifa, der andere nach dem Libanon und Tripolis verlegt. Während des 2. Weltkrieges verteidigten die englischen und französischen Imperialisten ihre Brückenköpfe gegen den erneut angreifenden deutschen Imperialismus, der sich mit dem italienischen Imperialismus verbündet hatte. Gleichzeitig bauten sie diese Stützpunkte gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker aus. Sie konnten aber nicht verhindern, daß der US-Imperialismus sich in diesen Stützpunkten selber immer mehr breit machte. Gestützt auf die US-Imperialisten gründeten die Zionisten den Staat Israel und vertrieben die Palästinenser. Anstelle des britischen Imperialismus übernahm der US-Imperialismus die Vorherrschaft. Auch im Libanon, der 1947 von den französischen Truppen geräumt werden mußte, machte sich der US-Imperialismus breit. 1956 setzte er Truppen an Land, um seine Vorherrschaft zu sichern, die sich wie die französische Kolonialmacht auf die christlichen Phalangisten und die feudalen Grundbesitzer stützte. Zionisten und Phalangisten waren zu den Kolonialtruppen des US-Imperialismus geworden. Noch jedesmal hat der US-Imperialismus diese Truppen in den Kampf geworfen, wenn es den Befreiungskampf der arabischen Völker niederzuschlagen galt. Dieser Befreiungskampf aber machte ununterbrochen Fortschritte, so daß der US-Imperialismus seine Kolonialtruppen auch ständig mehr aufrüsten mußte, um noch einmal die Oberhand zu behalten.

listen ihre Brückenköpfe gegen den erneut angreifenden deutschen Imperialismus, der sich mit dem italienischen Imperialismus verbündet hatte. Gleichzeitig bauten sie diese Stützpunkte gegen den Befreiungskampf der arabischen Völker aus. Sie konnten aber nicht verhindern, daß der US-Imperialismus sich in diesen Stützpunkten selber immer mehr breit machte. Gestützt auf die US-Imperialisten gründeten die Zionisten den Staat Israel und vertrieben die Palästinenser. Anstelle des britischen Imperialismus übernahm der US-Imperialismus die Vorherrschaft. Auch im Libanon, der 1947 von den französischen Truppen geräumt werden mußte, machte sich der US-Imperialismus breit. 1956 setzte er Truppen an Land, um seine Vorherrschaft zu sichern, die sich wie die französische Kolonialmacht auf die christlichen Phalangisten und die feudalen Grundbesitzer stützte. Zionisten und Phalangisten waren zu den Kolonialtruppen des US-Imperialismus geworden. Noch jedesmal hat der US-Imperialismus diese Truppen in den Kampf geworfen, wenn es den Befreiungskampf der arabischen Völker niederzuschlagen galt. Dieser Befreiungskampf aber machte ununterbrochen Fortschritte, so daß der US-Imperialismus seine Kolonialtruppen auch ständig mehr aufrüsten mußte, um noch einmal die Oberhand zu behalten.

Die arabischen Völker müssen diese Kolonialtruppen zerschlagen, wenn sie den US-Imperialismus treffen wollen. Der Zionismusmus ist die Hauptmacht dieser Kolonialtruppen, die christlichen Milizen im Libanon sind eine Abteilung dieser Kolonialtruppen. Offensichtlich sollen die Abkommen in Camp David keinem anderen Zweck dienen, als die arabischen Staaten zu spalten, um sich auf die Rückeroberung des Libanon mit Hilfe der Zionisten und der christlichen Milizen konzentrieren zu können. Sofort nach Unterzeichnung der Abkommen sind die Phalangisten im Libanon zu neuen Provokationen gegen die panarabische Friedenstruppe übergegangen und haben verkündet, daß sie diese nun aus dem Libanon verjagen wollten. Das Ziel ist, nach mehreren Anläufen vielleicht doch die PLO zerschlagen zu können. Schließlich wissen die US-Imperialisten, daß die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten hinter der PLO steht und daß die Abkommen von Camp David nur Bestand haben könnten, wenn es gelingt, die bewaffnete Organisation des Palästinensischen Volkes, die PLO, zu zerschlagen. Die „Front der Standhaftigkeit und des Kampfes", die durch die PLO, Syrien, die VRA Jemen, Libyen und Algerien gebildet wird, hat dieses Ziel des US-Imperialismus seit langem erkannt und will es zum Scheitern bringen. Unbedingt verdient die PLO und die Front der Standhaftigkeit und des Kampfes die Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse und hat sie auch. Aber niemals kann sich diese Unterstützung auf die Ziele der anderen Supermacht, des Sozialimperialismus, erstrecken. Der Sozialimperialismus hat Israel mit hochgepäppelt und an der Ausrüstung der christlichen Milizen mit verdient, weil er durch die versteckte Unterstützung der Feinde der Arabischen Völker seine „brüderliche Unterstützung der arabischen Völker" besser an den Mann zu bringen hofft, um die arabischen Völker seiner Vorherrschaft zu unterwerfen. Der Sozialimperialismus stärkt die Feinde der arabischen Völker, um die arabischen Völker, die er seine Freunde nennt, seiner Vorherrschaft unterwerfen zu können und von sich abhängig zu machen. Er ist der größte Spalter. Im Oktoberkrieg wollten die Sozialimperialisten Sadat zu einem Waffenstillstand mit Israel zwingen, weil angeblich Assad einen solchen Waffenstillstand verlange. Sadat und Assad konnten sich damals schnell verständigen und pfiffen auf den Waffenstillstand. Auch in der jetzigen Situation der verschärften Rivalität der beiden Supermächte im Nahen Osten kommt es darauf an, daß sich die arabischen Völker im Kampf für ihre Interessen verständigen, um den Kampf gemeinsam zu führen. Wo der eine oder andere Führer der arabischen Völker diesem Interesse nicht entsprechen will und nicht entspricht, wird er unvermeidbar in immer tieferen Widerspruch zu seinem Volk und zur ganzen arabischen Nation geraten. Aber der Hauptwiderspruch bleibt im Nahen Osten für eine ganze Etappe der Widerspruch zwischen der arabischen Nation und den beiden Supermächten, wie ihren Kolonial- und Söldnertruppen. Dabei ist klar: wo die Rivalität der beiden Supermächte tobt, schauen die anderen Imperialisten, nicht zu kurz zu kommen. So hat sich Giscard d'Estaing mit einem Friedensvorschlag schon zu Wort gemeldet, der darauf hinausläuft, die panarabische Friedenstruppe und die christlichen Söldnermilizen auf eine Stufe zu stellen, um dann den Schiedsrichter zu spielen. Kohl hat Kanzler Schmidt einen Brief geschrieben, er solle unbedingt jede Gelegenheit zur Einmischung im Nahen Osten wahrnehmen. Bleibt die Frage offen, ob sie diese Gelegenheit haben werden. Wir sind dafür, sie zunichte zu machen und den Kampf der arabischen Völker mit aller Kraft zu unterstützen, insbesondere die PLO, die Organisation des palästinensischen Volkes zu unterstützen und alle Feinde des palästinensischen Volkes zu bekämpfen.

„Vorspiel für einen Handelskrieg beträchtlichen Ausmaßes" – US-Imperialisten wollen Genfer GATT-Verhandlungen platzen lassen

z.jon. Die US-Imperialisten haben angekündigt, daß sie die Genfer Verhandlungen der „Tokio-Runde" im Rahmen des allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel GATT platzen lassen wollen. Dazu liegt dem amerikanischen Kongreß ein Antrag vor, wonach Produkte der Textilindustrie von den Maßnahmen zur Zollsenkung und zur „Beseitigung von Handelshindernissen", um die es in Genf geht, ausgenommen werden sollen. Dieser Plan ist ein Schlag gegen die Textilindustrie der Dritten Welt. Zweitens hat Carters Handelsbevollmächtigter Strauss erklärt, die US-Regierung werde beim Kongreß keine Änderung des Gesetzes beantragen, wonach ab dem 4.1.79 „Ausgleichszölle" für solche Waren beim Import in die USA bezahlt werden müssen, die in den Herstellungsländern direkt oder indirekt vom Staat subventioniert werden. Die Beseitigung dieses Paragraphen wird von den EG-Imperialisten gefordert.

98 Länder nehmen an der Genfer Konferenz teil. Für die Länder der Dritten Welt geht es darum, ihre Rohstoffe und Industrieprodukte ohne Diskriminierung in den imperialistischen Staaten absetzen zu können. Für die Imperialisten geht es darum, sich die Märkte der Dritten Welt uneingeschränkt zu öffnen und untereinander aufzuteilen.

Arrogant bezeichnet die EG-Kommission in ihrem Bulletin den 28.1.78 als den „Beginn der wesentlichen Phase" der Tokio-Runde, die offiziell seit 1973 läuft. An diesem Tag haben nicht etwa die 98 Delegationen getagt, sondern es wurden die „offiziösen Gespräche" abgeschlossen, in denen sich die US-Imperialisten mit den westeuropäischen und japanischen Imperialisten auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Länder der Dritten Welt einigten. Untereinander schlossen sie einen Kuhhandel ab, bei dem sie sich gegenseitig zu übervorteilen suchten. Sie sagten sich eine allgemeine Zollsenkung von 25 bis 40% in einem unbestimmten Zeitraum zu. Die Japaner versprachen, ihren Außenhandelsüberschuß einzuschränken, die Westeuropäer wollten ihren Markt einer Reihe von US-amerikanischen Agrarprodukten öffnen und die Amerikaner versprachen, die in ihrem Handelsgesetz vorgesehenen Ausgleichszölle nicht einzuführen. Die US-Imperialisten rechneten sich aus, daß sie durch die Verbilligung ihrer Exporte durch die planmäßige Dollarentwertung die japanischen und westeuropäischen Imperialisten niederkonkurrieren könnten. Die japanischen und die westeuropäischen Imperialisten hofften, ihr Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse werde reichen, um weiter auf den Markt der US-Imperialisten vorzudringen. Alle zusammen hofften sie, daß die Dollarkrise die Rohstoffpreise der Dritten Welt und vor allem der OPEC ruinieren und die Einheit der Dritten Welt sprengen würde.

Die OPEC ließ sich nicht spalten, und die Delegationen der Entwicklungsländer haben im Juni geschlossen die Forderungen der Imperialisten auf der Genfer Konferenz abgelehnt und stattdessen einen Katalog von 290 Produkten vorgelegt, für den sie eine Herabsetzung der imperialistischen Zolltarife fordern (vgl. KVZ Nr. 31/78). Das hat der imperialistischen Koalition in Genf den entscheidenden Schlag versetzt. Den zweiten Schlag erlitten die US-Imperialisten durch die amerikanischen Arbeiter und Volksmassen, die mit ihren Streiks und Kämpfen gegen die staatliche Plünderung verhinderten, daß die US-Imperialisten die Ausbeutung im geplanten Ausmaß steigern und ihr Monopol auf den Weltmärkten ausbauen konnten. Trotz der planmäßigen Dollarentwertung sind in diesem Jahr die Importe der imperialistischen Konkurrenten in die USA und ihr Anteil an den Märkten der Dritten Welt schneller gestiegen als die Exporte der USA. Das hat die US-Imperialisten jetzt zur offenen Sabotage der Genfer Verhandlungen getrieben. Im September kündigte Carter ein neues Exportförderungsgesetz an, das hohe Subventionen für exportierende Kapitalisten sowie unter anderem die Lockerung der Strafvorschriften für die Bestechung ausländischer Politiker vorsieht. Die EG-Kommission hat in einem Brief an die US-Regierung erklärt, das Verhalten der US-Imperialisten in Genf sei „das Vorspiel für einen Handelskrieg beträchtlichen Ausmaßes".

„Vorspiel für einen Handelskrieg beträchtlichen Ausmaßes" – US-Imperialisten wollen Genfer GATT-Verhandlungen platzen lassen

z.jon. Die US-Imperialisten haben angekündigt, daß sie die Genfer Verhandlungen der „Tokio-Runde" im Rahmen des allgemeinen Abkommens über Zolltarife und Handel GATT platzen lassen wollen. Dazu liegt dem amerikanischen Kongreß ein Antrag vor, wonach Produkte der Textilindustrie von den Maßnahmen zur Zollsenkung und zur „Beseitigung von Handelshindernissen", um die es in Genf geht, ausgenommen werden sollen. Dieser Plan ist ein Schlag gegen die Textilindustrie der Dritten Welt. Zweitens hat Carters Handelsbevollmächtigter Strauss erklärt, die US-Regierung werde beim Kongreß keine Änderung des Gesetzes beantragen, wonach ab dem 4.1.79 „Ausgleichszölle" für solche Waren beim Import in die USA bezahlt werden müssen, die in den Herstellungsländern direkt oder indirekt vom Staat subventioniert werden. Die Beseitigung dieses Paragraphen wird von den EG-Imperialisten gefordert.

98 Länder nehmen an der Genfer Konferenz teil. Für die Länder der Dritten Welt geht es darum, ihre Rohstoffe und Industrieprodukte ohne Diskriminierung in den imperialistischen Staaten absetzen zu können. Für die Imperialisten geht es darum, sich die Märkte der Dritten Welt uneingeschränkt zu öffnen und unterein-

28.1.78 als den „Beginn der wesentlichen Phase" der Tokio-Runde, die offiziell seit 1973 läuft. An diesem Tag haben nicht etwa die 98 Delegationen getagt, sondern es wurden die „offiziösen Gespräche" abgeschlossen, in denen sich die US-Imperialisten mit den westeuropäischen und japanischen Imperialisten auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Länder der Dritten Welt einigten. Untereinander schlossen sie einen Kuhhandel ab, bei dem sie sich gegenseitig zu übervorteilen suchten. Sie sagten sich eine allgemeine Zollsenkung von 25 bis 40% in einem unbestimmten Zeitraum zu. Die Japaner versprachen, ihren Außenhandelsüberschuß einzuschränken, die Westeuropäer wollten ihren Markt einer Reihe von US-amerikanischen Agrarprodukten öffnen und die Amerikaner versprachen, die in ihrem Handelsgesetz vorgesehenen Ausgleichszölle nicht einzuführen. Die US-Imperialisten rechneten sich aus, daß sie durch die Verbilligung ihrer Exporte durch die planmäßige Dollarentwertung die japanischen und westeuropäischen Imperialisten niederkonkurrieren könnten. Die japanischen und die westeuropäischen Imperialisten hofften, ihr Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse werde reichen, um weiter auf den Markt der US-Imperialisten vorzudringen. Alle zusammen hofften sie, daß die

Die OPEC ließ sich nicht spalten, und die Delegationen der Entwicklungsländer haben im Juni geschlossen die Forderungen der Imperialisten auf der Genfer Konferenz abgelehnt und stattdessen einen Katalog von 290 Produkten vorgelegt, für den sie eine Herabsetzung der imperialistischen Zolltarife fordern (vgl. KVZ Nr. 31/78). Das hat der imperialistischen Koalition in Genf den entscheidenden Schlag versetzt. Den zweiten Schlag erlitten die US-Imperialisten durch die amerikanischen Arbeiter und Volksmassen, die mit ihren Streiks und Kämpfen gegen die staatliche Plünderung verhinderten, daß die US-Imperialisten die Ausbeutung im geplanten Ausmaß steigern und ihr Monopol auf den Weltmärkten ausbauen konnten. Trotz der planmäßigen Dollarentwertung sind in diesem Jahr die Importe der imperialistischen Konkurrenten in die USA und ihr Anteil an den Märkten der Dritten Welt schneller gestiegen als die Exporte der USA. Das hat die US-Imperialisten jetzt zur offenen Sabotage der Genfer Verhandlungen getrieben. Im September kündigte Carter ein neues Exportförderungsgesetz an, das hohe Subventionen für exportierende Kapitalisten sowie unter anderem die Lockerung der Strafvorschriften für die Bestechung ausländischer Politiker vorsieht. Die EG-Kommission hat in einem Brief an die US-

Zu wenig, nicht gesund, und billig ist es auch nicht

r.pee. 11.55 Uhr; Mittagspause. Fünf Minuten und mehr Eilmarsch zur Kantine. Auf den Küchenplan wird kaum gesehen, das hält zu lange auf. Da erkundigt man sich lieber bei dem, der das das Essen austeilt. „Gulasch würde ich heute nicht nehmen, da ist zu viel Fett drin, aber Schweinebraten." Gut, Schweinebraten, Bratkartoffeln, Brechbohnen, einen großen Pudding, zusammen 2,90 DM. Das Essen ist halb kalt, die Menge reicht nicht. 936 Kalorien (3875 Joule) hat dieses Essen, was aber noch nichts über seine Nahrhaftigkeit sagt. Die Vitamine sind, wie bei allen Gerichten, verkocht. Nach zweieinhalb Stunden stellt sich schon wieder Hungergefühl ein.

25 bis 30 Einzelspeisen und ca. fünf Fleisch-, ein bis zwei Fisch- und zwei Eiergerichte werden „angeboten", das aber nur in den großen Kantinen und nicht in den Pausen für Schichtarbeiter. Arbeiter, die über lange Zeit im Werk essen, berichten, daß mit der Zeit so ziemlich alle Gerichte in die gleiche „Geschmacksrichtung" gehen, so daß auf die Dauer alles fad schmeckt. Auch stellte sich bei vielen Arbeitern auf die Dauer ein „sanftes Drücken in der Magengegend" ein. Dann werde erst mal nicht mehr im Werk gegessen, und das „Drücken" sei weg.

Daß ca. 20000 Arbeiter täglich „am Essen teilnehmen", geben die VW-Kapitalisten in ihrem Sozialbericht als Beweis für die Reichhaltigkeit und Qualität des Angebots an. Vertuscht werden sollen die Gründe, warum überhaupt in der Fabrik gegessen wird. Über 80000 essen sowieso schon lieber Brot mittags oder noch irgendwie zuhause. Diejenigen, die Schicht arbeiten und vor oder nach der Schicht essen, tun dies auch nicht wegen des „guten Geschmacks", vielmehr wegen der Zeit. Für Arbeiter, die 20 oder 30 km weit entfernt wohnen, oder für die, bei denen das Familieneinkommen durch Mann und Frau geschaffen werden muß, stellt sich schon die Frage: Sollen sie bei Spätschicht noch vor 12 Uhr mittags kochen und essen, bei Frühschicht ab halb vier oder noch später? Bei dieser Alternative erscheint es schon besser, mittags kurz vor Schichtbeginn oder nach Schichtende in der Kantine zu essen.

Mit 0,75 DM geben die Kapitalisten im „Handelsblatt" (20.9.) den durchschnittlichen Preis für ein Essen in der Kantine an. 2,10 DM kostet ein 180 g-Kotelett bei VW; aus der eigenen Schweinezucht. Im Geschäft bekommt man 500 g für 3,78

gengegend" ein. Dann werde erst mal nicht mehr im Werk gegessen, und das „Drücken" sei weg.

Daß ca. 20000 Arbeiter täglich „am Essen teilnehmen", geben die VW-Kapitalisten in ihrem Sozialbericht als Beweis für die Reichhaltigkeit und Qualität des Angebots an. Vertuscht werden sollen die Gründe, warum überhaupt in der Fabrik gegessen wird. Über 80000 essen sowieso schon lieber Brot mittags oder noch irgendwie zuhause. Diejenigen, die Schicht arbeiten und vor oder nach der Schicht essen, tun dies auch nicht wegen des „guten Geschmacks", vielmehr wegen der Zeit. Für Arbeiter, die 20 oder 30 km weit entfernt wohnen, oder für die, bei denen das Familieneinkommen durch Mann und Frau geschaffen werden muß, stellt sich schon die Frage: Sollen sie bei Spätschicht noch vor 12 Uhr mittags kochen und essen, bei Frühschicht ab halb vier oder noch später? Bei dieser Alternative erscheint es schon besser, mittags kurz vor Schichtbeginn oder nach Schichtende in der Kantine zu essen.

Mit 0,75 DM geben die Kapitalisten im „Handelsblatt" (20.9.) den durchschnittlichen Preis für ein Essen in der Kantine an. 2,10 DM kostet ein 180 g-Kotelett bei VW; aus der eigenen Schweinezucht. Im Geschäft bekommt man 500 g für 3,78
DM im Angebot. Jetzt wollen die VW-Kapitalisten die Preise weiter erhöhen.

„Ein voller Teller ist noch keine Vollbeschäftigung", heißt die neueste Kampagne der Betriebskrankenkasse. Die will glauben machen, daß Kantinenessen sei gesund, und dick werde man auch nicht davon. Auf einem Plakat sah man einen Dicken, der fettriefend ein Eisbein runterwürgte, inzwischen sind neue Plakate da, die ein Skelett zeigen, das keine Zigarette mehr braucht. In den „blauen" und „weißen Sälen", wo die oberen Antreiber mit Bedienung, weißen Tischdecken und allem Drum und Dran schlemmen, hängen andere Bilder.

US-Arbeiter in langwierigen Streiks gegen kapitalistische Rationalisierung

z.gek. „Jetzt steht es gut für uns", war die Meinung der Streikposten vor dem Pressehochhaus der „Daily News". Am 5. Oktober Vormittags war die erste Ausgabe der „New York Post" wieder an den Kiosken erschienen. Sowohl „Daily News" als „New York Post" gehören zu den drei Zeitungen, die seit mehr als 8 Wochen von den Gewerkschaften der Drucker, Ausfahrer und anderen insgesamt 10 Gewerkschaften bestreikt wurden. Nun ist der Besitzer der „Post", der Pressezar Murdoch, bis dahin Vorsitzender der New Yorker Zeitungsverleger, auf eigene Faust aus der Front ausgebrochen und sucht auf Kosten seiner Konkurrenten sein Geschäft. Er hat ein Abkommen mit den Gewerkschaften unterzeichnet, wonach er blanko alles akzeptieren wird, was schließlich als Tarifvertrag zwischen den Gewerkschaften und den beiden weiterhin bestreikten Zeitungen abgeschlossen wird. Die Verleger der beiden anderen Blätter, die nun allein im Regen stehen, sehen sich unter enormen Konkurrenzdruck gestellt. In zwei bis drei Wochen spätestens, rechnen die Streikposten vor den „Daily News", werden sie ihren langen und harten Streik (den sie mit 120 Dollar Streikgeld pro Woche durchstehen müssen) mit einem akzeptablen Abkommen beenden können. In der zentralen Frage, der Verringerung der Maschinenbesatzungen um zunächst 20 Prozent und später sogar um die Hälfte, die die Kapitalisten mit aller Gewalt durchsetzen wollten, und womit sie zugleich auch die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb im Kern treffen wollten – damit werden sie jetzt nicht mehr durchkommen.

Eben ist die Streikstatistik für den Monat August veröffentlicht worden. Wie in einer Fieberkurve des Klassenkampfes zeigt sie das neuerliche Anwachsen der Streikausfalltage auf den alten Höchststand vom März des Jahres, als die 160000 Arbeiter der Kohlegruben noch im Streik standen. Das Arbeitsministerium stellt fest, daß 1978, mehr noch als in den früheren Jahren, die große Ausdauer der Streikenden kennzeichnend ist.

Allerdings. Ende September lagen zwei Drittel aller Eisenbahnlinien in den gesamten USA lahm. Begonnen hatte die Auseinandersetzung Anfang August mit einem Streik der Angestellten der Norfolk and Western Eisenbahn Gesellschaft, die einen Tarifvertrag fordern, der ihnen außer einer Erhöhung der Löhne auch bestimmte Sicherheiten gegen die weitgehenden Rationalisierungspläne der Kapitalisten bietet. Die Angestellten fanden die Unterstützung der Arbeiter ihrer Gesellschaft, die selbst in einem langwierigen Kampf gegen die Pläne der Eisenbahngesellschaften, die Besatzungen der Güterzüge von drei auf zwei Mann zu verringern, stehen. Die Kapitalisten versuchten, die Streikenden auszuhungern. Sie schlossen mit den angrenzenden Eisenbahngesellschaften ein Abkommen, wonach sie ihnen den Streikbruch auf ihren Strecken und mit ihrem Gerät erlaubten, gegen 800000 Dollar bar pro Tag. Daraufhin haben die Gewerkschaften der Eisenbahner beschlossen, den Streik bundesweit auszudehnen. Dies rief allgemeines Zeter und Mordio vor allem bei den Kohle-, Stahl-, Automobil- und Agrarkonzernen hervor. Am 30. September hat daraufhin Carter einen „Zurück-zur-Arbeit"-Marschbefehl an die Eisenbahner erlassen. Die Eisenbahnergewerkschaften haben diesen Befehl zunächst ignoriert, solange sie nicht eine Garantie bekamen, daß keines ihrer Mitglieder von den Kapitalisten gemaßregelt werden kann. Am 1. Oktober hat ihnen ein Landesgerichtshof diese Garantie gegeben, und der Streik ist für die Dauer von 60 Tagen unterbrochen worden.

In diesen Streiks, wie schon im Tarifkampf der Postarbeiter, oder in den zahlreichen Streiks der Lehrer, der Polizisten und der Feuerwehrleute, die keineswegs beendet sind, sondern in zahlreichen großen und kleinen Städten weitergeführt oder neu aufgenommen werden, versucht die Carter-Regierung, sich mit staatlichen Schlichtern hineinzuklemmen und mit Intrigen oder Polizeigewalt (so durch die Inhaftierung hunderter Lehrer in Stacheldrahtcamps der Nationalgarde) einen Abbruch der Streikbewegung zu erreichen. Stier blickend, mit den Kiefern mahlend, ganz Führer der Nation, hat Carter gleich nach Camp David die Verkündung neuer Lohn- und Preisleitlinien und eine allgemeine Mobilmachung in der Schlacht um den Weltmarkt angekündigt. Die „Nation" freilich rüstet für ganz andere Schlachten. „Wenn es dahin kommt, daß du entweder als respektabler Mensch auf Streik verzichtest oder aber deine Familie zu essen hat, dann ist doch klar, was du wählst", gibt das „Wall Street Journal" am 4. Oktober betrübt die Meinung eines Funktionärs der Gewerkschaft der Feuerwehrleute wieder.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611 / 73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611 / 73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 41: 32000

US-imperialistische Manöver, um in Zimbabwe in die Initiative zu kommen

z.hef. Smith, Kolonialstatthalter der Imperialisten in Zimbabwe, ist am letzten Freitag gemeinsam mit Sithole in die USA gereist. „Wir wollen ihnen unser Abkommen verkaufen, unterzeichnet am 3. März, das ja tatsächlich *ihr* Abkommen ist. Jetzt, nachdem wir es ausgeführt haben, gehen wir, um es ihnen zu verkaufen, das sollte doch einfach sein, oder nicht?" erklärte er am Flughafen. Aber Smith kann nicht einfach Vollzug des von den US-Imperialisten eingefädelten Manövers der Inneren Lösung melden. Innerhalb Zimbabwes hat die Täuschung nicht funktioniert, der bewaffnete Befreiungskampf wurde stattdessen in großem Umfang ausgedehnt. Und der neokoloniale, unterdrückerische Charakter der Inneren Lösung ist inzwischen in der ganzen Welt enthüllt. Wenn die „Verteidigung der Inneren Lösung" noch einen brauchbaren Interventionsgrund abgeben soll, müssen die US-Imperialisten die internationale Isolierung des Smith-Regimes durchbrechen. Dazu dient der Besuch während der UNO-Vollversammlung, eine direkte Provokation gegen die Völker der dritten Welt. Die UNO-Delegationen Tansanias, Nigerias und Sambias haben die Visum-Erteilung an Smith als Bruch der UN-Sanktionen scharf angegriffen. Außenminister Vance läßt erklären, er werde sich freuen, mit Mr. Smith zusammenzutreffen. Als Begründung für die Erteilung des Visums und das Hin und Her gibt das Außenministerium bekannt, bevor man ein Visum gewährt habe, „mußten Anzeichen da sein für ein konstruktives Ergebnis des Besuchs." Als „konstruktives Ergebnis" stellen sich die US-Imperialisten eine neue „Friedensinitiative" vor, deren Kern die jetzige Innere Lösung sein soll. Es wird über ein Camp David für Zimbabwe spekuliert.

Die britischen Imperialisten reagierten süß-sauer auf die Reise Smith's. Die „Times" schreibt: „Das Außenministerium betonte, daß die Ausstellung eines Visums an Mr. Smith kein Teil einer Abmachung über eine Konferenz zu Rhodesien sei. Dr. Owen, der Außenminister, stand in engem Kontakt mit Mr. Vance in bezug auf diese Angelegenheit, hatte aber nicht versucht, ihn davon zu überzeugen, ein Visum zu verweigern. Nach Mitteilung des Außenministeriums sieht sich Mr. Smith immer noch der Verhaftung gegenüber, wenn sein Flugzeug auf dem Weg nach Washington in Großbritannien zwischenlanden würde. Es seien andere Routen vorhanden" (5.10.). Die geplante All-Parteien-Konferenz, zu der die britischen Imperialisten als Kolonialmacht einladen wollen, soll ihnen nach ihrer Vorstellung ihren Einfluß in Zimbabwe erhalten und eine neokoloniale Lösung nach britischem Geschmack durchsetzen helfen. Dazu gehören auch die Überlegungen der Entsendung britischer Truppen in die „rebellische Kolonie", als Vorhut von UNO-Truppen.

Die US-imperialistischen Manöver sind auch gegen den britischen Konkurrenten gerichtet und zielen darauf ab, daß die US-Imperialisten in Rhodesien die Initiative in die Hand bekommen und die alte Kolonialmacht ausschalten. In diesen Plänen spielt Smith eine Schlüsselrolle, und die Innere Lösung – von vornherein ein US-imperialistisches Geschöpf – bildet den Ausgangspunkt.

Ein weiterer Bestandteil dieses Plans ist der Versuch, den bewaffneten Befreiungskampf von der Unterstützung der Frontstaaten zu isolieren, wo sie erneut größere Chancen wittern, nachdem Sambia unter dem Druck des IWF und angesichts der Notwendigkeit, 90000 Tonnen Kunstdünger, die im Hafen von Maputo und in Südafrika liegen, noch vor der Regenzeit ins Land schaffen zu müssen, zur Öffnung der Grenze für eine Eisenbahnlinie, die durch Rhodesien führt, gezwungen wurde. Die Imperialisten wollen auf diesem Weg die Anerkennung der Inneren Lösung erzwingen. Präsident Kaunda hat erklärt, Sambia werde keinen Handel mit dem Kolonialregime treiben und die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes fortsetzen.

Die Position der Patriotischen Front zu den US-imperialistischen Manövern ist klar: Es kann nur Verhandlungen zwischen der Patriotischen Front und der britischen Kolonialmacht geben – wobei es deren Sache ist, wen sie in ihre Delegation mit einbezieht – und es kann in diesen Verhandlungen nur um die Übergabe der Macht an das Volk von Zimbabwe gehen. Dieser prinzipielle Standpunkt ist direkt gegen die US-imperialistischen Absichten gerichtet, den Konflikt zu „internationalisieren" und unter seine Kontrolle zu kriegen, genauso wie gegen die sozialimperialistischen Ambitionen, in diesen „internationalen Konflikt" ebenfalls voll einzusteigen. Dieser gerechte Standpunkt der Patriotischen Front wird von den Frontstaaten, der OAU und der UNO ausdrücklich unterstützt.

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg!

Am 29. September hat das ZK des KBW durch ein Fernschreiben seines Sekretärs an Genossen Mugabe, Präsident der ZANU, der ZANU mitgeteilt, daß es gelungen ist, das für den Beginn der UNO-Generalversammlung gesetzte Sammelziel für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA überzuerfüllen und 1100000 DM zusammenzutragen. 114000 DM davon hält der westdeutsche Staatsapparat noch beschlagnahmt. Sie werden mitgerechnet, weil sich niemand, weder hier noch in Afrika, mit diesem frechen Raub abfindet und weil diese Gelder von der westdeutschen Bourgeoisie früher oder später herausgerückt werden müssen. In seinem Fernschreiben hat das ZK des KBW der ZANU vorgeschlagen, die Mittel für eine Druckausrüstung zu sammeln, damit die ZANU in diesem wichtigen Punkt vollständige Unabhängigkeit verwirklichen kann. In seinem Brief antwortet Genosse Mugabe, Präsident der ZANU, auch auf diesen Vorschlag.

Die Soldaten- und Reservistenkomitees führen ihre diesjährigen regionalen Musiktage in Westberlin, Mainz und München unter der Losung „Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg" durch. Wir sind sicher, daß es unter dieser Losung gelingen wird, das neue Ziel bis zum 1. Januar 1979 zu erfüllen. Dazu rufen wir auf! Wir rufen ebenfalls auf, die Kleidersammlung fortzusetzen.

Zimbabwe African National Union (ZANU)
Präsident
Mocambique, 30. September 1978

Genosse Hans-Gerhart Schmierer
Kommunistischer Bund
Westdeutschland
Frankfurt

Lieber Genosse Schmierer,

Vielen Dank für Euer Fernschreiben vom 29. September 1978. Die Zimbabwe African National Union beglückwünscht den KBW und die arbeitenden Massen Westdeutschlands zur Erfüllung des Sammelziels und zu ihrem Beitrag zum bewaffneten Kampf. Wir freuen uns über die solidarischen Beziehungen zum KBW in dieser Zeit, wo der Feind kurz vor seinem Sturz steht. Dies ist eine entscheidende Phase unserer Revolution, in der englisch-amerikanische Manöver unsere Revolution zunichte machen sollen.

Wir freuen uns über Eure fortlaufende Unterstützung gegen die Politik der westdeutschen Bundesregierung, nur einen Teil der Patriotischen Front anzuerkennen. Der einzige Weg, auf dem Westdeutschland zu einem demokratischen Zimbabwe beitragen kann, ist die Unterstützuung beider Teile der Patriotischen Front, was einschließt, daß auch der ZANU materielle Unterstützung übersandt wird. Wir werden diese Angelegenheit gegenüber der westdeutschen Regierung aufgreifen, damit sie ihre Politik korrigiert.

Wir grüßen Euch in Eurer Entschlossenheit, Euch für den Sieg aller Arbeiter und der Massen in Zimbabwe und in Westdeutschland einzusetzen.

Wir freuen uns, daß der KBW ein neues großes Vorhaben in Angriff nehmen und die Mittel für eine Druckausrüstung der ZANU sammeln will. Führt dieses großartige Vorhaben durch.

Die westdeutsche Arbeiterklasse wird damit, durch den KBW geführt, einen weiteren wesentlichen Beitrag zum Kampf des Volkes von Zimbabwe leisten.

Mit revolutionären Grüßen

R. G. Mugabe
Präsident

Lonrho's Machenschaften im südlichen Afrika

z.hef.London. Vor 18 Monaten begann der britische Konzern Lonrho mit Billigung des Smith-Regimes die Herausgabe einer Tageszeitung in Zimbabwe, der „Zimbabwe Times". Die „Zimbabwe - Times" richtete sich an Zimbabwer und hatte zuletzt eine Auflage von 8000 Exemplaren, war also verbreitet. In der letzten Woche wurde die Zeitung im Rahmen der Ausweitung der Pressezensur verboten. Begründet wurde das mit der Unterstützung der ZAPU durch die Zeitung. Tatsächlich hat Lonrho stets so getan, als unterstütze es den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, und vor allem die ZAPU. Das Smith-Regime hat das solange nicht gestört, wie es aktuelle Aussichten gab, das Blatt zur Spaltung der Massen Zimbabwes und der Patriotischen Front zu benutzen und zur eventuellen Gewinnung der ZAPU für die Innere Lösung. Seit sich diese imperialistische Kalkulation als falsch herausgestellt hat und die Massen Zimbabwes geeinter sind als je zuvor, und die US-Imperialisten um jeden Preis die Innere Lösung durchsetzen wollen, wird dem britischen Monopol sein Sprachrohr genommen.

Lonrho, die „London and Rhodesia Mining and Land Limited", beutet seit 1906 die Völker des südlichen Afrika aus. Lonrho besitzt mehr als 40 Tochtergesellschaften in Zimbabwe. Die meisten Profite werden im Bergbau gemacht, gefolgt von der Landwirtschaft (Lonrho besitzt Plantagen mit 400000 Hektar Land) und der Textilproduktion. Lonrho ist eng mit der britischen Kfz-Industrie verbunden, vor allem mit dem staatlichen Betrieb British Leyland, dessen Wagen Lonrho in verschiedene Länder Afrikas exportiert. Lonrho gehört die „Volkswagen Großbritannien" und die Hälfte der Wankel-Rechte, also gibt es auch mit VW eine enge Zusammenarbeit. Lonrho ist unter anderem an Montagebetrieben in Nigeria beteiligt. In Zimbabwe sorgt die Norton Motor Company (Besitzer: Lonrho) für die Versorgung der Siedler und Kapitalisten mit Wagen von Mercedes-Benz, und die Zambesi Coachworks stellt Busaufbauten auf Mercedes-Benz-Chassis mit

ein Ausschnitt aus der Ausbeutung und Ausplünderung, die Lonrho betreibt, ganz zu schweigen von den großen Kapitalanlagen in Azania, wie die Bergwerksgesellschaft Western Platinium.

Von dieser Basis aus begann Lonrho 1962 eine zielstrebige Politik der neokolonialen Expansion in die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten (siehe KVZ 23/78, S. 13), neben der Expansion im südlichen Afrika. Der Umsatz stieg zwischen 1961 und 1977 von 4 Millionen Pfund auf 1,26 Milliarden Pfund, die Dividende von 0,44 Pence auf 27,4 Pence pro Aktie.

ASEAN-Staaten wollen nicht von einem imperialistischen Bündnis ins andere geraten

Der stellvertretende sowjetische Außenminister wird ausgeladen

z.pek. Für Mitte September hatte sich
Vorschlag, ein neues Bündnis der süd-

Vance läßt erklären, er werde sich freuen, mit Mr. Smith zusammenzutreffen. Als Begründung für die Erteilung des Visums und das Hin und Her gibt das Außenministerium bekannt, bevor man ein Visum gewährt habe, „mußten Anzeichen da sein für ein konstruktives Ergebnis des Besuchs." Als „konstruktives Ergebnis" stellen sich die US-Imperialisten eine neue „Friedensinitiative" vor, deren Kern die jetzige Innere Lösung sein soll. Es wird über ein Camp David für Zimbabwe spekuliert.

Die britischen Imperialisten reagierten süß-sauer auf die Reise Smith's. Die „Times" schreibt: „Das Außenministerium betonte, daß die Ausstellung eines Visums an Mr. Smith kein Teil einer Abmachung über eine Konferenz zu Rhodesien sei. Dr. Owen, der Außenminister, stand in engem Kontakt mit Mr. Vance in bezug auf diese Angelegenheit, hatte aber nicht versucht, ihn davon zu überzeugen, ein Visum zu verweigern. Nach Mitteilung des Außenministeriums sieht sich Mr.

daß es gelungen ist, das für den Beginn der UNO-Generalversammlung gesetzte Sammelziel für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA überzuerfüllen und 1100000 DM zusammenzutragen. 114000 DM davon hält der westdeutsche Staatsapparat noch beschlagnahmt. Sie werden mitgerechnet, weil sich niemand, weder hier noch in Afrika, mit diesem frechen Raub abfindet und weil diese Gelder von der westdeutschen Bourgeoisie früher oder später herausgerückt werden müssen. In seinem Fernschreiben hat das ZK des KBW der ZANU vorgeschlagen, die Mittel für eine Druckausrüstung zu sammeln, damit die ZANU in diesem wichtigen Punkt vollständige Unabhängigkeit verwirklichen kann. In seinem Brief antwortet Genosse Mugabe, Präsident der ZANU, auch auf diesen Vorschlag.

Die Soldaten- und Reservistenkomitees führen ihre diesjährigen regionalen Musiktage in Westberlin, Mainz und München unter der Losung „Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis

wir auf! Wir rufen ebenfalls auf, die Kleidersammlung fortzusetzen.

Zimbabwe African National Union (ZANU)
Präsident
Mocambique, 30. September 1978

Genosse Hans-Gerhart Schmierer
Kommunistischer Bund
Westdeutschland
Frankfurt

Lieber Genosse Schmierer,

Vielen Dank für Euer Fernschreiben vom 29. September 1978. Die Zimbabwe African National Union beglückwünscht den KBW und die arbeitenden Massen Westdeutschlands zur Erfüllung des Sammelziels und zu ihrem Beitrag zum bewaffneten Kampf. Wir freuen uns über die solidarischen Beziehungen zum KBW in dieser Zeit, wo der Feind kurz vor seinem Sturz steht. Dies ist eine entscheidende Phase unserer Revolution, in der englisch-amerikanische Manöver unsere Revolution zunichte machen sollen.

Wir freuen uns über Eure fortlau-

anzuerkennen. Der einzige Weg, auf dem Westdeutschland zu einem demokratischen Zimbabwe beitragen kann, ist die Unterstützuung beider Teile der Patriotischen Front, was einschließt, daß auch der ZANU materielle Unterstützung übersandt wird. Wir werden diese Angelegenheit gegenüber der westdeutschen Regierung aufgreifen, damit sie ihre Politik korrigiert.

Wir grüßen Euch in Eurer Entschlossenheit, Euch für den Sieg aller Arbeiter und der Massen in Zimbabwe und in Westdeutschland einzusetzen.

Wir freuen uns, daß der KBW ein neues großes Vorhaben in Angriff nehmen und die Mittel für eine Druckausrüstung der ZANU sammeln will. Führt dieses großartige Vorhaben durch.

Die westdeutsche Arbeiterklasse wird damit, durch den KBW geführt, einen weiteren wesentlichen Beitrag zum Kampf des Volkes von Zimbabwe leisten.

Mit revolutionären Grüßen

R. G. Mugabe
Präsident

von der Landwirtschaft (Lonrho besitzt Plantagen mit 400000 Hektar Land) und der Textilproduktion. Lonrho ist eng mit der britischen Kfz-Industrie verbunden, vor allem mit dem staatlichen Betrieb British Leyland, dessen Wagen Lonrho in verschiedene Länder Afrikas exportiert. Lonrho gehört die „Volkswagen Großbritannien" und die Hälfte der Wankel-Rechte, also gibt es auch mit VW eine enge Zusammenarbeit. Lonrho ist unter anderem an Montagebetrieben in Nigeria beteiligt. In Zimbabwe sorgt die Norton Motor Company (Besitzer: Lonrho) für die Versorgung der Siedler und Kapitalisten mit Wagen von Mercedes-Benz, und die Zambesi Coachworks stellt Busaufbauten auf Mercedes-Benz-Chassis mit

ein Ausschnitt aus der Ausbeutung und Ausplünderung, die Lonrho betreibt, ganz zu schweigen von den großen Kapitalanlagen in Azania, wie die Bergwerksgesellschaft Western Platinium.

Von dieser Basis aus begann Lonrho 1962 eine zielstrebige Politik der neokolonialen Expansion in die unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten (siehe KVZ 23/78, S. 13), neben der Expansion im südlichen Afrika. Der Umsatz stieg zwischen 1961 und 1977 von 4 Millionen Pfund auf 1,26 Milliarden Pfund, die Dividende von 0,44 Pence auf 27,4 Pence pro Aktie.

ASEAN-Staaten wollen nicht von einem imperialistischen Bündnis ins andere geraten

Der stellvertretende sowjetische Außenminister wird ausgeladen

z.pek. Für Mitte September hatte sich der stellvertretende sowjetische Außenminister Nikolai Firjubin zu einer Reise durch die ASEAN-Staaten – Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand – eingeladen. Seine Koffer mit den Plänen, die ASEAN-Staaten in ein Bündnis der „kollektiven Sicherheit in Asien" mit der Sowjetunion zu pressen, hatte er bereits gepackt. Nach gegenseitigen Beratungen haben die ASEAN-Staaten Firjubin kurzfristig ausgeladen.

Nachdem Thailand und die Philippinen die Auflösung des Militärbündnisses der SEATO, in das sie von den US-Imperialisten und den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich gezwungen wurden, gefordert und die Auflösung der Stützpunkte der US-Imperialisten auf ihrem Territorium angekündigt haben, wollen sich die ASEAN-Staaten nicht einem neuen imperialistischen Militärbündnis ausliefern. Mit der Deklaration von Kuala Lumpur erhoben sie 1971 die Forderung nach „Anerkennung und Respektierung Südostasiens als Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität, die frei ist von Einmischung jeglicher Art und Form durch ausländische Mächte."

Die Sozialimperialisten fühlten sich betroffen und beschimpften die ASEAN-Staaten wegen ihres „asiatischen Regionalismus, der eindeutig isolationistische, proimperialistische und antirevolutionäre Ziele" verfolge. Nachdem sie sich damit selbst als imperialistische Supermacht entlarvt hatten, versuchen sie jetzt, mit Vietnam als Werkzeug ihrer Pläne den ASEAN-Staaten ihr „System der kollektiven Sicherheit" in verkleideter Form aufzuzwängen.

Im Juni machte der stellvertretende vietnamesische Außenminister den Vorschlag, ein *neues* Bündnis der südostasiatischen Staaten zur Schaffung einer „Zone des Friedens, *der wahren Unabhängigkeit* und der Neutralität" zu errichten. Wie diese „wahre Unabhängigkeit" aussehen soll, erklärte das DDR-Institut für Internationale Beziehungen bereits 1976: „Die UdSSR ist bestrebt, bestimmte konzeptionelle Vorstellungen für die Diskussion um die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Asien zu nutzen. Der Neutralitätsvorschlag (der ASEAN-Staaten) enthält – vorausgesetzt, daß er in das globale Projekt der kollektiven Friedenssicherung in Asien eingeordnet wird – positive Anknüpfungspunkte." („Für Frieden und Sicherheit in Asien", Staatsverlag der DDR)

Die Konferenz der Außenminister der ASEAN-Staaten, die vom 14. bis 16. Juni dieses Jahres abgehalten wurde, hat über den Vorschlag Vietnams beraten und ihn als Zumutung zurückgewiesen. Dabei haben die Minister zur Wachsamkeit gegenüber Vietnam und der Sowjetunion aufgerufen, die noch vor kurzem die Deklaration von Kuala Lumpur als ein Projekt der Agitation der US-Imperialisten bezeichnet hatten. Der frühere thailändische Außenminister erklärte, daß der vietnamesische Vorschlag auf die Zerstörung der Einheit der ASEAN-Staaten gerichtet ist.

Die Hoffnungen der Sozialimperialisten, durch die Unterwerfung der ASEAN-Staaten die Volksrepublik China militärisch einzukreisen, fallen auf keinen fruchtbaren Boden. Bei seinem Besuch in China erklärte der thailändische Premierminister Kriangsak, er sei „sehr erfreut, daß das chinesische Volk die Erfolge der ASEAN schätzt und die Ziele der Organisation unterstützt. Ich glaube, daß der Weg für eine nützliche Zusammenarbeit zwischen der Assoziation und China weit offen steht."



Die ASEAN-Staaten entwickeln ihre Seetransportverbindungen. Malaysia baut nördlich von Kuantang den ersten Tiefwasserhafen an der Ostküste des Landes. Im Juni haben drei Schiffahrtsgesellschaften der ASEAN-Staaten ihre Zusammenarbeit zur Erreichung der Selbstversorgung im Seetransportwesen beschlossen.

Zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit gegenüber beiden Supermächten entwickeln die ASEAN-Staaten ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1976 wurde die Errichtung von vier gemeinsamen Industrieprojekten für die folgenden Produktionszweige beschlossen: Dieselmotoren in Singapur, hochwertiger Stickstoffdünger in Indonesien und Malaysia, Superphosphat auf den Philippinen und Sodaasche in Thailand. Die Konferenz der Wirtschaftsminister hat im Juni 1978 die gemeinsame Lagerhaltung von Reisreserven zur Sicherung der Versorgung bei Lebensmittelknappheit und Naturkatastrophen beschlossen. Gemeinsam haben die ASEAN-Staaten den Aufbau einer eigenen Automobilproduktion aufgenommen. Sie haben dazu 1976 die Kraftfahrzeug-Föderation gegründet und im Sommer dieses Jahres ein Programm verabschiedet. Entsprechend den Produktionskapazitäten werden von den verschiedenen Ländern 121 Einzelteile gefertigt, die gemeinsam montiert werden.

Bis 1982 wird das Telefonnetz zwischen den ASEAN-Staaten durch Verlegung eines neuen Unterseeleitungsnetzes verbessert. Mit dem neuen System wird Direktwählverkehr zwischen den fünf Hauptstädten, wie auch Telex, Fernseh- und Datenübertragung möglich sein. Die erste Phase dieses Netzes – die Verbindung der Philippinen mit Singapur – wurde im Sommer fertiggestellt. Anfang September trat das Abkommen über Handelserleichterungen zwischen den ASEAN-Staaten in Kraft, wonach für eine Liste von Waren Zölle und Gebühren im gegenseitigen Austausch entfallen.

Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen in der Entwicklung der Industrie konnten die Philippinen den Anteil der tradtionellen Exportprodukte wie Kokosnüsse, Zucker, Mineralien und Holzerzeugnisse am Außenhandel des Landes seit 1970 von 90% auf 70% senken. Die Regierung Malaysias hat im Juli die weitere Mitarbeit sowjetischer Techniker bei den Vermessungsarbeiten für ein Wasserkraftwerk aufgekündigt und dabei auch klargestellt, daß sie bei der Ausführung der Bauarbeiten auf die Unterstützung der Sowjetunion verzichten wird.

1973 gelang es Lonrho, sich an das OAU-Sekretariat heranzumachen und einen Beratervertrag für Ölfragen abzuschließen, der die Übersicht über die ganze Energieversorgung der OAU-Staaten bedeutet hätte. Nach starkem Widerspruch der meisten Mitgliedsländer (als erstes Uganda, das Lonrho bereits verstaatlicht hatte) mußte der Vertrag von Lonrho aufgegeben werden.

Dem Ziel der Untergrabung des Befreiungskampfes dient die Behauptung des Lonrho-Hauptgeschäftsführers Rowland, er und seine Firma ständen auf der Seite des Volkes von Zimbabwe. Rowland, ein früher in Zimbabwe tätig gewesener Kapitalist, wird nicht müde, sich als Freund des Präsidenten der ZAPU und Ko-Präsidenten der Patriotischen Front, Genossen Nkomo, zu bezeichnen. Auch Präsident Kaunda von Sambia nennt er seinen Freund. Daß dies nichts ist als Tarnung zur Durchführung von Erpressungsmanövern, zeigte sich an Rowlands Vermittlerrolle im letzten Oktober, als er Smith höchstpersönlich im Firmenflugzeug nach Sambia zu Gesprächen mit Präsident Kaunda flog. Im Mai dieses Jahres bot sich Rowland für den Posten des britischen Hochkommissars in Rhodesien für den Fall einer „Übergangsregierung" an.

Nach dem Hinauswurf Lonrhos aus Tansania führte die tansanische Regierung eine Massenversammlung aller dort Beschäftigten durch. Die Übernahme durch den Staat wurde unterstützt. „Was wir produziert hatten, wurde zum Nutzen Lonrhos aus dem Land geholt", sagte ein Arbeiter. „Wir sind sicher, was wir jetzt produzieren werden, wird zum Wohl aller Tansanier sein."

Nordgelichter

z.her. „Hat sich Klose mit seiner ebenso überraschenden wie umstrittenen Initiative dem Druck der Parteilinken gebeugt?" fragt das Hamburger Abendblatt am 3o.9.78. Weder noch! Schon am 26.Juni kündigt Brandt als Ergebnis einer SPD-Bundesvorstandssitzung an: Weitere Anstrengungen der SPD-Führung für eine großzügige Handhabung des sogenannten Radikalenerlasses. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Koschnick, hatte dazu einen Zwischenbericht vorgelegt und zwei Grundsätze formuliert:

1. Entscheidend müsse das tatsächliche Verhalten sein, nicht die prophetische Mutmaßung, was ein Bewerber künftig tun werde. Früher, so führte Koschnick aus, habe es eine zehnjährige Probezeit gegeben – bei Kaiser Wilhelm vielleicht.
2. Der unverzüglichen Entlassung aus dem Beamtenverhältnis nach einem Fehlverhalten will Koschnick den Vorzug geben vor der Festschreibung von Spekulationen und Unsicherheit bei der Einstellung. Eine entsprechende Verschärfung des Disziplinarrechts wird angekündigt. Zuvor, so Koschnick, sind noch Gespräche mit dem Koalitionspartner geplant.

Am 26. Sept. gibt der Schmidt-Zögling Klose seine Absichten bekannt, denn am 16. Oktober wird der SPD Bundesvorstand tagen. Ergebnis soll sein eine Richtlinie für den Bund und die SPD/FDP-regierten Länder. Nach Koschnick lassen sich seine Grundsätze am leichtesten im Vorbereitungsdienst verwirklichen. In der ersten Lesung des Bundestages am 28. September zu dem 7. Besoldungserhöhungsgesetz sind alle Parteien auf einmal einig, die geplante weitere Senkung der Anwärterbezüge zum 2. Mal auszusetzen und die Regelung der Anwärterbezüge einer größeren Reform vorzubehalten. An der Senkung des Ortszuschlags bei den Beamten mit weniger als drei Kindern wird dagegen festgehalten. Ein großzügig scheinendes Angebot an die buntgescheckten Opportunisten, die Jugendsünden zu vergessen. Ein gefährliches reaktionäres Manöver der Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung zu isolieren und mit den Opportunisten den Staatsapparat für ausgeklügelt verschärfte Unterdrückung herzurichten.

„Bild" berichtet

z.ges. Am 29.9. behauptet die „Bild"-Zeitung einen „geheimen Bericht" in die Finger bekommen zu haben. Als Schlagzeile setzt sie ab: „Geheimer Bericht: Kommunisten wollten Leopard-Panzer sprengen." Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat eine Feldstudie gemacht. Den Bericht gibt es zu haben. Die „Bild"-Zeitung faßt zusammen: „Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) drillt seine 2500 Mitglieder systematisch für den Bürgerkrieg. Er will ,die Bundeswehr als Machtinstrument der herrschenden Klasse durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzen'. Das steht in dem Bericht des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) der Bundeswehr für 1977." Etwas genauer steht es schon im Programm des KBW, das auf seiner Gründungskonferenz 1973 verabschiedet worden ist. „Alarmierende Einzelheiten" hat die „Bild"-Zeitung dem Bericht ent-

„Mach Dich nicht mit Gewalt kaputt"

r.pel. „Der Schlag kommt überlegt und gezielt. Er trifft die 19jährige Verkäuferin am Mund, das Mädchen bricht mit blutender Platzwunde zusammen. Der 17jährige, der zuschlug, hatte in dem Supermarkt am Hamburger Stadtrand zwei Flaschen Korn mitgenommen und löste das Bezahlen auf diese Weise. ,Nur so', antwortete er später auf die Frage nach dem Warum." (Braunschweiger Zeitung, 30.9.) „Wenn einer mitspringt, würde ich auch springen", läßt der „Stern" ein 16jährigen Schüler kurz nach dem Selbstmord zweier seiner Freunde sagen, „dies totale Scheiße, dieser Zwang, diese Mußgesellschaft, da würde ich keinen abhalten." 500 Selbstmorde von Jugendlichen pro Jahr und 15000 Selbstmordversuche hat dieses Magazin errechnet.

Die bürgerliche Klasse registriert zunehmende Gewaltanwendung der Jugend. Und scheinbar weiß sie diese Entwicklung nicht recht zu erklären: „Die Beweggründe sind im Wertabbau unserer Gesellschaft zu suchen", verkünden die Journalisten der „Goslarer Zeitung" dunkel, und das zitierte Magazin spricht von „so vielen Bankrotterklärungen, die junge, idealistisch gesonnene Menschen verkraften müssen: Fische mit Krebsgeschwulsten, Atomkraftwerke hinter Stacheldraht, Menschen mit Hungerbäuchen..."

Die Bourgeoisie *ist* besorgt, und das Gerede von der „Jugend ohne Perspektive", die dunklen Ahnungen und der Mystizismus, womit sie gegenwärtig die Spalten ihrer Zeitungen füllt, ist Ausdruck der Furcht und Teil ihrer Versuche, mit ideologischer Zersetzung diesen Boden für schärfere Unterdrückung der Jugend zu bereiten.

Die Untersuchung der jetzt veröffentlichten Kriminalstatistik für 1977 schafft Klarheit: Um 220000 ist die Zahl der erfaßten Straftaten gegenüber dem Vorjahr gestiegen, auf 3,2 Mio. Davon sind 2,1 Mio. Diebstähle. Hier liegt der Anstieg bei 8,2%, die Überfälle auf Geldinstitute, Post- und Zahlstellen sind um 20% emporgeschnellt. Staatsschutzdelikte (Land- und Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Verstöße gegen Parteien- und Vereinigungsverbote, Propagandadelikte u.a.) sind um etwa 50% gestiegen, in Niedersachsen um 74,8%. 7,2% der „Tatverdächtigen" sind nach dieser Statistik Kinder und 27,9% Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren. (Alle Zahlen nach: Bulletin der Bundesregierung vom 27.9.1978) Der absolute Schwerpunkt liegt bei den Jugendlichen und Kindern bei Diebstählen.

Was die Bourgeoisie feststellen muß, ist die permanente Verletzung ihres Allerheiligsten, des Privateigentums, ist der Angriff auf Einrichtungen des Staatsapparates, seien es Polizeibeamte oder auch Telefonzellen. Die Wut der Jugend über ihre Lage, keinen Ausbeuter zu finden bzw. ihre Arbeitskraft zu Schleuderpreisen verkaufen zu müssen, ihre Wut über die entwürdigende Behandlung auf den Ämtern und die Unterdrückung in Schulen und Jugendheimen, der schlichte Hunger entlädt sich spontan in Verletzung der bürgerlichen Rechtsordnung, in Gewalt gegen das bürgerliche Eigentum und gegen die Organe des Unterdrückungsapparates.

„Mach dich nicht mit Gewalt kaputt, Gewalt löst keine Probleme", unter diesem Motto hat jetzt das Bundeskriminalamt (BKA) eine Kampagne gestartet, in der die Jugend mit klebrigem Pazifismus überzogen und ideologisch entwaffnet werden soll. In elegischer Rockmusik hat der bisher von verschiedenen „Linken" geschätzte Wiener „Liedermacher" Georg Danzer für das BKA eine Platte besungen. Einige Kostproben:

„Ich bin kein Vater und kein Lehrer, ich bin kein netter Polizist, ich sag dir nur, es ist ein Fehler, wenn du Gewalt als Lösung siehst."

Der Einstieg soll Vertrauen erwecken und sofort spalten, indem sich distanziert wird von all denen, die den Jugendlichen als Träger von Gewalt gegenübertreten, wobei der Unterschied von elterlicher Gewalt und staatlicher Gewalt sogleich verwischt wird, und die Arbeitereltern mit dem Zivilbullen auf eine Stufe gestellt werden. „Zu Hause regieren nicht selten betrunkene Väter und hysterische Mütter", erklärt der „Liedermacher" im „Stern".

„Ich will dich nicht dazu verführen, daß du dich nicht zu rührn getraust, und solltest du ein Unrecht spür'n, kämpf mit dem Kopf, nicht mit der Faust."

In Hannover haben die Mädchen des „Erziehungsheimes" Birkenhof die Unterdrückung in diesem Zuchthaus angegriffen, sie sind aus ihm ausgebrochen, sie haben sich in einem Kaufhausrestaurant satt gegessen und nicht bezahlt, sondern die Bezahlung durch die Heimleitung gefordert. Es ist zum Handegemenge mit der Polizei gekommen. Danzer rät ihnen ab und empfiehlt, auf das Angebot der Bourgeoisie einzugehen, in ein „offenes Heim" zurückzugehen, sich der staatlichen Kontrolle wieder zu unterwerfen.

„Mach dich nicht mit Gewalt kaputt, denk daran, *wir* brauchen dich, dich und deinen Mut."

Wir? Es kann nur die Bourgeoisie gemeint sein, die den Zustand nicht ertragen will, auch nur einen Jugendlichen nicht ihrer Kontrolle unterworfen zu haben und über seine Arbeitskraft nicht zu verfügen; nicht zu verfügen über seinen Mut, um ihn einzusetzen auch auf dem Schlachtfeld gegen den imperialistischen Konkurrenten.

Vor einer Woche war Rekruteneinzug. Tausende Jugendlicher sind in die Armee gepreßt worden. Tausende werden gezwungen, Gewalt anzuwenden *für* die Bourgeoisie. Die Soldaten- und Reservistenkomitees haben die imperialistische Armee angegriffen und die Forderung nach Volksbewaffnung erhoben. Der Anwendung von Gewalt *gegen* die herrschende Klasse gilt Danzers Drohung:

„Mit einer Waffe in den Händen bist du noch lange kein großer Held, du wirst durch eine Waffe enden, und das ändert nicht die Welt."

Gegen Gewalt an sich scheint er zu Felde zu ziehen, der imperialistische Hofsänger. Indem der Klassencharakter von Gewalt verhüllt wird, soll der Gewalt der Bourgeoisie Raum geschaffen werden.

Berufsberater machen Schikane und Unterdrückung der Jugend nicht mit

r.wiv. 20 von 180 Jugendlichen, die in Kiel an der Berufsschule im „berufsbefähigenden Jahr" sind, haben sich bei der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes sehen lassen; und überhaupt nur fünf davon haben die angebotene „Vermittlungshilfe" in Anspruch genommen. Die Jugendlichen wissen, warum sie auf die „Hilfe" des Arbeitsamtes lieber verzichten.

In das „berufsbefähigende Jahr" werden meist 15jährige Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und von Sonderschulen hineingestopft, getrennt nach Geschlechtern. Nach einem Jahr ist die Berufschulpflicht erfüllt, und die Jugendlichen werden über die Arbeitsvermittlung den Kapitalisten zur schrankenlosen Ausbeutung feilgeboten.

Um dies Geschäft zu verfeinern, versuchte die Dienstaufsicht am Arbeitsamt Kiel (Direktor: Schlitt), die dort beschäftigten Berufsberater zum Ausfüllen eines Bogens „Feststellung zur Berufseignung" zu bewegen; zunächst „probeweise". Die Berufsberater sollten in Beratungsgesprächen herausfinden und auf dem Formblatt festhalten:

– Daten zum Schulbesuch und zur körperlichen Leistungsfähigkeit (z.B. Entwicklungsstand, Belastbarkeit)

zentrationsfähigkeit, Einzelgänger, Wesensart, Ablehnungen, Befürchtungen, Wertvorstellungen der Jugendlichen.

Dieser Plan, den Kapitalisten das Geschäft der Auswahl der ausbeutungsfähigsten Arbeitskraft zu erleichtern, stieß sofort auf nachhaltigen Widerstand der Berufsberater. Sie sind nicht bereit, sich für Schnüffelei und Unterdrückung einspannen zu lassen. Die Dienstaufsicht mußte den Bogen vorerst wieder verschwinden lassen.

Berufsberater sind wichtig für die Bourgeoisie, will diese den Nutzen der industriellen Reservearmee für die Kapitalisten effektiv organisieren. Sie will und unternimmt eine Menge. Die Lehrgänge häufen sich, auf denen die Berufsberater „neue Beratungskonzepte" schlucken sollen.

Aber die Berufsberater wollen sich für das ihnen zugedachte Unterdrückungsgeschäft nicht einsetzen lassen. Sechs von acht Fachanwärtern der Berufsberatung hat der Präsident des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein/Hamburg, Bovensiepen, jetzt in einem unverschämten Brief mit der Kündigung gedroht, weil sie sich geweigert hatten, mit einem Lehrgangsleiter weiterzuarbeiten. Jede Diskus-

gen der Hausarbeit aufgefordert worden, ihren Urlaub zu verschieben. Auch in den Debatten am Arbeitsamt Kiel wurde klar, daß die verschärfte Auslese- und Unterdrückertätigkeit gegenüber der Jugend für die Kollegen mit einer drastischen Steigerung der Arbeitshetze verbunden ist, die bei sieben bis acht Beratungen am Tag schon enorm ist.

Mit der Kündigungsdrohung versucht die Dienstaufsicht, die Fachanwärter jetzt weichzukochen und den Zusammenschluß zu zerschlagen. Dagegen wird beraten, wie die Einheit gewahrt und die geschlossene Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis durchgesetzt werden kann.

Weniger Arbeitslose – Kapitalisten halten die Zeit für reif



r.kea. Die Presse meldet einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit sowie die Bundesregierung schlagen sich bereits an die Brust und stellen fest, daß ihre „Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft" „gegriffen" haben.

teien auf einmal einig, die geplante weitere Senkung der Anwärterbezüge zum 2. Mal auszusetzen und die Regelung der Anwärterbezüge einer größeren Reform vorzubehalten. An der Senkung des Ortszuschlags bei den Beamten mit weniger als drei Kindern wird dagegen festgehalten. Ein großzügig scheinendes Angebot an die buntgescheckten Opportunisten, die Jugendsünden zu vergessen. Ein gefährliches reaktionäres Manöver der Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung zu isolieren und mit den Opportunisten den Staatsapparat für ausgeklügelt verschärfte Unterdrückung herzurichten.

„Bild" berichtet

z.ges. Am 29.9. behauptet die „Bild"-Zeitung einen „geheimen Bericht" in die Finger bekommen zu haben. Als Schlagzeile setzt sie ab: „Geheimer Bericht: Kommunisten wollten Leopard-Panzer sprengen." Der Militärische Abschirmdienst (MAD) hat eine Feldstudie gemacht. Den Bericht gibt es zu haben. Die „Bild"-Zeitung faßt zusammen: „Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) drillt seine 2500 Mitglieder systematisch für den Bürgerkrieg. Er will ,die Bundeswehr als Machtinstrument der herrschenden Klasse durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzen'. Das steht in dem Bericht des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) der Bundeswehr für 1977." Etwas genauer steht es schon im Programm des KBW, das auf seiner Gründungskonferenz 1973 verabschiedet worden ist. „Alarmierende Einzelheiten" hat die „Bild"-Zeitung dem Bericht ent-nommen: 4500 mal sei im letzten Jahr versucht worden, die Bundeswehr zu zersetzen und zu unterwandern. Wir denken, daß sich der MAD verzählt hat. Es finden nicht nur täglich hunderte „Zersetzungsversuche" statt, sondern der Haß der Wehrpflichtigen gegen die Unterdrückung in der imperialistischen Armee zersetzt diese tatsächlich. Was der Bericht „Unterwanderungsversuche" nennt, heißt normalerweise Zwangsrekrutierung. Sie beinhaltet allerdings die Möglichkeit, das Waffenhandwerk besser zu erlernen. Das Recht, das Waffenhandwerk zu erlernen, will die Bourgeoisie einschränken. Deshalb schnüffelt der MAD nach Kommunisten und redet von Unterwanderungsversuchen. „Hauptdrahtzieher der Zersetzungsversuche ist der KBW. Er arbeitet generalstabsmäßig." Das lassen wir auf uns sitzen. Am 2.10. weiß die „Bild"-Zeitung zu berichten: „In Biblis ging's mal wieder rund. 2500 Kernkraftgegner, angeführt vom Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), zogen grölend und randalierend durch die Straßen." Angeführt vom KBW taten die Demonstranten verschiedenes Merkwürdiges, u.a. „beschmierten sie sich gegenseitig mit Farbe". Wahrscheinlich mit Tarnfarbe, um die Bundeswehr generalstabsmäßig unterwandern zu können. Wir dementieren nicht. Auch das lassen wir auf uns sitzen. Bloß eins wollen wir zu bedenken geben: Wo ist der Leopard-Panzer, den die Kommunisten gesprengt haben wollen sollen? Wo hat „Bild" die Trümmer? Also stimmt es auch nicht, daß wir ihn sprengen wollten. „Die Ausbilder sind aktive Bundeswehrsoldaten und Reservisten." Warum sollen sie nicht können, wenn sie wollen? So schlecht ist die Ausbildung der Bundeswehr auch wieder nicht.

spektive", die dunklen Ahnungen und der Mystizismus, womit sie gegenwärtig die Spalten ihrer Zeitungen füllt, ist Ausdruck der Furcht und Teil ihrer

und die Unterdrückung in Schulen und Jugendheimen, der schlichte Hunger entlädt sich spontan in Verletzung der bürgerlichen Rechtsordnung, in Ge-

Unterdrückung in diesem Zuchthaus angegriffen, sie sind aus ihm ausgebrochen, sie haben sich in einem Kaufhausrestaurant satt gegessen und nicht

Hofsänger. Indem der Klassencharakter von Gewalt verhüllt wird, soll der Gewalt der Bourgeoisie Raum geschaffen werden.

Berufsberater machen Schikane und Unterdrückung der Jugend nicht mit

r.wiv. 20 von 180 Jugendlichen, die in Kiel an der Berufsschule im „berufsbefähigenden Jahr" sind, haben sich bei der Arbeitsvermittlung des Arbeitsamtes sehen lassen; und überhaupt nur fünf davon haben die angebotene „Vermittlungshilfe" in Anspruch genommen. Die Jugendlichen wissen, warum sie auf die „Hilfe" des Arbeitsamtes lieber verzichten.

In das „berufsbefähigende Jahr" werden meist 15jährige Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und von Sonderschulen hineingestopft, getrennt nach Geschlechtern. Nach einem Jahr ist die Berufschulpflicht erfüllt, und die Jugendlichen werden über die Arbeitsvermittlung den Kapitalisten zur schrankenlosen Ausbeutung feilgeboten.

Um dies Geschäft zu verfeinern, versuchte die Dienstaufsicht am Arbeitsamt Kiel (Direktor: Schlitt), die dort beschäftigten Berufsberater zum Ausfüllen eines Bogens „Feststellung zur Berufseignung" zu bewegen; zunächst „probeweise". Die Berufsberater sollten in Beratungsgesprächen herausfinden und auf dem Formblatt festhalten:
– Daten zum Schulbesuch und zur körperlichen Leistungsfähigkeit (z.B. Entwicklungsstand, Belastbarkeit)

– Bewertet werden sollten mit Noten (guter Durchschnitt, Durchschnitt, knapper Durchschnitt) folgende „Kategorien": Abstrakt-logisches Denken, Sprachverständnis, Tempo und Sicherheit im Grund- und Routinerechnen, Konzentration/Ausdauer beim Vergleich von Gegenständen und Abbildungen sowie von Schriften und Zahlen usw.

– Unter dem Punkt „Arbeitsverhalten" sollten die Berufsberater sodann erforschen: Tempo, Ausdauer, Kon-

zentrationsfähigkeit, Einzelgänger, Wesensart, Ablehnungen, Befürchtungen, Wertvorstellungen der Jugendlichen.

Dieser Plan, den Kapitalisten das Geschäft der Auswahl der ausbeutungsfähigsten Arbeitskraft zu erleichtern, stieß sofort auf nachhaltigen Widerstand der Berufsberater. Sie sind nicht bereit, sich für Schnüffelei und Unterdrückung einspannen zu lassen. Die Dienstaufsicht mußte den Bogen vorerst wieder verschwinden lassen.

Berufsberater sind wichtig für die Bourgeoisie, will diese den Nutzen der industriellen Reservearmee für die Kapitalisten effektiv organisieren. Sie will und unternimmt eine Menge. Die Lehrgänge häufen sich, auf denen die Berufsberater „neue Beratungskonzepte" schlucken sollen.

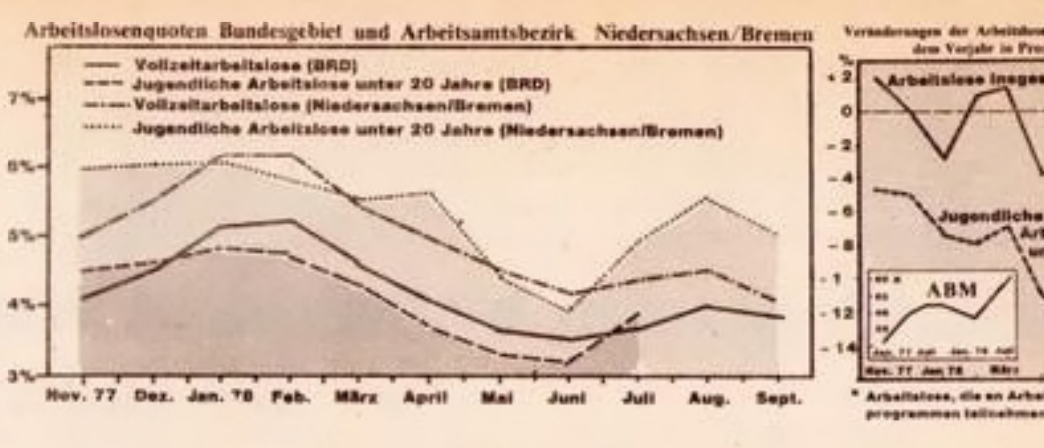
Aber die Berufsberater wollen sich für das ihnen zugedachte Unterdrückungsgeschäft nicht einsetzen lassen. Sechs von acht Fachanwärtern der Berufsberatung hat der Präsident des Landesarbeitsamtes Schleswig-Holstein/Hamburg, Bovensiepen, jetzt in einem unverschämten Brief mit der Kündigung gedroht, weil sie sich geweigert hatten, mit einem Lehrgangsleiter weiterzuarbeiten. Jede Diskus-sion hatte er abzuwürgen und mit Lehrgangsbeurteilungen zu spalten versucht. In einem Brief an die Dienstaufsicht hatten die Kollegen dies zum Ausdruck gebracht und einheitliche Beurteilungen, „mit Erfolg teilgenommen", gefordert.

Schon vorher hatten sie sich in einem gemeinsamen Brief gegen eine Hausarbeit gewandt, die nachträglich angeordnet worden war und z.T. in der Freizeit geschrieben werden sollte. Einige Lehrgangsteilnehmer waren we-

gen der Hausarbeit aufgefordert worden, ihren Urlaub zu verschieben. Auch in den Debatten am Arbeitsamt Kiel wurde klar, daß die verschärfte Auslese- und Unterdrückertätigkeit gegenüber der Jugend für die Kollegen mit einer drastischen Steigerung der Arbeitshetze verbunden ist, die bei sieben bis acht Beratungen am Tag schon enorm ist.

Mit der Kündigungsdrohung versucht die Dienstaufsicht, die Fachanwärter jetzt weichzukochen und den Zusammenschluß zu zerschlagen. Dagegen wird beraten, wie die Einheit gewahrt und die geschlossene Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis durchgesetzt werden kann.

Weniger Arbeitslose – Kapitalisten halten die Zeit für reif



r.kea. Die Presse meldet einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, insbesondere einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit. Stingl von der Bundesanstalt für Arbeit sowie die Bundesregierung schlagen sich bereits an die Brust und stellen fest, daß ihre „Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft" „gegriffen" haben.

Tatsächlich zeigen die Zahlen vom September des Jahres eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen. Im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen ist sogar ein absoluter Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 10200 auf 129900 festzustellen. Die Arbeitslosenquote sank dabei von 4,9 auf 4,6%. Bei den jugendlichen Arbeitslosen (unter 20 Jahre) sank die Zahl von 14400 (August) auf 13200 (September). Die Arbeitslosenquote beträgt hier 5,1% gegenüber 5,6% im Vormonat.

Wenn die Kapitalisten jetzt die Zeit für gekommen halten, größere Teile der proletarischen Reservearmee, was die Arbeitslosen für sie sind, wieder in den Produktionsprozeß einzusaugen und ihrer Ausbeutung zu unterwerfen, dann deshalb, weil sie durch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit selbst und durch die Maßnahmen ihrer Regierung bessere Bedingungen beim Kauf der Ware Arbeitskraft für sich haben durchsetzen können. Besonders bei den jugendlichen Arbeitslosen glauben sie, daß diese jetzt reif für ihren Zugriff sind.

Grußadresse des Kommunistischen Bundes Österreichs

An das ZK des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland

Wien, am 26.9.78

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs sendet Euch anläßlich Eurer IV. ordentlichen Delegiertenkonferenz herzliche revolutionäre Grüße. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten stehen vor der schwierigen Aufgabe, den Kampf gegen die imperialistische westdeutsche Monopolbourgeoisie mit dem Ziel ihres Sturzes und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen und ihn mit dem Kampf gegen die beiden weltweiten Hauptfeinde der Völker, die beiden Supermächte, korrekt zu verbinden. Dabei geht es darum, den Kampf gegen den US-Imperialismus nicht zu vernachlässigen und zugleich den entschiedensten Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, die gefährlichere und aggressivere Supermacht und den heutigen Hauptkriegstreiber, zu führen. Wir wünschen Euch für die Zukunft Erfolge in diesem Kampf sowie im Kampf um den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei des westdeutschen Proletariats. Als revolutionäre Arbeiterbewegung und als Marxisten-Leninisten in Österreich, Eurem Nachbarland, sind wir objektiv und subjektiv eng mit dem Schicksal der Revolution in Westdeutschland verbunden. Wir werden uns daher weiterhin in unserem Kampf gegenseitig unterstützen.

Mit kommunistischen Grüßen
gez. Walter Lindner

„Präzisions-Gummischleudern" sind Waffen und verboten

z.diz. „Solche Geräte sind in der jüngsten Vergangenheit bei Demonstrationen wiederholt gegen die Sicherheitsorgane eingesetzt worden. Es handelt sich dabei um Schleudern, mit denen nach Messungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt den Geschossen (Stahlkugeln) eine erhebliche Bewegungsenergie (bis zu 14 Joule) erteilt werden kann und die wegen ihrer geringen Größe versteckt am Körper mitgeführt werden können. Die Gefährlichkeit der Präzisions-Gummischleudern hängt von der Muskelkraft des Schützen und von dem Gewicht und der Form des verwendeten Geschosses ab." (Erste Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Waffengesetz, Bundesratsdrucksache 423/78). Als die Polizeioffiziere vor einiger Zeit feststellten, daß sie es immer mehr mit dem „schwer arbeitenden Teil der Bevölkerung" zu tun bekommen, fiel ihnen das Herz in die Hose. Sie fürchten um die Einsatzfähigkeit ihrer Truppe, die das Interesse verlieren könnte, sich für die Kapitalisten mit den Arbeitern zu schlagen. Die Zwillen drücken auf die Moral, deshalb wollen sie sie weg haben.

Die besondere Gefährlichkeit von Kugelschreibern

z.brp. Was unterscheidet einen Kugelschreiber von einem Telefon? Der Gebrauchswert, der Preis, das Herstellungsverfahren und... Ein CSU-Hirn kommt zu dem Ergebnis: Hauptunterscheidungsmerkmal ist die Gefährlichkeit! Und das will Strauß alsbald gesetzlich festhalten lassen. Zitat aus dem „Gesetzentwurf zur Verhinderung des Mißbrauchs von Abhörsendeanlagen": „Die in dieser Vorschrift beschriebenen getarnten Abhörsendeanlagen, z.B. Abhörsendeanlagen in Kugelschreibern, Feuerzeugen usw. werden wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit und weil für sie eine Verwendung für anerkennenswerte Zwecke kaum in Frage kommen dürfte, grundsätzlich verboten." Der Kugelschreiber besitzt eine „typische Gefährlichkeit", er eignet sich vorzüglich zum Einbauen eines Minisenders. Anders beim Telefon: „Geräte, die nach ihrer Beschaffenheit offensichtlich nicht zum unbemerkten Abhören des nichtöffentlich gesprochenen Wortes eines anderen bestimmt sind, sind keine Abhörsendeanlagen im Sinne dieses Gesetzes. Der Begriff der Zweckbestimmung ist hierbei objektiv zu verstehen: nicht der Wille des Herstellers, sondern die Verkehrsanschauung ist entscheidend." Weder Gscheidle noch Apel oder Baum brauchen Einwände gegen den Gesetzentwurf zu haben. Alles bleibt beim alten, nur man hört, daß Strauß schon seit fast zwei Jahren in seinen Amtszimmern keine Kugelschreiber mehr duldet.

Ausbeutung der Fotofinisher bei Colibri „rund um die Uhr“

Dagegen wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß organisiert

r.ank. In den Betrieben des Fotohandwerks und den meisten Fotogroßlabors gibt es keine Tarifverträge, und die Kapitalisten zahlen Hungerlöhne. Unter dem Slogan „1 Tag-Bilder-Service“ für den Kunden pressen die Kapitalisten in den Großlabors, auch Bilderfabriken oder Fotofinisherbetriebe genannt, hohe Profite aus den Arbeitern.

Einer von Ihnen ist Axel Wisniewsky, Besitzer der Colibri GmbH&Co. KG in Lingen sowie von „colorfix“ in Dortmund und „izelt“ in Regensburg, die in den 70er Jahren geschluckt wurden. Etwa 500 Arbeiter und Angestellte arbeiten unter Kommando dieses Kapitalisten, davon 199 in Lingen (133 Frauen und 66 Männer). Der umsatzgrößte Fotofinisher der Welt, die westdeutsche Heinzen Foto-Gruppe, hat nur 1300 Beschäftigte („Fotowirtschaft“ 10/78).

1958 hatte Wisniewsky „klein angefangen mit vier Mitarbeitern“. Produktionsstätte war die Drogerie „Zum goldenen Becher“ in Lingen. Mit 21 (1962), 83 (1969) und 199 Beschäftigten bis März 1978 entwickelte sich der Betrieb zur Goldgrube. Das moderne Betriebsgebäude mit Pufferzonen „ermöglicht bei Bedarf eine schnelle Kapazitätsausweitung“ (Werbebroschüre).

4,3 Millionen DM werden 1978 allein für einen Anbau und Maschinen investiert. Mit der Verarbeitung von 28000 Schwarz-Weiß und Colorfilmen an einem Tag wurde nach Auskunft von Kollegen in diesem Jahr ein Rekord erreicht. „Colibri arbeitet rund um die Uhr. Tag und Nacht. 16 Stunden Produktion, acht Stunden Auslieferung und Abholung. Nur so ist der 24-Stunden-Liefer-Service möglich“, heißt es in der Broschüre.

Ab ca. 18 Uhr bis 2 Uhr müssen die Fahrer die Filme von der Annahmestelle holen. Die Arbeiter an den Filmentwicklungsmaschinen machen ebenfalls nur Nachtarbeit von 2 Uhr bis 10.30 Uhr. Von 6 Uhr bis 9 Uhr fangen die übrigen Arbeiter und Angestellten an. In der Sommer-Saison, bzw. um Feiertage ist der 8-Stundentag weitgehend beseitigt. Über 10 Stunden sind keine Seltenheit. Gezahlt werden niedrigste Löhne nach Betriebsvereinbarungen, die einiges unter dem Fotofinisher-Tarifvertrag der IG-Chemie liegen. Der Bruttomonatslohn geht bei sieben Lohnstufen von1055,30 DM bis 1875,00 DM. Der vergleichbare Tariflohn in acht Lohngruppen von 1131,42 DM bis 1097,77 DM. Colibri zahlt den Lehrlingen im 1. Jahr 252,00 DM, während der Tarif 400,00 DM beträgt. Urlaubsgeld gibt es nicht, laut Tarif sind das jedoch mindestens 376,00 DM. Dafür gibt Wisniewski bis zu drei Tagen weniger Urlaub als im Tarifvertrag festgelegt. Dies ließe sich fortsetzen beim Weihnachtsgeld und weiteren Lohnbestandteilen.

Wisniewsky und seiner Betriebsführung reicht dieser Ausbeutungsgrad nicht. Durch neue Verkaufsförderungsaktionen wie „Klick den schönen Augenblick“ wollen sie bei gleichbleibender Belegschaftsgröße den Farbbildumsatz steigern, vor allem außerhalb der dreimonatigen Sommersaison. Bisher war es außerhalb der Saison möglich, z.B. schon nach sieben Stunden zu gehen, wenn die Arbeit der Abteilung erledigt war. Jetzt wollen sie die Arbeiter zu Arbeitseinsätzen in anderen Abteilungen zwingen. Durch eine Betriebsvereinbarung vom 1. dieses Monats werden die Abholfahrer verpflichtet, auf Anordnung der Betriebsführung auch samstagnachts zu fahren.

Der niedrige Grundlohn bildet dabei die Voraussetzung für die Pressung zur Nachtarbeit und zu Überstunden. Dabei wird der Arbeitstag zunehmend verdichtet.

Die bisher herrschende Auffassung, durch Betriebsvereinbarungen zwischen „Einzelgesprächen“ fährt man am besten, stellt sich durch diese Erfahrung als falsch heraus. Immer mehr Arbeiter und Angestellte erkennen dagegen die Notwendigkeit des Aufbaus der Gewerkschaft und treten ein.

1972 erkämpfte die Belegschaft von Cewe-Color Oldenburg den Abschluß des Fotofinisher-Tarifvertrages. Richtig wird sein, für den Anschluß an diese Tarife zu kämpfen.

Belgien: Raffineriearbeiterstreik nach 18 Tagen abgebrochen

z.sie.Brüssel. Der Streik der 5000 Raffineriearbeiter wurde am 30.9. nach Abstimmung abgebrochen: 63% waren für Weiterführung, das nötige Quorum liegt bei 66%. Gegen Massenentlassungen und Verschärfung der Ausbeutung hatten die Arbeiter mit Unterstützung breiter Teile der belgischen Arbeiterklasse den Streik begonnen. Zäh und geschlossen verhinderten sie vielfach die Auslieferung von Raffinerieprodukten. Mit Pressekampagnen, Benzinpreiserhöhungen, Einsatz von Polizei hatte die Bourgeoisie den Kampf zu isolieren und zerschlagen versucht, was sie nicht erreichte. Die reformistischen Gewerkschaftsführer waren es, die unter der Parole „Recht auf Arbeit“ den Streik in die Niederlage führten. Vor der Abstimmung hatten sie sich mit den Kapitalisten und dem Minister für Soziales und Arbeit auf ein „Dokument“ geeinigt: Entlassungen ja, aber gegen „Ablöse“. Die Arbeiter über 50 der stillgelegten Belgischen Petroleum-Raffinerie sollen frühverrentet werden; christlich-sozialistisch sortiert nach Alter, Betriebszugehörigkeit, Tag- oder Nachtschicht, zwischen 12000 und 16000 DM Ablöse erhalten. Die jüngeren als Überbrückung für 9 Monate zwischen 7000 und 12000 DM. Die 256 Arbeiter des Betriebs unterliegen dann der Aufsicht des Arbeitsamtes, ließ der Amtskollege von Ehrenberg heraus: „Die beruflichen Qualifikationen der Bewerber seien verfügbar und eine geographisch vernünftige Mobilität sei zu akzeptieren“ (Libre Belgique, 2.10.78).

Umweltschutz à la BASF

z.chk. „Eine große Belastung stellen für uns die Ausgaben für den Umweltschutz dar“, klagte M. Seefelder, Vorsitzender des Vorstandes der BASF, auf der Aktionärsversammlung im Juni des Jahres, ohne darauf zu verzichten, die großartigen Verdienste der BASF-Kapitalisten in Sachen „Umweltschutz“ gebührend herauszustellen. Rund 130000 t flüssige Rückstände und 320 Mio. cbm gasförmige Reststoffe wurden 1977 im Werk Ludwigshafen zurückgehalten – damit sie in der Profitproduktion für die BASF-Kapitalisten erneut verwertet werden können. U.a. 600 t Ammoniak und 80 t Kohlenwasserstoffe haben sich die BASF-Kapitalisten über „Umweltschutz“ gesichert. Stoffe, die sie profitlich nicht wieder verwerten können, werden nach wie vor in die Luft geblasen. So verlangt die BASF jetzt eine Ausnahmegenehmigung von der Landesregierung für ihre neue Tamol-Fabrik, in der 2100 kg mehr Gerbstoffstaub pro Jahr anfallen als selbst die „TA Luft“ zuläßt. „Belastend“ ist für die BASF-Kapitalisten ausschließlich, daß sie diesen „Umweltschutz“ noch nicht vollständig aus den den Massen abgepreßten Steuern bezahlt bekommen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung spurt. Umweltminister Meyer: „Die billigste ist selten die beste Kläranlage ... Die größte Schwierigkeit bei der Bewältigung der Abwässerprobleme liegt auf finanziellem Gebiet, da noch Investitionen

Chemiekartell geplatzt?
Als Bündnis gegen die Chemiearbeiter jedenfalls nicht

z.scc.Brüssel. Die italienischen Bourgeoisblätter melden vergangene Woche das Ableben des im Juni in Brüssel abgeschlossenen europäischen Chemiefaserabkommens. Das westdeutsche „Handelsblatt“ weiß indes Gegenteiliges zu berichten: die lang geäußerten „grundsätzlichen Bedenken“ seien gewichen, „man“ sei bereit, das sogenannte Chemiefaserkartell als notwendig gewordenen „Sonderfall“ zu akzeptieren. Tatsache scheint bei schroff aufeinanderprallenden Interessen nicht gleich Tatsache. Was also?

In der Chemiefaserindustrie hat sich der imperialistische Konkurrenzkampf 1977 weiter verschärft, insbesondere um die europäischen Märkte. Die US--Kapitalisten, die in Chemiefasern machen, reiben sich über ein „Spitzenjahr“ die Hände. Sie konnten ohne nennenswerte Erhöhung der Arbeiterzahl die Produktion um 9,5% steigern. Der größte US-Chemiekonzern, Du Pont, preßte über 68 Mio. Dollar Profit allein aus den Arbeitern der Chemiefaserproduktion, Zahlen, von denen die europäischen Chemiegiganten nur träumen. Sie jammern über die „Konkurrenz billiger Textilimporte“, „Überkapazitäten“ – 40% der Anlagen liegen im ersten Halbjahr 1978 durchschnittlich brach –, „Preise im Keller“. Hoechst etwa rechnet mit 110 Mio. DM Verlust allein im 1. Halbjahr 77, Bayer mit insgesamt 150 Mio. DM Verlust.



ren Ausbeutung den Chemiefaserkapitalisten nicht mehr profitabel genug ist. Für 1977 verbuchen sie bereits kräftige Erfolge, die den Produktionsrückgang von 5% in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen:

Enka-Gruppe: Entlassung von insgesamt 2200 Arbeitern in der BRD und den Niederlanden; Kurzarbeit für über 7000 Arbeiter.

Hoechst: Entlassung von 3750 Arbeitern

Imperial Chemical Industries Ltd.: Entlassung von 2700 Arbeitern, davon 2000 in Großbritannien, 700 auf dem Kontinent.

Rhone-Poulenc Textile SA: Fünf Betriebe sollen 1978 stillgelegt, 6000 von 13000 Arbeitern der Fasersparte auf die Straße geworfen werden.

Monsanto Europe SA: 150 Entlassungen durch Stillegung des Texturierwerkes Crailsheim, 220 Entlassungen im Luxemburger Zweigwerk, das dabei die Produktion von Crailsheim übernimmt.

Elf große westeuropäische Chemiemonopole haben sich mit Unterzeichnung des Brüsseler Chemiefaserabkommens darauf „geeinigt“, 15% der vorhandenen Chemiefaserkapazitäten in Westeuropa, 400000 t, stillzulegen, außerdem Monopolpreise festzusetzen. Nach einigem Zögern gehören Hoechst und Enka als westdeutsche (bzw. niederländische) Vertreter heute zu den eifrigsten Verfechtern des Kartells, auch wenn sie sich in der Öffentlichkeit manchesmal noch zieren. Setzt das Abkommen die Konkurrenz zwischen den Monopolen außer Kraft?

Zuallererst ist es ein Bündnis gegen die westeuropäischen Chemiefaserarbeiter, eine gegenseitige Versicherung der Kapitalisten, Rationalisierungen, Massenentlassungen, Lohnsenkungen durchzusetzen und die Konkurrenz um die höchstmögliche Ausbeutung auf ei-

liche Subventionen erhalten, durch Verbot und Beschränkung der Subventionierung aus dem Rennen zu werfen trachten. Diese wiederum haben jede Lust am Kartell verloren und geben durch ihre Investitionspolitik zu erkennen, daß sie nicht mit einer Faser ans Stillegen, sondern mit allen ans Expandieren denken. So erklären in einer Situation, in der die EG-Kommission dem Chemiefaserabkommen den endgültigen Segen noch nicht gegeben hat, die einen es schon für gestorben, während die anderen schon dabei sind, das „EG-Recht“ zu „dehnen“, um es dem Sprößling anzupassen.

Nicht nur in der Chemiefaserindustrie, in der gesamten Chemieindustrie sehen die Kapitalisten die vor Jahren so schwungvoll begonnene Exportoffensive ins Stocken geraten. Mit dem anhaltenden Kurssturz des amerikanischen Dollars haben sich die US-Chemiekapitalisten große Konkurrenzvorteile verschafft. Auch das Sinken des britischen Pfundes und der italienischen Lira zerrt Hoechst, Bayer, BASF und Konsorten am Nerv. Zu allem anderen drängt ihnen ein neuer Konkurrent ins Jagdrevier, die Sozialimperialisten, die ihnen mit Dumpingpreisen bis zu 40% drunter inzwischen manchen fetten Brocken wegschnappen. „Senkung der Arbeitskosten“ und Kapitalexport sind ihre Parolen. Im Mai klagten sie: „Arbeitskosten der BRD-Chemie 20% höher als in den USA“,

z.scc.Brüssel. Die italienischen Bourgeoisblätter melden vergangene Woche das Ableben des im Juni in Brüssel abgeschlossenen europäischen Chemiefaserabkommens. Das westdeutsche „Handelsblatt“ weiß indes Gegenteiliges zu berichten: die lang geäußerten „grundsätzlichen Bedenken“ seien gewichen, „man“ sei bereit, das sogenannte Chemiefaserkartell als notwendig gewordenen „Sonderfall“ zu akzeptieren. Tatsache scheint bei schroff aufeinanderprallenden Interessen nicht gleich Tatsache. Was also?

In der Chemiefaserindustrie hat sich der imperialistische Konkurrenzkampf 1977 weiter verschärft, insbesondere um die europäischen Märkte. Die US--Kapitalisten, die in Chemiefasern machen, reiben sich über ein „Spitzenjahr“ die Hände. Sie konnten ohne nennenswerte Erhöhung der Arbeiterzahl die Produktion um 9,5% steigern. Der größte US-Chemiekonzern, Du Pont, preßte über 68 Mio. Dollar Profit allein aus den Arbeitern der Chemiefaserproduktion, Zahlen, von denen die europäischen Chemiegiganten nur träumen. Sie jammern über die „Konkurrenz billiger Textilimporte“, „Überkapazitäten“ – 40% der Anlagen liegen im ersten Halbjahr 1978 durchschnittlich brach –, „Preise im Keller“. Hoechst etwa rechnet mit 110 Mio. DM Verlust allein im 1. Halbjahr 77, Bayer mit insgesamt 150 Mio. DM Verlust.

Mit dem Schlachtruf „Kapazitätsstillegungen“ – Massenentlassungen und Rationalisierung der Produktion – ziehen die Chemiefaserkapitalisten gegen die westeuropäischen Chemie- und Textilarbeiter zu Felde. In einer Studie stecken sie sich das Ziel, bis 1985 von 4,49 Mio. (1974) Arbeitern der Chemie-, Textil- und Bekleidungsindustrie Westeuropas 1,6 Mio. auf die Straße zu werfen, mehr als ein Drittel. In der Chemiefaserindustrie sollen es 105500 von 237400 Arbeitern sein, de-



ren Ausbeutung den Chemiefaserkapitalisten nicht mehr profitabel genug ist. Für 1977 verbuchen sie bereits kräftige Erfolge, die den Produktionsrückgang von 5% in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen:

Enka-Gruppe: Entlassung von insgesamt 2200 Arbeitern in der BRD und den Niederlanden; Kurzarbeit für über 7000 Arbeiter.

Hoechst: Entlassung von 3750 Arbeitern, 25% der 1975 in der Chemiefaserabteilung Beschäftigten. U.a. Stillegung der „Spinnstoffabrik Zehlendorf AG“ Berlin.

Bayer: Reduzierung der Belegschaft in der Sparte Fasern auf 3000, Anfang 1978 arbeiten 1300 davon kurz.

Du Pont de Nemours (Deutschland): 7 Monate Kurzarbeit im Werk Uentrop. Die Niederlassung in Holland soll stillgelegt, die „Belieferung des Marktes ... dann aus dem nordirländischen Werk erfolgen.“

Imperial Chemical Industries Ltd.: Entlassung von 2700 Arbeitern, davon 2000 in Großbritannien, 700 auf dem Kontinent.

Rhone-Poulenc Textile SA: Fünf Betriebe sollen 1978 stillgelegt, 6000 von 13000 Arbeitern der Fasersparte auf die Straße geworfen werden.

Monsanto Europe SA: 150 Entlassungen durch Stillegung des Texturierwerkes Crailsheim, 220 Entlassungen im Luxemburger Zweigwerk, das dabei die Produktion von Crailsheim übernimmt.

Elf große westeuropäische Chemiemonopole haben sich mit Unterzeichnung des Brüsseler Chemiefaserabkommens darauf „geeinigt“, 15% der vorhandenen Chemiefaserkapazitäten in Westeuropa, 400000 t, stillzulegen, außerdem Monopolpreise festzusetzen. Nach einigem Zögern gehören Hoechst und Enka als westdeutsche (bzw. niederländische) Vertreter heute zu den eifrigsten Verfechtern des Kartells, auch wenn sie sich in der Öffentlichkeit manchesmal noch zieren. Setzt das Abkommen die Konkurrenz zwischen den Monopolen außer Kraft?

Zuallererst ist es ein Bündnis gegen die westeuropäischen Chemiefaserarbeiter, eine gegenseitige Versicherung der Kapitalisten, Rationalisierungen, Massenentlassungen, Lohnsenkungen durchzusetzen und die Konkurrenz um die höchstmögliche Ausbeutung auf ei-ne neue Stufe zu heben. Zum andern tobt die Konkurrenz um die Marktanteile unvermindert weiter. Die vier italienischen Monopole haben anfangs durchsetzen können, daß sie ihre Produktion nur um 3% drosseln, während die übrigen sieben sich auf Stillegung von fast 20% ihrer Kapazitäten festlegen lassen mußten. Die westdeutschen Kapitalisten lassen sich jedoch gern und ganz offen darüber aus, daß sie mit Hilfe dieses Abkommens die italienischen Konkurrenten, die hohe staat-

liche Subventionen erhalten, durch Verbot und Beschränkung der Subventionierung aus dem Rennen zu werfen trachten. Diese wiederum haben jede Lust am Kartell verloren und geben durch ihre Investitionspolitik zu erkennen, daß sie nicht mit einer Faser ans Stillegen, sondern mit allen ans Expandieren denken. So erklären in einer Situation, in der die EG-Kommission dem Chemiefaserabkommen den endgültigen Segen noch nicht gegeben hat, die einen es schon für gestorben, während die anderen schon dabei sind, das „EG-Recht“ zu „dehnen“, um es dem Sprößling anzupassen.

Nicht nur in der Chemiefaserindustrie, in der gesamten Chemieindustrie sehen die Kapitalisten die vor Jahren so schwungvoll begonnene Exportoffensive ins Stocken geraten. Mit dem anhaltenden Kurssturz des amerikanischen Dollars haben sich die US-Chemiekapitalisten große Konkurrenzvorteile verschafft. Auch das Sinken des britischen Pfundes und der italienischen Lira zerrt Hoechst, Bayer, BASF und Konsorten am Nerv. Zu allem anderen drängt ihnen ein neuer Konkurrent ins Jagdrevier, die Sozialimperialisten, die ihnen mit Dumpingpreisen bis zu 40% drunter inzwischen manchen fetten Brocken wegschnappen. „Senkung der Arbeitskosten“ und Kapitalexport sind ihre Parolen. Im Mai klagten sie: „Arbeitskosten der BRD-Chemie 20% höher als in den USA“, nicht zufrieden mit den Lohnsenkungen, die sie durchgesetzt hatten, und zogen den Schluß: „Investitionen in den USA sind deshalb unausweichlich“. Bayer beispielsweise hat die USA und den US-Markt zum „strategischen Schwerpunkt“ erklärt und den Kapitalexport auch 1977 und 1978 verstärkt. Andere europäische Chemiemonopole ziehen nach. Von den 100 größten US-Chemiekonzernen sind 19 „in europäischer Hand“, triumphiert die „Chemische Industrie“.

tieren“ (Libre Belgique, 2.10.78).

Umweltschutz à la BASF

z.chk. „Eine große Belastung stellen für uns die Ausgaben für den Umweltschutz dar“, klagte M. Seefelder, Vorsitzender des Vorstandes der BASF, auf der Aktionärsversammlung im Juni des Jahres, ohne darauf zu verzichten, die großartigen Verdienste der BASF-Kapitalisten in Sachen „Umweltschutz“ gebührend herauszustellen. Rund 130000 t flüssige Rückstände und 320 Mio. cbm gasförmige Reststoffe wurden 1977 im Werk Ludwigshafen zurückgehalten – damit sie in der Profitproduktion für die BASF-Kapitalisten erneut verwertet werden können. U.a. 600 t Ammoniak und 80 t Kohlenwasserstoffe haben sich die BASF-Kapitalisten über „Umweltschutz“ gesichert. Stoffe, die sie profitlich nicht wieder verwerten können, werden nach wie vor in die Luft geblasen. So verlangt die BASF jetzt eine Ausnahmegenehmigung von der Landesregierung für ihre neue Tamol-Fabrik, in der 2100 kg mehr Gerbstoffstaub pro Jahr anfallen als selbst die „TA Luft“ zuläßt. „Belastend“ ist für die BASF-Kapitalisten ausschließlich, daß sie diesen „Umweltschutz“ noch nicht vollständig aus den den Massen abgepreßten Steuern bezahlt bekommen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung spurt. Umweltminister Meyer: „Die billigste ist selten die beste Kläranlage ... Die größte Schwierigkeit bei der Bewältigung der Abwässerprobleme liegt auf finanziellem Gebiet, da noch Investitionen von mehr als 30 Milliarden DM benötigt werden.“

Krankenstand in der Chemieindustrie

z.wob. Die offiziellen Angaben der Chemiekapitalisten über den Krankenstand verschleiern eher den tatsächlichen Ruin der Arbeits- und Lebenskraft der Arbeiter. Dennoch sind sie ein Schlachtbulletin der Profitproduktion:

Jahr	Umsatz pro Beschäftigter in Tsd. DM	Krankenstand in % der Beschäftigten
1955	36,9	4,58
1960	49,0	5,47
1965	63,6	5,44
1970	84,3	5,44
1975	134,8	6,05
1976	159,7	6,59

20% der 575 000 Beschäftigten in der Chemieindustrie arbeiten bereits in der vollkontinuierlichen Wechselschicht. Von 1975 auf 1976 haben die Chemiekapitalisten bei den männlichen Arbeitern die Wochenarbeitszeit von 41,1 auf 42,1 hochgetrieben. Seither treiben sie es immer toller: 12 Stunden-Schicht in der Tero Top Abteilung bei Teroson, Sonntagnacht-Arbeit von 21.30 Uhr – 6.00 Uhr bei Veith Pirelli, zwei neue Sonderschichten bei Goodyear/Fulda im September. Entsprechend der Krankenstand: z.B. im August 78 bei Schwarzkopf in Westberlin bei den Frauen an den Bändern über 15%. Die Arbeiter bei HAW haben Schadstoffmessungen über ihren Betriebsrat durchgesetzt. In Karlsruhe streikten 1 500 Michelinarbeiter gegen die Akkordhetze und gegen Drohbriefe bei Krankheit.

Bundesseuchengesetz: „Generelle Ermächtigung“

z.hev. Die Bourgeoisie betreibt die Verelendung der Massen und rechnet mit einer Zunahme der Seuchen. So wird die Cholera „wegen der veränderten Seuchenlage“ im „Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesseuchengesetzes“ vom 8.9.1978 neu aufgeführt. Die Cholera hatte in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit einem Paukenschlag in einer großen Epidemie in Hamburg den Beginn des Imperialismus begleitet. Nach dem Entwurf kann das Gesundheitsamt jetzt praktisch jederzeit, nicht erst „bei Gefahr im Verzuge“, vorladen. Die eigentliche Absicht, die die Bourgeoisie mit der Neufassung des Gesetzes verfolgt, ist die weitere Einschränkung des Versammlungsrechts.

Und weiter: „Die Fülle der Schutzmaßnahmen, die bei Ausbruch einer übertragbaren Krankheit in Frage kommen können, läßt sich von vornherein nicht übersehen. Man muß eine generelle Ermächtigung in das Gesetz aufnehmen, will man für alle Fälle gewappnet sein.“ Für den Fall des Krieges oder der Revolution zum Beispiel.

„Zusätzliche Hilfen“ über § 218-Beratungsstellen

z.zik. Nach einer Mitteilung der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ vom 28.9. hat der bayerische Sozialminister Pirkl eine Stiftung „Mutter und Kind“ ins Leben gerufen. „Über die engen Grenzen der Sozialhilfe hinaus“ sollen im Jahr 1978 insgesamt 2,55 Millionen Mark an „eine große Zahl von Frauen, die in der Beratung finanzielle Schwierigkeiten geltend machten“, gebunden an die § 218-Zwangsberatung, ausgezahlt werden. Als erste Voraussetzung für den Erhalt solcher Gelder nennt er: „eine ärztliche Bescheinigung über die Schwangerschaft“. Für ein Butterbrot und eine Verhöhnung dazu sollen sich die Familien der Arbeiterklasse leichter in die Fänge des bürgerlichen Staates begeben.

Modellversuch: Briefträger als Spitzel

z.wos. Die „traditionell guten Beziehungen zwischen den Bürgern und den Beamten im Postzustelldienst“ (Gscheidle) will die Bundesregierung nutzen, um Briefträger in Spitzel fürs Sozialamt zu verwandeln. Zu diesem Zweck ist ein „Modellversuch Sozialer Auftragsdienst“ am 1. Oktober in Ludwigshafen, dem Main-Kinzig-Kreis und Wilhelmshaven mit einem halben Jahr Dauer angelaufen. Die 360 Briefträger erhalten vom Sozialamt ein Formular, auf dem sie „Hinweise der Nachbarn“ eintragen sollen.

Die ausgefüllten Formulare müssen sie dann beim Sozialamt abgeben; „ohne Dreingabe“ wie die „Kölner Rundschau“ befriedigt vermerkt. „Bei überquellenden Briefkästen wird nachgeforscht“, verkündet die „Frankfurter Rundschau“. Der Frankfurter Bürgermeister Berg hat bereits das Interesse der Stadt Frankfurt an Übernahme des „Modellversuchs“ bekundet.

Imperialistische Stadtsanierung soll beschleunigt werden

z.hab. Das Bundeskabinett hat eine „Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften über den Einsatz von Förderungsmitteln nach dem Städtebauförderungsgesetz“ verabschiedet, mit der „investitionshemmende Vorschriften im Bereich der Städtebauförderung abgebaut werden“ sollen. Für Oktober hat Haack eine Novelle des Bundesbaugesetzes zur Beschleunigung von Baugenehmigungen angekündigt. Die baden-württembergische Landesregierung beabsichtigt, eine Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens auf Landesebene:

„Bei Modernisierungsvorhaben und anderen baulichen Änderungen in Wohngebäuden“ soll „auf die behördliche Überprüfung technischer Nachweise verzichtet werden, wenn diese von qualifizierten, fachkundigen Personen aufgestellt worden sind und der Bauherr die Überprüfung nicht wünscht.“ Der Weg soll freigemacht werden für den „rascheren Einsatz von Förderungsmitteln“ zur Mästung der Baukapitalisten, die die Stadtzentren nach den Anforderungen des Finanzkapitals zu Geschäfts- und Verwaltungszentren mit Boutiquen, Einkaufszentren und „Wohnungen des gehobenen Bedarfs“ herrichten und die Betonghettos am Stadtrand bauen sollen, in die die Arbeiterbevölkerung aus den Innenstädten vertrieben werden soll.

Gesucht: ein Seelenhirte und Manager

z.ulg.Rom. Beim nächsten Konklave werde es ,,überlegter'' zugehen müssen als beim letzten Mal, hat der Erzbischof von Genua Siri, selbst Papstkandidat, erklärt. Und der westdeutschen Bischöfe oberster, Kardinal Höffner, hat bei der Ankunft in Rom geäußert, einen ,,Seelenhirten'' werde man schon wieder brauchen können, aber ,,größere Erfahrung im Management'' als Johannes Paul müsse er haben: ,,Warum nicht den von der Kurie, der am meisten Hirte ist?'' ,,Ohne jede Erfahrung'' habe Luciani sein Amt ,,an der Spitze der Weltkirche mit ihrem komplizierten Apparat, den täglichen und wöchentlichen Verpflichtungen'' angetreten, heißt es jetzt (Neue Zürcher Zeitung, 3.10.). Seine ,,mangelnde Geschäftskenntnis'' hat ihn ins Grab gebracht, und das soll nicht wieder vorkommen, ist der feste Vorsatz der Kirchenoberen. Die Kurie ist besorgt, daß bei einem zweiten von dieser Sorte der ganze weitgestreckte Apparat mit seinen hunderttausenden Pfaffen, Ordensleuten und Lohnabhängigen durcheinandergeraten könnte, von der Verwaltung des umfänglichen Kirchenvermögens ganz zu schweigen. Die Imperialisten dagegen sind ganz begeistert von den demagogischen Qualitäten des ,,lächelnden Papstes''. Namentlich die Sympathie der Volksmassen von Rom habe der ,,neue Johannes'' im Sturm zu erobern verstanden. Tatsächlich haben weit über eine halbe Million bei strömendem Regen auf dem Petersplatz stundenlang gewartet, um an der Leiche vorbeiziehen zu können. Jemand, der unter breiten Massen eine Debatte darüber, ob Gott nun ,,mehr Vater'' oder ,,mehr Mutter'' ist, anzuzetteln versteht, kommt den Bourgeois gerade recht. Zumal, wenn noch im nachhinein sozusagen als sein letzter Wille verbreitet werden kann, noch in diesem Jahr habe er nach dem Libanon reisen wollen, um auch dort nach dem Rechten zu sehen. ,,Die Massen werden beim Konklave anwesend sein'', hat der afrikanische Kardinal Gantin gesagt, und das ist den meisten Papstwählern gar nicht recht, denn es engt die Auswahl ein. Ein Manager und zugleich ein ,,Seelenhirte'' ist also gesucht, und der ist wirklich schwer zu finden. Denn wer schon, zumal in der Dritten Welt, wird seine Seele gern von einem Geschäftsmann von der Sorte eines gestandenen Kurienkardinals hüten lassen wollen.

Für Gott und König

z.sie.Brüssel. Gegenwärtig bereisen belgische Minister und hohe Regierungsangestellte einige Länder Afrikas, um dem belgischen Kapital den profitablen Weg zu bahnen und um ihre Einflußsphären zu zählen. Wo immer die belgischen Imperialisten sich rumtrieben, ihre Missionare waren und sind nicht weit. Anläßlich der Intervention in Zaire gedachte die belgische Bourgeoisie dreier verdienter Missionare, die ,,in Belgisch-Kongo für Gott gewirkt'' hätten. Die Volksmassen von Zaire haben dem ein Ende bereitet, ,,1960

Ehrenberg-Stingls ,,arbeitsmarktpolitisches Paket"

,,Arbeitszeitverkürzung": Teilzeitarbeit, ,,zügige Bearbeitung": Sperrfristen, ,,Qualifizierung": ABM-Maßnahmen

z.brp. ,,Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto größer die Arbeitsunwilligkeit'', lautet die Schlagzeile auf Seite 3 der ,,Welt'' (4.10.78). Seit Juni hat Stingl gedreht und gezerrt, bis er diese Überschrift lancieren konnte. Der Boden für die Hetze gegen die arbeitslosen Arbeiter ist systematisch bereitet worden. Jeweils zu Monatsanfang verkündet Stingl im Fernsehen und in den Tageszeitungen, daß die Arbeitslosigkeit schon wieder etwas zurückgegangen sei und daß die Kapitalisten nicht mehr ihre Wünsche nach jederzeit verfügbarer Arbeitskraft befriedigen könnten. Im September sei die Arbeitslosigkeit unter 4 Prozent auf 3,8 Prozent gesunken und hätte damit den Stand von Oktober 1974 erreicht.

Im Juni sind Stingl die Umfrageergebnisse vom Meinungsforschungsinstitut Infratest vorgelegt worden, das die ,,Motivation von Arbeitssuchenden, Hemmnisse für die Einstellung von Arbeitslosen, Effektivität von Vermittlung und Beratung, Fortbildungs- und Mobilitätsbereitschaft von Beschäftigten'' erfragte. Die Ergebnisse waren für die Bourgeois niederschmetternd: Trotz der Sperrfristen lehnen sieben Prozent der arbeitslosen Arbeiter die ihnen angewiesene Arbeit ab und nur fünf Prozent sind ,,mobil''. Darüber hinaus: Die meisten, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos sind – und das sind fast zwei Drittel – lassen sich nicht jede Arbeit zu jedem Lohn aufdrücken.

,,50 Prozent dieser ,Arbeitsunwilligen' begründen ihre Scheu vor geregelter Arbeit damit, daß sie kurz vor einer Aus- und Weiterbildung stünden oder daß sie eine Rente erwarteten. Die andere Hälfte nannte familiäre oder sonstige Gesichtspunkte. Fast alle Arbeitslosen halten es für fast unmöglich, in der erreichbaren Umgebung ihres Wohnortes wieder einen Arbeitsplatz

Zunehmend Sperrzeiten

Jahr (August)	Arbeitslose	,,Leistungs''-empfänger	in % der Arbeitslosen
1973	221905	138874	62,58%
1974	527051	337300	63,99%
1975	1031122	774208	75,08%
1976	939528	655355	69,75%
1977	963468	655019	67,98%
1978	923963	606089	65,59%

Quelle: Arbeitsmarktzahlen für August 1978, Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 55/78

zu finden (20 Prozent ,praktisch unmöglich', nur sieben Prozent ,leicht möglich')'' (Welt, 4.10.). Aus- und Weiterbildung schön und gut, soweit sie die Arbeitskraft verbilligt und mobiler macht. Das fördert die Bundesanstalt für Arbeit gerne, z.B. in ,,Trainingsmaßnahmen'' mit der ,,Fortbildung auf Vorrat'' für Jugendliche, die nach der ,,Ausbildung auf Vorrat'' entlassen worden sind. Aber wenn Aus- und Weiterbildung zu einem Hemmnis für die jederzeitige Verfügung der Kapitalisten über die Arbeitskraft wird, dann muß Zwang und Hunger nachhelfen. Das ,,Handelsblatt'' hat am 25.9.78 eine Karte an Kanzler Schmidt abgedruckt; der Text der Karte:,, Lieber Helmut, liebe Loki, viele herzliche Grüße von Ibiza senden Euch Tilly, Rainer u. Claus. Wetter etc. alles o.k. Wie war Euer Urlaub?'' Unter die Karte setzen die Journalisten folgenden Text: ,,Lieber Helmut! Ich bin hier in Spanien. Mir geht es gut, denn ich ,verbrate' hier Deine Arbeitslosenunterstützung. Wenn Du weiterhin so sozial eingestellt bist, werde ich Dich wiederwählen. Tschüß, Dein Werner.'' (Handelsblatt, 25.9.78)

Arbeitslose hätten ein ,,Haushaltsnettoeinkommen'' von etwa 1600 Mark, schreibt die ,,Welt'' (4.10.). Das wäre ein Nettogehalt von 2500 DM, also weit über 3000 DM brutto. Offensichtlich kann das nicht stimmen. Tatsächlich liegt das durchschnittliche Arbeitslosengeld nur bei 505,78 DM (Geschäftsbericht des Bundesanstalt für Arbeit, 1977).

Diese Lügenlitanei verfolgt den Zweck, die Kontrolle über die Arbeitslosen zu erhöhen und – wenn sie nicht jede Arbeit zu jeden Bedingungen annehmen und sich auch gegen die Zwangsmaßnahme ABM wehren – das Arbeitslosengeld insgesamt zu streichen. Diejenigen, die auf diesem Wege bisher ,,ausgesteuert'' worden sind, haben von Jahr zu Jahr zugenommen, das reicht der Bourgeoisie noch nicht.

Ehrenberg-Stingl haben jetzt im Vorgriff auf ein Fünftes Arbeitsförderungsgesetz ein ,,arbeitsmarktpolitisches Paket'' mit einem Sack voller Zwangsmaßnahmen beschlossen:

Ein Schwerpunkt ist die ,,Aus- und Weiterbildung''. Zu diesem Zweck schreibt Stingl ,,persönliche Briefe'' an die Jugendlichen:

,,Es gibt Leute, die sagen, mit der Jugend von heute ist nichts los, die Jugend von heute weiß nicht, was sie will. Das ist dumm. Jugend weiß irgendwann nie so recht, was sie will. Wäre es nicht so, würde unsere Welt stehen bleiben. Jugend sucht. Du suchst vielleicht noch Deinen Beruf. ... Vielleicht wartet auf Dich gerade der Beruf, an den Du bisher im Traum nicht gedacht hast. Vielleicht liegt gerade im Unvorstellbaren Deine Chance.'' Vielleicht als Mädchen im ,,Blaumann''. Die DGB-Jugendzeitschrift ,,'ran'' feiert das als großen Durchbruch: Mädchenausbildung in traditionellen Männerberufen, auch Emmas Herz wird ob dieser Gleichberechtigung einen Freudensprung machen. Und die Kapitalisten stellen fest: Die Mädchen machen ihre Arbeit gut, und die Wirkung auf die Jungen ist erfreulich – die wollen sich nämlich vor den Mädchen nicht blamieren, schreibt ,,'ran'', und klotzen deshalb doppelt. Auf den Geldsack der Kapitalisten ist diese Gleichberechtigung wohl berechnet: Pro Mädchenkopf gibt es monatlich 300 DM steuerfrei. Erst einmal.

Zweiter Schwerpunkt ist die Durchsetzung der Teilzeitarbeit, die extra ins Paket aufgenommen worden ist. Matthöfer hat in Kenntnis dieser Lage in seinen Haushaltsplan für 1979 schreiben lassen, daß aus zwei (2) 8-Stunden-Stellen im öffentlichen Dienst drei (3) Halbtagsstellen gemacht werden können.

Darüber hinaus sind zahlreiche Bestimmungen zur Erzwingung der Mobilität aufgenommen: ,,schneller Zugang zu den offenen Stellen'', Ausdehnung der ,,Zumutbarkeit'', zumutbar ist weniger Lohn und Ortswechsel, auch wenn die ,,persönlichen Verhältnisse'' dagegenstehen, ,,Einarbeitungszuschüsse für Arbeitslose'', bei einem ungünstigeren Arbeitsplatz sollen die ,,Vermittlungsbemühungen fortgesetzt'' werden, 1600 Angestellte sollen noch in diesem Jahr bei den Arbeitsämtern zusätzlich eingestellt werden, Hauptaufgabe: ,,intensiver Außendienst'', d.h. die Arbeitslosen zu den Kapitalisten schleifen, sie auf Schritt und Tritt verfolgen.

Mit diesem Programm denkt die Bourgeoisie schneller die Belegschaften umzuwälzen und den Lohnstandard zu durchbrechen. In Nordrhein-Westfalen waren 1977 im Jahresdurchschnitt 300000 arbeitslos, 500000 sind über das Arbeitsamt an einen anderen Kapitalisten vermittelt worden.

Frauen in Männerberufen

r.her. ,,Man'' kümmert sich wieder mehr um die Frauen. Nicht nur, daß die deutsche, zumindest die westdeutsche Frau zu wenig Kinder in die Welt setzt, sie hat auch zu wenig Gleichberechtigung. Das Ehrenberg/Stingl-Gespann greift dieses Thema unter dem Motto ,,Frauen in Männerberufe'' auf, schätzungsweise zwecks weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sprich Zwangsarbeit. Auch der zivile Herr Apel denkt immer lauter darüber nach, wie es denn mit einem Arbeitsdienst für Mädchen sei.

Hinterrücks wird dabei der Gedanke genährt, Männerarbeit sei gleich qualifiziertere Arbeit. Mit diesem Slogan verbinden die Reformisten, organisiert in der Sozialdemokratischen Partei, gern solche Themen wie ,,Englische Fluggesellschaft setzt erstmals weiblichen Flugkapitän ein''. Der beschwerliche Weg dieses ersten weiblichen Flugkapitäns sei einigermaßen typisch

bewußt von den Kapitalisten eingesetzt worden.

Keine noch so gefährliche, keine noch so schwere Arbeit war den Fabrikarbeiterinnen je von den Kapitalisten versperrt gewesen. Im Gegenteil. Aus einem Handbuch der Frauenbewegung, herausgegeben 1903, geht hervor, daß die Frauen im Bergbau, im Bau, am Hochofen sowie z.B. in der Ziegelei ,,ihren Mann'' gestanden haben.

Erst die Arbeiterbewegung setzte diesem ruinösen Raubbau an Arbeits- und Lebenskraft allmählich Schranken. Entsprechende Gesetze wurden erkämpft. Verbot der Nachtarbeit von Frauen von achteinhalb Uhr abends bis fünfeinhalb Uhr morgens. Es wurde die Frauen- und Kinderarbeit unter Tage verboten usw. Aber, wie wir es auch heute noch von den sozialdemokratischen Kompromißlern kennen, unter deren Führung die Arbeiterbewegung

Gewerbeaufsichtsamt kann dies auf 24 Uhr verlängert werden, sowie der Arbeitsbeginn, der, wie unter (1) des §19 geregelt, erst ab 6 Uhr beginnen dürfen soll, auf 5 Uhr vorverlegt werden. ,,Bei Eisenbahnbauten: Überlastung der Frauen mit den schwersten Arbeiten, z.B. mit dem Ausschachten oder Fortschaffen von lehmhaltigen Mergel. Viele Unglücksfälle der Mörtelträgerinnen, z.B. Tod einer Schwangeren infolge der Erschütterung. Ausschluß der Arbeiterinnen von den Bauten wird allgemein lebhaft gefordert''. Um 1900, heißt es in dem schon zitierten Handbuch. Heute redet die Sozialdemokratie erneut der Männerarbeit für Frauen das Wort. Das Recht auf Arbeit lasse sich nicht aufteilen ,,für Männer mehr – für Frauen etwas weniger'', diese Ungerechtigkeit wird von Frau Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB, angeprangert.

talisten daran, auf Frauenarbeit umzustellen.

Die Stanovski KG, von einer ,,emanzipierten'' Frau Kapitalistin geleitet, ein Zehnmannbetrieb, der als Zulieferer für Bosch hauptsächlich Teile für LKW-Lichtmaschinen produzieren läßt, will auf Frauenarbeit umstellen. Das Arbeitsamt spielt den hilfreichen Vermittler.

Die zu verrichtenden Arbeiten in diesem Betrieb sind Drehen, Schweißen, Fräsen und Bohren. Ein etwa 10 Pfund schweres Teil muß unter fließendem Wasser gebohrt werden, es muß dann in einen Kübel mit Wasser getaucht werden. Nach dem Bohren muß das Teil in eine ölhaltige Lösung getaucht werden. Dazu kommt noch das Holen und Wegpacken der Teile. Bislang haben diese gesamte Arbeit nur Männer gemacht. Für ein Teil zahlt die Kapitalistin 1,10 DM. Eine junge Arbeiterin, Friseuse, seit etwa einem Jahr

gewartet, um an der Leiche vorbeiziehen zu können. Jemand, der unter breiten Massen eine Debatte darüber, ob Gott nun ,,mehr Vater'' oder ,,mehr Mutter'' ist, anzuzetteln versteht, kommt den Bourgeois gerade recht. Zumal, wenn noch im nachhinein sozusagen als sein letzter Wille verbreitet werden kann, noch in diesem Jahr habe er nach dem Libanon reisen wollen, um auch dort nach dem Rechten zu sehen. ,,Die Massen werden beim Konklave anwesend sein'', hat der afrikanische Kardinal Gantin gesagt, und das ist den meisten Papstwählern gar nicht recht, denn es engt die Auswahl ein. Ein Manager und zugleich ein ,,Seelenhirte'' ist also gesucht, und der ist wirklich schwer zu finden. Denn wer schon, zumal in der Dritten Welt, wird seine Seele gern von einem Geschäftsmann von der Sorte eines gestandenen Kurienkardinals hüten lassen wollen.

– und das sind fast zwei Drittel – lassen sich nicht jede Arbeit zu jedem Lohn aufdrücken.

,,50 Prozent dieser ,Arbeitsunwilligen' begründen ihre Scheu vor geregelter Arbeit damit, daß sie kurz vor einer Aus- und Weiterbildung stünden oder daß sie eine Rente erwarteten. Die andere Hälfte nannte familiäre oder sonstige Gesichtspunkte. Fast alle Arbeitslosen halten es für fast unmöglich, in der erreichbaren Umgebung ihres

Euch Tilly, Rainer u. Claus. Wetter etc. alles o.k. Wie war Euer Urlaub?'' Unter die Karte setzen die Journalisten folgenden Text: ,,Lieber Helmut! Ich bin hier in Spanien. Mir geht es gut, denn ich ,verbrate' hier Deine Arbeitslosenunterstützung. Wenn Du weiterhin so sozial eingestellt bist, werde ich Dich wiederwählen. Tschüß, Dein Werner.'' (Handelsblatt, 25.9.78)

Arbeitslose hätten ein ,,Haushaltsnettoeinkommen'' von etwa 1600

nicht so, würde unsere Welt stehen bleiben. Jugend sucht. Du suchst vielleicht noch Deinen Beruf. ... Vielleicht wartet auf Dich gerade der Beruf, an den Du bisher im Traum nicht gedacht hast. Vielleicht liegt gerade im Unvorstellbaren Deine Chance.'' Vielleicht als Mädchen im ,,Blaumann''. Die DGB-Jugendzeitschrift ,,'ran'' feiert das als großen Durchbruch: Mädchenausbildung in traditionellen Männerberufen, auch Emmas Herz wird ob

Hauptaufgabe: ,,intensiver Außendienst'', d.h. die Arbeitslosen zu den Kapitalisten schleifen, sie auf Schritt und Tritt verfolgen.

Mit diesem Programm denkt die Bourgeoisie schneller die Belegschaften umzuwälzen und den Lohnstandard zu durchbrechen. In Nordrhein-Westfalen waren 1977 im Jahresdurchschnitt 300000 arbeitslos, 500000 sind über das Arbeitsamt an einen anderen Kapitalisten vermittelt worden.

Frauen in Männerberufen

r.her. ,,Man'' kümmert sich wieder mehr um die Frauen. Nicht nur, daß die deutsche, zumindest die westdeutsche Frau zu wenig Kinder in die Welt setzt, sie hat auch zu wenig Gleichberechtigung. Das Ehrenberg/Stingl-Gespann greift dieses Thema unter dem Motto ,,Frauen in Männerberufe'' auf, schätzungsweise zwecks weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sprich Zwangsarbeit. Auch der zivile Herr Apel denkt immer lauter darüber nach, wie es denn mit einem Arbeitsdienst für Mädchen sei.

Hinterrücks wird dabei der Gedanke genährt, Männerarbeit sei gleich qualifiziertere Arbeit. Mit diesem Slogan verbinden die Reformisten, organisiert in der Sozialdemokratischen Partei, gern solche Themen wie ,,Englische Fluggesellschaft setzt erstmals weiblichen Flugkapitän ein''. Der beschwerliche Weg dieses ersten weiblichen Flugkapitäns sei einigermaßen typisch für das Hindernisrennen, das Frauen in Europa noch allgemein den Weg ins Cockpit versperrt. Überhaupt wird gerne die Frage der Frau im Beruf in ,,leitenden'' Positionen betrachtet.

Die Masse der Frauen hat aber schon immer, seit es die Lohnarbeit gibt, in der Fabrik gearbeitet und zwar als billiger Lohnarbeiter und ist in Konkurrenz zu der männlichen Arbeitskraft bewußt von den Kapitalisten eingesetzt worden.

Keine noch so gefährliche, keine noch so schwere Arbeit war den Fabrikarbeiterinnen je von den Kapitalisten versperrt gewesen. Im Gegenteil. Aus einem Handbuch der Frauenbewegung, herausgegeben 1903, geht hervor, daß die Frauen im Bergbau, im Bau, am Hochofen sowie z.B. in der Ziegelei ,,ihren Mann'' gestanden haben.

Erst die Arbeiterbewegung setzte diesem ruinösen Raubbau an Arbeits- und Lebenskraft allmählich Schranken. Entsprechende Gesetze wurden erkämpft. Verbot der Nachtarbeit von Frauen von achteinhalb Uhr abends bis fünfeinhalb Uhr morgens. Es wurde die Frauen- und Kinderarbeit unter Tage verboten usw. Aber, wie wir es auch heute noch von den sozialdemokratischen Kompromißlern kennen, unter deren Führung die Arbeiterbewegung heute wie damals steht, kamen häufig die Ausnahmebestimmungen in Anwendung: ,,Wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit'' – ,,Wenn die Natur des Betriebes es erwünscht sein läßt'' und derlei mehr. Arbeitszeitordnung, in Kraft für 1978: §19 (2) ,,In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis dreiundzwanzig Uhr beschäftigt werden.'' Auf Antrag beim Gewerbeaufsichtsamt kann dies auf 24 Uhr verlängert werden, sowie der Arbeitsbeginn, der, wie unter (1) des §19 geregelt, erst ab 6 Uhr beginnen dürfen soll, auf 5 Uhr vorverlegt werden. ,,Bei Eisenbahnbauten: Überlastung der Frauen mit den schwersten Arbeiten, z.B. mit dem Ausschachten oder Fortschaffen von lehmhaltigen Mergel. Viele Unglücksfälle der Mörtelträgerinnen, z.B. Tod einer Schwangeren infolge der Erschütterung. Ausschluß der Arbeiterinnen von den Bauten wird allgemein lebhaft gefordert''. Um 1900, heißt es in dem schon zitierten Handbuch. Heute redet die Sozialdemokratie erneut der Männerarbeit für Frauen das Wort. Das Recht auf Arbeit lasse sich nicht aufteilen ,,für Männer mehr – für Frauen etwas weniger'', diese Ungerechtigkeit wird von Frau Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB, angeprangert.

Mit Gerechtigkeit oder der von den Sozialdemokraten geforderten gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit hat das wenig zu tun. Sie arbeiten bewußt der Gier der Kapitalisten nach mehr billiger Lohnarbeit in die Hand. In Braunschweig, wo z.B. seit Jahren die Rollei-Kapitalisten schubweise die Arbeiterinnen auf die Straße setzen, gehen jetzt verschiedene örtliche Kapitalisten daran, auf Frauenarbeit umzustellen.

Die Stanovski KG, von einer ,,emanzipierten'' Frau Kapitalistin geleitet, ein Zehnmannbetrieb, der als Zulieferer für Bosch hauptsächlich Teile für LKW-Lichtmaschinen produzieren läßt, will auf Frauenarbeit umstellen. Das Arbeitsamt spielt den hilfreichen Vermittler.

Die zu verrichtenden Arbeiten in diesem Betrieb sind Drehen, Schweißen, Fräsen und Bohren. Ein etwa 10 Pfund schweres Teil muß unter fließendem Wasser gebohrt werden, es muß dann in einen Kübel mit Wasser getaucht werden. Nach dem Bohren muß das Teil in eine ölhaltige Lösung getaucht werden. Dazu kommt noch das Holen und Wegpacken der Teile. Bislang haben diese gesamte Arbeit nur Männer gemacht. Für ein Teil zahlt die Kapitalistin 1,10 DM. Eine junge Arbeiterin, Friseuse, seit etwa einem Jahr arbeitslos, wurde vom Arbeitsamt in diese Stelle vermittelt. Sie schaffte 40 Teile zu bohren am ersten Tag. Der Einrichter sagte ihr gleich, sie müsse es schon auf 90 bringen. Nach zwei Tagen kam die Entlassung. Das Arbeitsamt vermittelt nunmehr bevorzugt die entlassenen Arbeiterinnen von Rollei oder Olympia in diese ,,gleichberechtigte'' Arbeit.

Für Gott und König

z.sie.Brüssel. Gegenwärtig bereisen belgische Minister und hohe Regierungsangestellte einige Länder Afrikas, um dem belgischen Kapital den profitablen Weg zu bahnen und um ihre Einflußsphären zu zählen. Wo immer die belgischen Imperialisten sich rumtrieben, ihre Missionare waren und sind nicht weit. Anläßlich der Intervention in Zaire gedachte die belgische Bourgeoisie dreier verdienter Missionare, die ,,in Belgisch-Kongo für Gott gewirkt'' hätten. Die Volksmassen von Zaire haben dem ein Ende bereitet, ,,1960 mußten sie das Land verlassen ... viele wurden ermordet ...''(De Standaard). Gefolgt waren diese ,,Pioniere'' dem belgischen Imperialismus, der Ende des 19. Jahrhunderts das Gebiet des heutigen Zaire blutig in Besitz nahm. Massiver Einsatz von Militär gegen die Schwarzen war nötig, um die Ausdehnung der 19 Missionen 1891 zu erreichen. Finanziell griffen die Kolonisten den Missionsgesellschaften unter die Arme: Von 50000 belgische Francs 1912 auf 13 Mio. 1939. Die Gründung von belgischen Orden und Missionsgesellschaften erreichte, daß auch die ,,richtigen'' Leute fürs belgische Kapital wirkten. Bis Ende 1956 stieg die Zahl der Missionare auf 1052 in 276 Missionen. Mit einem Netz von Stationen hatten die Imperialisten – als Außenposten ihrer Kolonialherrschaft – das Land überzogen. ,,Schwarz und weiß – Afrikaner und Europäer – diese Unterschiede der Farbe und Rasse wurden aufgehoben in der Einheit des geretteten und zum Dienst berufenen Sünders, die Jesus schuf''(Am Kongo siegt die Liebe, Missionsschrift). Mit christlicher Ideologie sollten die Schwarzen für ihre eigene Unterdrückung ,,gewonnen'' werden. Als Großgrundbesitzer und Unterdrücker taten sich besonders die Jesuiten und die Scheutisten hervor. ,,Für einen Weißen ist es besonders schwer in den Tropen zu arbeiten, er kann sich keine Autorität verschaffen und erhalten, wenn er die Eingeborenen nicht manchmal kräftig anpfeift ...'' (Am Kongo ...). 1920 hatten sie bereits 4000 Kühe und 8000 Stück Kleinvieh auf dem geraubten Land. Auf 54274 ha (1956) mußten die Schwarzen für sie produzieren, was die Missionare nicht verfraßen, wurde exportiert.

Wer ,,Halsabschneider" sagt, kann fristlos entlassen werden

z.hep. Nach einem vor kurzem veröffentlichtem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 13.10.1977 sollen folgende Äußerungen die Ehre des Kapitalisten verletzen und die Kündigung des Arbeiters rechtfertigen: ,,Wir Arbeitnehmer arbeiten in der Fabrik unter immer gefährlicheren Bedingungen und ausgeklügelteren Antreibermethoden.'' – ,,Wir werden gegeneinander ausgespielt.'' – ,,Die Profitinteressen des Betriebs rufen Unfall- und Gesundheitsgefährdungen hervor.'' – ,,Die ausländischen Arbeiter werden von den westdeutschen Kapitalisten besonders stark ausgepreßt'' (nach: Der Betrieb, 78/641). Die Bundesarbeitsrichter: ,,Solche Äußerungen eines Arbeiters seien eine Störung im persönlichen Vertrauensbereich der Arbeitsvertragsparteien, widersprechen dem Inhalt des Arbeitsvertrages und sind ein Verstoß dagegen. Der Kapitalist erhält ,,Recht'', wenn er deswegen das Arbeitsverhältnis auflöst.

In einem zweiten Urteil vom 15.12.1977 schreibt das Bundesarbeitsgericht: die Äußerung, ,,Das Betriebsverfassungsgesetz ist ein Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse'' ist eine Hetzparole, die sich gegen den sozialen Frieden richtet, die legalen Formen der sozialen Konfliktlösung unangebracht in Zweifel zieht und verfassungsfeindlich ist'' (nach Der Betrieb 78/1038). Nach §2 des Betriebsverfassungsgesetzes ist Grundsatz dieser ,,legalen Form der sozialen Konfliktlösung'' die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Vehement verteidigt der Bundesgerichtshof diesen Grundsatz und belegt Arbeiter und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, per Rechtsprechung mit Äußerungsverboten: Nach einem Urteil vom 1.2.77 wird der IG Chemie verboten, einen besonders üblen Bourgeois als Halsabschneider zu bezeichnen (AP Nr. 7 zu Art. 5 Abs. 1 GG). Zwar wiesen bei dem Bourgeois die Baracken für ausländische Arbeiter ,,grobe Unzulänglichkeiten'' auf, ließ er betriebsbedingte Ausfallzeiten ohne Lohn nacharbeiten, ließ er Arbeiterinnen schlagen und zahlte ausländische Arbeitskraft ,,an der Untergrenze des moralisch Erträglichen'' – dennoch wäre dafür ,,die Bezeichnung als Halsabschneider ein unzulässig diffamierender Ausdruck''. Warum verteidigen die Bundesrichter diesen Lumpen, wenn nicht deshalb, weil die Bourgeoisie darauf aus ist, solche Fabrikverhältnisse insgesamt anzustreben.

Durch solche Urteile wird nicht eine bestimmte *Form* der Kritik an sozialen Verhältnissen unterdrückt, etwa um diese Verhältnisse anders, auf versöhnlichem Weg zu ändern. Verteidigung der angegriffenen Verhältnisse sind diese Urteile, Unterwerfung der Arbeiter unter diese Verhältnisse bei Drohung von Kündigungen, Äußerungsverboten usw. So ist auch ein Urteil des Landesarbeitsgerichts West-Berlin vom 16.1.78 nicht vor allem eine neue reaktionäre Blüte in der Reihe der Berufsverbots-Urteile, sondern Erprobung neuer Norm. Durch das Urteil wird ein Bewerber für die Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten an der Universität wegen Verdacht der Verfassungsfeindschaft abgelehnt, weil er im Bewerbungsschreiben unter Staatsangehörigkeit ,,West-Berlin'' angegeben hatte. Es heißt dort: Es könne dahingestellt bleiben, ob es neben der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit eine Staatsbürgerschaft der DDR gäbe. Auch völkerrechtlich sei die Staatsbürgerschaft in West-Berlin zwar ungeklärt. Wer solches aber in West-Berlin als Deutscher vertrete, trete ein gegen die ,,Bindung Berlins (West) an das übrige Bundesgebiet, eine Garantie für die Lebensfähigkeit der Stadt und die Erhaltung und Festigung seiner freiheitlichen demokratischen Grundordnung'' (AP Nr. 4 zu Art. 33 Abs. 2 GG).

Mit diesen Urteilen vertreten die obersten Richter die Interessen und Ziele der Bourgeoisie, wie Kanzler Schmidt sie am 4.10.78 auf dem Historikertag in Hamburg vorgetragen hat: ,,Es gibt keinen anderen Weg für die Einheit der deutschen Nation, politisch Sinnvolles zu tun, als die Politik des Friedens und der Entspannung fortzusetzen und die Wiederherstellung der geistigen, kulturellen und ökonomischen Einheit ganz Europas zu betreiben.''

„Vorwärtsstrategie" der Stahlmonopole

z.jük. Die Kommunistische Volkszeitung hat in den letzten Wochen die Lohnentwicklung und Lohnkonten von Stahlarbeitern aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und den USA untersucht. Demnach ergibt sich, daß im Gegensatz zu den Lohnkonten der westdeutschen Stahlarbeiter die Lohnkonten aus den genannten Ländern steigen, wobei die Entwicklung von 1971 bis 1977 untersucht worden ist. Im Konkurrenzkampf gegen die imperialistischen Stahlkonzerne innerhalb der EG hauen die westdeutschen Stahlmonopole immer wieder auf den alten Anlagen ihrer Konkurrenten herum, während sie ihre modernen Anlagen preisen. So heißt es im „Handelsblatt":

„Die deutsche Stahlindustrie befindet sich in einer besonderes heiklen Lage. Sie kann ihren Wettbewerbsvorteil, den sie aufgrund ihrer modernen Anlagen gegenüber manchen anderen EG-Stahlerzeugern hat, zur Zeit nicht ausspielen. Vielmehr werden mit Hilfe des Stahldirigismus aus Brüssel manche völlig veralteten Anlagen, so nicht zuletzt in Belgien selbst wie in Großbritannien, künstlich am Leben gehalten, die normalerweise schon längst aus dem Wettbewerb hätten ausscheiden müssen."

Die Ausrüstung und Modernisierung der Stahlproduktion schafft den westdeutschen Stahlkonzernen ökonomischen Vorsprung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten und ist auch Ursache für die Senkung der Lohnkonten der westdeutschen Stahlarbeiter. Der Vorsprung besteht in dem höheren Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse, welches der Quell des Profites ist.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben schon früh in den sechziger Jahren damit begonnen, die Stahlproduktion erheblich zu konzentrieren sowie die Produktionsmittel zu modernisieren und umzuwälzen. Mit dem Sauerstoffblasverfahren schufen sich die westdeutschen Stahlmonopole die technische Voraussetzung, den Ausstoß von Rohstahl gewaltig zu beschleunigen, mit dem Stranggußverfahren wurde die direkte Verbindung der Rohstahlherstellung mit dem anschließenden Walzstahlprozeß möglich, und die kontinuierlichen Walzstraßen schufen viele Möglichkeiten, die Arbeitshetze zu steigern und die Contischicht auf das ganze Walzwerk auszudehnen. Diese Umwälzungen innerhalb der Produktion haben den westdeutschen Stahlmonopolen schon frühzeitig einen Vorsprung in der Ausbeutung der Stahlarbeiter geschaffen, der auch Grundlage war für die Riesenprofite, die sie eingestrichen haben im sogenannten „Stahljahr 1974", wo die Ausdehnung des Exports von Stahlerzeugnissen die Realisierung von großen Profiten möglich machte. Die moderne Maschinerie ist also bloß Mittel zur wirksameren Ausbeutung und Lohnsenkung.

Die Zentralisationsmaßnahmen der westdeutschen Stahlkonzerne in den letzten Jahren, das erneute fieberhafte Umrüsten der Produktionsstätten, welche immer mit einer Verringerung der Belegschaften verbunden waren und der Steigerung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung des Arbeitstages, soll den westdeutschen Stahlmonopolen wiederum zu einer erneuten Exportoffensive die Bedingungen schaffen. Die wichtigsten Maßnahmen der neuesten Zentralisationsbewegung waren: Der Klöcknerkonzern hat 1977 die Maxhütte, 8000 Mann Belegschaft, in Süddeutschland aufgekauft sowie den Maschinenbaukonzern Holstein & Kappert AG Dortmund mit über 21 Firmen im In- und Ausland. Weiterhin übernahm Klöckner von Krupp die Anteile an der Vereinigten Drahtindustrie GmbH Hamm, dem zweitgrößten Drahtverarbeiter in der BRD. Krupp hingegen hat sich die Südwestdeutschen Stahlwerke mit an die 14000 Beschäftigten einverleibt. Der Thyssenkonzern als größtes westdeutsches Stahlmonopol hat verschiedene Maßnahmen innerhalb des Konzerns, Umwälzungen innerhalb der Stahlproduktion vorgenommen. Die Klöckner-Kapitalisten verkündeten vor kurzem, direkt einen Tag nach einer Betriebsversammlung auf der Hütte Bremen, wo sie sich zu geplanten Entlassungen von 700 Belegschaftsmitgliedern geäußert haben, das laufende Geschäftsjahr 1977/78 habe eine Steigerung der Rohstahlproduktion von 10% erbracht. Im gleichen Zeitraum ist die Belegschaft von 7000 zu Beginn des Geschäftsjahres auf jetzt 6665 verringert worden. Die Maxhütte in Bayern hat sich als profitbringende Ausbeutungsmöglichkeit für die Klöckner-Kapitalisten erwiesen. „Gerade rechtzeitig zu ihrem 125jährigen Bestehen" (26.9.) registriert die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte GmbH Sulzbach-Rosenberg nach über dreijähriger Stahlkrise „eine ganz erhebliche Veränderung zum Besseren. Die Erlöse zeigen sowohl im Inland als auch im Export steigende Tendenz, wodurch das letzte Quartal 77/78 sogar ausgeglichen abschließen dürfte" (Süddeutsche Zeitung, 29.9.78).

Die von der Hütte veröffentlichten Zahlen zeigen deutlich, daß nach Umrüstung der Produktion, die die Klöcknerkapitalisten durchgeführt haben, sowie einer Verringerung der Belegschaft, die Ausbeutung der Arbeiter erheblich gesteigert worden ist:

	1977/78	1976/77	1975/76
Erzförderung*	464,4	279,6	351,9
Roheisenprod.*	567,6	515,8	635,2
Rohstahlprod.*	771,6	654,8	759,2
dav. OBM-Stahl*	680,4	569,3	679,4
Walzstahlprod.*	1190,4	1007,5	1122,4
Versand*	1216,9	1066,1	1267,8
Auftragsbestand*	254,0	168,2	220,7
dav. Profile, Halbz.Rohre*	127,2	67,0	89,3
Umsatz Mio.DM	822,0	789,2	911,3
Mitarbeiter	6241	6624	7001

* in 1000 Tonnen / Quelle: Süddeutsche Zeitung, 29.9.78

Dazu ist jetzt noch eine weitere Umrüstung des Werkes geplant mit dem Ziel, „der notwendig bleibenden Grundlast an Massenstahlgütern in zunehmendem Maße hochwertige Walzstahlerzeugnisse obendraufzusetzen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.9.78). „Vorwärtsstrategie" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) heißt das ganze auch noch sinnigerweise.

Zwar zeigen die Maßnahmen der westdeutschen Stahlmonopole erste Wirkung, stoßen aber gegenwärtig an zwei Schranken. Erstens an die imperialistische Konkurrenz und zweitens an den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse. Im „Handelsblatt" heißt es:

„Und den deutschen Stahlmanagern bereitet es besonderen Verdruß, daß sich die Importe in die Bundesrepublik, die bei etwa 39% liegen, insgesamt keineswegs verringert haben, obschon die Drittländer-Importe spürbar gesunken sind. Dafür haben sich die EG-Stahlunternehmen außerhalb der Bundesrepublik bei uns im Lande besonders gütlich getan. Dafür gäbe es bei dem festgefügten EG-Binnenmarkt-Preissystem eigentlich keinen Grund." Es sei denn, so wird geargwöhnt, daß „wieder welche unter Wasser geschossen haben".

Nun, die Absichten der imperialistischen Konkurrenten sind entsprechend. Der französische Stahlkapitalistenverband schreibt in einer „Denkschrift" zu den Veränderungen in der Stahlindustrie in Frankreich: „Braucht Frankreich eine Stahlindustrie oder will man, daß Deutschland in Europa den Stahlmarkt beherrscht? Die Existenz einer starken Stahlindustrie ist eine Bedingung der nationalen Unabhängigkeit."

In dieser Lage, wo die ökonomischen Hebel der westdeutschen Stahlmonopole allein nicht ausreichen, brauchen sie politische Maßnahmen. Zum ersten politische Maßnahmen zwecks Brechung des Tarifniveaus der westdeutschen Arbeiter und damit auch der Stahlarbeiter. Zweitens politische Maßnahmen, die den „Davingonplan" zu Fall bringen, um die Preisbindungen auf dem EG-Markt aufzuheben, damit die westdeutschen Stahlmonopole aufgrund ihrer entwickelteren Produktionsstätten und des hohen Grads der Ausbeutung der Stahlarbeiter die Konkurrenten schlagen und Superprofite einstecken können. So Mannesmann-Vorsitzender Overbeck während der letzten Hauptversammlung:

„Welche Auswirkungen haben die Davingon-Maßnahmen auf Mannesmann? Meine Damen und Herren, die im vergangenen Jahr eingeleitete und in diesem Jahr fortgeführte Festlegung von Mindestpreisen und von Orientierung für Walzstahlprodukte erfüllt uns nach mehrjähriger Stahlpraxis mit Skepsis. Diese Skepsis bezieht sich einmal auf die nachhaltige Wirksamkeit solcher Maßnahmen, zum andern stehen derartige Mechanismen in gewissem Gegensatz zu den Grundsätzen liberalen Welthandels" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.9.78).

Voraussetzung sind aber politische Maßnahmen in Westdeutschland, wobei die Steuerreform und ihre Hebel zur Spaltung und Ausplünderung für die gesamte Kapitalistenklasse von erheblichem Vorteil sind. Gerade die Streichung der Lohnsummensteuer nutzt den großen Stahlmonopolen direkt. Die Streichung der Lohnsummensteuer hat dort richtig Wirkung, wo große Belegschaftszahlen zusammengeballt sind. Sie wird mit der Absicht durchgeführt, den Kapitalisten Geldkapital frei zu setzen für Investitionen. Insofern ist diese politische Maßnahme genau nützlich für die Stahlkapitalisten, die geplante Offensive um neue und verlorene Marktanteile mit zu sichern. Erste „Anfangserfolge" wie die Steigerung des Exportanteils bei Klöckner von 31,3% auf 34,5% sowie bei Thyssen von 29% auf 33% im letzten Geschäftsjahr reichen den Stahlbaronen nicht, um ihre Gier nach Höchstprofiten zu befriedigen. Die Durchsetzung politischer Maßnahmen sowie eines noch niedrigeren Lohnabschlusses als im letzten Jahr die 4% sind die Bedingungen, die die BRD-Stahlmonopole für ihre Expansion brauchen. „Erst dann wird es wieder ohne die Peitsche des Grafen Davingon gehen", heißt es giftig in einem Kommentar im „Handelsblatt" gegenüber den Konkurrenten. Jeder Zusammenschluß der Stahlarbeiter, die rasche Vorbereitung der Lohnbewegungen und das Aufstellen von Forderungen durchbricht diese Pläne.

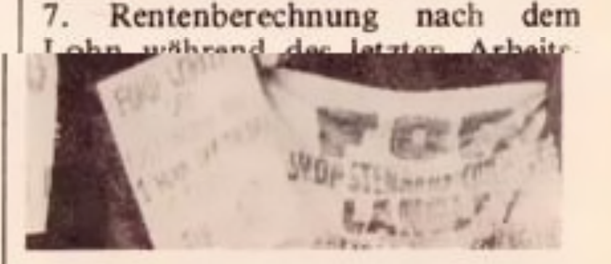
Der Streik der Fordarbeiter findet breite Unterstützung

z.mat.Liverpool. Die britische Gewerkschaft der Seeleute hatte am 30.9. den Boykott von Fordprodukten auf allen britischen Schiffen beschlossen, um den Streik der 57000 Fordarbeiter zu unterstützen. Zwei Tage später schlossen sich die Fahrer der Autotransportlastzüge und alle Hafenarbeiter dem Beschluß an. „Dieses Mal haben wir sie erwischt", sagen die Fordarbeiter. „Und wenn es so lange dauern muß wie 1971 oder länger, unsere Forderung steht." Damals hatte der Streik neun Wochen gedauert, für gleichen Lohn in allen Werken und Erhöhung des Wochenlohns um 12 bis 16 Pfund je nach Werk. Ford hatte zwischen 2 und 4 Pfund angeboten. Nach zwei weiteren Angeboten, die in Urabstimmungen abgelehnt worden waren, mußte Ford schließlich die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung, über einen Zeitraum von zwei Jahren verteilt, nahezu erfüllen und die Löhne innerhalb dieser Zeit um mehr als 30 Prozent steigern.



Die Forderung, für die die 57000 Fordarbeiter seit dem 26.9. in Streik stehen, wurde Anfang des Jahres von den Belegschaften beraten und von allen Gewerkschaften, die dem „Vereinigten Nationalen Verhandlungsausschuß" NJNC von Ford angehören, übernommen. Sie besteht aus acht Punkten, die TGWU, die größte Gewerkschaft bei Ford, hat sie in einer 17-seitigen Broschüre aufgezählt und begründet:

1. Mindestlohnerhöhung des Wochengrundlohns um 20 Pfund.
2. 35-Stundenwoche.
3. Mehr Jahresurlaub, 3 Monate Zusatzurlaub für je 10 Jahre Betriebszugehörigkeit, je 1 Tag mehr Urlaub für je 5 Jahre Betriebszugehörigkeit.
4. Lohnfortzahlung bei Krankheit nach einjähriger Betriebszugehörigkeit (gegenwärtig zahlt Ford 15 Pfund während der ersten zwei Wochen, 10,50 Pfund während der folgenden 102 Wochen. Auch mit dem staatlichen Krankengeld erreicht der Fordarbeiter damit nicht den Wochengrundlohn.)
5. Erhöhung der Schichtprämien.
6. Ein Stundenlohn je Schicht zusätzlich für Arbeit am Band.
7. Rentenberechnung nach dem



Die Forderung, für die die 57000 Fordarbeiter seit dem 26.9. in Streik stehen, wurde Anfang des Jahres von den Belegschaften beraten und von allen Gewerkschaften, die dem „Vereinigten Nationalen Verhandlungsausschuß" NJNC von Ford angehören, übernommen. Sie besteht aus acht Punkten, die TGWU, die größte Gewerkschaft bei Ford, hat sie in einer 17-seitigen Broschüre aufgezählt und begründet:

1. Mindestlohnerhöhung des Wochengrundlohns um 20 Pfund.
2. 35-Stundenwoche.
3. Mehr Jahresurlaub, 3 Monate Zusatzurlaub für je 10 Jahre Betriebszugehörigkeit, je 1 Tag mehr Urlaub für je 5 Jahre Betriebszugehörigkeit.
4. Lohnfortzahlung bei Krankheit nach einjähriger Betriebszugehörigkeit (gegenwärtig zahlt Ford 15 Pfund während der ersten zwei Wochen, 10,50 Pfund während der folgenden 102 Wochen. Auch mit dem staatlichen Krankengeld erreicht der Fordarbeiter damit nicht den Wochengrundlohn.)
5. Erhöhung der Schichtprämien.
6. Ein Stundenlohn je Schicht zusätzlich für Arbeit am Band.
7. Rentenberechnung nach dem
Lohn während des letzten Arbeitsjahres, Möglichkeit, mit 60 auf Rente zu gehen.
8. Lohnfortzahlung bei „lay off", d.h. Arbeitsmangel durch Streiks usw. im eigenen oder in fremden Betrieben.

Die Ford-Kapitalisten haben die Punkte 2 bis 8 rundweg abgelehnt und als Antwort auf Punkt 1 eine Lohnerhöhung von 5 Prozent angeboten, das sind 3,12 bis 3,92 Pfund. In den letzten Jahren sind Ford's Profite in Großbritannien raketenhaft gestiegen:

8,7 Millionen Pfund 1974,
14,1 Millionen Pfund 1975,
121,6 Millionen Pfund 1976,
246,1 Millionen Pfund 1977.

Sollen die Profite weiter fließen, müssen die Fabriken laufen und die Löhne gesenkt werden. Deshalb will Ford durch Einsatz seiner Werke auf dem Kontinent den Streik brechen und die 5 Prozent der Regierungs-Leitlinie durchsetzen. Dank der Unterstützung der Seeleute und Hafenarbeiter sieht es jetzt eher so aus, als ob die Fabriken auch auf dem Kontinent bald langsamer laufen werden.

Die TGWU-Führung hat die 8 Punkte in ihrer Broschüre mit viel sozialdemokratischer Soße übergossen. Ob das wirkt, ist noch nicht erwiesen. Immer mehr Arbeiter fordern statt der 35-Stundenwoche, die Löcher läßt für einen verlängerten Arbeitstag, den 7-Stundentag. „20 Pfund pro Woche, 1 Stunde weniger pro Tag", steht auf den Flugblättern der shop stewards und auf den Plaketten, die viele Arbeiter tragen.

Der imperialistische Krieg bestimmt die Konjunktur der Thyssen Nordseewerke Emden

r.uwh. „Die innere Bindung zur Werft haben sie schon mit der Muttermilch eingesogen", schreiben die Thyssen Nordseewerke (TNSW) in ihrer Fest-

arbeiter. Der Vorsprung besteht in dem höheren Grad der Ausbeutung der Arbeiterklasse, welches der Quell des Profites ist.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben schon früh in den sechziger Jahren damit begonnen, die Stahlproduktion erheblich zu konzentrieren sowie die Produktionsmittel zu modernisieren und umzuwälzen. Mit dem Sauerstoffblasverfahren schufen sich die westdeutschen Stahlmonopole die technische Voraussetzung, den Ausstoß von Rohstahl gewaltig zu beschleunigen, mit dem Stranggußverfahren wurde die direkte Verbindung der Rohstahlherstellung mit dem anschließenden Walzstahlprozeß möglich, und die kontinuierlichen Walzstraßen schufen viele Möglichkeiten, die Arbeitshetze zu steigern und die Contischicht auf das ganze Walzwerk auszudehnen. Diese Umwälzungen innerhalb der Produktion haben den westdeutschen Stahlmonopolen schon frühzeitig einen Vorsprung in der Ausbeutung der Stahlarbeiter geschaffen, der auch Grundlage war für die Riesenprofite, die sie eingestrichen haben im sogenannten „Stahljahr 1974", wo die Ausdehnung des Exports von Stahler-

klärt dargeboten: „Kaufmannsgut hat Ebbe und Flut".

600 Arbeiter auszubeuten erlaubten die Konjunkturgezeiten den Kapitali-

Kapitalisten verkündeten vor kurzem, direkt einen Tag nach einer Betriebsversammlung auf der Hütte Bremen, wo sie sich zu geplanten Entlassungen von 700 Belegschaftsmitgliedern geäußert haben, das laufende Geschäftsjahr 1977/78 habe eine Steigerung der Rohstahlproduktion von 10% erbracht. Im gleichen Zeitraum ist die Belegschaft von 7000 zu Beginn des Geschäftsjahres auf jetzt 6665 verringert worden. Die Maxhütte in Bayern hat sich als profitbringende Ausbeutungsmöglichkeit für die Klöckner-Kapitalisten erwiesen. „Gerade rechtzeitig zu ihrem 125jährigen Bestehen" (26.9.) registriert die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte GmbH Sulzbach-Rosenberg nach über dreijähriger Stahlkrise „eine ganz erhebliche Veränderung zum Besseren. Die Erlöse zeigen sowohl im Inland als auch im Export steigende Tendenz, wodurch das letzte Quartal 77/78 sogar ausgeglichen abschließen dürfte" (Süddeutsche Zeitung, 29.9.78).

Die von der Hütte veröffentlichten Zahlen zeigen deutlich, daß nach Umrüstung der Produktion, die die Klöcknerkapitalisten durchgeführt haben, sowie einer Verringerung der Beleg-

Kampf um die Weltherrschaft. Ihre Wiederherstellung und Ausdehnung und schließlich der neue Einstieg in die Kriegsproduktion – nach dem Zwei-

es:

„Und den deutschen Stahlmanagern bereitet es besonderen Verdruß, daß sich die Importe in die Bundesrepublik, die bei etwa 39% liegen, insgesamt keineswegs verringert haben, obschon die Drittländer-Importe spürbar gesunken sind. Dafür haben sich die EG-Stahlunternehmen außerhalb der Bundesrepublik bei uns im Lande besonders gütlich getan. Dafür gäbe es bei dem festgefügten EG-Binnenmarkt-Preissystem eigentlich keinen Grund." Es sei denn, so wird geargwöhnt, daß „wieder welche unter Wasser geschossen haben".

Nun, die Absichten der imperialistischen Konkurrenten sind entsprechend. Der französische Stahlkapitalistenverband schreibt in einer „Denkschrift" zu den Veränderungen in der Stahlindustrie in Frankreich: „Braucht Frankreich eine Stahlindustrie oder will man, daß Deutschland in Europa den Stahlmarkt beherrscht? Die Existenz einer starken Stahlindustrie ist eine Bedingung der nationalen Unabhängigkeit."

In dieser Lage, wo die ökonomischen Hebel der westdeutschen Stahlmonopole allein nicht ausreichen, brauchen sie politische Maßnahmen. Zum ersten politische Maßnahmen

sich... weiterhin besonders auf Maßnahmen zu richten, die der inneren Stärkung sowie Kostensenkung dienen (und) u.a. auch eine weitere Rationali-

mensteuer hat dort richtig Wirkung, wo große Belegschaftszahlen zusammengeballt sind. Sie wird mit der Absicht durchgeführt, den Kapitalisten Geldkapital frei zu setzen für Investitionen. Insofern ist diese politische Maßnahme genau nützlich für die Stahlkapitalisten, die geplante Offensive um neue und verlorene Marktanteile mit zu sichern. Erste „Anfangserfolge" wie die Steigerung des Exportanteils bei Klöckner von 31,3% auf 34,5% sowie bei Thyssen von 29% auf 33% im letzten Geschäftsjahr reichen den Stahlbaronen nicht, um ihre Gier nach Höchstprofiten zu befriedigen. Die Durchsetzung politischer Maßnahmen sowie eines noch niedrigeren Lohnabschlusses als im letzten Jahr die 4% sind die Bedingungen, die die BRD-Stahlmonopole für ihre Expansion brauchen. „Erst dann wird es wieder ohne die Peitsche des Grafen Davingon gehen", heißt es giftig in einem Kommentar im „Handelsblatt" gegenüber den Konkurrenten. Jeder Zusammenschluß der Stahlarbeiter, die rasche Vorbereitung der Lohnbewegungen und das Aufstellen von Forderungen durchbricht diese Pläne.

Der imperialistische Krieg bestimmt die Konjunktur der Thyssen Nordseewerke Emden

r.uwh. „Die innere Bindung zur Werft haben sie schon mit der Muttermilch eingesogen", schreiben die Thyssen Nordseewerke (TNSW) in ihrer Festschrift zum 75jährigen Bestehen dieser Werft in Emden dazu, daß Arbeiterfamilien aus Emden und Umgebung seit Generationen ihre männlichen Angehörigen zur Ausbeutung durch die deutschen bzw. westdeutschen Kohle- und Stahlbarone freigeben mußten. Umgekehrt haben die Kapitalisten nicht mit der Muttermilch eingesogen die Bindung an die Arbeiter. Strikt orientiert daran, ob der nötige Profit aus der Vernutzung der angekauften Arbeitskraft gezogen werden konnte, haben sie sich Arbeitskraft einverleibt oder sie abgestoßen. „Widrigkeiten", „flotte Fahrt, aber auch ... Flaute und steifen Gegenwind" verzeichnet die Betriebsführung in der Geschichte der Werft. Die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, poetisch verklärt dargeboten: „Kaufmannsgut hat Ebbe und Flut".



Werbung der Thyssen Nordseewerke.

600 Arbeiter auszubeuten erlaubten die Konjunkturgezeiten den Kapitalisten 1906. In der Kriegskonjunktur 1914 waren es 1000. „Sieben Minensuchboote für die Kaiserliche Marine sowie mehrere Fischdampfer als Vorpostenboote" ernteten die damaligen Nordseewerke aus dem Kriegssegen. Über eine teilweise Stillegung 1926 hinweg sank die Zahl der Arbeiter bis 1934 auf 146. Es bedurfte einer erneuten „Flut", einer erneuten Zuspitzung der Widersprüche, die der Imperialismus hervorbringt, um den Werftkapitalisten flotte Fahrt in die Profitmacherei zu bringen. „30 Unterseeboote sowie Sperrbrecher" mußten dieses Mal die Arbeiter der deutschen Reichsbourgeoisie für ihren Griff zur Weltherrschaft herstellen. 1000 Arbeiter waren es, die so ihren „inneren Bindungen zur Werft" nachgeben konnten.

Erst 1948 hatten die Kapitalisten sich wieder 950 Arbeiter einverleibt. Die ersten von den alliierten Siegermächten genehmigten Neubauten waren fünf Fischdampfer in den Jahren 1949/50. Es hatte eines erneuten imperialistischen Krieges bedurft, um den Nordseewerke-Kapitalisten eine „Flut" zu bescheren. Die Aggression des US-Imperialismus gegen das koreanische Volk ließ die Nachfrage nach Nachschubtonnage steigen. Die Nordseewerke legten die Frachter der Emden-Klasse auf. Mit diesen 10000-Tonnen-Schiffen war der Auftragsbestand bis 1952 wieder auf 300000 tdw angewachsen. 3900 Arbeiter benötigten die Kapitalisten für dieses Bauvolumen.

Dem deutschen Imperialismus, der sich in Westdeutschland erneut festigte, fehlte durch die Zerstörung der Handelsflotte ein wichtiges Mittel im Kampf um die Weltherrschaft. Ihre Wiederherstellung und Ausdehnung und schließlich der neue Einstieg in die Kriegsproduktion – nach dem Zweiten Weltkrieg sind es bereits wieder 25 Unterseeboote für die westdeutsche und die norwegische Marine – band mit Schwankungen um einige hundert 4500 bis 5000 Arbeiter an die Thyssen Nordseewerke.

„Die Aktivitäten der Werft haben sich ... weiterhin besonders auf Maßnahmen zu richten, die der inneren Stärkung sowie Kostensenkung dienen (und) u.a. auch eine weitere Rationalisierung sowie eine erhöhte Differenzierung der Angebotsplatte beinhalten" (Geschäftsbericht 1974/75). Von 5300 „inneren Bindungen" im Jahre 1971 haben die Kapitalisten 1511 bis zum September 1978 gelöst und 2267 durch Kurzarbeit gelockert.

Akkordkürzungen bei Vulkan/Bremen zurückgeschlagen

r.hek. Nach einer Woche Auseinandersetzung um die Neuberechnung der Akkordsätze an einer Eins-zu-Eins-Brennmaschine auf dem Bremer Vulkan haben vorerst die Arbeiter gewonnen. Die Berechnungen zeigen, was die Kapitalisten vorhatten. Alte Berechnung: „Bleche für Lukendeckeleinweiser ausbrennen, entgraten, Nebenarbeiten. Stahlstärke 15 mm, Meteranzahl 74,35; für 10 m 1,36 Akkordstunden; Akkordvorgabe 10,13 Stunden." Neuberechnung: „Bleche für Lukendeckeleinweiser ausbrennen, Stahlstärke 15 mm, Meteranzahl 58,03; 10 Stück mit einer Düse brennen (41,53 m); 24 Stück mit zwei Düsen brennen (16,50 m); Nebenarbeiten; für 10 m 0,5 Akkordstunden; für Nebenarbeiten 2,46 Akkordstunden; Akkordvorgabe 5,35 Stunden." Um 4,78 Akkordstunden verkürzt die Neuberechnung die Vorgabezeiten. In Prozent ausgedrückt: 47,5%. Zwischen 38 und 40% unter der Vorgabezeit geben die Maschinenbrenner ab. Ersichtlich ist, daß bei der neuen Vorgabezeit nicht einmal der Grundlohn zu halten ist.

Grundlage der Neuberechnung ist die Fregattenproduktion. Kleinteile werden an obengenannten Maschine gebrannt. Billig müssen sie sein. Die maschinellen Investitionen sind getätigt, der Lohn soll weiter gesenkt werden. Die geringere Meteranzahl in der Neuberechnung ergibt sich aus der Tatsache, daß die Brennmaschine vier Düsen hat, somit in einem Vorgang vier Teile gebrannt werden können. Bisher war es dem Brenner überlassen, mit wieviel Düsen er den Brennvorgang vornimmt. In der Neuberechnung ist es zwingend vorgeschrieben. Unerträglich werden die Nebenarbeiten, also werden sie geringfügig angehoben. Schwierig überschaubar ist der Brennvorgang. Dies wird nicht berechnet. Es ergibt sich: 20 Teile mit einer Düse sind z.B. 20 · 1 m = 20 m, 20 Teile mit 4 Düsen sind 20 · 1 m geteilt durch 4 = 5m. Daß man aber mit 4 Düsen brennen mehr Zeit für Maschinenausrichtung, Werkstückherrichtung etc. braucht, bleibt unberücksichtigt. Eine profitable Rechnung für die Kapitalisten. Damit weiteres herausspringt, ist zudem noch jetzt die Geschwindigkeit des Brennvorgangs laut Maschinenhersteller zugrunde gelegt worden, anstelle der tatsächlich ermittelten Geschwindigkeit.

Acht von zehn Maschinenbrennern erklärten: Sollte bis Montag (2.10.) nicht wieder nach der alten Berechnungsmethode gezahlt werden, werden sie die „Sprechstunde" des Betriebsrates „wahrnehmen". Daraufhin zahlte die Betriebsführung. Streik verdirbt das Geschäft. Schuld sei gewesen: „der Stopper".

Unterstützung des Fordarbeiterstreiks in England

Köln. Auf der Betriebsversammlung der Ford-Werke Köln-Niehl am Montag, 2.10., hat der Betriebsrat seine Solidarität mit den streikenden Fordarbeitern und ihren Forderungen erklärt. Er versicherte, daß in Köln alle Streikbrecherarbeitern abgelehnt würden. In der Presse wurde von einer fünfstelligen Summe berichtet, die unter Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG-Metall gesammelt worden ist für die Streikkasse in England. Auf der Vertrauensleuteversammlung der IGM in Köln vom 30.10. wurde folgende Resolution von den über 300 Anwesenden einstimmig verabschiedet: „An das Streikkomitee der britischen Fordarbeiter! Die Vertrauensleuteversammlung der IG Metall Köln erklärt sich solidarisch mit Eurem Kampf für 20 Pfund mindestens pro Woche, die 35-Stunden Woche und Eure anderen richtigen Forderungen und gegen die staatliche Lohnleitlinie von 5%. Auch wir stehen in Westdeutschland vor harten Auseinandersetzungen um Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und andere Fragen. Euer Streik ist eine große Unterstützung für uns. Im gemeinsamen Interesse der Arbeiter aller Länder wünschen wir Euch viel Erfolg bei der vollen Durchsetzung Eurer Forderungen.'

Grundig-Vertrauensleutekörper beschließt 140 DM Festgeld

Nürnberg. Der Vertrauensleutekörper der Fa. Grundig AG Nürnberg hat bereits am Montag vergangener Woche als Vorschlag für die Vertreterversammlung der IG Metall, Kreis Nürnberg, eine Festgeldforderung in Höhe von 140 DM beschlossen.

Überstundenzuschläge von 25 auf 30% erhöht

Fallersleben. Das VW-Kapital in Wolfsburg vergibt zahlreiche Arbeitsaufträge im Werk an Fremdfirmen, zumeist kleine Handwerksbetriebe, z.B. Maurerarbeiten, Umrüstung der Produktionsanlagen, Elektroarbeiten. Durch die große Konkurrenz unter den Handwerksbetrieben kann das VW-Kapital vollständig die Bedingungen diktieren, und kurze Terminfristen durchsetzen. Die Arbeiter der Kleinbetriebe müssen dies mit zahllosen Überstunden und Schichtwechsel auch mitten in der Woche ausbaden. In all diesen Handwerksbetrieben gibt es langwierige und zähe Auseinandersetzungen um diese Überarbeit. Die Arbeiter der Elektrofirma Ellermann stellten vor dem Werksurlaub klar, daß sie für 25% Überstundenzuschläge nicht mehr gewillt wären Überstunden zu machen. Sie forderten Absetzung der Überstunden oder mindestens Erhöhung des Zuschlages. Erreicht ist, daß Ellermann 30% zahlen muß.

Zwei belgische Gemeinden lehnen Reaktorbau ab

Kiel. Eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in den belgischen Gemeinden Andenne und Chey will verhindern, daß ihr Land zwischen Namur und Lüttich zum „Atom-Mülleimer" des Königreichs wird. In Belgiens erster Volksabstimmung über das Kernenergieproblem, an der in zwei Ortschaften jeweils 75% der Wahlberechtigten teilnahmen, sprachen sich 84 bzw 90% gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in ihrer Region aus. Intercom hatte die Bevölkerung der beiden Gemeinden in einer aufwendigen Kampagne von der Teilnahme an der Abstimmung abhalten oder sie zum Ja zum Reaktorbau bewegen wollen. Aber sogar der Hinweis auf etwa 400 neue Arbeitsplätze zog nicht. Mit 25% der Netto-Elektrizitätserzeugung aus Atomkraft liegt Belgien im EG-Bereich weit an der Spitze. Im EG-Durchschnitt werden 10% des Stroms aus Kernenergie gewonnen.

Personalversammlung bekämpft Kontrollbücher

Neukölln. Am 28.9. hatte der Personalrat zu einer Versammlung der Stations- und Reinigungskräfte eingeladen. Etwa 100 Beschäftigte sind gekommen. Anlaß waren die vom Dienstherrn eingeführten Konntrollbücher, wonach die Arbeit der Beschäftigten 2mal wöchentlich überprüft werden sollte. Den Beschäftigten auf den Stationen, die schon vorher in Form von Unterschriftensammlungen gegen die unerträgliche Arbeitssituation der Stations- und Reinigungskräfte protestiert hatten, wurde erzählt, diese Maßnahme diene der „Personalaufstockung". Der Personalrat hatte nach Bekanntwerden dieser Maßnahme die Krankenhausleitung aufgefordert, sie mit sofortiger Wirkung einzustellen. Der Personalrat konnte mitteilen, daß die Kontrollbücher von der Geschäftsleitung zurückgezogen werden mußten.

Finanzkapital legt Handwerk an die kurze Leine

Handwerker fordern sofortige Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages

z.hku. Unter der Überschrift „Entlastungen nicht hinauszögern" befaßt sich die „Deutsche Handwerkszeitung" mit den gegenwärtigen Steuerplänen der Bourgeoisie. Dies Presseorgan der Handwerksverbände äußert sich zufrieden über die Beseitigung des Tarifsprungs bei der Einkommenssteuer und polemisiert gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Die Zeitung stellt fest, daß offensichtlich die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer auf 36000 DM mehr und mehr unsicher wird, und daß die CDU stattdessen die gänzliche Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer fordert. „Aus der Sicht des Handwerks bringt aber ein höherer Gewerbesteuerfreibetrag sicher mehr an Entlastung als der Wegfall der Gewerbekapitalsteuer." (Nr. 18 vom 22.9.) Als Grund dafür wird angeführt: bei der Gewerbekapitalsteuer – die auf den Kapitalwert berechnet wird – ist ein Freibetrag von 60000 DM eingeräumt, bei der Gewerbeertragssteuer – die auf den jährlichen Gewinn gezahlt wird – lediglich von 24000 DM. Entsprechend sind es 200000 Betriebe, die keine Gewerbekapitalsteuer zahlen, wohl aber Ertragssteuer, und man kann davon ausgehen, daß das in der Hauptsache kleinere Handwerksbetriebe sind.

Wir haben versucht auszurechnen, wie sich die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer auf 36000 DM auswirken würde. Wir haben dafür den Ertrag zugrundegelegt, der in der Kostenstrukturrechnung des Statistischen Jahrbuchs ausgewiesen ist. Der allergrößte Teil der Handwerksbetriebe erzielte 1974 einen Umsatz zwischen 100000 und 500000 DM. Nimmt man die Bäckereien dieser Größenordnung, so ergibt das einen Ertrag von ca. 17000 bis 40000 DM brutto im Jahr. Nimmt man den durchschnittlichen Umsatz der Bäcker im Jahr 1976, bekommt man 41838 DM Jahresertrag, bei den Tischlern 26280 DM. Rechnet man den durchschnittlichen Ertrag aller Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten und nimmt den durchschnittlichen Ertrag aus der Kostenrechnung. bekommt man ungefähr 25000 DM pro Jahr.

Alles in allem zeigen diese noch ungenauen Rechnungen, daß auf jeden Fall ein ordentlicher Teil der Handwerker, ganze Handwerksgruppen und auf jeden Fall die kleinen Handwerker bei einer Erhöhung des Freibetrages auf 36000 DM entlastet werden. Das sind monatlich 3000 DM brutto, wovon die zusätzlichen Investitionen noch getätigt werden müssen. Die Gewerbeertragssteuer kann vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Wird die Gewerbeertragssteuer geringer, schlägt die Einkommenssteuerschraube zu. Die Steuerlast bleibt bestehen, und die Frage des Einkommenssteuertarifs und die Forderung nach 1500 DM Steuerfreibetrag für alle wird aktuelle Bedeutung für einen großen Teil der Handwerker bekommen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung unter den Handwerkern um diese Steuern ist Ausdruck starken ökonomischen Druckes, der auf großen Teilen des Handwerks lastet. Dieser Druck ist Ergebnis der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, in der die größeren Kapitalisten die kleineren verdrängen, weil sie produktiver produzieren lassen und die Ausbeutung der Arbeiter erhöhen. In den Jahren 1968 bis 1977 ist die Zahl der Handwerksbetriebe um 21% auf 470000 zurückgegangen. Das war kein gleichmäßiger Prozeß. Die kleinen Betriebe (1 bis 9 Beschäftigte) sind vorwiegend ruiniert worden (–25,4%), die mittleren (10 bis 19 Beschäftigte) hatten Zuwachs und die größeren (20 und mehr Beschäftigte) gingen leicht zurück (–5,2%).

Vor allem die Handwerker sind vernichtet worden, die in direkter Konkurrenz zur Industrie produzieren oder reparieren müssen: z.B. Schuhmacher (–51,3%) oder Herrenschneider (–69,1%). Zugenommen haben die Handwerksbetriebe, die sich mit der Reparatur von Gebrauchsgütern befassen, die jetzt zwangsläufig in den Konsum der Arbeiter eingehen, wie Autos, Elektrogeräte.

Gehalten haben sich die Handwerksbetriebe, die als Zulieferer für die Industrie arbeiten. Diese Betriebe möchte die Bourgeoisie auch erhalten wissen, denn sie haben einen „hohen Rationalisierungseffekt". Nicht ausgelastete Einzelaufgaben können so aus dem Großbetrieb ausgelagert werden, die Kapitalbindung gesenkt und das „Auslastungsrisiko" abgewälzt werden; außerdem seien die Lohnkosten im Handwerk niedriger und die „Produktionselastizität" größer (Handelsblatt, 27.9.). So, unter ihrem Diktat, will die Bourgeoisie das Handwerk haben; werden die Handwerksbetriebe größer, sind sie in der Regel reif für die direkte Einverleibung unter das Finanzkapital.

Den ökonomischen Druck, der sich aus der kapitalistischen Konkurrenz ergibt, nutzt die Monopolbourgeoisie, um die Handwerksverbände als Stoßtrupp ihrer Politik zu benutzen. Senkung des Lohns, Ausdehnung der Arbeitszeit, Niederreißen der Schranken zum Schutz der Arbeiterjugend, in allem haben die Handwerksverbände den Standpunkt der Monopolbourgeoisie lautstark vertreten. Denn gesetzmäßig reagieren die kleinen Kapitalisten auf die Abpressung eines Teils des Profits durch die Monopolbourgeoisie mit dem Versuch, den Mehrwert absolut wieder zu erhöhen: durch Lohndrückerei, Verlängerung der Arbeitszeit, Lehrlingszüchterei.

Dafür will die Monopolbourgeoisie das Handwerk haben und fördern. „Schließlich ist selbstverantwortliches und selbständiges unternehmerisches Wirtschaften auch gesellschaftspolitisch ein Datum, das für den Bestand einer sich im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Staats- und Wirtschaftsverfassung bewegenden pluralistischen Gesellschaft als Stabilitätsfaktor gewertet werden muß." (Handwerks-Förderungs-Bericht des Bundesministers für Wirtschaft 1976, S. 3) Die 59 Millionen DM, die die Bundesregierung für das Handwerk in zwei Jahren ausgegeben hat, sind vor allem für ideologische Ausrichtung verwendet worden, z.B. für den Beweis, daß der Ruin von Handwerksbetrieben auf „mangelnde Unternehmerqualifikationen" zurückzuführen ist.

Gleichzeitig verstärkt die Steuer-und Gebührenpolitik des Staates den Druck auf die Masse der Handwerker. Die überdurchschnittliche Erhöhung der Kosten für Strom, Abwasser usw. – 60 bis 80% in 6 Jahren – treffen den kleinen Handwerker empfindlich. So sind die anteiligen Ausgaben für Strom um so höher, je kleiner der Betrieb ist, trotz der geringeren Maschinenausstattung. Daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer die kleinen Produzenten trifft, weil sie viel Mehrwertsteuer abführen müssen und sie nicht über den Preis voll wieder reinkriegen können, haben wir in dieser Zeitung mehrfach dargelegt (s. KVZ 26/78). Die Inflation treibt den Handwerker bei der Einkommenssteuer mit Wucht in die Progression.

Quellen: Statistisches Jahrbuch 1978, Fachserie 4, Handwerkszählung 77, Vorbericht; Reihe 7. Finanzen und Steuern. Umsatzsteuer 74; alle vom Statistischen Bundesamt. Handwerk 1976, Hrsg. Zentralverband des deutschen Handwerks, Bonn 1977

Mit dem Lebensmittelgesetz gegen kleine Handwerker

r.mas. In „Not" geratene Handwerksbetriebe zu unterstützen gibt die Bourgeoisie vor. Zu den zahlreichen „Unterstützungsmaßnahmen" gehört die Überwachung der Lebensmittel durch den Staat. Diese Kontrolle wird als nützlich für den Verraucher angepriesen. Sie wird jedoch völlig verschieden angewandt.

Wird das Gewerbeaufsichtsamt von Arbeitern gerufen, wie beipsielsweise in der Habenhauser Brotfabrik in Bremen, weil es weder Handtücher, Seife und Toilettenpapier gab, taucht keiner dieser Herren „Aufsichtsbeamten" auf. Auch nicht, wenn in der selben Fabrik Arbeiterinnen gezwungen werden, in den Dreck gefallenes, teilweise zerkrümeltes Brot noch zu verarbeiten

Anders die Kontrolle im Handwerk. Dort kommen die Beamten zum Überraschungsbesuch.Über jede Kleinigkeit wird eine Rüge erteilt und mit Bußgeld gedroht. In Paderborn hatten sich die Beamten zum Beispiel in einer kleinen Bäckerei über ein Brötchentuch mokiert, das an einer Stelle ausgefranst war. Der Zweck des Tuches ist, einen sauberen Untergrund für die daraufliegenden Brötchen und einen Wärmestau für sie zu schaffen. Dafür reicht Sackleinen als Material aus, aber es franst mit der Zeit aus. Für dieses „Vergehen" wollte der Beamte 20 DM Bußgeld.

Schon diese kleinen Beispiele zeigen, daß es der Bourgeoisie keineswegs um den Schutz der Verbraucher geht. Sie müßte sonst beispielsweise verhindern, daß in den Brotfabriken heißes Brot geschnitten und verpackt wird, was leicht schimmelt. Was die Bourgeoisie mittels des Lebensmittelgesetzes betreibt, ist Schikane und Unterdrückung der kleinen Handwerker, die gezwungen sind, mit alter Maschinerie und unter ungünstigen Bedingungen zu produzieren. Im § 14 des Lebensmittelgesetzes wird bestimmt, daß enteignet werden kann, wer die „hygienischen" Bedingungen zu erfüllen nicht in der Lage ist.

Gegen diese Ausplünderei und Schikane wehrt sich das Handwerk. In Bielefeld, wo es Bußgeldbescheide bis zu 500 DM gehagelt hat, haben sich die Handwerkskapitalisten dagegen zusammengeschlossen und einen Prozeßfonds zur Durchsetzung ihrer Interessen gebildet.

Italien: Warenbegleitschein zur Eintreibung der Mehrwertsteuer

z.ulg.Rom. Die italienische Regierung „jagt Steuersünder". Damit ist nicht etwa der Fiat-Besitzer Agnelli gemeint, der nach der kürzlich veröffentlichten Liste der Einkommenssteuerzahler von Turin für 1975 erst auf dem 114. Platz in der Stadt steht, hinter seinem eigenen Direktor für den Autosektor und mit einem halb so hohen deklarierten Einkommen wie der Fußballspieler Cuccureddu. Nein, die Jagd gilt der restlosen Eintreibung der Mehrwertsteuer, und die Gejagten sollen vor allem die kleinen Händler sein. Am 15. September hat die Regierung dazu ein Dekret verabschiedet, das nach der bevorstehenden Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten am 1.1.1979 in Kraft treten soll. Darin wird verfügt, daß künftig alle Waren bei ihrem Transport mit einem Warenbegleitschein versehen sein müssen. Fehlt der Schein, soll auch der Lastwagenfahrer belangt werden können. Die Formulare werden numeriert und amtlich beglaubigt sein, Lieferant, Empfänger und Transportunternehmer müssen sie unterschreiben, und der Lieferant muß neben der Ablage der Durchschläge ein amtliches Register über den Verbleib der numerierten Formulare führen.

Das System soll den Steuereintreibern einen „lückenlosen" Überblick über die Warenzirkulation und folglich über die fällige Mehrwertsteuer ermöglichen. Der Polizei wird mit der Kontrolle der Warentransporte auf Begleitscheine und der dementsprechenden Schikanierung der Lastwagenfahrer ein neues, reiches Betätigungsfeld eröffnet. Den Anfangsbedarf an den neuen Formularen hat der Vorsitzende der zuständigen Parlamentskommission auf etwa 10 Milliarden Stück geschätzt. Den größeren Kapitalisten bleibt freilich die damit verbundene Aufblähung der Kosten für den Warenumlauf „erspart". Wer, wie es bei größeren Betrieben und Großhandelsfirmen bereits üblich ist, imstande ist, gleich bei der Auslieferung eine ordnungsgemäß ausgestellte Rechnung mitzuschicken, braucht keinen Warenbegleitschein.

Nicht nur dadurch wird die neue Maßnahme den Ruin der kleinen Händler, von denen es in Italien noch ungefähr 850000 gibt, beschleunigen. Viele von ihnen können schon seit langem der Konkurrenz der Supermärkte und Ladenketten nur durch teilweise Hinterziehung der Mehrwertsteuer standhalten. In gewissem Umfang wird auch von kleinen Händlern und Fabrikanten zum um den Mehrwertsteuersatz verminderten Preis direkt an den Endverbraucher verkauft. Von einem statistisch ausgewiesenen Endverbrauch von 49000 Mrd. Lire (120 Mrd. DM) wurde so 1976 nur für 24000 Mrd. Lire, also für weniger als die Hälfte, Mehrwertsteuer gezahlt. Weitere Maßnahmen zur polizeimäßigen Eintreibung der Mehrwertsteuer sind bereits geplant. Als nächstes ist an die amtliche Versiegelung der Ladenkassen zur Kontrolle des tatsächlichen Umsatzes gedacht.

Neues Vorhaben, um „Schwarzarbeit" zu beseitigen

r.khg. „In Hamburg haben sich die Baubehörde, die Wohnungsbaukreditanstalt, die Arbeitgeberverbände und der Industrieverband Heizungs- und Klimatechnik auf Maßnahmen gegen die ständig wachsende Schwarzarbeit im Baugewerbe verständigt", war am 29. September in den Fernsehnachrichten zu hören. Die Maßnahme, auf die man sich verständigt hat, ist folgende: Will jemand sich ein Ein- oder Zweifamilienhaus bauen und nimmt er dazu die ihm zustehenden Kredite der Wohnungsbaukreditanstalt in Anspruch, dann wird ihm im Bewilligungsbescheid zur Auflage gemacht, daß Bauarbeiten, die nicht in zulässiger Selbst- oder Nachbarschaftshilfe ausgeführt werden, nur an ordnungsgemäß angemeldete und zugelassene Baufirmen oder in die Handwerksrolle eingetragene Handwerksbetriebe vergeben werden dürfen. Außerdem wird in der Baubehörde erwogen, ob nicht in Zukunft auch bei kleineren Baustellen die Bauherren verpflichtet werden sollen, an der Baustelle ein Schild anzubringen, welches unter anderem auf die bauausführenden Firmen hinweist.

Hält sich ein Eigenheimbauherr nicht an die erteilte Auflage, dann muß er damit rechnen, daß die bewilligten Kredite gesperrt oder sofort zurückverlangt werden. Die Folge wäre in den meisten Fällen, daß sich das Eigenheim in ein Luftschloß verwandelt oder – wenn es bereits fertiggestellt war – unter den Hammer kommt, soweit der Bauherr den Kredit nicht sofort zurückzahlen kann.

Das Gesetz zur Bekämpfung der „Schwarzarbeit", wonach „ordnungswidrig handelt, wer aus Gewinnsucht Dienst- oder Werkleistungen für andere in erheblichem Umfange erbringt", obwohl er arbeitslos gemeldet ist, wer den Beginn eines Gewerbes bzw. Handwerks nicht angezeigt hat, wer andere „aus Gewinnsucht mit Schwarzarbeit erheblichen Umfangs beauftragt", erweist sich für die Bourgeoisie als mangelhaft. Wer nämlich beim Anbringen einer Steckdose „in Schwarzarbeit" erwischt wird, der hat dann halt nur diese Steckdose angebracht, was kein „erheblicher Umfang" ist, oder hat dies eben aus Gefälligkeit für seinen Freund, den Auftraggeber, getan. Dann fehlte es an der „Gewinnsucht". Durch den Hebel des Kreditentzugs sollen jetzt die Eigenheimbauherrn dazu gezwungen werden, auf die Vergabe von Schwarzarbeitsaufträgen zu verzichten, ohne daß es noch auf den Nachweis des „erheblichen Umfangs" oder der „Gewinnsucht" ankommt. Am liebsten wäre es der Baubehörde, wenn jeder Bauherr hinter den Handwerkern und Arbeitern herschnüffelte, ob deren Papiere auch in Ordnung sind. Kein Arbeiter oder Handwerker soll einen Lohn beziehen, ohne daß der Staat Steuern kassieren und ein Kapitalist an der förmlichen Ausbeutung der Arbeitskraft Profit schlagen kann.

schlag für die Vertreterversammlung der IG Metall, Kreis Nürnberg, eine Festgeldforderung in Höhe von 140 DM beschlossen.

Überstundenzuschläge von 25 auf 30% erhöht

Fallersleben. Das VW-Kapital in Wolfsburg vergibt zahlreiche Arbeitsaufträge im Werk an Fremdfirmen, zumeist kleine Handwerksbetriebe, z.B. Maurerarbeiten, Umrüstung der Produktionsanlagen, Elektroarbeiten. Durch die große Konkurrenz unter den Handwerksbetrieben kann das VW-Kapital vollständig die Bedingungen diktieren, und kurze Terminfristen durchsetzen. Die Arbeiter der Kleinbetriebe müssen dies mit zahllosen Überstunden und Schichtwechsel auch mitten in der Woche ausbaden. In all diesen Handwerksbetrieben gibt es langwierige und zähe Auseinandersetzungen um diese Überarbeit. Die Arbeiter der Elektrofirma Ellermann stellten vor dem Werksurlaub klar, daß sie für 25% Überstundenzuschläge nicht mehr gewillt wären Überstunden zu machen. Sie forderten Absetzung der Überstunden oder mindestens Erhöhung des Zuschlages. Erreicht ist, daß Ellermann 30% zahlen muß.

Zwei belgische Gemeinden lehnen Reaktorbau ab

Kiel. Eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in den belgischen Gemeinden Andenne und Chey will verhindern, daß ihr Land zwischen Namur und Lüttich

Wir haben versucht auszurechnen, wie sich die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer auf 36000 DM auswirken würde. Wir haben dafür den Ertrag zugrundegelegt, der in der Kostenstrukturrechnung des Statistischen Jahrbuchs ausgewiesen ist. Der allergrößte Teil der Handwerksbetriebe erzielte 1974 einen Umsatz zwischen 100000 und 500000 DM. Nimmt man die Bäckereien dieser Größenordnung, so ergibt das einen Ertrag von ca. 17000 bis 40000 DM brutto im Jahr. Nimmt man den durchschnittlichen Umsatz der Bäcker im Jahr 1976, bekommt man 41838 DM Jahresertrag, bei den Tischlern 26280 DM. Rechnet man den durchschnittlichen Ertrag aller Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten und nimmt den durchschnittlichen Ertrag aus der Kostenrechnung. bekommt man ungefähr 25000 DM pro Jahr.

Alles in allem zeigen diese noch ungenauen Rechnungen, daß auf jeden Fall ein ordentlicher Teil der Handwerker, ganze Handwerksgruppen und auf jeden Fall die kleinen Handwerker bei einer Erhöhung des Freibetrages auf 36000 DM entlastet werden. Das sind monatlich 3000 DM brutto, wovon die zusätzlichen Investitionen noch getä-

nichtet worden, die in direkter Konkurrenz zur Industrie produzieren oder reparieren müssen: z.B. Schuhmacher (–51,3%) oder Herrenschneider (–69,1%). Zugenommen haben die Handwerksbetriebe, die sich mit der Reparatur von Gebrauchsgütern befassen, die jetzt zwangsläufig in den Konsum der Arbeiter eingehen, wie Autos, Elektrogeräte.

Gehalten haben sich die Handwerksbetriebe, die als Zulieferer für die Industrie arbeiten. Diese Betriebe möchte die Bourgeoisie auch erhalten wissen, denn sie haben einen „hohen Rationalisierungseffekt". Nicht ausgelastete Einzelaufgaben können so aus dem Großbetrieb ausgelagert werden, die Kapitalbindung gesenkt und das „Auslastungsrisiko" abgewälzt werden; außerdem seien die Lohnkosten im Handwerk niedriger und die „Produktionselastizität" größer (Handelsblatt, 27.9.). So, unter ihrem Diktat, will die Bourgeoisie das Handwerk haben; werden die Handwerksbetriebe größer, sind sie in der Regel reif für die direkte Einverleibung unter das Finanzkapital.

Den ökonomischen Druck, der sich aus der kapitalistischen Konkurrenz er-

Mit dem Lebensmittelgesetz gegen kleine Handwerker

r.mas. In „Not" geratene Handwerksbetriebe zu unterstützen gibt die Bourgeoisie vor. Zu den zahlreichen „Unterstützungsmaßnahmen" gehört die Überwachung der Lebensmittel durch den Staat. Diese Kontrolle wird als nützlich für den Verraucher angepriesen. Sie wird jedoch völlig verschieden angewandt.

Wird das Gewerbeaufsichtsamt von Arbeitern gerufen, wie beipsielsweise in der Habenhauser Brotfabrik in Bremen, weil es weder Handtücher, Seife und Toilettenpapier gab, taucht keiner dieser Herren „Aufsichtsbeamten" auf. Auch nicht, wenn in der selben Fabrik Arbeiterinnen gezwungen werden, in den Dreck gefallenes, teilweise zerkrümeltes Brot noch zu verarbeiten

Anders die Kontrolle im Handwerk. Dort kommen die Beamten zum Überraschungsbesuch.Über jede Kleinigkeit wird eine Rüge erteilt und mit Bußgeld gedroht. In Paderborn hatten sich die Beamten zum Beispiel in einer kleinen Bäckerei über ein Brötchentuch mokiert, das an einer Stelle ausgefranst war. Der Zweck des Tuches ist, einen sauberen Untergrund für die daraufliegenden Brötchen und einen Wärmestau für sie zu schaffen. Dafür reicht Sackleinen als Material aus, aber es franst mit der Zeit aus. Für dieses „Vergehen" wollte der Beamte 20 DM Bußgeld.

Schon diese kleinen Beispiele zeigen, daß es der Bourgeoisie keineswegs um den Schutz der Verbraucher geht. Sie müßte sonst beispielsweise verhindern, daß in den Brotfabriken heißes Brot geschnitten und verpackt wird, was leicht schimmelt. Was die Bourgeoisie mittels des Lebensmittelgesetzes betreibt, ist Schikane und Unterdrückung der kleinen Handwerker, die gezwungen sind, mit alter Maschinerie und unter ungünstigen Bedingungen zu produzieren. Im § 14 des Lebensmittelgesetzes wird bestimmt, daß enteignet werden kann, wer die „hygienischen" Bedingungen zu erfüllen nicht in der Lage ist.

Gegen diese Ausplünderei und Schikane wehrt sich das Handwerk. In Bielefeld, wo es Bußgeldbescheide bis zu 500 DM gehagelt hat, haben sich die Handwerkskapitalisten dagegen zusammengeschlossen und einen Prozeßfonds zur Durchsetzung ihrer Interessen gebildet.

Italien: Warenbegleitschein zur Eintreibung der Mehrwertsteuer

z.ulg.Rom. Die italienische Regierung / Transport mit einem Warenbegleit- / ein neues, reiches Betätigungsfeld er- / Viele von ihnen können schon seit lan-

Agrarprodukte „umweltfreundlich" – ein widerwärtiges Manöver

Einige Tonnen Pflanzenschutzmittel weniger gleich hunderttausend gelegte Bauern

z.hev. Angeblich um „Agrarprodukte umweltfreundlich" zu machen, zieht die Bundesregierung ein Programm zum „integrierten Pflanzenschutz im Ackerbau und Feldgemüsebau" mittels der „biologischen Bundesanstalt" durch, wie Staatssekretär Rohr vom „Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" mitteilte. Der wahre Grund für diese Sorte Forschung ist aber ein ganz anderer.

Um zum Beispiel die gegen Krautfäule anfälligen frühen Kartoffelsorten zu schützen, sind zehn und mehr Spritzungen mit einem chemischen Pflanzenschutzmittel erforderlich. Kartoffelsorten, die nicht anfällig für Krautfäule sind, brauchen nur ein bis zwei Spritzungen. Das senkt die Produktionskosten ganz erheblich. Dazu kommt, daß bei den zahlreichen Bakterien- und Viruserkrankungen der Kartoffel die Züchtung und der Anbau widerstandsfähiger Sorten der einzige Weg ist, um Ertragsausfälle zu verhindern.

Senkung der Produktionskosten und Vorsprung in der internationalen Konkurrenz, das ist es, was den Landwirtschaftsminister treibt. Diese Absichten lassen sich ganz vortrefflich hinter einer vermeintlichen Sorge um den Umweltschutz verbergen, wenn, wie in diesem Fall, die Forschung in Richtung Senkung des Verbrauchs und damit der Kosten für Pflanzenschutzmittel und deren Einsatz geht. Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlichen Produktion bedeutet Liquidierung zahlloser Bauern in Westdeutschland, die auf Grund von Betriebsgröße und Kapitaleinsatz nicht mehr mithalten können. Bei der Getreideproduktion zum Beispiel betrug der Hektarertrag der „Vollerwerbsbetriebe" 1976/77 37 dt/ha, der „Zuerwerbsbetriebe" 32 und der „Nebenerwerbsbetriebe" 32 dt/ha. Entsprechend groß war der Unterschied im Kapitaleinsatz. Der sog. „Spezialaufwand für pflanzliche Erzeugung" lag bei den Vollerwerbsbetrieben bei 460 DM/ha Landfläche, bei den Zuerwerbsbetrieben bei 390 DM und den Nebenerwerbsbetrieben bei 312 DM.







Fotos aus der Glanzbroschüre des Ertl-Ministeriums „Agrarwirtschaft und Umweltschutz": das angepriesene Ideal ist der landwirtschaftliche Großgrundbesitz. Zahllose Bauern werden dafür auf der Strecke bleiben.

Aus der Tabelle ist zu erkennen, daß in der EG ein glasharter Kampf um den landwirtschaftlichen Extraprofit entbrannt ist. In den Weizenerträgen, der Milchleistung je Kuh und der Legeleistung je Henne drückt sich direkt die Produktivität der landwirtschaftlichen Erzeugung aus. In der EG ist noch nichts entschieden, und gemessen an den US-Imperialisten – an denen messen sich die EG-Imperialisten – ist da noch viel aufzuholen. Das wird Hunderttausenden von EG-Bauern und Bauern aus den Ländern, die noch einverleibt werden, aus Spanien, Portugal und Griechenland, die Existenz kosten. Das alles mit ein paar Tonnen eingesparten Pflanzenschutzmitteln als „Umweltschutz", in Glanzbroschüren verpackt, zu verkaufen, ist schon ein besonders widerliches Unternehmen.

	1976 Milchleistung je Kuh in kg	1975 Legeleistung je Henne/Stck	1976 Weizenertrag dt/ha
BRD	4108	237	41,1
Frankreich	3260	195	37,6
Italien	3167	133	25,7
Niederlande	4777	242	54,4
Belgien	3610	237	45,1
Luxemburg	3571	–	17,6
Großbritannien	4427	225	38,8
Irland	3057	180	37,6
Dänemark	4352	237	46,8
EG	3785	201	34,9

Großbritannien sperrt Gewässer für irische Fischer

z.mat.Liverpool. Seit dem 24.9. besteht in den britischen Sektoren der irischen See, des Bristol-Kanals, des englischen Kanals und vor der schottischen Westküste ein Fangverbot für Heringe. Mit diesem Schritt wollen sich die britischen Imperialisten an den irischen Fischern schadlos halten, nachdem es ihnen in den EG-Verhandlungen nicht gelungen ist, eine eigene Fischereizone vor ihrer Küste durchzusetzen. Irland und Großbritannien waren bei der Errichtung des „EG-Meeres" diejenigen gewesen, die am meisten verloren und am wenigsten gewonnen haben. Nur durch Druck der BRD, die der Gewinner beim „EG-Meer" ist, konnte Großbritannien 1976 zur Zustimmung gebracht werden. Seitdem ist die britische Regierung hartnäckig bestrebt, durch Einführung einer eigenen Fischereizone diesen Verlust wieder auszugleichen. Obwohl die Sperre für Hering offiziell für alle Fischer gilt, ist sie praktisch vor allem gegen die irischen Fischer gerichtet.

Die irische Regierung ist nicht in der Lage, die ausgedehnten irischen Gewässer überall zu überwachen, und kämpft schon heftig darum, daß die holländischen Makrelenfischer in der keltischen See (südlich der irischen See) nicht mehr als den erlaubten 5% Heringsbeifang fischen. Das wollen die britischen Imperialisten nutzen, um ihre eigenen Bestände zu schonen und den irischen Teil der irischen See auszuräumen.

Jährlich 2,5 Mio. DM an Kleingärtenpacht





r.utg. Auf der INFA in Hannover zeigt der Landesverband der Kleingärtner einen Musterkleingarten. Gleichzeitig will die Stadt Hannover 2000 Gärten sanieren, so daß 3100 Gärten daraus entstehen. Bei einem Übernahmepreis von ca. 8000 DM pro neuem Garten (Auskunft Kleingärtnerverband) verdient die Stadt an dieser Sanierung rund 2,0 Mio. DM, hinzu kommen jährlich 2,5 Mio. DM an Pacht von den über 22000 Kleingärtnern.
Seit einiger Zeit versucht die Stadt, von den Kleingärtnern, die sich ihre Lauben selbst gebaut haben, eine Laubengebühr zu erheben. Dagegen gibt es Widerstand, so wurden z.T. die geforderten Gebühren nicht gezahlt. Solche Pachtbedingungen, die der Plünderung und Unterdrückung der Arbeiter dienen, können nur durch kleinliche Schikane durchgesetzt werden. Viele Arbeiter wollen den Garten ihren Bedürfnissen entsprechend einteilen, um z.B. genügend frisches Obst und Gemüse anbauen zu können, für das der Lohn sonst nicht reicht. Die neue hannoversche Gartenordnung vom April 1978 jedoch schreibt vor, wie der Garten aufzuteilen ist, wie und mit welchen Pflanzen er begrenzt werden muß, welche Lauben zugelassen sind. Grillplätze, Werkzeugschuppen, Toilettenhäuschen und das Aufstellen von Zelten ist verboten. Wer sich nicht daran hält, dessen Pachtvertrag wird gekündigt. Unsere Bilder zeigen den Mustergarten auf der INFA, eingerichtet nach der Gar-

500 Bauern gegen Crédit Agricole



z.jon.Paris. Seit dem 19.9. ist der Bauer Jean Cadiot aus Saint Mars la Jouille, Department Loire Atlantique, im Hungerstreik gegen den Credit Agricole (landwirtschaftliche Kreditkasse), der ihm notwendige Kredite verweigert und ihn zur Aufgabe des Hofes zwingen will. Der Betrieb Cadiots, eine Rinderzucht, ist gesund. Cadiot ist Funktionär der „Gewerkschaft der werktätigen Bauern" und zuständig für die Unterstützung seiner Kollegen gegenüber der Kreditkasse. Am 28.9. beteiligten sich 500 Bauern an einer Demonstration gegen den Credit Agricole in Nantes (siehe Bild). Der Credit Agricole hat ein Monopol für den gesamten landwirtschaftlichen Kreditmarkt in Frankreich. Der französischen Presse zufolge ist er mit einem Jahresabschluß 1977 von 300 Mrd. Francs (18% mehr als 1976) und 9800 Zweigstellen die drittgrößte Bank der Welt. In der Gestalt einer Genossenschaftsbank „aller Bauern" ist er das wichtigste Instrument des Finanzkapitals zum Bauernlegen. „Denn damit wird das notwendige Kapital zur Beschaffung von Produktionsmitteln verteilt, mit dem entschieden wird, wieviele Bauern weitermachen." (Westwind, Zeitschrift der werktätigen Bauern) Die Bauerngewerkschaft unterstützt Jean Cadiot mit folgenden Forderungen: Möglichkeit zur Unterstützung durch Gewerkschaftsvertreter bei Kreditverhandlungen zwischen Bauern und Bank; jederzeitige Offenlegung der Kreditakten für die

„Gemeinsame Agrarpolitik" jetzt auch gegen Schafbauern

z.scc.Brüssel. Die EG-Kommission arbeitet an der „Harmonisierung" und „Organisierung der Märkte für Schaffleisch". Nachfolgende Tabelle zeigt, warum:

	Schafe in 1000	Handelskurs in RE/pro 100 kg
BRD	1091	223,53
Frankreich	10945	269,03
Italien	8445	254,30
GB	19900	142,76
Irland	2440	156,36

1 RE ca. 2,60 DM

Durch Festsetzung eines gemeinsamen „Grundpreises", errechnet nach dem „gewogenen Mittel der im Jahre 1977 in den Mitgliedsstaaten verzeichneten Marktpreise" wird *„harmonisiert"*: Die französischen und italienischen Schafbauern müssen mit einem Erzeugerpreisverfall von über 20%, die westdeutschen von über 10% rechnen. Die britischen und irischen mit einer 25-%-igen Steigerung? Weit gefehlt. „Nach Ansicht der Kommission würden sich die Erzeugerpreise im Vereinigten Königreich *leicht* erhöhen. ... In Irland würde das derzeitige Preisniveau ... etwas sinken". Durch „Interventionsregelungen" wird *„geordnet"*: Denn natürlich geht es den EG-Agrarexperten ja nicht um Stillegung der Schaffleischproduktion, sondern um Beseitigung der zahllosen kleinen Schafbauern. Die großen werden noch größer durch Prämien (vorerst für die „Übergangszeit") und ständige „Beihilfen für die private Lagerhaltung" und Einfrierung von Schaffleisch – einschließlich

sem Fall, die Forschung in Richtung Senkung des Verbrauchs und damit der Kosten für Pflanzenschutzmittel und deren Einsatz geht. Erhöhung der

trieben bei 460 DM/ha Landfläche, bei den Zuerwerbsbetrieben bei 390 DM und den Nebenerwerbsbetrieben bei 312 DM.

verleibt werden, aus Spanien, Portugal und Griechenland, die Existenz kosten. Das alles mit ein paar Tonnen eingesparten Pflanzenschutzmitteln als

Großbritannien	4427	225	38,8
Irland	3057	180	37,6
Dänemark	4352	237	46,8
EG	3785	201	34,9

jetzt auch gegen Schafbauern

z.scc.Brüssel. Die EG-Kommission arbeitet an der „Harmonisierung" und „Organisierung der Märkte für Schaffleisch". Nachfolgende Tabelle zeigt, warum:

	Schafe in 1000	Handelskurs in RE/pro 100 kg
BRD	1091	223,53
Frankreich	10945	269,03
Italien	8445	254,30
GB	19900	142,76
Irland	2440	156,36

1 RE ca. 2,60 DM

Durch Festsetzung eines gemeinsamen „Grundpreises", errechnet nach dem „gewogenen Mittel der im Jahre 1977 in den Mitgliedsstaaten verzeichneten Marktpreise" wird *„harmonisiert"*: Die französischen und italienischen Schafbauern müssen mit einem Erzeugerpreisverfall von über 20%, die westdeutschen von über 10% rechnen. Die britischen und irischen mit einer 25-%-igen Steigerung? Weit gefehlt. „Nach Ansicht der Kommission würden sich die Erzeugerpreise im Vereinigten Königreich *leicht* erhöhen. ... In Irland würde das derzeitige Preisniveau ... etwas sinken". Durch „Interventionsregelungen" wird *„geordnet"*: Denn natürlich geht es den EG-Agrarexperten ja nicht um Stillegung der Schaffleischproduktion, sondern um Beseitigung der zahllosen kleinen Schafbauern. Die großen werden noch größer durch Prämien (vorerst für die „Übergangszeit") und ständige „Beihilfen für die private Lagerhaltung" und Einfrierung von Schaffleisch – einschließlich

Zinszahlungen auf das für Lager- und Kühlräume ausgelegte Kapital.

Jährlich 2,5 Mio. DM an Kleingärtenpacht





r.utg. Auf der INFA in Hannover zeigt der Landesverband der Kleingärtner einen Musterkleingarten. Gleichzeitig will die Stadt Hannover 2000 Gärten sanieren, so daß 3100 Gärten daraus entstehen. Bei einem Übernahmepreis von ca. 8000 DM pro neuem Garten (Auskunft Kleingärtnerverband) verdient die Stadt an dieser Sanierung rund 2,0 Mio. DM, hinzu kommen jährlich 2,5 Mio. DM an Pacht von den über 22000 Kleingärtnern.
Seit einiger Zeit versucht die Stadt, von den Kleingärtnern, die sich ihre Lauben selbst gebaut haben, eine Laubengebühr zu erheben. Dagegen gibt es Widerstand, so wurden z.T. die geforderten Gebühren nicht gezahlt. Solche Pachtbedingungen, die der Plünderung und Unterdrückung der Arbeiter dienen, können nur durch kleinliche Schikane durchgesetzt werden. Viele Arbeiter wollen den Garten ihren Bedürfnissen entsprechend einteilen, um z.B. genügend frisches Obst und Gemüse anbauen zu können, für das der Lohn sonst nicht reicht. Die neue hannoversche Gartenordnung vom April 1978 jedoch schreibt vor, wie der Garten aufzuteilen ist, wie und mit welchen Pflanzen er begrenzt werden muß, welche Lauben zugelassen sind. Grillplätze, Werkzeugschuppen, Toilettenhäuschen und das Aufstellen von Zelten ist verboten. Wer sich nicht daran hält, dessen Pachtvertrag wird gekündigt. Unsere Bilder zeigen den Mustergarten auf der INFA, eingerichtet nach der Gar-
tenordnung, und einen Garten, an dem man sieht, daß diese Schikane in der Realität keineswegs durchgesetzt ist.

500 Bauern gegen Crédit Agricole



z.jon.Paris. Seit dem 19.9. ist der Bauer Jean Cadiot aus Saint Mars la Jouille, Department Loire Atlantique, im Hungerstreik gegen den Credit Agricole (landwirtschaftliche Kreditkasse), der ihm notwendige Kredite verweigert und ihn zur Aufgabe des Hofes zwingen will. Der Betrieb Cadiots, eine Rinderzucht, ist gesund. Cadiot ist Funktionär der „Gewerkschaft der werktätigen Bauern" und zuständig für die Unterstützung seiner Kollegen gegenüber der Kreditkasse. Am 28.9. beteiligten sich 500 Bauern an einer Demonstration gegen den Credit Agricole in Nantes (siehe Bild). Der Credit Agricole hat ein Monopol für den gesamten landwirtschaftlichen Kreditmarkt in Frankreich. Der französischen Presse zufolge ist er mit einem Jahresabschluß 1977 von 300 Mrd. Francs (18% mehr als 1976) und 9800 Zweigstellen die drittgrößte Bank der Welt. In der Gestalt einer Genossenschaftsbank „aller Bauern" ist er das wichtigste Instrument des Finanzkapitals zum Bauernlegen. „Denn damit wird das notwendige Kapital zur Beschaffung von Produktionsmitteln verteilt, mit dem entschieden wird, wieviele Bauern weitermachen." (Westwind, Zeitschrift der werktätigen Bauern) Die Bauerngewerkschaft unterstützt Jean Cadiot mit folgenden Forderungen: Möglichkeit zur Unterstützung durch Gewerkschaftsvertreter bei Kreditverhandlungen zwischen Bauern und Bank; jederzeitige Offenlegung der Kreditakten für die
Betroffenen, Begründung jeder Ablehnung, Kollektivverträge zwischen Bauernverbänden und Kreditkasse über die Kreditbedingungen.

Zucker-Monopole gedeihen, Arbeiter und Bauern werden verschärft ausgebeutet

r.tok. „Von den derzeit 30 Zuckerfabriken (sollen) bis 1985 weitere 14 Werke stillgelegt werden. (...) Die Bereinigung der Zuckerfabrikstruktur ist ein rein niedersächsisches Problem, da die Zuckerfabriken in Süddeutschland und im Rheinland ausschließlich in den Händen großer Gesellschaften sind und bereits auf ökonomisch-optimale Kapazitäten erweitert wurden. Im Gegensatz dazu sind die niedersächsischen Zuckerfabriken ausschließlich in den Händen der rübenbauenden Landwirte." (Landesentwicklungsprogramm Niedersachsen 1985, Stand Sommer 1971). So deutete die Regierung an, daß sie den weiteren Fortschritt in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Zuckerindustrie fördern will.

Die Südzucker AG, mit einem Netto-Umsatz von 775,9 Millionen DM und 2975 Beschäftigten, kontrolliert über die Süddeutsche Zuckerverwertungsgenossenschaft AG Stuttgart die Franken GmbH und hat somit in Süddeutschland das uneingeschränkte Monopol. In Norddeutschland konzentrieren sich der Zuckerrübenanbau und die industrielle Weiterverarbeitung auf das Gebiet Hannover-Braunschweig-Göttingen. Hier befinden sich 26 von insgesamt 32 Zuckerfabriken. Die niedersächsische Zuckerindustrie produzierte 1976 mit 4526 Beschäftigten einen Netto-Umsatz von 1157,662 Millionen DM. Beherrscht wird der Markt durch vier Konzerne; hinzu kommt die Uelzen AG als einziges Einzelunternehmen: Die Nordharzer Zucker AG mit den Werken Schladen und Baddeckenstedt, die Lehrter Zucker AG mit den Werken Lehrte, Peine, Clauen, die Braunschweiger Zucker AG mit den Werken Wierthe und Barum, die Hannoversche Zucker AG mit den Werken Rethen und Weetzen. Seit 1953 sind in diesem Gebiet 22 Fabriken stillgelegt worden, davon seit 1960 vierzehn. Je Fabrik werden 1,5 bis 2 Millionen DM Stillegungsprämie gezahlt. „Die technische und kostenmäßige Entwicklung zwingt auf lange Sicht zu Kapazitätsausweitungen auf bis zu 6000 Tonnen Zuckerrüben pro Tag." (Landesentwicklungsplan)



Die Zuckerrübenkampagne dauert nur ca. 70 bis 90 Tage. Während dieser Zeit wird fast rund um die Uhr gearbeitet, um aus den Saisonarbeitern die Arbeitsleistung eines Jahres auszupressen. Während des übrigen Jahres werden nur wenige festbeschäftigte Arbeiter für die Wartung der Anlagen, Verpackung des Weißzuckers usw. eingesetzt. Die Bauern haben mit den Zuckerfabriken feste Verträge, sie dürfen nur an eine Fabrik verkaufen und müssen Mindest-Kontingente liefern. Die Nörten-Northeimer Zuckerunion zahlte 1962 für einen Doppelzentner Reinrüben, ohne Mehrwertsteuer, 7,58 DM, 1977 8,36 DM. Von diesem Preis werden Abzüge gemacht für Schmutz und es gibt Preisauf- und abschläge je nach Zuckergehalt. Fallen durch die Fabrikschließungen längere Transportwege und folglich höhere Kosten an, so geht das zu Lasten der Bauern. Jetzt ist geplant, jeden Bauern nach dem individuellen Zuckergehalt zu bezahlen. Bisher wurde ein durchschnittlicher Zuckergehalt ermittelt, nach dem sich der Preis bestimmte. Die Bauern sollen gezwungen werden, weniger Stickstoff zu düngen, also die Rübenmasse einzuschränken zugunsten eines höheren Zuckergehalts. Getroffen werden besonders die Bauern mit schlechter Anbaulage. Die Zuckermonopole verschaffen sich so weitere Hebel, um den Bauern noch weniger für ihre Rüben zu zahlen.

Zu Ertls Ruhm und Ehre

z.hku. Zur künstlerischen Ausschmückung der Tätigkeit seines Ministeriums hat Ertl einen Journalistenpreis „Agrar- und Ernährungspolitik" gestiftet, mit 28000 DM dotiert. „Die Landwirtschaft hat ... allen Grund, unserem Herrgott dafür dankbar zu sein, daß eine gute Ernte, trotz teilweise ungünstiger Witterung, möglich war ... Die Natur bleibt unberechenbar", hat er zum Erntedankfest 1978 vorgesprochen; darauf hatte er gern künstlerische Variationen.

Hält man sich an die Wahrheit, muß man wohl davon ausgehen, daß es keineswegs Gott ist, dem die Bauern in diesem Jahr zu danken haben, sondern sich selbst: Die Ernte zu erreichen, war nicht die Gnade des Herrgotts, sondern die harte und erfindungsreiche Arbeit der Bauern, die auch ungünstige Bedingungen noch zu nutzen verstehen, durch Be- und Entwässerung, durch Einsatz von Maschinerie beim Ernten, Trocknen usw. Daß dies aber für die Bauern in Westdeutschland nur in sehr eingeschränktem Maße möglich ist, weil sie gefesselt sind durch die Schranken des Privateigentums, weil sie eben *nicht* die Produktivkräfte der kollektiven Arbeit und der Wissenschaft zur Beherrschung der Natur anwenden können. Das Problem ist nicht, daß für die Bauern die Natur unberechenbar bleibe, sondern daß der Kurszettel der Getreide- und Futtermittelbörse für sie unberechenbar bleibt; und daß unter dem Diktat des Finanzkapitals eine gute Ernte sich in ein Unglück für den Bauern verwandelt, weil die Getreidepreis ins Bodenlose sinkt. Aber das wird Ertl in allen schönen Worten nicht hören wollen.

Solidaritätsveranstaltung des VDS-Vorstands

Bonn.Universität. Am Mittwoch, dem 4.10.78, hat der VDS-Vorstand endgültig beschlossen eine Veranstaltung am 11. Oktober an der Universität Bonn zur Solidarität mit den Befreiungskämpfen der Völker im südlichen Afrika – mit Vertretern des ANC, der SWAPO und der Patriotischen Front – durchzuführen. Dies gab der Vorstand auf der Verhandlung am Donnerstagabend bekannt. Als Veranstalter fungieren die VDS, die LAK von NRW und die Anti-Apartheid-Bewegung. Es soll eine Geldsammlung durchgeführt werden, deren Erlös zur Finanzierung eines ,,Anti-Nuclear-Kongresses'', der Anfang November in Bad Godesberg stattfinden soll, benutzt werden soll. Weiter wurde beschlossen, daß als Vertreter des Volkes von Azania allein der ANC sprechen soll, daß die einzelnen Vertreter nur 10 Minuten Redezeit (inclusive Dolmetscher) haben sollen, und die anschließende Diskussion auf eine Stunde begrenzt wird.

Dem jetzt erfolgten VDS-Beschluß waren Auseinandersetzungen vorausgegangen zwischen Vorstand und einer Aktionseinheit von FS-Vertretern, Fachbereichsgruppen, antiimperialistischen Komitees, ausländischen Studentenverbänden und der KHG, die sich gebildet hatte, als der VDS-Vorstand mit seinem Plan hervortrat. Die Aktionseinheit bekämpft die Spaltungslinien, die die VDS gegenüber dem azanischen Volk und den Volksmassen in Westdeutschland mit der ausschließlichen Einladung des ANC betreiben, und fordert, auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes die Völker zu unterstützen, auch materiell. So forderte das Aktionsbündnis den Vorstand auf, auf der Grundlage – Geldsammlung für die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia, Zimbabwe, Einladung von Vertretern des PAC, keine Redezeitbegrenzung für die Vertreter der Organisationen, uneingeschränkte Diskussionsmöglichkeit auf der Veranstaltung – die Veranstaltung auszurichten. Auf Druck der Aktionseinheit hin, die die Auseinandersetzung unter den Bonner Studenten bekanntmachte und mit der der VDS-Vorstand verhandeln mußte, sah sich der Vorstand gezwungen, die Veranstaltung nun auch durchzuführen. Auf Betreiben der Aktionseinheit und gegen die Verzögerungsversuche der revisionistisch geführten Fachschaften findet nun am Montag, dem 9.10.78, die Fachschaftsleiterkonferenz der Universität Bonn statt, die darüber beraten wird, auf welcher Grundlage sie die Veranstaltung unterstützt. Die Aktionseinheit plant für nächste Woche einen Aktionstag zur Mobilisierung. Die KHG zusammen mit Mitgliedern der Fachbereichsgruppen hat die letzte Woche über den Angriff auf den gerade angelaufenen Film ,,Die Wildgänse kommen'' geführt und am letzten Samstag zum gemeinsamen Filmbesuch aufgerufen mit anschließender Diskussion, woran 15 Schüler und Studenten teilnahmen.

treiben, und fordert, auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes die Völker zu unterstützen, auch materiell. So forderte das Aktionsbündnis den Vorstand auf, auf der Grundlage – Geldsammlung für die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia, Zimbabwe, Einladung von Vertretern des PAC, keine Redezeitbegrenzung für die Vertreter der Organisationen, uneingeschränkte Diskussionsmöglichkeit auf der Veranstaltung – die Veranstaltung auszurichten. Auf Druck der Aktionseinheit hin, die die Auseinandersetzung unter den Bonner Studenten bekanntmachte und mit der der VDS-Vorstand verhandeln mußte, sah sich der Vorstand gezwungen, die Veranstaltung nun auch durchzuführen. Auf Betreiben der Aktionseinheit und gegen die Verzögerungsversuche der revisionistisch geführten Fachschaften findet nun am Montag, dem 9.10.78, die Fachschaftsleiterkonferenz der Universität Bonn statt, die darüber beraten wird, auf welcher Grundlage sie die Veranstaltung unterstützt. Die Aktionseinheit plant für nächste Woche einen Aktionstag zur Mobilisierung. Die KHG zusammen mit Mitgliedern der Fachbereichsgruppen hat die letzte Woche über den Angriff auf den gerade angelaufenen Film ,,Die Wildgänse kommen'' geführt und am letzten Samstag zum gemeinsamen Filmbesuch aufgerufen mit anschließender Diskussion, woran 15 Schüler und Studenten teilnahmen.

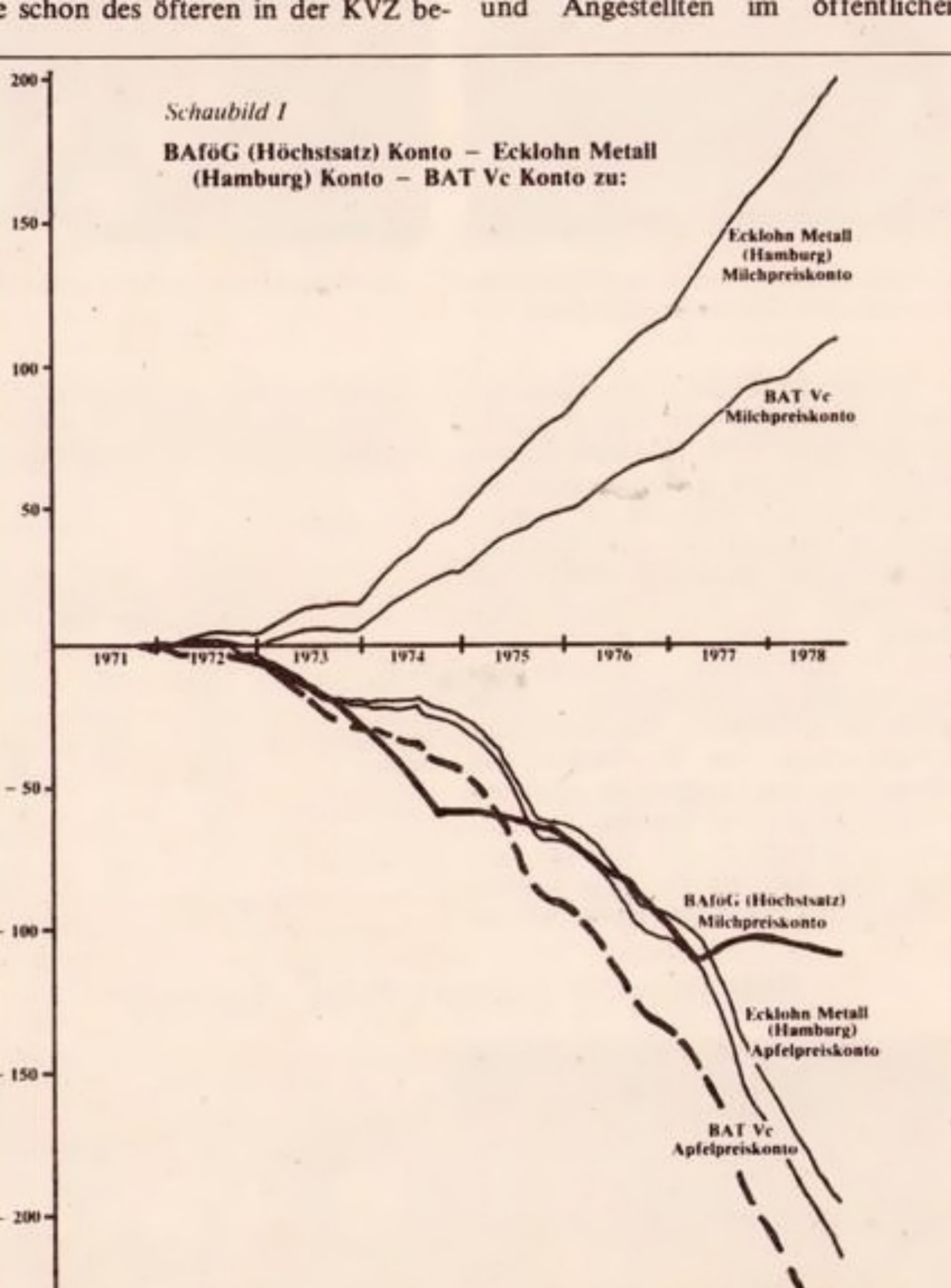
Vorbereitung des Semesters

Göttingen. Technische Universität. Die Fachbereichsgruppe hat auf ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, zum Beginn des Semesters zwei Veranstaltungen durchzuführen, eine Erstsemesterveranstaltung, auf der die Erstsemester vom Fachschaftsrat in die Probleme des Fachbereichs eingeführt werden zu der auch Professoren eingeladen werden, so daß dort gleich über die Vorlesungsbedingungen verhandelt werden soll. Eine Zweite zur Studienreform, die von allen Mathe/Physikfachschaften durchgeführt werden soll. Entsprechende Vorbereitungsgruppen haben sich gebildet. Letzte Woche wurde ein Mitglied des Fachschaftsrates vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses der TU, Professor Henze, aus der Prüfung von Professor Böhm hinausgeschmissen unter Berufung auf die Prüfungsordnung, nach der nur Studenten, die die Prüfung noch vor sich haben (er hatte sie bereits Montag gemacht), anwesenheitsberechtigt sind. Böhm hat bisher drei Leute durchfallen lassen, bei ihm ist der mieseste Notendurchscnitt von allen prüfenden Professoren. Zweimal sind Fachschaftsvertreter in seinen Prüfungen gewesen. Böhm ist ein Schinder, der die Prüflinge durcheinander bringen will (er läßt Prüflinge länger als eine halbe Stunde warten, weil er zwischendurch Kaffee trinken muß) und hämisch lacht, wenn einer was nicht weiß. Das mit den Kaffeepausen wurde gleich abgestellt. Die Fachschaft prüft, ob sie empfiehlt, daß bei Böhm und Henze keine Diplomarbeiten mehr angefangen werden.

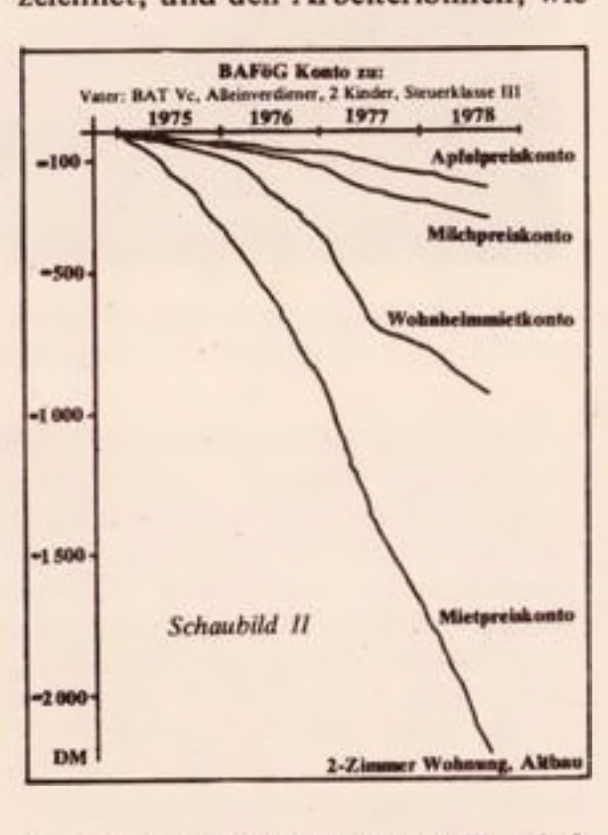
Die Reproduktion der Studenten ist klassenmäßig bestimmt

BAFöG und Lohnkonten

z.rah.Hamburg. Wir haben die nebenstehenden Berechnungen erstellt, um einen Eindruck vom tatsächlichen Verlauf der Reproduktion der besitzlosen Studenten, wie sie unter den Bedingungen des BAFöG vonstatten geht, zu gewinnen. Wir haben dazu die Methode der Kontenrechnung angewandt, wie sie schon des öfteren in der KVZ beschrieben worden ist. Die aufsummierten Beträge, soweit sie negativ sind, repräsentieren den Gegenwert der Waren, die nötig wären, damit die Reproduktion über die Jahre hinweg bloß auf dem Niveau des Ausgangsjahres (hier 1971 bzw. 1974) gelingt. Soweit die Kurven ins Positive gehen, zeigen sie, daß durch Kampf gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse der Lebensstandard, bezogen auf die jeweilige Ware, erhöht werden konnte.



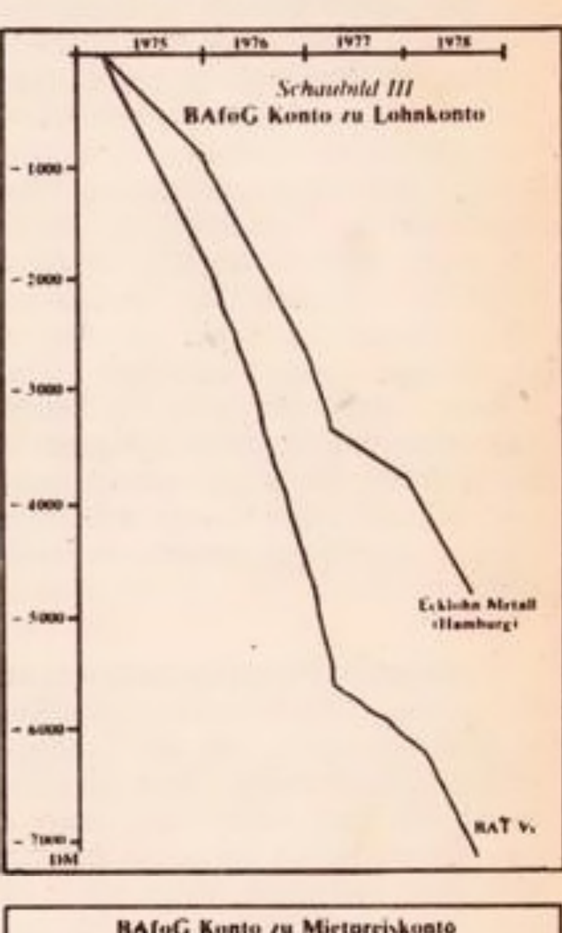
Die einzigen Kurven, die ins Positive gehen, sind die Milchkonten vom Ecklohn Metall (Hamburg) sowie der Lohngruppe BAT Vc im öffentlichen Dienst. Die BAFöG-Konten gehen sämtlichst ins Minus und liegen unter denen der hier zum Vergleich herangezogenen Konten der Metallarbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Wir haben im Schaubild I die BAFöG-Konten auf der Grundlage des Höchstsatzes berechnet. Danach wäre für einen besitzlosen Studenten 1971 der hundertste Teil davon nötig gewesen, um täglich einen Apfel essen zu können. Gäbe er heute den gleichen Teil des Höchstsatzes für den Konsum von Äpfeln aus, so könnte er noch nicht jeden zweiten Tag einen Apfel essen. Auf der Basis des Höchstsatzes umfaßt diese gewaltige Verengung der Reproduktionsbasis einen Zeitraum von sieben Jahren. In dem Fall, den wir in Schaubild II dargestellt haben, Vater BAT Vc, was heute etwa 2400 DM brutto sind, ereignet sich die gleiche Einengung der Reproduktion in noch nicht drei Jahren. Der Vergleich zwischen der Entwicklung des Geldes, das die Bourgeoisie als Höchstsatz bezeichnet, und den Arbeiterlöhnen, wie

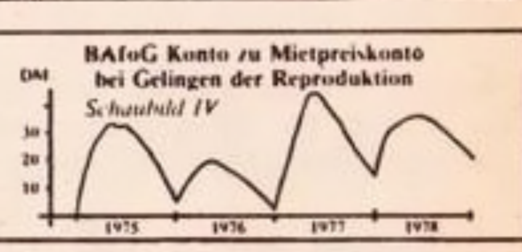


er im Schaubild III angestellt wird, zeigt am besten den Umfang, in dem die Bourgeoisie die unbezahlte Vernutzung der Arbeitskraft der besitzlosen Studenten auf Grundlage des BAFöG durchsetzen konnte.

Gegenüber der Reproduktion auf Grundlage von BAT Vc, *die schon nicht gelingt*, fehlen dem Studenten im Verlauf von drei Jahren 7200 DM, die Waren repräsentieren, die er hätte konsumieren müssen und die ihm die Bourgeoisie geraubt hat. Schaubild III widerlegt auch ein Vorurteil, das hartnäckig von den Opportunisten verbreitet wird. Mit der Arbeiterbewegung sei nichts los, aber mit der Studentenbewegung usw. Die Studentenbewegung konnte bei weitem nicht die Kraft und Einheit aufbringen, wie die Arbeiterbewegung. Der Einfluß von Reformismus und Revisionismus konnte in der Studentenbewegung weit schlechter geschlagen werden; dies steht fest.

Im Schaubild IV haben wir einen Reproduktionsverlauf dargestellt, der gelingt, d.h. daß derjenige sich im Durchschnitt jeden Jahres für den gleichen Anteil des monatlich zur Verfügung stehenden Geldes dieselbe Menge an Waren kaufen kann. Man hat damit eine Mindestgröße für den Scheck eines Bourgeoisstudenten. Bezogen auf das Mietkonto und auf das Reproduktionsniveau von 1974 hätte er 1975 575 DM, 1976 613 DM, 1977 670 DM und 1978 710 DM aus der Revenue seiner Alten kassieren müssen. Er kassiert mehr, und zwar erheblich. Gleichwohl hat man damit die Richtung von dem, was heute gefordert werden muß.





Die scheinbare Entspannung der Situation während bestimmter Zeitperioden, wie sie am deutlichsten am Milchkonto des Schaubildes I zu sehen ist, hat eine bestimmte Basis für die Opportunisten abgegeben, um die Studentenbewegung von der Durchsetzung der Bezahlung der Arbeitskraft abzuhalten.

Über 50000 demonstrieren in Rom

Beginn des Studienjahres in Frankreich:

BAföG (Höchstsatz) Milchpreiskonto
Ecklohn Metall (Hamburg) Apfelpreiskonto
BAT Vc Apfelpreiskonto
BAföG (Höchstsatz) Apfelpreiskonto

Studenten auf Grundlage des BAFöG durchsetzen konnte.

Gegenüber der Reproduktion auf Grundlage von BAT Vc, *die schon nicht gelingt*, fehlen dem Studenten im Verlauf von drei Jahren 7200 DM, die Waren repräsentieren, die er hätte konsumieren müssen und die ihm die Bourgeoisie geraubt hat. Schaubild III widerlegt auch ein Vorurteil, das hartnäckig von den Opportunisten verbreitet wird. Mit der Arbeiterbewegung sei nichts los, aber mit der Studentenbewegung usw. Die Studentenbewegung konnte bei weitem nicht die Kraft und Einheit aufbringen, wie die Arbeiterbewegung. Der Einfluß von Reformismus und Revisionismus konnte in der Studentenbewegung weit schlechter geschlagen werden; dies steht fest.

Im Schaubild IV haben wir einen Reproduktionsverlauf dargestellt, der gelingt, d.h. daß derjenige sich im Durchschnitt jeden Jahres für den gleichen Anteil des monatlich zur Verfügung stehenden Geldes dieselbe Menge an Waren kaufen kann. Man hat damit eine Mindestgröße für den Scheck eines Bourgeoisstudenten. Bezogen auf das Mietkonto und auf das Reproduk-

schrieben worden ist. Die aufsummierten Beträge, soweit sie negativ sind, repräsentieren den Gegenwert der Waren, die nötig wären, damit die Reproduktion über die Jahre hinweg bloß auf dem Niveau des Ausgangsjahres (hier 1971 bzw. 1974) gelingt. Soweit die Kurven ins Positive gehen, zeigen sie, daß durch Kampf gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse der Lebensstandard, bezogen auf die jeweilige Ware, erhöht werden konnte.

Dienst. Wir haben im Schaubild I die BAFöG-Konten auf der Grundlage des Höchstsatzes berechnet. Danach wäre für einen besitzlosen Studenten 1971 der hundertste Teil davon nötig gewesen, um täglich einen Apfel essen zu können. Gäbe er heute den gleichen Teil des Höchstsatzes für den Konsum von Äpfeln aus, so könnte er noch nicht jeden zweiten Tag einen Apfel essen. Auf der Basis des Höchstsatzes umfaßt diese gewaltige Verengung der Reproduktionsbasis einen Zeitraum

den, wie sie am deutlichsten am Milchkonto des Schaubildes I zu sehen ist, hat eine bestimmte Basis für die Opportunisten abgegeben, um die Studentenbewegung von der Durchsetzung der Bezahlung der Arbeitskraft abzuhalten.

Studentenwerk plant Unterbringung von ca. 80 Studenten in der ehemaligen Henschelhalle

Ca. 80 Studienanfänger aus Witzenhausen werden auch in diesem Semster zu Semesterbeginn auf der Straße liegen, da nicht genügend Wohnungsmöglichkeiten vom Studentenwerk zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen in der ehemaligen Henschel Fabrikhalle in Kassel untergebracht werden und Busse zur Fahrt nach Witzenhausen organisiert werden. Das sind die Pläne des Studentenwerks Kassel. Letztes Jahr hatte es einen ausrangierten Eisenbahnwaggon gemietet und den Studenten zugemutet, einige Wochen dort zu quartieren.

Studentenwerk plant Unterbringung von ca. 80 Studenten in der ehemaligen Henschelhalle

Ca. 80 Studienanfänger aus Witzenhausen werden auch in diesem Semster zu Semesterbeginn auf der Straße liegen, da nicht genügend Wohnungsmöglichkeiten vom Studentenwerk zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen in der ehemaligen Henschel Fabrikhalle in Kassel untergebracht werden und Busse zur Fahrt nach Witzenhausen organisiert werden. Das sind die Pläne des Studentenwerks Kassel. Letztes Jahr hatte es einen ausrangierten Eisenbahnwaggon gemietet und den Studenten zugemutet, einige Wochen dort zu quartieren.

Über 50000 demonstrieren in Rom gegen faschistischen Terror

z.ulg.Rom. 19. September, erster Schultag. Die faschistischen Banden nehmen ihre ,,Tätigkeit'' gegen die Schülerbewegung wieder auf. Vor einem Büro der faschistischen Partei MSI im römischen Stadtteil Monteverde greifen sie vier als fortschrittlich bekannte Schüler an. Die Jugendlichen wehren sich, ein Faschist fällt unglücklich auf den Bordstein und verletzt sich schwer. Noch am gleichen Abend schicken die Faschisten einen ihrer Killertrupps aus, um ,,Rache'' zu nehmen. Vor einem Büro der PCI im selben Stadtteil schießen sie auf eine diskutierende Gruppe von Mitgliedern der revisionistischen Jugendorganisation FGCI. Der 21jährige Student Paolo Lanari wird lebensgefährlich am Hals verletzt.

Für den 30. September, den ersten Todestag des von den Faschisten ermordeten ,,Lotta Continua''-Mitglieds Walter Rossi, werden verschiedene Demonstrationen vorbereitet. Rossi war beim Flugblattverteilen von Faschisten erschossen worden, die in der Deckung eines auf die Genossen zufahrenden Mannschaftswagens der Polizei vorgegangen waren. Nach dem aus unmittelbarer Nähe des Polizeiwagens verübten Mord hatte die Polizei natürlich nichts anderes zu tun, als die Personalien der Jugendlichen festzustellen, die Rossi Erste Hilfe leisten wollten. Nachdem über 100000 an der Demonstration zur Beerdigung Rossis teilgenommen hatten, sah sich die Polizei dann doch zu ,,Ermittlungen'' gezwungen. Alle vorübergehend festgenommenen Faschisten sind längst wieder auf freiem Fuß.

Zwei Tage vor dem Jahrestag, am 28. September, ein neuer Mord. Der 24jährige Ivo Zini steht mit zwei Freunden vor dem PCI-Büro in Alberone, ebenfalls in Rom, und guckt sich in der dort ausgehängten ,,Unita'' die Kinoanzeigen an. Plötzlich taucht eine Vespa mit zwei maskierten Männern auf. Die Faschisten schießen sofort.

Zini ist tot, ein weiterer Jugendlicher schwer verletzt. Zu der für den nächsten Tag im Andenken an Walter Rossi bereits geplanten Demonstration eines Studentenverbandes rufen jetzt auch Gewerkschaften, die Reformisten und Revisionisten und verschiedene fortschrittliche Organisationen auf. Mehr als 20000 demonstrieren. Die Revisionisten versuchen, den Antifaschismus mit Aufrufen zur ,,Verteidigung der republikanischen Institutionen'' zu verhöhnen. Als der Gewerkschaftssprecher zu Beginn seiner Rede gar noch des gerade gestorbenen Luciani-Papstes gedenken will, erntet er ein Pfeifkonzert. An einer weiteren Demonstration beteiligen sich am nächsten Tag mehr als 30000. Eine der Hauptforderungen ist die nach Verbot des MSI und sofortiger Schließung seiner Büros. In Wirklichkeit deckt der bürgerliche Staatsapparat die Terrorbanden der Bourgeoisie nach Kräften.

Die Fortsetzung der Demonstration bis ins Stadtzentrum hatte die Polizei verboten.

Beginn des Studienjahres in Frankreich: Zweitägiger Streik der Hochschullehrer

z.jon.Paris. Noch bevor der Lehrbetrieb an den französischen Universitäten im vollen Umfang begonnen hat, haben die Lehrkräfte mit einem zweitägigen Streik am 28. und 29.9. die Prüfungen zu Beginn des Studienjahres unterbrochen. Der Streik richtete sich gegen die am 20.9. von der Regierung beschlossene neue Dienstordnung für Lektoren und Assistenten. Die Universitätsministerin Saunier-Seite begründete das Dekret: ,,Die Hochschulausbildung ist eine Eliteausbildung oder sie ist nichts.'' Um die Kaderzüchtung für die französische Bourgeoisie kasernenmäßig zu straffen, sollen mit dieser Reform tausend Assistenten und Lektoren ausgesiebt und der Rest verschärfter Überwachung und dem Zwang zur Mehrarbeit unterworfen werden. In mehreren Universitätsstädten fanden am 29.9. Demonstrationen der Hochschullehrer mit Unterstützung der Studentengewerkschaften statt. In Paris demonstrierten 3000 Assistenten und Professoren für die Abschaffung dieser Reform.

Die Reform betrifft zunächst die rund 5000 Assistenten in den Sozial- und Geisteswissenschaften und die 2000 Lektoren an den Universitäten. Später sollen die Assistenten an den medizinischen Fakultäten folgen (ebenfalls rund 5000). Insgesamt gibt es an den französischen Hochschulen rund 40000 Lehrkräfte. Die Assistenten, die den größten Teil der Forschungs- und Lehrtätigkeit tragen, sollen in Zukunft nur noch Jahresverträge bekommen. Diese können für höchstens zwei Zweijahresperioden verlängert werden, ,,wenn ihre Lehrfähigkeiten und ihre Forschungstätigkeit es rechtfertigen'' und ,,wenn der Dienst es erfordert''. Damit soll die Zahl der Assistenten drastisch reduziert werden, die Zahl der vorgeschriebenen Arbeitsstunden um 150% gesteigert werden. Eine Spaltung der Assistenten in solche, die vor allem Forschungsarbeit leisten und solche, die vor allem unterrichten, ist vorgesehen, wobei die unterrichtenden Assistenten die doppelte Dienststundenzahl leisten müssen. Lektoren (vacataires), Teilzeitkräfte, die ohne jeden Versicherungsschutz arbeiten, sind jetzt vor allem Studienabgänger, die keine andere Möglichkeit finden, ihre wissenschaftliche Arbeit und Ausbildung fortzusetzen. Auch ihre Einstellung soll auf maximal fünf Jahre begrenzt werden, und in Zukunft sollen nur noch wenige Studenten, sondern vor allem Fachkräfte von außerhalb der Universität diese Lehraufträge erhalten.

Zwei Tage vor dem allgemeinen Streik der Hochschullehrer haben Studenten, Lehrkräfte und Angestellte der Universität Paris-VIII-Vinçennes die Gebäude besetzt, um die Auflösung dieser Hochschule und ihre Verlegung in Gebäude der Universität Paris XIII nach St. Denis zu verhindern. Die Regierung mußte starke Polizeikräfte einsetzen, um das Gebäude zu räumen. Die Arbeit in den neuen Gebäuden ist noch nicht aufgenommen. Der ,,Figaro'' sieht in diesen Kämpfen an den Universitäten die Vorzeichen ,,eines unruhigen Jahres''.

Keine USA-Besatzer in Garlstedt! Kein Bau der Panzertrasse! Westdeutschland raus aus der NATO!

r.jod. 4083 USA-Soldaten mit ihren über 6000 Frauen und Kindern werden in den nächsten Woche in Garlstedt eintreffen. Sie werden mit 66 schweren Panzern, 45 Panzerhaubitzen, 300 weiteren Kettenfahrzeugen und mehr als 500 Radfahrzeugen ausgerüstet sein. Bis Ende Januar nächsten Jahres wollen die USA-Imperialisten ihre Festung in Garlstedt bezogen haben.

Eine Festung brauchen auch die Imperialisten für ihre Besatzersoldaten, denn der Widerstand gegen die Truppen wird nicht abnehmen.

Bereits im Jahre 1975 regte sich der Widerstand gegen die Absichten der Bundesregierung, die US-Besatzer in Garlstedt zu stationieren. Ende 1975 faßte die Bezirksjugendkonferenz des DBG einen Beschluß gegen die Besatzer. In Bremen bildet sich eine Aktionseinheit gegen die Besatzer. Der Stadtrat in Osterholz-Scharmbeck beschließt die Ansiedlung der Familien zuzulassen. War der Widerstand gegen den Bau der Kasernen groß, bevor überhaupt der erste Spatenstich gemacht wurde, den Verteidigungsminister Leber höchstpersönlich ausführte, so wurde schnell deutlich, auch wenn mit dem Bau begonnen würde, ist der Kampf nicht gebrochen und wird fortgesetzt. Nachdem der erste Spatenstich gemacht wurde, ging der Kampf weiter. Die Stadtratssitzung des Osterholz-Scharmbecker Stadtrates wurde aufgesucht und aufgefordert, die Wohnerlaubnis zurückzunehmen. Auf einer Versammlung mit über 400 Teilnehmern wird dann im Sommer 1977 gegen die Besatzerwohnungen protestiert. Trotz alledem gelingt es den Imperialisten, den ersten Grundstein für die Besatzersiedlung zu legen. Generalmajor Groves erscheint dazu selber.

Den nächsten Schritt haben sie bereits ins Auge gefaßt, sie wollen durchsetzen, daß eine Panzertrasse gebaut wird. Die Bevölkerung in Garlstedt ist empört über diese neue Forderung der Besatzer. Damit die Sache auch ideologisch abgerundet wird, wird in Garlstedt ein „Deutsch Amerikanischer Ausschuß“ gebildet. Auf einer Versammlung des Landvolkverbandes


US-Besatzer im Manöver

Osterholz-Scharmbecks beschließen 80 Bauern: Keinen Bau der Panzertrasse.

Obwohl den US-Besatzertruppen mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesregierung der Bau der Kaserne, der Besatzerwohnungen und auch der Panzertrasse gelungen ist, wird der Widerstand nicht nachlassen. Oder war es ein Zufall, daß kürzlich eine Bombe der Kaserne in Garlstedt explodierte? Wohl kaum, denn die Besatzer sind verhaßt, und sie werden das weitere Leben der Volksmassen in der Umgebung von Garlstedt erheblich stören.

Das wird dann auch alles rechtens zu erklären sein. Denn gegen die Besatzer vorgehen ist schwierig. So haben die USA-Besatzertruppen ihre eigene Rechtsprechung. „Die Militärbehörden des Entsenderstaates haben das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit“ (Truppenstatut Art. VII). Und die deutschen Behörden sind sogar dazu gezwungen: „Bei der Durchführung der auf dem Gebiet der Versorgung bestehenden Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gewähren die deutschen Behörden einer Truppe und einem zivilen Gefolge die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung.“ (Zusatzabkommen zum Truppenstatut Art. 3)

Das Truppenstatut wurde dann auch in die Tat umgesetzt. In einer Regierungsvereinbarung vom 22. September wird die Bundeswehrverwaltung dazu verpflichtet, „die liegenschaftsmäßige Betreuung der Truppenunterkunft Garlstedt (zu) übernehmen, wobei das Schwergewicht auf der Instandhaltung und Instandsetzung der Gebäude, Anlagen und technischen Einrichtungen liegt.“ Dieser Vertrag beinhaltet auch die Bewachung, den Brandschutz, die Müllbeseitigung und die Gebäude- und Straßenreinigung.

Kommentierend zu diesem Vertrag stellt Apels Presseabteilung fest: „Damit werden erstmals amerikanische Einheiten von der Bundeswehrverwaltung wie deutsche Streitkräfte betreut“.

Wenn das Apel meint, dann soll ihm das wohl über das Problem hinweghelfen, daß die westdeutschen Truppen überhaupt keine militärischen *Entscheidungsbefugnisse* in Westdeutschland haben, wenn es darum gehen wird, militärische Entscheidungen zu fällen. „Wir Westeuropäer sind sicherheitspolitisch in die amerikanische militärische Entscheidung“ eingebettet „und somit von Verhalten und Glaubwürdigkeit der amerikanischen Entscheidungsträgerschaft abhängig“, müssen die westdeutschen Imperialisten in der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ in einem Artikel über „die amerikanische Entscheidung über militärische Aktionen“ zugeben.

Die Besatzerverträge sind „formell innerstaatliches Recht der USA“, das wissen auch die westdeutschen Imperialisten, die in der Ausübung ihrer kapitalistischen Herrschaft über die westdeutsche Arbeiterklasse durch die Besatzungsmächte nach der Niederlage des Zweiten Weltkrieges wieder eingesetzt wurden. Das weiß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin. Das ist auch ein Grund dafür, daß sie so verhaßt sind. Weil die alte Ausbeuterherrschaft wieder hergestellt ist und die amerikanischen Besatzer sich auch als solche aufspielen.

Am 17.Oktober will Apel die Kaserne in Garlstedt selber einweihen. Dies kann für die Volksmassen in der Umgebung von Garlstedt nur heißen, den Kampf fortzusetzen. Jetzt wird man den Kampf gegen die anwesenden Truppen gleich selber führen können. Die werden sicher schnell spüren, was deutsch-amerikanische Freundschaft ist und zwar beständig. Nur so kann der Kampf fortgesetzt werden. Die amerikanischen Truppen müssen abziehen und Westdeutschland muß aus der NATO austreten, nur so kann man die Imperialisten zwingen, einen Friedensvertag zu unterzeichnen, der die vollständige Souveränität Westdeutschlands gewährleistet und der Besatzung ein Ende setzt.

Da wir diese Ziele verfolgen, ruft der KBW für Samstag, den 21. Oktober um 12 Uhr zu einer Kundgebung nach Osterholz-Scharmbeck auf mit anschließendem Autokorso zum Truppenplatz. Der Widerstand nach dem Einzug der Besatzer wird sich verstärken und tagtäglich stattfinden, das ist sicher.

Bilanz der NATO-Herbstmanöver: Schwierigkeiten, die Armee auf den Krieg auszurichten
z.bef. Unter Führung der US-Imperialisten probten in den letzten Wochen die NATO-Streitkräfte vom Nordpol bis zum Mittelmeer den Krieg um Europa. Im Verlauf der Manöver hat Kriegsminister Apel mehrmals erklärt, daß das Prinzip der „Inneren Führung sich bewährt hat“. Hinter der inneren Führung verbirgt sich nichts anderes als das Prinzip von Befehl und Bestrafung. Zur Durchsetzung waren allein in dem Manöver „Bold Guard“ 920 Feldjäger und Militärpolizisten im Einsatz. Bilanz der größten NATO-Manöver nach dem zweiten Weltkrieg – Apel faßt es zusammen: „Alle Meinungen, daß die NATO-Manöver die-
Die Bourgeoisie führt die Manöver unter kriegsmäßigen Bedingungen durch. Rund um die Uhr sind die Soldaten im Einsatz. Bei einem Truppenübungsplatzaufenthalt in Bergen-Hohne mußte das Panzergrenadierbataillon 362 aus Walldürn eine Übung abhalten, bei der die Soldaten hauptsächlich nachts Panzerübungen, wie Formationsfahren, Vorrücken der Panzerkompanie auf dem Gelände, angriffsmäßig durchzuführen hatten. „Die Soldaten werden hart gefordert, für Schlafen bleibt nur wenig Zeit“, kommentiert das ein Schreiber der „Fränkischen Nachrichten“. Soldaten berichten über die Übung: Gesteigerte Auspressung der Arbeitskraft, noch
weise gerade auch auf den Manövern von den Soldaten unterstützt worden. In einer Resolution schreiben Soldaten aus der Freiherr von Stein-Kaserne in Diez: „ ... Wir sind Soldaten der Bundeswehr und sagen der Bundesregierung ganz unmißverständlich, daß sie auf uns nicht rechnen kann, wenn etwa eine bewaffnete Intervention stattfinden sollte. Im Gegenteil stehen wir fest zum Kampf aller Länder und Völker der Dritten Welt für Unabhängigkeit und nationale Souveränität ...“ Sie haben 11,50 DM für die ZANLA gespendet. Mit solchen Soldaten ist schlecht Krieg führen. Apel hat sich viel und oft blicken lassen. Er hat es nötig. Der oben zitierte Brief ist
seits taucht die CDU/CSU-Fraktion in der bürgerlichen Presse auf mit dem Versprechen, sich einzusetzen für die Bezahlung der Benzinkosten einmal im Monat. Die Absicht ist, die Soldaten zu spalten und sie abzuhalten vom Kampf für ihre Forderungen. Das Gegenteil tritt aber ein. Überall findet die Aktion der Bad Mergentheimer Soldaten die Unterstützung der Kameraden. In Walldürn findet in 2 Wochen Vertrauensmännerwahl in der 2/362 statt. Einige Soldaten wollen sich jetzt zusammensetzen und ausrechnen, wieviel Stunden sie unter der Woche Dienst haben und welche Forderung im Kampf für den Dienstausgleich notwendig ist. Auf dieser Grundlage soll
Scharmbecker Stadtrates wurde aufgesucht und aufgefordert, die Wohnerlaubnis zurückzunehmen. Auf einer Versammlung mit über 400 Teilnehmern wird dann im Sommer 1977 gegen die Besatzerwohnungen protestiert. Trotz alledem gelingt es den Imperialisten, den ersten Grundstein für die Besatzersiedlung zu legen. Generalmajor Groves erscheint dazu selber.
Den nächsten Schritt haben sie bereits ins Auge gefaßt, sie wollen durchsetzen, daß eine Panzertrasse gebaut
Wohl kaum, denn die Besatzer sind verhaßt, und sie werden das weitere Leben der Volksmassen in der Umgebung von Garlstedt erheblich stören.
Das wird dann auch alles rechtens zu erklären sein. Denn gegen die Besatzer vorgehen ist schwierig. So haben die USA-Besatzertruppen ihre eigene Rechtsprechung. „Die Militärbehörden des Entsenderstaates haben das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit“ (Truppenstatut Art. VII). Und die deutschen Behörden sind so-
Truppen überhaupt keine militärischen Entscheidungsbefugnisse in Westdeutschland haben, wenn es darum gehen wird, militärische Entscheidungen zu fällen. „Wir Westeuropäer sind sicherheitspolitisch in die amerikanische militärische Entscheidung“ eingebettet „und somit von Verhalten und Glaubwürdigkeit der amerikanischen Entscheidungsträgerschaft abhängig“, müssen die westdeutschen Imperialisten in der Zeitschrift „Europäische Wehrkun-
zu unterzeichnen, der die vollständige Souveränität Westdeutschlands gewährleistet und der Besatzung ein Ende setzt.
Da wir diese Ziele verfolgen, ruft der KBW für Samstag, den 21. Oktober um 12 Uhr zu einer Kundgebung nach Osterholz-Scharmbeck auf mit anschließendem Autokorso zum Truppenplatz. Der Widerstand nach dem Einzug der Besatzer wird sich verstärken und tagtäglich stattfinden, das ist sicher.

Bilanz der NATO-Herbstmanöver: Schwierigkeiten, die Armee auf den Krieg auszurichten

z.bef. Unter Führung der US-Imperialisten probten in den letzten Wochen die NATO-Streitkräfte vom Nordpol bis zum Mittelmeer den Krieg um Europa. Im Verlauf der Manöver hat Kriegsminister Apel mehrmals erklärt, daß das Prinzip der „Inneren Führung sich bewährt hat“. Hinter der inneren Führung verbirgt sich nichts anderes als das Prinzip von Befehl und Bestrafung. Zur Durchsetzung waren allein in dem Manöver „Bold Guard“ 920 Feldjäger und Militärpolizisten im Einsatz. Bilanz der größten NATO-Manöver nach dem zweiten Weltkrieg – Apel faßt es zusammen: „Alle Meinungen, daß die NATO-Manöver dieses Jahres die Entspannungspolitik gefährden, und von daher in Frage stellen könnten, müssen wir sehr gründlich zurückweisen. Die NATO-Manöver haben eine eindeutig defensive Aufgabe und sie haben, das ist mein Eindruck, ihren Zweck erfüllt, nämlich, daß die NATO nachweist, daß sie in der Lage ist, jederzeit das Territorium der Allianz zu verteidigen.“

Ja, „Territorium der Allianz“, was heißt das? Auf jeden Fall beschränkt es sich schon lang nicht mehr auf die „verlorenen Ostgebiete“. In einem Interview, abgedruckt in der „Information für die Truppe“ 9/78 mit dem Thema „Bundeswehr nach Afrika?“ kann sich das Apel zwar „nicht vorstellen“, gibt aber zu Protokoll: „Afrika ist der Kontinent, mit dem wir am direktesten verbunden sind. Und nicht nur z.B. von der Bundesrepublik, sondern viele Milliarden gehen über die EG nach Afrika. Wir haben hier also moralische, ökonomische, politische Interessen, die wir wahrzunehmen haben (...) und da können auch Aktionen notwendig werden.“

Um diese Aufgaben zu bewältigen, muß die Truppe ausgerichtet werden. Verschiedene Minister, Militärs und auch Bundespräsident Scheel, „mit grünem Barett“ begaben sich auf Inspektionsreise „an die Front“. Die „BW-aktuell“ berichtet, was er bemängelt habe, nämlich, „daß die Bundeswehr nur schweigend akzeptiert werde ..., man müsse sich aber mehr öffentlich zu ihr bekennen“. Und was die US-Besatzer angeht, gibt's für ihn noch Schlimmeres zu vermelden. Von den Manövern heimgekehrt, wurden sie mit der Parole „US-Besatzer raus!“, die ihnen von den Mauern der Warner-Kaserne entgegenstand, begrüßt.

Die Bourgeoisie führt die Manöver unter kriegsmäßigen Bedingungen durch. Rund um die Uhr sind die Soldaten im Einsatz. Bei einem Truppenübungsplatzaufenthalt in Bergen-Hohne mußte das Panzergrenadierbataillon 362 aus Walldürn eine Übung abhalten, bei der die Soldaten hauptsächlich nachts Panzerübungen, wie Formationsfahren, Vorrücken der Panzerkompanie auf dem Gelände, angriffsmäßig durchzuführen hatten. „Die Soldaten werden hart gefordert, für Schlafen bleibt nur wenig Zeit“, kommentiert das ein Schreiber der „Fränkischen Nachrichten“. Soldaten berichten über die Übung: Gesteigerte Auspressung der Arbeitskraft, noch schlechtere Nahrung als in der Kaserne und vermehrte Schikane. Ein Offizier persönlich kontrollierte, daß keiner zweimal Essen holte. Im Krieg gibt es schließlich auch keine Extraration.

Gegen diese Vorbereitungen der Bourgeoisie auf den Krieg organisieren die Soldaten den Widerstand. Die Sammlung für die Kompanie der ZANLA ist in den Kasernen und teilweise gerade auch auf den Manövern von den Soldaten unterstützt worden. In einer Resolution schreiben Soldaten aus der Freiherr von Stein-Kaserne in Diez: „ ... Wir sind Soldaten der Bundeswehr und sagen der Bundesregierung ganz unmißverständlich, daß sie auf uns nicht rechnen kann, wenn etwa eine bewaffnete Intervention stattfinden sollte. Im Gegenteil stehen wir fest zum Kampf aller Länder und Völker der Dritten Welt für Unabhängigkeit und nationale Souveränität ...“ Sie haben 11,50 DM für die ZANLA gespendet. Mit solchen Soldaten ist schlecht Krieg führen. Apel hat sich viel und oft blicken lassen. Er hat es nötig. Der oben zitierte Brief ist nicht der einzige, den er in der letzten Zeit bekommen hat. Auch 156 Soldaten aus der Deutschordenkaserne in Bad Mergentheim fordern in einem Brief an Apel, Dienstausgleich und Bezahlung aller Benzinkosten für die Heimfahrten mit dem PKW. Die Bourgeoisie zeigt Wirkung. Einerseits werden gegen alle 156 Soldaten Disziplinarmaßnahmen eingeleitet, andererseits taucht die CDU/CSU-Fraktion in der bürgerlichen Presse auf mit dem Versprechen, sich einzusetzen für die Bezahlung der Benzinkosten einmal im Monat. Die Absicht ist, die Soldaten zu spalten und sie abzuhalten vom Kampf für ihre Forderungen. Das Gegenteil tritt aber ein. Überall findet die Aktion der Bad Mergentheimer Soldaten die Unterstützung der Kameraden. In Walldürn findet in 2 Wochen Vertrauensmännerwahl in der 2/362 statt. Einige Soldaten wollen sich jetzt zusammensetzen und ausrechnen, wieviel Stunden sie unter der Woche Dienst haben und welche Forderung im Kampf für den Dienstausgleich notwendig ist. Auf dieser Grundlage soll der neue Vertrauensmann gewählt werden. Die Steigerung der Unterdrückung durch die Bourgeoisie in den, der Vorbereitung des imperialistischen Krieges dienenden Herbstmanövern, hat den Widerstand und Zusammenschluß auf Seiten der Soldaten im Kampf gegen die Bourgeoisie und die Unterdrückung in ihrer Armee bloß bestärkt.

Iren bereiten britischen Kriegsschiffen in San Franzisko verdienten Empfang



z.hef. Die Flotte aus 11 britischen Kriegsschiffen, die in der vorletzten Woche nach Manövern vor den Küsten Lateinamerikas zu einem Besuch in San Franzisko einlief, wurde von Demonstranten begrüßt, die den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland und das Selbstbestimmungsrecht des irischen Volkes fordern. Die meisten unter ihnen waren Iren, die entweder selbst oder deren Familien durch die Umwandlung Irlands in Viehweide zur Befriedigung der Profitgier der englischen Kapitalisten und Landlords zur Auswanderung gezwungen wurden. Irlands Bevölkerung war 1971 mit 4,5 Millionen (einschließlich Nordirland) um 3,7 Millionen niedriger als 130 Jahre zuvor, 1841. Als das Flaggschiff der Flotte anlegte, wurde eine britische Flagge verbrannt. Das irische Aktionskomitee hat 500 Dollar Belohnung ausgesetzt für jeden britischen Offizier, der gefangen wird und grün angestrichen auf sein Schiff zurückgejagt wird (Grün ist die irische Nationalfarbe). An den Aktionen und Demonstrationen während des Flottenbesuchs beteiligten sich Organisationen der Nicaraguaner, die in großer Zahl in San Franzisko leben. Verschiedene Formen der Geldsammlung für die IRA wurden organisiert.

Die „Heldentaten“ des Parachute Regiments

Osnabrück. In Osnabrück ist seit Ende des 2. Weltkrieges das „3rd Battalion the Parachute Regiment“ der britischen Besatzertruppen stationiert. Diese Fallschirmjägereinheit rühmt sich anläßlich ihres „Tages der offenen Tür“ ihrer Heldentaten: „. . . Die 3 Para's waren in Palästina während der arabisch-israelischen Unruhen 1945-48, in Ägypten 1952-54, auf Zypern während EOKA-Unruhen 1955-58, am Persischen Golf (Bahrein, Kuweit, Trycial States und Radfan) 1964-1967 im Einsatz. November 1956 führten die 3 Para's den letzten Fallschirmjägereinsatz beim erfolgreichen Luftlandeangriff auf dem El Gamil-Flugplatz nahe Port Said, Ägypten, durch. In manchen Fällen waren es kleine Kämpfe, in anderen – wie in Palästina – wurden bis zu 120 britische Soldaten getötet. Heute wird das Bataillon regelmäßig in Nordirland eingesetzt – seit 1970 fünfmal in 4 Monaten – und erlangte einige angemessene Erfolge.“

Bildung einer Polizeireserve gefordert

München. Der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU hat auf einer Tagung in Sonthofen die Errichtung einer „milizähnlichen Polizeireserve“ gefordert. Herangezogen werden sollen dazu diejenigen Wehrpflichtigen, die im „Konflikts- und Spannungsfall“ nicht fest verplant sind und ziemlich rasch mit ihrer Einberufung rechnen müssen. Ausgebildet werden sollen sie „in Schweden für den Schutz wichtiger, für das Überleben der Zivilbevölkerung notwendiger Objekte“ (Süddeutsche Zeitung, 2.10.78)

angezogen werden sollen dazu diejenigen Wehrpflichtigen, die im „Konflikts- und Spannungsfall“ nicht fest verplant sind und ziemlich rasch mit ihrer Einberufung rechnen müssen. Ausgebildet werden sollen sie „in Schweden für den Schutz wichtiger, für das Überleben der Zivilbevölkerung notwendiger Objekte“ (Süddeutsche Zeitung, 2.10.78)

Rekruteneinzug im Westlichen Westfalen

Dortmund. Über 700 Volksmiliz-Exemplare wurden in Hagen, Dortmund, Unna und Hamm an Rekruten verteilt, insgesamt wurden in und vor den Bahnhöfen ca. 900 verteilt, 35 KVZ und 1 Programm verkauft. Am 1.10. abends und am 2.10. morgens wurde die Volksmiliz schon an die Stammannschaften von Bundeswehr und Polizei verteilt. In 4 Städten waren Bahnhöfe bzw. Kasernen schon Ende letzter Woche geschmückt mit „Dienstausgleich für alle Zusatzdienste“ und „Es lebe der Befreiungskampf der Völker Afrikas“. Bei Kenntnis der Sonderzug-Fahrpläne konnte eine recht genaue taktische Planung erfolgen. Während eines 2-Minuten-Halts eines Sonderzuges in Dortmund wurden im Zug über 140 Volksmilizen verteilt. In Hamm, wo über 1000 Rekruten umgeschlagen wurden, wurde den ganzen Morgen über ein Propagandazentrum durchgeführt und vor ca. 200 auf dem Bahnhofsvorplatz versammelten Rekruten eine Kundgebungsrede mit Megaphon gehalten, der die Rekruten aufmerksam zuhörten.

Trotz Verbot: Kundgebung zum Rekruteneinzug

Kassel. Trotz Verbot durch die Bahnhofspolizei hat das Soldaten- und Reservistenkomitee Nordhessen auch im 4. Quartal die Rekruten mit dem Auftreten des Spielmannszugs und einer Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz verabschiedet.

Der Spielmannszug war mit einem Zug in den Kasseler Hauptbahnhof eingefahren, hatte sich auf dem Bahnhof formiert und dann mit dem Singen des Lohnfortzahlungsliedes zum Haupteingang gezogen.

Während der Kundgebung traf die Polizei Vorbereitungen zum Einschreiten, die Rekruten wurden in die Bahnhofshalle „gebeten“, Feldjäger, Bahnhofspolizei und ein Mannschaftswagen Polizei zusammengezogen. Die Kundgebung wurde geschlossen zu Ende geführt, der Spielmannszug verließ den Platz unter Singen des Partisanenlieds, ohne daß die Polizei zum Einsatz kam. Am Mittag wurden Kundgebungen vor zwei Kasseler Berufsschulen abgehalten, die großes Interesse fanden. Am Nachmittag wurden die ankommenden Rekruten in Kassel und Treysa (Umschlagbahnhof) mit der Volksmiliz versorgt. 520 Volksmiliz wurden an diesem Tag verteilt.

Ungarn: Plünderung durch RGW-Großprojekte – „Brauchen wir das, oder brauchen wir das nicht?"

z.krk. Am 23.9. brachte das Zentralorgan „Népszabadság" der „Ungarischen Sozialistischen Einheitspartei"(USAP) einen Artikel mit dem Titel:„Brauchen wir das, oder brauchen wir das nicht?" „Was für Erklärungen gibt es dafür, daß, obwohl die Betriebe in der Bauindustrie Jahr für Jahr eine ganze Reihe von einheimischen Aufträgen ablehnen müssen, wir immer neue Aufträge aus dem Ausland aufnehmen? ... Die Lage scheint wirklich sonderbar zu sein ...", stellt der Artikel fest. Zwischen 1971 und 1975 betrugen die Exporte der ungarischen Bauindustrie jährlich 1,2 bis 1,5 Mrd. Forint – 1DM = 10 Ft – dieses Jahr werden es jedoch bereits 4 Mrd. Ft sein. 80 bis 85% der Exporte gehen in die Mitgliedsstaaten des RGW – hauptsächlich in die Sowjetunion, wo sich Ungarn am Bau der Orenburger Gasleitung und des Zellulosekombinats von Ust-Ilimsk beteiligt. Viele Leute stellen die Frage, was uns das bringen soll, stellt der Schreiber des Artikels fest, kann aber als Antwort nur einige vage Versprechungen wiederholen, daß es eben irgendwann in der Zukunft Öl und Zellulose für Ungarn bringen wird. Dagegen stellt er über die Verschickung ungarischer Bauarbeiter ins Ausland fest: „... diese hervorragenden Arbeitskräfte fehlen zweifellos bei der Erfüllung der einheimischen Aufgaben. Und es besteht kein Zweifel, daß das für alle im Komplexprogramm des RGW niedergelegten gemeinsamen Investitionen gültig ist." Eine Begründung für die Nützlichkeit dieser Tatsachen würde wirklich schwerfallen. Denn genau wegen der Vernutzung der ungarischen Baukapazitäten in der Sowjetunion muß die Zuckerfabrik von Kaba von Polen gebaut werden, deswegen haben sich die Bauarbeiten an der Zementfabrik von Hejócsaba um 3 Jahre verzögert und deswegen kommen auch die Bauarbeiten an der für Ungarn lebenswichtigen Ölraffinerie „Tiszai Kóolajfinomító" in Leninváros nur äußerst zögernd voran, wie im Népszabadság vom 26.9. festgestellt wird. Obwohl die Wohnungslage im Lande geradezu katastrophal ist, werden in den kommenden Jahren die Aufwendungen für den Wohnungsbau reduziert.

Es ist jedoch nicht nur die Bauindustrie, die über die „RGW-Arbeitsteilung" vor allem der Sowjetunion Profite bringen soll. In einem Interview sagte kürzlich Huszár István, Vorsitzender des Landesplanungsamtes, daß für das kommende Jahr ein Zuwachs im Nationaleinkommen von 3-4% geplant sei, der inländische Verbrauch soll jedoch nur um 1% steigen. Am Unterschied in den Prozenten werden sich in erster Linie die neuen Zaren bereichern. „In den kommenden Jahren werden wir die Bedingungen verschärfen, unter denen Einnahmen erzielt werden können, das bezieht sich in erster Linie auf die Einkünfte der Betriebe, gilt aber auch für die persönlichen Einkünfte", schilderte Huszár die Zukunft im besagten Interview.

US-Imperialisten bereiten mit Landgesetzen die Vertreibung der Alaska-Eskimos von ihren Gebieten vor

z.bew. Die Genfer UNO-Konferenz vom September 1977 „Über die Diskriminierung der eingeborenen Völker auf dem amerikanischen Kontinent" hat als ersten Punkt in ihrem Aktionsprogramm festgelegt, „den 12. Oktober, den Tag der sogenannten ‚Entdeckung' Amerikas, als einen ‚Internationalen Tag der Solidarität mit den eingeborenen Völkern des amerikanischen Kontinents' zu begehen". Die indianischen Völker sind seit dem Betreten des Kontinents durch die Kolonialisten einer systematischen Ausrottungspolitik ausgesetzt. Durchgesetzt werden konnte sie nie – im Gegenteil. Gerade in den letzten Jahren wächst der Widerstand und der Zusammenschluß der indianischen Völker. Die US-Imperialisten planen gegenwärtig mit der „Cunnigham-Gesetzesvorlage" den größten Schlag gegen die indianischen Völker, mit dem sie sie als eigenständige Völker juristisch auslöschen wollen. Vorbereitet wird dies durch einzelne Maßnahmen der Bundesstaaten. In Alaska haben die US-Bourgeois riesige Erdöl-, Erdgas- und Mineralienvorkommen, vor allem Uran, auf dem Gebiet der Inuit (Eskimos) entdeckt. Der „Alaska Native Claim Settlement Act" von 1971 ist ihnen für die Ausplünderung dieser Reichtümer nicht weitgehend genug. Nachdem sie durch den Bau einer Erdgas-Pipeline durch Kanada den kanadischen Indianer und Inuit riesige Gebiete rauben wollen, planen sie für Alaska selbst ein neues Landgesetz, das den Inuit große Teile ihres Landes raubt und über die Einschränkung des Jagdrechts, der Grundlage ihrer selbständigen Existenz, sie zwingen soll, sich in den Fabriken der Öl- und Bergbaukonzerne ausbeuten zu lassen. Diese Pläne stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Inuit und Indianer, wie dies auch in dem Aktionsprogramm der Genfer Konferenz als „Punkte, die besondere Beachtung verdienen", festgelegt wird. „Unterstützung der Inuit in ihrem Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte, Selbstbestimmung für ein Inuit-Territorium, Verhinderung des Baus von Pipelines auf dem Inuit-Territorium."



fehlen zweifellos bei der Erfüllung der einheimischen Aufgaben. Und es besteht kein Zweifel, daß das für alle im Komplexprogramm des RGW niedergelegten gemeinsamen Investitionen

werden können, das bezieht sich in erster Linie auf die Einkünfte der Betriebe, gilt aber auch für die persönlichen Einkünfte", schilderte Huszár die Zukunft im besagten Interview.

US-Imperialisten bereiten mit Landgesetzen die Vertreibung der Alaska-Eskimos von ihren Gebieten vor

z.bew. Die Genfer UNO-Konferenz vom September 1977 „Über die Diskriminierung der eingeborenen Völker auf dem amerikanischen Kontinent" hat als ersten Punkt in ihrem Aktionsprogramm festgelegt, „den 12. Oktober, den Tag der sogenannten ‚Entdeckung' Amerikas, als einen ‚Internationalen Tag der Solidarität mit den eingeborenen Völkern des amerikanischen Kontinents' zu begehen". Die indianischen Völker sind seit dem Betreten des Kontinents durch die Kolonialisten einer systematischen Ausrottungspolitik ausgesetzt. Durchgesetzt werden konnte sie nie – im Gegenteil. Gerade in den letzten Jahren wächst der Widerstand und der Zusammenschluß der indianischen Völker. Die US-Imperialisten planen gegenwärtig mit der „Cunnigham-Gesetzesvorlage" den größten Schlag gegen die indianischen Völker, mit dem sie sie als eigenständige Völker juristisch auslöschen wollen. Vorbereitet wird dies durch einzelne Maßnahmen der Bundesstaaten. In Alaska haben die US-Bourgeois riesige Erdöl-, Erdgas- und

nadischen Indianer und Inuit riesige Gebiete rauben wollen, planen sie für Alaska selbst ein neues Landgesetz, das den Inuit große Teile ihres Landes raubt und über die Einschränkung des Jagdrechts, der Grundlage ihrer selbständigen Existenz, sie zwingen soll, sich in den Fabriken der Öl- und Bergbaukonzerne ausbeuten zu lassen. Diese Pläne stoßen auf den entschiedenen Widerstand der Inuit und Indianer, wie dies auch in dem Aktionsprogramm



Gouadeloupe: Landarbeiter und Bauern bekämpfen den „Bananenplan" der französischen Kolonialmacht

z.jon.Paris. Am 20.9. verhaftete die französische Kolonialpolizei auf Guadeloupe Lucien Gayadine, Generalsekretär der Lehrergewerkschaft SGEG, Serge Pontout, den Führer der Landarbeitergewerkschaft UTA-UGTG, und René Chicate, den Führer des Verbandes der armen Bauern UPA, wegen „Behinderung der Arbeitsfreiheit".

Am gleichen Tag fand eine Demonstration von 3000 Arbeitern und Bauern gegen diese Verhaftung statt. Guadeloupe ist eine Insel mit 330000 Einwohnern in der Karibik, der die französischen Imperialisten die nationale Unabhängigkeit mit dem Vorwand verweigern, daß sie ihr den Status eines französischen Departements gegeben haben. Im Gegensatz zu den von den Revisionisten beherrschten CGT, die eine bessere „Assimilierung an das Mutterland" fordern, gehören die drei genannten Gewerkschaften zu den Organisationen, die für die nationale Unabhängigkeit kämpfen. Die SGEG bekämpft die Entsendung von 167 französischen Lehrern in diesem Jahr, während gleichzeitig die einzige Lehrerakademie der Insel geschlossen wird und viele einheimische Lehrer arbeitslos sind. Der Kampf der armen Bauern und Landarbeiter richtet sich vor allem gegen den „Bananenplan" der französischen Imperialisten. Die Monokultur Zucker (1971: 60 Prozent der Exporte), die unter starker Konkurrenz auf dem Weltmarkt steht, soll durch den plantagenmäßigen Anbau von Bananen ersetzt werden, was die Vertreibung von Tausenden von Landarbeitern und kleinen Pächtern bedeutet. Die Großgrundbesitzer, darunter der französische Kolonialminister Dijoud und die in Marseille ansässige Compagnie Fruitiere, die das französische Transport- und Absatzmonopol für Bananen hat, haben dafür schon Tausende Hektar an sich gerissen. Die Abnahmepreise für die kleinen Zukkerbauern und die Löhne der Landarbeiter werden ständig gesenkt. Seit sieben Jahren ist es bei jeder Ernte zu großen Demonstrationen und Streiks gekommen. Die revolutionäre Zeitschrift „Ja ka ta" schreibt: „In einem Land wie dem unseren, in dem die Landwirtschaft die Basis ist, verbindet sich der Kampf der Bauern für ihr Land direkt mit dem Kampf des guadeloupischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit."

Die bürgerlichen Parteien organisieren die Spaltung der Arbeitslosenbewegung von Neapel

z.ulg.Rom. „Rebellion ist gerechtfertigt" steht auf den schwarzroten Plakaten, die überall in Neapel angeschlagen sind. Es sind Plakate des „Einheitskomitees der Arbeitslosen" CUD, das die Faschisten des MSI auf die Beine gestellt haben, um die gärende Unruhe unter den Arbeitslosen und die allgemeine Unzufriedenheit mit der „linken" Stadtverwaltung auf die Mühlen der offenen Reaktion zu lenken. 150000 sind gegenwärtig beim Arbeitsamt Neapel arbeitslos gemeldet, 40000 haben sich nach dem Gesetz zur Arbeitsbeschaffung für Jugendliche in die Sonderlisten für jugendliche Arbeitslose eingetragen. An die 200000 Arbeitslose gegenüber etwa einer halben Million Lohnabhängigen, die in der drittgrößten Stadt Italiens (1,3 Millionen Einwohner) einen Ausbeuter gefunden haben.

4000 Plätze in einjährigen Kursen im Baugewerbe zur „Ausbildung" zum Restaurateur von Baudenkmälern hat die Stadtverwaltung vor drei Wochen ausgeschrieben. Für die Kurse soll es einen Nettolohn von nicht einmal 200000 Lire (470 DM) monatlich geben, wer „unentschuldigt" fehlt, fliegt raus, bei Krankheit wird der Lohn nicht gezahlt. Nach Ablauf des einen Jahres sollen die derart „Arbeitsbeschafften" wieder auf die Straße gesetzt werden. Trotzdem haben sich innerhalb der am letzten Montag abgelaufenen Frist von zwei Wochen mehr als 31000 für die Kurse beworben.

Neapel war die erste Stadt Italiens, wo sich die Arbeitslosen vor vier, fünf Jahren organisiert haben, um gegen die Klientelwirtschaft des von der Democrazia Cristiana (DC) besetzt gehaltenen Arbeitsamtes und für Neueinstellungen zu kämpfen. Nach etlichen Auseinandersetzungen haben die Gewerkschaften die Bewegung der organisierten Arbeitslosen damals unterstützt und auf dem Höhepunkt 18000 Arbeitslose gewerkschaftlich organisieren können, eine Bewegung, die sich von Neapel ausgehend in ganz Italien ausbreitete. Tatsächlich konnte eine Reihe von festen Einstellungen in den umliegenden Betrieben der Staatsmonopole und im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden. Heute spielt die gewerkschaftliche Organisation in der Arbeitslosenbewegung Neapels keine Rolle mehr. An ihre Stelle sind die „Listen" getreten, die in fast täglichen Straßendemonstrationen die Einstellung ihrer Mitglieder durchzusetzen versuchen, oft genug *gegen* die anderen Listen.

Entstanden sind die „Listen" im Kampf gegen das DC-beherrschte Arbeitsamt. In Italien erhält jeder Arbeitslose vom Arbeitsamt eine bestimmte Punktzahl, die sich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Berufsausbildung, dem Familienstand usw. richtet. Danach wird eine Rangliste aufgestellt, nach der die offenen Stellen vergeben werden. Seit Jahrzehnten hat die DC in Neapel die Rangliste im „Tausch" gegen Wählerstimmen manipuliert. Die Arbeitslosenbewegung forderte einerseits eine wirksame Kontrolle der Arbeitslosen selbst und der Gewerkschaften über das Arbeitsamt, andererseits stellte sie eigene Ranglisten auf. Die Forderungen zur Reform der Arbeitsvermittlung sind bis heute nicht durchgesetzt. Vor einigen Wochen haben die Gewerkschaften ihre Vertreter aus dem „Kontrollausschuß" des Arbeitsamtes aus Protest gegen die dort nach wie vor üblichen Praktiken zurückgezogen. Von den weit über 10000 Vermittlungen des letzten Jahres sind nur wenige hundert über das Arbeitsamt gelaufen.

Wir haben den örtlichen Sekretär der Metallergewerkschaft FLM nach den Ursachen der erneut aufgerissenen Spaltung zwischen beschäftigten und arbeitslosen Arbeitern gefragt. Seine Antwort ist ausweichend: Kräfte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung versuchten seit einigen Jahren, die seit 1969 eroberten Positionen wieder in Frage zu stellen. Daß auch die „politischen Kräfte" und die „linke" Stadtverwaltung nicht frei von Klientelwirtschaft seien, habe das Vertrauen in die Kraft der Gewerkschaften erschüttert. Ein Vertreter der fortschrittlichen „Liste" „Banchi nuovi" wird deutlicher: Jedesmal, wenn es zu gemeinsamen Versammlungen von Arbeitslosen und Beschäftigten in den Betrieben gekommen sei, habe das im Kampf gegen die Gewerkschaftsführung durchgesetzt werden müssen. Und auf der Linie, die die Reformisten und Revisionisten auf der gewerkschaftlichen Delegiertenkonferenz zu Jahresbeginn in Rom durchgesetzt haben: Lohnverzicht für „Investitionen im Süden", die dann doch nur zur Rationalisierung benutzt würden, sei keine Einheit möglich. *Wie* die Einheit aber herzustellen ist, darauf haben auch die „Banchi Nuovi" keine rechte Antwort. In dem kleinen Laden in der Nähe des Hafens, wo sie ihr Büro haben, hängt neben den Bildern von Marx und Mao Tsetung ein Schild: „Wer nicht zu den Demonstrationen kommt, wird von der Liste gestrichen. Die Leitung." In der Diskussion heißt es immer wieder: „*Wir*, die Banchi Nuovi", haben als einzige seit Jahren für Arbeit gekämpft, *wir* haben die Zusage der Gemeindeverwaltung und aller Parteien, *wir* wollen Arbeit."

Die Ausschreibung der 4000 Kursplätze hat die seit langem schwelenden Widersprüche zum Platzen gebracht. Vorrang sollen die haben, die den Stempel des städtischen Sozialamtes ECA über die einmalige Unterstützungszahlung von 50000 Lire zu Weihnachten 1975 (!) in der Arbeitslosenkarte haben und noch immer ohne Arbeit sind. Die einmalige Zahlung hatte damals die Arbeitslosenbewegung erkämpft. Wieviele den Stempel heute haben, weiß niemand, denn es ist stadtbekannt, daß er auch nachträglich bei der DC gegen bares Geld oder „gute Dienste" zu haben war. Die Listen über die Auszahlung sind spurlos verschwunden. Zwei Stadträte der DC sind es auch, die diesen Teil der „alten" Arbeitslosenbewegung in der „Sacca ECA", dem „ECA-Sack", organisiert haben. Falls von den 4000 Kursplätzen außer für die „Sacca ECA" noch welche übrig bleiben, will sie die Stadtverwaltung nach den Ranglisten des Arbeitsamtes vergeben, von dem der zuständige revisionistische Assessor für Planung selbst sagt, daß in Neapel niemand Vertrauen in die staatliche Arbeitsvermittlung hat.

Die Bourgeoisie hat die Gelegenheit, durch Entfachung eines wilden Konkurrenzkampfes um die Kursplätze zu den bekannt miserablen Bedingungen dem Arbeitsdienst einen Schritt näher zu kommen, sofort beim Schopf gegriffen. Zur Vertiefung der Spaltung haben mit Ausnahme der Revisionisten sämtliche bürgerliche Parteien „ihre" Listen organisiert. Die größte nach der „Sacca ECA" ist die des Stadtsekretärs der Sozialistischen Partei mit 850 Arbeitslosen, es folgen die Liste CUD der Faschisten, zwei Listen der Sozialdemokraten, eine der Republikaner und eine der vom MSI abgespaltenen Faschisten der „Nationalen Demokratie". Die „Banchi Nuovi" sind 681. Am offensten schreien die Faschisten nach dem Arbeitsdienst, wenn sie auf ihren Plakaten unter dem geraubten Mao-Tsetung-Zitat fordern, alle 31000 Bewerber sollten – zu den bekannten Bedingungen – für die Kurse eingestellt werden. Die Revisionisten wettern lautstark über den „Korporativismus" der Arbeitslosen und der anderen bürgerlichen Parteien und fordern „Moralisierung" der Arbeitsvermittlung. Unter dem pathetischen Titel „schaut auf Neapel" rühren sie in ihrer Wochenzeitschrift „Rinascita" die Trommel für die Einreihung der Arbeitslosen in die Arbeiterheere der imperialistischen Bourgeoisie: „Mehr als je ist unsere Fahne heute die der produktiven Arbeit, einer tiefgreifenden Umwälzung des Wohlfahrtsstaates..." Es heißt, die Stadtverwaltung plane, die Kurse zur „Sanierung" der Altstadt und zu ihrer Umwandlung in ein neues Geschäftszentrum zu benutzen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist übrigens von Ehrenbergschem Geist nicht nur inspiriert, sie wird auch zu 55 Prozent aus dem Sozialfonds der EG finanziert.

Die Stadtverwaltung unter dem revisionistischen Bürgermeister Valenzi steht mit dem Rücken zur Wand. Vor drei Jahren hat die PCI 10 Prozent der Stimmen hinzugewonnen und ist seitdem stärkste Partei in Neapel. Hunderttausende haben sie in der Hoffnung gewählt, die „Linke" könne mit der jahrzehntelangen Mafiosi-Wirtschaft der Monarchisten und Christdemokraten aufräumen. Heute weigert sich die Stadtverwaltung, noch Delegationen der Arbeitslosen zu empfangen, um nicht immer neue „Listen" anerkennen zu müssen. Valenzi hat den Arbeitsminister Scotti um eine sofortige Zusammenkunft ersucht, um die Frage, welche ECA-Stempel echt und welche gefälscht sind, zu klären. Scotti hat kaltlächelnd die heiße Kartoffel zurückgeschoben. Die Auswahl der Teilnehmer an Berufsbildungsmaßnahmen sei nicht Aufgabe des ihm unterstellten Arbeitsamtes, sondern der Stadtverwaltung, hat er geantwortet.

Bisher haben die beschäftigten Arbeiter – „abgesehen" von den zahllosen ohne Tarifvertrag und Sozialversicherung ausgebeuteten – eine erneute Senkung des Lohns unter das italienische Durchschnittsniveau verhindern können. Aber wird das so bleiben? Bisher erhalten die meisten Arbeitslosen keinen Pfennig Arbeitslosenunterstützung. Ob die Forderung nach Arbeitslosenversicherung nicht den Zusammenschluß von beschäftigten und arbeitslosen Arbeitern ermöglichen würde, haben wir den FLM-Sekretär gefragt. Die offizielle Gewerkschaftslinie sei, „Beschäftigung" durch die Forderung nach Investitionen zu erreichen, hat er geantwortet. „Ich persönlich meine, daß wir nicht darum herumkommen werden, für eine wirkliche Arbeitslosenversicherung zu kämpfen."

setzt werden. Trotzdem haben sich innerhalb der am letzten Montag abgelaufenen Frist von zwei Wochen mehr als 31000 für die Kurse beworben.

Neapel war die erste Stadt Italiens, wo sich die Arbeitslosen vor vier, fünf Jahren organisiert haben, um gegen die Klientelwirtschaft des von der Democrazia Cristiana (DC) besetzt gehaltenen Arbeitsamtes und für Neueinstellungen zu kämpfen. Nach etlichen Auseinandersetzungen haben die Gewerkschaften die Bewegung der organisierten Arbeitslosen damals unterstützt und auf dem Höhepunkt 18000 Arbeitslose gewerkschaftlich organisieren können, eine Bewegung, die sich von Neapel ausgehend in ganz Italien ausbreitete. Tatsächlich konnte eine Reihe von festen Einstellungen in den umliegenden Betrieben der Staatsmonopole und im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden. Heute spielt die gewerkschaftliche Organisation in der Arbeitslosenbewegung Neapels keine Rolle mehr. An ihre Stelle sind die „Listen" getreten, die in fast täglichen Straßendemonstrationen die Einstellung ihrer Mitglieder durchzusetzen versuchen, oft genug gegen die anderen Listen.

Entstanden sind die „Listen" im Kampf gegen das DC-beherrschte Arbeitsamt. In Italien erhält jeder Arbeitslose vom Arbeitsamt eine bestimmte Punktzahl, die sich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit, der Berufsausbildung, dem Familienstand usw. richtet. Danach wird eine Rangliste

tionalisierung benutzt würden, sei keine Einheit möglich. Wie die Einheit aber herzustellen ist, darauf haben auch die „Banchi Nuovi" keine rechte Antwort. In dem kleinen Laden in der Nähe des Hafens, wo sie ihr Büro haben, hängt neben den Bildern von Marx und Mao Tsetung ein Schild: „Wer nicht zu den Demonstrationen kommt, wird von der Liste gestrichen. Die Leitung." In der Diskussion heißt es immer wieder: „Wir, die Banchi Nuovi", haben als einzige seit Jahren für Arbeit gekämpft, wir haben die Zusage der Gemeindeverwaltung und aller Parteien, wir wollen Arbeit."

Die Ausschreibung der 4000 Kursplätze hat die seit langem schwelenden Widersprüche zum Platzen gebracht. Vorrang sollen die haben, die den Stempel des städtischen Sozialamtes ECA über die einmalige Unterstützungszahlung von 50000 Lire zu Weihnachten 1975 (!) in der Arbeitslosenkarte haben und noch immer ohne Arbeit sind. Die einmalige Zahlung hatte damals die Arbeitslosenbewegung erkämpft. Wieviele den Stempel heute haben, weiß niemand, denn es ist stadtbekannt, daß er auch nachträglich bei der DC gegen bares Geld oder „gute Dienste" zu haben war. Die Listen über die Auszahlung sind spurlos verschwunden. Zwei Stadträte der DC sind es auch, die diesen Teil der „alten" Arbeitslosenbewegung in der „Sacca ECA", dem „ECA-Sack", organisiert haben. Falls von den 4000 Kursplätzen außer für die „Sacca

ein neues Geschäftszentrum zu benutzen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist übrigens von Ehrenbergschem Geist nicht nur inspiriert, sie wird auch zu 55 Prozent aus dem Sozialfonds der EG finanziert.

Die Stadtverwaltung unter dem revisionistischen Bürgermeister Valenzi steht mit dem Rücken zur Wand. Vor drei Jahren hat die PCI 10 Prozent der Stimmen hinzugewonnen und ist seitdem stärkste Partei in Neapel. Hunderttausende haben sie in der Hoffnung gewählt, die „Linke" könne mit der jahrzehntelangen Mafiosi-Wirtschaft der Monarchisten und Christdemokraten aufräumen. Heute weigert sich die Stadtverwaltung, noch Delegationen der Arbeitslosen zu empfangen, um nicht immer neue „Listen" anerkennen zu müssen. Valenzi hat den Arbeitsminister Scotti um eine sofortige Zusammenkunft ersucht, um die Frage, welche ECA-Stempel echt und welche gefälscht sind, zu klären. Scotti hat kaltlächelnd die heiße Kartoffel zurückgeschoben. Die Auswahl der Teilnehmer an Berufsbildungsmaßnahmen sei nicht Aufgabe des ihm unterstellten Arbeitsamtes, sondern der Stadtverwaltung, hat er geantwortet.

Bisher haben die beschäftigten Arbeiter – „abgesehen" von den zahllosen ohne Tarifvertrag und Sozialversicherung ausgebeuteten – eine erneute Senkung des Lohns unter das italienische Durchschnittsniveau verhindern können. Aber wird das so bleiben? Bisher erhalten die meisten Arbeitslosen

Lomé-Verhandlungen: Auf den Spuren Carters

z.scc.Brüssel. Monsieur Cheysson von der EG-Kommission kam vor dem Europäischen Parlament in Fahrt: „... können wir dem, was anderswo geschieht, nicht tatenlos zusehen". Tagesordnungspunkt: „Abkommen EG-AKP", Grund seiner Ereiferung: „Menschenrechts"fragen. Inzwischen sind die Verhandlungen zwischen der EG und den 53 Staaten *A*frikas, der *K*aribik und des *P*azifiks in ihre zweite Phase getreten. Die EG-Imperialisten wollen die AKP-Staaten zu einer „Menschenrechtsklausel" erpressen. „... einige unserer Partner haben Regierungschefs, die... Psychopathen sind. Wir können nicht damit rechnen, sie zu überzeugen" (Cheysson). Also will man sich – zur Verteidigung des obersten „Menschenrechts" auf Ausbeutung und Ausplünderung – das Recht auf Einmischung und Intervention vertraglich garantieren lassen. 1976 sind 34% der Exporte der AKP-Staaten in die EG landwirtschaftliche Produkte, 33% Erdöl, 28% sonstige Rohstoffe, 4% gewerbliche Produkte. Hinter den folgenden Zahlen verbirgt sich die rasch wachsende Verschlechterung der Austauschverhältnisse:

Handel AKP – EG, in Mio. EUC

	Exporte AKP	Importe AKP
1974	10491	6091
1975	8697	8079
1976	10474	9841

Die Preise für die Produkte der AKP-Staaten weiter zu drücken, indem unter „Menschenrechts"geläute erkämpfte Preisgarantien zu Grabe getragen werden, ist nur eine Absicht der EG-Imperialisten. „Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer." „Grundregeln des Investitionsschutzes" sollen kapitalexportwilligen Bourgeois die Angst vor „unkalkulierbaren außerwirtschaftlichen Risiken" nehmen. Bei den AKP-Staaten stoßen diese Anmaßungen auf Granit.

Nigeria macht sich von Benzinimporten unabhängig

z.pek. Ende September wurde die von der Nigerianischen Nationalen Erdölgesellschaft (NNPC) errichtete Raffinerie in Warri in Betrieb genommen. Sie ist mit einer Tagesleistung von 100000 Barrel die größte Raffinerie Schwarzafrikas. Zusammen mit der bestehenden Raffinerie in Port Harcourt, in der täglich 60000 Barrel Erdöl verarbeitet werden, kann Nigeria damit seinen eigenen Bedarf an Benzin und anderen Raffinerieprodukten decken und die Devisen, die bisher für Benzinimporte an die Shell Oil Company weggezahlt werden mußten, für den weiteren Aufbau der nationalen Wirtschaft nutzen. Mit der neuen Anlage steigt der Anteil der eigenen Weiterverarbeitung des Erdöls von bisher 3% auf knapp 9%! Mit der Inbetriebnahme wurde ein Ausbildungsprogramm für nigerianische Arbeiter und Techniker aufgenommen, so daß die technischen Fachkräfte der italienischen Imperialisten, die für die Einrichtung und die Anlaufphase gebraucht wurden, innerhalb von fünf Jahren durch nigerianisches Personal ersetzt werden können. 1980 wird Nigeria in Kaduna eine weitere Großraffinerie in Betrieb nehmen und damit erstmals in der Lage sein, Benzin zu exportieren. Die Entwicklung der eigenen Raffineriekapazitäten ist Ziel des wirtschaftlichen Programms der OPEC-Länder

„Pulverfaß Balkan“ – Die Imperialisten sind es, die Feuer legen

z.rua.Wien. Außer sich vor Wut reagierten die Sozialimperialisten auf den erfolgreichen Besuch Hua Guo-fengs in den Balkanstaaten Rumänien und Jugoslawien. Säuerlich kommentiert die TASS: „Die jugoslawischen Zeitungen, die für die Berichte über den Besuch täglich anderthalb bis zwei Seiten reservierten, halten es leider nicht für notwendig, sich von den äußerst antisowjetischen Erklärungen des chinesischen Führers zu distanzieren. Mehr noch, die chinesischen Publikationen, in denen der Jugoslawien-Besuch des Pekinger Führers so geschildert wird, als sei die jugoslawische Seite mit den Äußerungen Hua Guofengs in Belgrad solidarisch, werden nicht dementiert.“ (Informationsbulletin, 13/14, 1978) Präsident Tito hat in einer Rede am 9. September diese Einmischung in die jugoslawische Pressefreiheit zurückgewiesen und die Politik Jugoslawiens gegen jeglichen Hegemonismus bekräftigt.

Als säbelrasselnde Antwort auf den herzlichen Empfang, den Jugoslawien Hua Guo-feng bereitete, der unter anderem die Republik Mazedonien besuchte, sandten die Sozialimperialisten Mitte September ihren bulgarischen Vasallen Todor Shivkov nach Kärnten. In Bulgarien wird die Existenz der mazedonischen nationalen Minderheit geleugnet und sie ihrer elementarsten Rechte beraubt. Die österreichische Bourgeoisie betreibt die Unterdrückung und Entrechtung der in Kärnten lebenden slowenischen nationalen Minderheit. Der Kampf der Slowenen gegen die österreichische Bourgeoisie wie der Kampf der Mazedonier gegen die neue Bourgeoisie Bulgariens wird von Jugoslawien unterstützt. Shivkovs Besuch in Kärnten – der erste eines Staatsoberhauptes seit 17 Jahren, vorher besuchte Chruschtschow Kärnten – ist ein direkter Angriff auf Jugoslawien und die slowenischen Volksmassen.

Schon immer haben die Imperialisten versucht, unter den Völkern des Balkan Widersprüche zu schüren. Mit der Legende vom „Pulverfaß Balkan“, das wegen der vielnationalen Völker von hoher Sprengkraft sei, wollten sie die Lunte legen, um sie mit dem Militärstiefel auszutreten und sich die Herrschaft über die strategisch bedeutende Region zur Kontrolle des Mittelmeers und als Aufmarschgebiet in den Nahen Osten zu sichern.

Auf dem Balkan leben viele Völker verschiedener Nationalitäten. Seit den Völkerwanderungen haben sich neben den ursprünglichen Bewohnern des Balkan – den Thrakern, Walachen, Illyrern und Dakern – zwischen dem 6. und 10. Jahrhundert Bulgaren, Mazedonier, Serben, Kroaten, Slowenen und Magyaren auf dem Balkan angesiedelt. Während des 15. und 16. Jahrhunderts besetzten die osmanischen Herrscher den Balkan und unterwarfen

Bourgeoisie betreibt die Unterdrückung und Entrechtung der in Kärnten lebenden slowenischen nationalen Minderheit. Der Kampf der Slowenen gegen die österreichische Bourgeoisie wie der Kampf der Mazedonier gegen die neue Bourgeoisie Bulgariens wird von Jugoslawien unterstützt. Shivkovs Besuch in Kärnten – der erste eines Staatsoberhauptes seit 17 Jahren, vorher besuchte Chruschtschow Kärnten – ist ein direkter Angriff auf Jugoslawien und die slowenischen Volksmassen.
Schon immer haben die Imperialisten versucht, unter den Völkern des Balkan Widersprüche zu schüren. Mit der Legende vom „Pulverfaß Balkan“, das wegen der vielnationalen Völker von hoher Sprengkraft sei, wollten sie die Lunte legen, um sie mit dem Militärstiefel auszutreten und sich die Herrschaft über die strategisch bedeutende Region zur Kontrolle des Mittelmeers und als Aufmarschgebiet in den Nahen Osten zu sichern.
Auf dem Balkan leben viele Völker verschiedener Nationalitäten. Seit den Völkerwanderungen haben sich neben den ursprünglichen Bewohnern des Balkan – den Thrakern, Walachen, Illyrern und Dakern – zwischen dem 6. und 10. Jahrhundert Bulgaren, Mazedonier, Serben, Kroaten, Slowenen und Magyaren auf dem Balkan angesiedelt. Während des 15. und 16. Jahrhunderts besetzten die osmanischen Herrscher den Balkan und unterwarfen

die Völker ihrer Despotie.

Das ganze 19. Jahrhundert ist gekennzeichnet vom sich rasch ausbreitenden und erstarkenden Befreiungskampf der unterdrückten Nationen des Balkan gegen das osmanische Joch. Die Völker des Balkan schlossen sich zusammen und stellten im gemeinsamen Kampf gegen die türkische Fremdherrschaft die nationalen Differenzen zurück. Das Osmanische Reich wurde zu Zugeständnissen gezwungen. 1804 erhoben sich die serbischen Volksmassen, die selbst durch grausamste Unterdrückung nicht niedergeworfen werden konnten. 1830 wurde



Der bulgarische Revolutionär Georgi Dimitrov, der von den deutschen Imperialisten im Vorfeld des zweiten Weltkrieges als Reichstagsbrandstifter angeklagt wurde, nutzte den Prozeß als Tribüne des Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion. Auf Druck der internationalen Arbeiterbewegung zerbrach das Lügengebäude der deutschen Imperialisten und Dimitrov mußte freigesprochen werden. Das Bild zeigt ihn auf einer Massenversammlung in der 1946 gegründeten Volksrepublik Bulgarien, deren Ministerpräsident er bis zu seinem Tod 1949 war. Unter seiner Führung schloß Bulgarien 1947 einen Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien.

die Autonomie Serbiens ausgerufen. Die griechischen Volksmassen ergriffen 1821 den bewaffneten Kampf und erlangten 1828 die Unabhängigkeit. 1829 mußten die Türken aus den Donaufürstentümern Moldau und Walachei abziehen. Die rivalisierenden Großmächte England, Deutschland im Verbund mit dem Habsburger Völkergefängnis Österreich-Ungarn und das zaristische Rußland wollten sich die Früchte des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker zunutze machen und die dem aufgeblähten und verfaulenden Osmanischen Reich entrissene Herrschaft durch ihre eigene ersetzen. Das zaristische Rußland, das sich als „Schutzherr der von den Türken unterjochten Christenheit“ aufspielte, wollte mit der Ideologie des „Panslawismus“ nach dem Leitspruch Puschkins: „Alle slawischen Bäche müssen in das russische Meer fließen“ ihre Expansion betreiben. Es erzwang von der Türkei nach dem Krieg von 1877/78 im Vertrag von San Stefano den weitgehenden Rückzug und sicherte sich die Vorherrschaft über große Teile des Balkan. Ein großbulgarisches Reich unter russischem Protektorat sollte geschaffen werden. Die rivalisierender Großmächte meldeten jedoch ihren Widerspruch und ihre eigenen Ansprüche an. Auf der Berliner Konferenz von 1878 wurde geteilt. Den vorher in die „Unabhängigkeit“ entlassenen Völkern Serbiens, Montenegros und Rumäniens wurde die Teilnahme an der Konferenz verweigert. Rußland erhielt das Protektorat über Bulgarien in seinen heutigen Grenzen, Österreich-Ungarn über Bosnien und die Herzegowina (im heutigen Jugoslawien), England über Zypern. 1908 erklärte

chei abziehen. Die rivalisierenden Großmächte England, Deutschland im Verbund mit dem Habsburger Völkergefängnis Österreich-Ungarn und das zaristische Rußland wollten sich die Früchte des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker zunutze machen und die dem aufgeblähten und verfaulenden Osmanischen Reich entrissene Herrschaft durch ihre eigene ersetzen. Das zaristische Rußland, das sich als „Schutzherr der von den Türken unterjochten Christenheit“ aufspielte, wollte mit der Ideologie des „Panslawismus“ nach dem Leitspruch Puschkins: „Alle slawischen Bäche müssen in das russische Meer fließen“ ihre Expansion betreiben. Es erzwang von der Türkei nach dem Krieg von 1877/78 im Vertrag von San Stefano den weitgehenden Rückzug und sicherte sich die Vorherrschaft über große Teile des Balkan. Ein großbulgarisches Reich unter russischem Protektorat sollte geschaffen werden. Die rivalisierender Großmächte meldeten jedoch ihren Widerspruch und ihre eigenen Ansprüche an. Auf der Berliner Konferenz von 1878 wurde geteilt. Den vorher in die „Unabhängigkeit“ entlassenen Völkern Serbiens, Montenegros und Rumäniens wurde die Teilnahme an der Konferenz verweigert. Rußland erhielt das Protektorat über Bulgarien in seinen heutigen Grenzen, Österreich-Ungarn über Bosnien und die Herzegowina (im heutigen Jugoslawien), England über Zypern. 1908 erklärte

Österreich-Ungarn die vollkommene staatsrechtliche Einverleibung Bosniens und der Herzegowina.

Die russischen Zaren stachelten Bulgarien stets in den chauvinistischen Absichten zur Errichtung des großbulgarischen Reiches an. 1912 wurde der Balkanbund gegründet, in dem Bulgarien mit Serbien, Montenegro und Griechenland Einzelabkommen über die Aufteilung Mazedoniens schloß. Im 1. Balkankrieg im Oktober 1912 wurden der Türkei die noch von ihr besetzten Teile Mazedoniens entrissen. 1913 griff Bulgarien im 2. Balkankrieg die verbündeten Staaten an, um sich Mazedonien ganz einzuverleiben. Der Angriff wurde zurückgeschlagen und Bulgarien mußte Teile des bereits eroberten Mazedoniens wieder abtreten.

Inzwischen hatte das mit Deutschland verbündete Österreich-Ungarn seine Expansion gegen das unabhängige Serbien fortgesetzt. Am 28. Juni 1914, dem serbischen Nationalfeiertag, wurden in Bosnien große Militärmanöver abgehalten, zu denen der Thronfolger Franz Ferdinand nach Sarajewo entsandt wurde. Seine Ermordung, in deren Folge Österreich vier Wochen später an Serbien den Krieg erklärte, dem sich wiederum Rußland als „Schutzmacht“ anbiederte, bot den Anlaß für den 1. Weltkrieg, von dem der „Eiserne Kanzler“ Bismarck bereits 1897 orakelt hatte, „daß irgend eine dumme Sache auf dem Balkan den großen Brand entfacht“. Es wird eher das rumänische Erdöl und die strategische Bedeutung des Balkan gewesen sein, die Bismarck gerochen hat.

Die Völker des Balkan haben aus der blutigen Unterdrückung und Ausplünderung gelernt. 1934 gründeten Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und die Türkei gegen die bulgarischen Expansionsabsichten den Balkanpakt, der mit der Besetzung Griechenlands durch die italienischen Faschisten 1940 faktisch außer Kraft gesetzt wurde. Während des 2. Weltkrieges erstarkte der Befreiungskampf der Völker des Balkan gegen die Besetzung durch die italienischen und deutschen Imperialisten. Im langanhaltenden Partisanenkampf wurden sie vertrieben. Mit Unterstützung der Sowjetunion wurden nach dem Sieg über den deutschen Imperialismus in Albanien, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien unabhängige Volksrepubliken errichtet.

Heute, nach der Machtergreifung der Revisionisten in der UdSSR und der Entwicklung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht, spitzt sich das Ringen der beiden Supermächte um den Balkan in ihrem Kampf um die Weltherrschaft zu. Sie säen Widersprüche, wo sie nur können. Die US-Imperialisten versuchen insbesondere, über die Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei um Zypern und die Ägäis ihre militärische Präsenz auszudehnen. Die Sozialimperialisten rühmen verstärkt die Rolle Zarenrußlands bei der „Befreiung“ des bulgarischen Volkes und stacheln die bulgarischen Revisionisten zu neuer Großmannssucht an. Auf der von Griechenland initiierten Balkankonferenz 1976, an der außer Albanien alle Balkanstaaten teilnahmen und bei der über ein Bündnis aller Balkanstaaten gegen die ausländische Einmischung beraten werden sollte, warteten sie mit dem Vorschlag auf, 1. nur bilaterale Abkommen zu schließen und dies 2. nur, wenn auch Ungarn und die CSSR in die Verhandlungen einbezogen würden. Warum nicht gleich die UdSSR, wo sie doch „Mittelmeeranrainer“ ist? Diese Vorschläge Bulgariens wurden von den anderen Balkanstaaten konsequent zurückgewiesen.

Die insbesondere von Rumänien und Jugoslawien betriebene Politik, das Mittelmeer und den Balkan zu einer Zone des Friedens frei von den Einmischungen der Supermächte zu machen, findet bei den Völkern des Balkan Unterstützung. Sie wird von den Revisionisten bekämpft, die den neuen Zaren in die Militärstiefel der alten helfen.

Sozialimperialisten strangulieren die Mongolei, um sie zum Aufmarschgebiet gegen die VR China zu degradieren

z.rua. Die mongolischen Hirtenvölker haben eine lange Tradition im Kampf gegen die Unterdrückung durch die Khans; 1911 wurde die Mandschu-Herrschaft gestürzt und die nationale Unabhängigkeit erklärt. Die russischen Zaren und die chinesische Feudalklasse zwangen der Mongolei durch einen „dreiseitigen Vertrag“ eine „Autonomie“ auf, die ihre Herrschaft über die Mongolei sichern sollte. Der bewaffnete Kampf des mongolischen Volkes für nationale Unabhängigkeit nahm an Schärfe zu. Geführt von der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und angespornt von der siegreichen Revolution des russischen Volkes haben sich die mongolischen Volksmassen im Juli 1921 zum bewaffneten Aufstand erhoben. Die alte Staatsmaschinerie wurde zerschlagen und Churals (Volksversammlungen) als Organe der Staatsgewalt geschaffen. Am 26. November 1924 rief der Oberste Volkschural die Gründung der Mongolischen Volksrepublik aus. Die Mongolische Volksrepublik war damit nach der UdSSR die zweite Volksdemokratie auf der Welt. Die sozialistische Sowjetunion hat den Kampf des mongolischen Volkes um seine Befreiung und den wirtschaftlichen Aufbau des Landes stets voll unterstützt.

Die revisionistischen Führer der UdSSR haben sich seit ihrer Machtergreifung das große Ansehen, das die

die VR China zu degradieren
z.rua. Die mongolischen Hirtenvölker haben eine lange Tradition im Kampf gegen die Unterdrückung durch die Khans; 1911 wurde die Mandschu-Herrschaft gestürzt und die nationale Unabhängigkeit erklärt. Die russischen Zaren und die chinesische Feudalklasse zwangen der Mongolei durch einen „dreiseitigen Vertrag“ eine „Autonomie“ auf, die ihre Herrschaft über die Mongolei sichern sollte. Der bewaffnete Kampf des mongolischen Volkes für nationale Unabhängigkeit nahm an Schärfe zu. Geführt von der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und angespornt von der siegreichen Revolution des russischen Volkes haben sich die mongolischen Volksmassen im Juli 1921 zum bewaffneten Aufstand erhoben. Die alte Staatsmaschinerie wurde zerschlagen und Churals (Volksversammlungen) als Organe der Staatsgewalt geschaffen. Am 26. November 1924 rief der Oberste Volkschural die Gründung der Mongolischen Volksrepublik aus. Die Mongolische Volksrepublik war damit nach der UdSSR die zweite Volksdemokratie auf der Welt. Die sozialistische Sowjetunion hat den Kampf des mongolischen Volkes um seine Befreiung und den wirtschaftlichen Aufbau des Landes stets voll unterstützt.
Die revisionistischen Führer der UdSSR haben sich seit ihrer Machtergreifung das große Ansehen, das die

Sowjetunion bei den mongolischen Volksmassen besaß, zunutze gemacht, um das Land bis auf den letzten Stein auszuplündern und ihre Hegemonieabsichten durchzusetzen. Zielstrebig haben sie die Mongolische Volksrepublik in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gebracht, um sich das Land als strategisches Aufmarschgebiet gegen die VR China verfügbar zu machen.

1962 haben sie die Mongolei in den RGW gezwängt, 1966 den 1946 mit der sozialistischen Sowjetunion geschlossenen Freundschaftsvertrag „erneuert“ und das Land militärisch besetzt. Daß sie im Frühjahr dieses Jahres auf die Forderung der VR China, ihre Truppen aus der Mongolei abzuziehen, nur süffisant grinsend erklärten, die Mongolische Volksrepublik habe sie „um militärischen Schutz *gebeten*“, ist nur Ausdruck der vollständigen Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten die Mongolische Volksrepublik getrieben haben.

Die Mongolei ist vorwiegend Agrarland. 83% des Bodens besteht aus Steppe, auf der 64% der Bevölkerung als nomadisierende Hirten vor allem Schafe und Ziegen züchten. Der Boden ist reich an Rohstoffen. Die Mongolische Volksrepublik verfügt über reiche Vorkommen an Kupfer, Molybdän, Kohle, Eisen, Phosphorit, Fluorit, Erdöl und Gold. Aufgrund der Rückständigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte war die Mongolei nicht selbständig in der Lage, diese Vorkommen zu fördern und die Kleinindustrie aufzubauen. Die Sozialimperialisten boten ihre „Wirtschaftshilfe“ an. Sie lieferten „Experten“ zur Rohstofferkundung, Maschinen und Ausrüstungen und „Fachleute“ zum Ausbau der Kohle- und Erzbergwerke. Allein seit 1971 haben sie 650 Anlagen

sie im Frühjahr dieses Jahres auf die Forderung der VR China, ihre Truppen aus der Mongolei abzuziehen, nur süffisant grinsend erklärten, die Mongolische Volksrepublik habe sie „um militärischen Schutz gebeten“, ist nur Ausdruck der vollständigen Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten die Mongolische Volksrepublik getrieben haben.
Die Mongolei ist vorwiegend Agrarland. 83% des Bodens besteht aus Steppe, auf der 64% der Bevölkerung als nomadisierende Hirten vor allem Schafe und Ziegen züchten. Der Boden ist reich an Rohstoffen. Die Mongolische Volksrepublik verfügt über reiche Vorkommen an Kupfer, Molybdän, Kohle, Eisen, Phosphorit, Fluorit, Erdöl und Gold. Aufgrund der Rückständigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte war die Mongolei nicht selbständig in der Lage, diese Vorkommen zu fördern und die Kleinindustrie aufzubauen. Die Sozialimperialisten boten ihre „Wirtschaftshilfe“ an. Sie lieferten „Experten“ zur Rohstofferkundung, Maschinen und Ausrüstungen und „Fachleute“ zum Ausbau der Kohle- und Erzbergwerke. Allein seit 1971 haben sie 650 Anlagen

Die Arbeiterinnen des Teppichwerkes in Ulan-Bator arbeiten im Zwei-Schicht-Betrieb 46 Stunden in der Woche. Ihr monatlicher Durchschnittslohn beträgt ca. 350 DM. Die fertigen Teppiche werden vor allem in die UdSSR und die DDR geliefert.

zum Abbau der Rohstoffvorkommen und zur Verarbeitung von Schaffleisch und Wolle errichtet, die allesamt unter ihrer Kontrolle stehen. Den von der Mongolischen Volksrepublik beabsichtigten Ausbau des Ackerlandes haben sie hintertrieben. Die Mongolei ist immer stärker von Nahrungsmittelimporten abhängig, während sie gleichzeitig die tierischen Produkte wie Milch, Käse und Butter in die UdSSR liefern muß. Die Sozialimperialisten haben seit 1960 ihren Export um das fünfeinhalbfache erhöht, die Importe stiegen nur um das zweieinhalbfache. Die Schuldknechtschaft wurde immer drückender. Mußte die Mongolei anfänglich mit „traditionellen Waren“ die Schulden zurückzahlen, so mußte sie bald die Produkte in die UdSSR liefern, die in den von ihr errichteten Werken hergestellt wurden. 99% der Exporte der Mongolei gehen in den RGW, davon mehr als 80% in die UdSSR.

90% der mongolischen Importe aus der UdSSR bestehen aus Maschinen und Ausrüstungen. Sie nutzen ausschließlich der Plünderung durch die Sozialimperialisten. Das größte Bauvorhaben, das Kupfer-Molybdän-Kombinat Erdenet, soll 1979 voll betriebsfähig sein. Die Sozialimperialisten betreiben die ökonomische Strangulierung der Mongolei. Vorsorglich haben sie in diesem Jahr die mongoli-

zum Abbau der Rohstoffvorkommen und zur Verarbeitung von Schaffleisch und Wolle errichtet, die allesamt unter ihrer Kontrolle stehen. Den von der Mongolischen Volksrepublik beabsichtigten Ausbau des Ackerlandes haben sie hintertrieben. Die Mongolei ist immer stärker von Nahrungsmittelimporten abhängig, während sie gleichzeitig die tierischen Produkte wie Milch, Käse und Butter in die UdSSR liefern muß. Die Sozialimperialisten haben seit 1960 ihren Export um das fünfeinhalbfache erhöht, die Importe stiegen nur um das zweieinhalbfache. Die Schuldknechtschaft wurde immer drückender. Mußte die Mongolei anfänglich mit „traditionellen Waren“ die Schulden zurückzahlen, so mußte sie bald die Produkte in die UdSSR liefern, die in den von ihr errichteten Werken hergestellt wurden. 99% der Exporte der Mongolei gehen in den RGW, davon mehr als 80% in die UdSSR.
90% der mongolischen Importe aus der UdSSR bestehen aus Maschinen und Ausrüstungen. Sie nutzen ausschließlich der Plünderung durch die Sozialimperialisten. Das größte Bauvorhaben, das Kupfer-Molybdän-Kombinat Erdenet, soll 1979 voll betriebsfähig sein. Die Sozialimperialisten betreiben die ökonomische Strangulierung der Mongolei. Vorsorglich haben sie in diesem Jahr die mongoli-

sche Elektrizitätsversorgung an ihr Verbundnetz angeschlossen.

Die Plünderung durch die UdSSR stößt auf Widerstand. Der Vorsitzende der mongolischen Außenhandelskammer, Sh. Hischgäe, deutet das dezent an: „Die Rolle der Arbitragekommission (zur Untersuchung und Klärung von Streitfällen) hat in den letzten Jahren rapide zugenommen, weil sie sämtliche Streitfälle untersucht, die zwischen Rechtssubjekten verschiedener Länder in den internationalen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen entstehen.“ (Außenhandel der SU, 9/78)

---

im Kampf gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten. 1977 mußten neben Nigeria Algerien, Ecuador und Qatar Benzin importieren. Die bestehenden Raffinerien in den OPEC-Ländern, die 1972 noch zu über zwei Dritteln im Besitz der imperialistischen Erdölgesellschaften waren, sind heute zu 85% verstaatlicht. Venezuela, Indonesien, Saudi-Arabien, Kuwait und der Iran können bereits Raffinerieprodukte exportieren. Mit den jetzt im Bau befindlichen Raffinerien werden die OPEC-Länder ihre eigene Verarbeitungskapazität von gegenwärtig 4,6 Mio. Barrel pro Tag um weitere 2,5 Mio. Barrel in den nächsten fünf Jahren steigern.

Sozialistische Internationale gegen Waffenexporte in die 3. Welt

z.gab. Auf der Tagung der „Sozialistischen Internationale“ Anfang Oktober forderte der Ex-Friedenskanzler der BRD-Imperialisten Brandt, Vorsitzender der „Sozialistischen Internationale“, den Waffenlieferungen an die Länder der Dritten Welt einen Riegel vorzuschieben. Der wachsende Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, die große Unterstützung durch die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern mit dem das Kolonialregime bekämpfenden Volk von Zimbabwe, ist ihnen gehörig in die Knochen gefahren. Schon im April hatte Brandt auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hamburg erklärt, der „Nord-Süd-Konflikt“ werde immer gefährlicher, je länger wichtige Entscheidungen aufgeschoben würden. „Und ich frag hier ..., wie lange wollen wir eigentlich noch schweigen, ... daß Völker, die alles andere nötig hätten, durch selbstgetriebene und von außen geförderte Aufrüstung um die eigenen und anderer Länder Chancen zum wirtschaftlichen Ausbau gebracht werden?“ Vor allem um die *anderen*, die Chancen der BRD-Imperialisten in der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt, geht es Brandt.

RGW-Staaten tragen Schulden der Sozialimperialisten ab

z.mih. Mit rund 100 Mrd. DM ist der RGW bei westlichen Banken verschuldet: Polen 13 Mrd.$, die UdSSR 12 Mrd. $, Bulgarien 10 Mrd. $, die DDR 6,1 Mrd. $, die RGW-Banken 4,4 Mrd. $, Rumänien 3 Mrd. $ und die Tschechoslowakei 2,4 Mrd. $. Ohne Umschuldung stehen die meisten RGW-Länder vor dem Staatsbankrott. Für die wachsende Verschuldung durch die ungeheuren Plünderungen der neuen Zaren wurde auf der 87. Tagung des RGW-Exekutivrates am 27.9. in Ulan Bator von der Sowjetunion „die konjunkturellen Veränderungen in der westlichen Welt“ verantwortlich gemacht und als Mittel zur Behebung die Vertiefung der „sozialistischen Integration“ propagiert. Wie das auszusehen hat, zeigt der „Gemeinschaftsbau“ der Erdgasleitung „Sojus“ vom Ural bis zur CSSR. Die „Internationale Investitionsbank“ (IIB) hat jetzt von einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank einen neuen Großkredit von 500 Mio. $ bekommen, der im wesentlichen für die Erdgasleitung draufgehen und auf die RGW-Länder, die mit insgesamt 15000 Arbeitern am Bau „beteiligt“ sind und schon dafür 1,5 Mrd. $ Schulden tragen, abgewälzt wird.

Norwegen: Sozialdemokratische Lohnraubpolitik

z.rua. Zum 18.9. hat die sozialdemokratische Regierung des Ministerpräsidenten Nordli einen sofortigen Lohnstopp, mindestens befristet bis Ende 1979, in Kraft treten lassen. Nordli erklärte, daß die norwegischen Arbeiter, deren Lebensstandard seit Jahren gestiegen sei, jetzt für einige Jahre auf „Mehrkonsum“ verzichten sollten. Sozialdemokratische Frechheiten: Allein in diesem Jahr sind die Preise um durchschnittlich 7,8% gestiegen, die Löhne jedoch – per staatlicher Zwangsschlichtung – nur um 1,5%. Die Steuern und Sozialabgaben wurden drastisch erhöht. Als „Hauptziel der neuen Wirtschaftspolitik“ soll der „Lohnkostenvorsprung“ gegenüber den imperialistischen Konkurrenten eingedämmt werden. Ende August stieg die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 25% auf 20000 Arbeiter. Die Regierung hofft, mittels der industriellen Reservearmee ihre Lohnraubpolitik durchsetzen zu können. Die Gewerkschaften haben Kampfmaßnahmen angekündigt, am 2.10. streikten 30000 Arbeiter gegen das Lohnraubprogramm der Regierung.

Kaffee-Exportquoten

z.hef. Die kaffeeproduzierenden Länder der Dritten Welt hatten in den Verhandlungen der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) die Wiedereinführung der Exportquoten gefordert (siehe KVZ Nr. 38, S. 3).

Damit werden den Imperialisten weitere Preissenkungen erschwert, denn jedes Produzentenland exportiert nur die vereinbarte Menge, und die importierenden Länder müssen sich verpflichten, nur diesen Kaffee zu importieren. Die Imperialisten in der ICO setzten dieser Forderung heftigen Widerstand entgegen. Die EG-Imperialisten wollten ein Angebot über einen neuen „Triggerpreis“ machen, den Preis, ab dem die Quoten in Kraft treten, scheiterten aber an den US-Imperialisten. Beschlossen wurde am 29.9. nur, daß bei Fallen oder Steigen des Preises um 15% für 20 Tage unter oder über den Durchschnittspreis während 10 Tage vor und nach der Konferenz der Vorstand der ICO erneut über Quoten *berät*.

Die kaffeeproduzierenden Länder haben eine Ausdehnung ihrer Politik der Absprachen unter sich über freiwillige Lieferbeschränkungen zur Preisstützung angekündigt.

Entwaffnung der Völker ist der Schlachtruf

z.anb. ,,Erfüllt von dem Wunsch, alle nur möglichen Schritte zu unternehmen, um die Gefahr eines (nuklearen) Krieges zu reduzieren und letztlich vollends zu beseitigen", hat die Sowjetunion dem Generalsekretär der UNO einen Resolutionsentwurf zur Abstimmung durch die Generalversammlung vorgelegt. Er beinhaltet eine ,,internationale Konvention zur Stärkung der Garantien für die Sicherheit von Nicht-Nuklearstaaten". Abgesehen von einer neuen Einschätzung der Weltlage, daß nämlich in Europa der größte Schritt in Richtung auf dauerhaften Frieden gemacht worden ist, hat der sowjetische Außenminister Gromyko in seiner Ansprache an die Delegierten der Generalversammlung die Initiative seiner Regierung wortreich begründet. An sich ist nicht einzusehen, warum eine einfache und einseitige Erklärung eines Nuklearstaates, daß er gegenüber nichtnuklearen Staaten zu keiner Zeit Kernwaffen einsetzen wird, so ausführlicher Begründung bedarf. Nun, das haben die Sozialimperialisten ja schon längst erklärt, sagt Gromyko.

Und nicht nur sie, auch die USA und Großbritannien. ,,Alles in allem könnte man das für eine positive Sache halten, wären solche Erklärungen nicht voller Einschränkungen, die sie wieder wertlos machen." (Gromyko)

Die Sowjetunion habe sich eben nicht darauf ,,beschränkt", einseitige Nichtangriffsgarantien zu geben.

Nein, es soll die Sicherheit der Nicht-Nuklearstaaten ,,garantiert" werden, ,,die auf die Produktion und den Erwerb von Nuklearwaffen verzichten und keine solche Waffen auf ihrem Territorium stationiert haben, noch auf Territorien, die ihrer Rechtsprechung und Kontrolle unterstehen, weder zu Land, zu Wasser, in der Luft, noch im Weltraum". Es dürfte schwer fallen, von der Sowjetunion die Anerkennung als Nicht-Nuklearstaat zu erhalten, wenn man bedenkt, daß die Stationierung von Kernwaffen durch die Imperialisten über den gesamten Erdball hinweg wenig auf die Territorien unter nationaler Rechtsprechung Rücksicht nimmt. Eben. Deshalb, so die scharfe Schlußfolgerung der sowjetischen ,,internationalen Konvention", hat jede Vertragspartei das Recht, bei eventuellen Zweifeln, wie unbegründet sie auch letztlich sein mögen, eine sofortige Überprüfung des Status eines Landes zu verlangen.

Und auf diese Weise schafft man sich ein internationales Instrument der Einmischung. Schließlich kann

che halten, wären solche Erklärungen nicht voller Einschränkungen, die sie wieder wertlos machen." (Gromyko)
Die Sowjetunion habe sich eben nicht darauf ,,beschränkt", einseitige Nichtangriffsgarantien zu geben.
Nein, es soll die Sicherheit der Nicht-Nuklearstaaten ,,garantiert" werden, ,,die auf die Produktion und den Erwerb von Nuklearwaffen verzichten und keine solche Waffen auf ihrem Territorium stationiert haben, noch auf Territorien, die ihrer Rechtsprechung und Kontrolle unterstehen, weder zu Land, zu Wasser, in der Luft, noch im Weltraum". Es dürfte schwer fallen, von der Sowjetunion die Anerkennung als Nicht-Nuklearstaat zu erhalten, wenn man bedenkt, daß die Stationierung von Kernwaffen durch die Imperialisten über den gesamten Erdball hinweg wenig auf die Territorien unter nationaler Rechtsprechung Rücksicht nimmt. Eben. Deshalb, so die scharfe Schlußfolgerung der sowjetischen ,,internationalen Konvention", hat jede Vertragspartei das Recht, bei eventuellen Zweifeln, wie unbegründet sie auch letztlich sein mögen, eine sofortige Überprüfung des Status eines Landes zu verlangen.
Und auf diese Weise schafft man sich ein internationales Instrument der Einmischung. Schließlich kann

doch auch die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie, wie die Dritte Welt sie als Mittel zur Förderung ihrer Entwicklung fordert, sehr rasch zur Weiterverbreitung der Nuklearwaffen führen. Hat nicht die Abrüstungskonferenz gerade das als bedenklich und gefährlich erklärt? Sehr wohl hat sie, und deshalb erinnern die Sozialimperialisten im zweiten Absatz ihrer ,,Konvention" daran und wünschen, ,,zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen beizutragen, die Beendigung des nuklearen Wettrüstens zu befördern und wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, die auf die nukleare Abrüstung abzielen". Damit man nicht falsch versteht, daß sie sich selbst einschließen könnten, sehen sie im weiteren einen Passus vor, der innerhalb von 3 Monaten die Kündigung der Konvention erlaubt, wenn sie aufgrund ,,außergewöhnlicher Umstände" mit ,,höheren Interessen" in Widerspruch steht. Und schließlich wird vorgesehen, daß die Konvention in Kraft tritt, wenn die Mehrzahl der Länder der Dritten Welt unterschrieben hat und etwa 3, vielleicht auch 2, oder sogar eine imperialistische Nuklearmacht. Man kennt ja seine Pappenheimer. Hauptsache, die Völker bleiben dem Kernwaffenmonopol der Imperialisten unterworfen. Die Volksrepublik China hat diesen ,,Vorschlag" in der Generaldebatte angegriffen: ,,Wir haben stets vertreten, daß das wirksamste Mittel gegen die Gefahr eines Nuklearkrieges und für die Sicherheit aller Länder das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen ist."

UNO-Generalversammlung behandelt Kernfragen des Kampfes um die neue Weltwirtschaftsordnung

z.anb. Auf der UNO-Sondertagung 1975 zu Fragen der neuen Weltwirtschaftsordnung ist beschlossen worden, die Organisation für Industrie und Entwicklung UNIDO als selbständiges Organ der Vereinten Nationen zu begründen mit Finanzhoheit und eigenen Vollversammlungen. Die ,,Nord-Süd-Kommission" wurde berufen, das Statut für die neue Organisationsform zu erarbeiten. Im Februar 1978 sollte die Gründungsversammlung stattfinden. Es kam nicht dazu. Die Imperialisten, die Räubergemeinschaft der EG vorneweg samt ihrem sozialdemokratischen ,,Vermittler" Willy Brandt, haben drei Jahre lang die Beschlußfassung durch Verfahrensstreitereien und endlose Debatten sabotiert. Die Nord-Süd-Kommission liegt derzeit darnieder. Im Namen der EG nahm Außenminister Genscher vor der Generalversammlung wie folgt Stellung: ,,Die Nord-Süd-Kommission sollte ihre Arbeit in einer konstruktiven Weise fortsetzen."

1974 wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß alle Industriestaaten jährlich 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts an die UNO abführen zur Unterstützung der Entwicklungsprogramme in den Ländern der Dritten Welt. Bis heute ist das nicht geschehen.

Die Imperialisten sind gegen die Umorganisierung der UNIDO, weil sie dem Zweck dienen soll, bewußt den Aufbau der Industrie in den Ländern der Dritten Welt zu fördern, weil ihr gesamtes Programm die Stärkung der nationalen Wirtschaft in diesen Ländern zum Ziel hat, weil alle Finanzmittel von der Mehrheit der Mitglieder der UNIDO verwaltet werden, die nämlich Entwicklungsländer sind.

Die Jahre seit der UNO-Sondertagung zu Fragen der Rohstoffe und Entwicklung 1974, die die Imperialisten damit vertan haben, die Kernfragen der neuen Weltwirtschaftsordnung in unzähligen Ausschüssen und Unterorganisationen der UNO zu zersplittern, zu zerreden, um sie darüber vom Tisch zu bringen, haben die Länder der Dritten Welt zur weiteren Klärung und zum verstärkten Zusammenschluß genutzt.

,,Der Kern des Problems der Rohstoffe und der Entwicklung ist der Kampf der Entwicklungsländer für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausplün-



organisierung der UNIDO, weil sie dem Zweck dienen soll, bewußt den Aufbau der Industrie in den Ländern der Dritten Welt zu fördern, weil ihr gesamtes Programm die Stärkung der nationalen Wirtschaft in diesen Ländern zum Ziel hat, weil alle Finanzmittel von der Mehrheit der Mitglieder der UNIDO verwaltet werden, die nämlich Entwicklungsländer sind.
Die Jahre seit der UNO-Sondertagung zu Fragen der Rohstoffe und Entwicklung 1974, die die Imperialisten damit vertan haben, die Kernfragen der neuen Weltwirtschaftsordnung in unzähligen Ausschüssen und Unterorganisationen der UNO zu zersplittern, zu zerreden, um sie darüber vom Tisch zu bringen, haben die Länder der Dritten Welt zur weiteren Klärung und zum verstärkten Zusammenschluß genutzt.
,,Der Kern des Problems der Rohstoffe und der Entwicklung ist der Kampf der Entwicklungsländer für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausplün-
uns voranschreiten und die grundlegenden Fragen der gegenwärtigen Weltwirtschaft behandeln."
Vajpayee richtete diesen Aufruf an die Versammlung der Außenminister der Gruppe der 77 am 29.9.1978 in New York, die in ihrer Abschlußresolution die 33. Generalversammlung aufgefordert hat, die Arbeit der Nord-Süd-Kommission, die Vorbereitung der UNCTAD V-Konferenz im Mai 1979 in Manila sowie die Ergebnisse der Sonderkonferenz über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, die gerade in Buenos Aires zu Ende gegangen ist, als vorrangigen Punkt auf die Tagesordnung im Anschluß an die Generaldebatte zu setzen.
,,Im gegenwärtigen Stadium müssen die Entwicklungsländer, wenn sie die nationale Wirtschaft zu entwickeln beabsichtigen, vor allem ihre Naturressourcen in die Hand nehmen und sich schrittweise von der Kontrolle durch das ausländische Kapital befreien", so umriß Deng Hsiao-ping 1974 das entscheidende Kettenglied im Kampf um



In den Kampfgebieten bauen Einheiten der ZANLA Straßen.

derung und Kontrolle durch den Imperialismus, und besonders durch die Supermächte... Mit einem Wort, die politische und die wirtschaftliche Unabhängigkeit sind nicht voneinander zu trennen. Ohne die politische Unabhängigkeit kann man die wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht erlangen, ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit eines Landes unvollständig und unstabil." (Deng Hsiao-ping auf der UNO-Sondertagung 1974)

1977 hat die UNCTAD IV-Konferenz die Einrichtung integrierter Rohstoffonds, den Abschluß internationaler Rohstoffabkommen, die Festlegung vernünftiger Weltmarktpreise, die Anerkennung der staatlichen Souveränität über die Rohstoffe und die Frage des Schuldenerlasses als die vorrangigen Punkte im Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung erhoben.

Bis heute bestehen für 3 von 15 Rohstoffen, die für den afrikanischen Kontinent Bedeutung haben, internationale Abkommen. ,,Wir bestreiten nicht, daß gewisse Staaten bedeutend reicher und mächtiger sind als andere. Was wir aber nicht länger akzeptieren, ist, daß ein paar wenige Staaten über das politische und wirtschaftliche Schicksal der Welt bestimmen wollen, die Vereinten Nationen dabei an den Rand drängen und die Interessen der großen Mehrheit der Mitglieder mißachten. Dieser Mehrheit kann die Teilnahme an Entscheidungen, die direkt oder indirekt ihr Leben beeinflussen, nicht länger verweigert werden." (Aus der Rede des brasilianischen Außenministers an die Generalversammlung, 26.9.)

Der indische Außenminister Vajpayee erklärte: ,,Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß der Erfolg unserer Bemühungen, eine neue Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, letztlich von der Fähigkeit der Gruppe der 77 abhängen wird, ihre Einheit und Geschlossenheit zu wahren... Das ist möglich aufgrund der klaren Erkenntnis der Gemeinsamkeit unserer Interessen. Wir werden sehen, ob die Nord-Süd-Kommission wieder auf die Beine kommt oder nicht. Selbst wenn es nicht dahin kommt, schlage ich vor, daß die Gruppe der 77 in dieser Sitzungsperiode ihre Zeit und Energie darauf verwendet, in einigen konkreten Fragen substantielle Fortschritte zu erzielen. Uns liegt nicht an Mechanismen und Verfahrensfragen, lassen sie uns voranschreiten und die grundlegenden Fragen der gegenwärtigen Weltwirtschaft behandeln."

Vajpayee richtete diesen Aufruf an die Versammlung der Außenminister der Gruppe der 77 am 29.9.1978 in New York, die in ihrer Abschlußresolution die 33. Generalversammlung aufgefordert hat, die Arbeit der Nord-Süd-Kommission, die Vorbereitung der UNCTAD V-Konferenz im Mai 1979 in Manila sowie die Ergebnisse der Sonderkonferenz über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, die gerade in Buenos Aires zu Ende gegangen ist, als vorrangigen Punkt auf die Tagesordnung im Anschluß an die Generaldebatte zu setzen.

,,Im gegenwärtigen Stadium müssen die Entwicklungsländer, wenn sie die nationale Wirtschaft zu entwickeln beabsichtigen, vor allem ihre Naturressourcen in die Hand nehmen und sich schrittweise von der Kontrolle durch das ausländische Kapital befreien", so umriß Deng Hsiao-ping 1974 das entscheidende Kettenglied im Kampf um die neue Weltwirtschaftsordnung.

Die ,,Arbeitsgruppe für einen Verhaltenskodex supranationaler Gesellschaften", die der UNCTAD V-Konferenz einen Richtlinienentwurf vorlegen soll, hat soeben ihre Sitzungsperiode abgeschlossen, ohne konkretes Ergebnis. Gegen die von den Ländern der Dritten Welt erhobene Forderung nach Kontrolle über die Kapitalströme, die von imperialistischen Konzernen zum Zwecke des Aufbaus von Produktionsanlagen, zur Ausbeutung von billigen Rohstoffen und Arbeitskräften in Länder der Dritten Welt dirigiert werden, haben die Imperialisten hartnäckig interveniert.

Zu der Forderung, daß die ,,supranationalen Gesellschaften" dem nationalen Recht des jeweiligen Landes der Dritten Welt unterstehen und ihre Aktivitäten nach den nationalen Entwicklungsprogrammen mit der jeweiligen Regierung absprechen müssen, daß sie ihren ,,Gewinntransfer" offenlegen und unter Umständen darauf verzichten müssen, meinte der Vertreter der BRD Hartmut Scheele: ,,In SS 207 muß klar benannt werden, daß die Parteien für den Fall des Rechtsstreites



Genosse Mugabe und andere Mitglieder des ZK der ZANU besichtigen landwirtschaftliche Projekte in den befreiten Gebieten. Die Geflügelzucht und der Getreide- und Gemüseanbau nehmen einen großen Aufschwung in den von der ZANU kontrollierten Gebieten. Die Parole ist ,,Vertrauen auf die eigene Kraft".

internationales Recht vereinbaren können." (Working Group on a Code of Conduct for transnational Corporations, Presseveröffentlichung)

Er hatte dabei im Sinn, daß das ,,internationale Recht", wie es in einem frühen Stadium der Geschichte der UNO in die Charta aufgenommen wurde, unter anderem die für die Imperialisten nützliche Festlegung enthält, daß imperialistische Konzerne bei Enteignung entschädigt werden müssen. Sogleich findet Scheele bei einem Sachverständigen der Arbeitsgruppe Unterstützung. Es ist Gilbert Jones, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von IBM und Präsident der IBM World Trade Corporation (Welthandelsgesellschaft). Nach seiner Erfahrung, sagt dieser, sei ein Rechtsstreit ohnehin ,,unlösbar", wenn die ,,supranationale Gesellschaft" enteignet werden solle, zumeist werde dann das nationale Recht sowieso mißachtet, weil solch einschneidenden Maßnahmen ein Wechsel in der Regierung oder sogar ihr Sturz vorausgehe. Woraufhin er sich dafür ausgesprochen hat, wie alle EG-Imperialisten auch, die Tätigkeit der ,,Transnationals" sei von Übel und überhaupt sei es in marktwirtschaftlich orientierten Ländern nicht üblich, daß sich die Regierung in die Angelegenheiten der Kapitalisten einmische. Mit ihrer Obstruktion haben die Imperialisten erneut die Beschlußfassung verhindert und in die nächste Sitzungsperiode im Januar 1979 verschoben.

In Buenos Aires ist vor wenigen Tagen die Sonderkonferenz über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer (TCDC) zu Ende gegangen. Die ,,Gruppe der 77" war einheitlich vertreten und hat geschlossen für einen Aktionsplan gestimmt, der ,,strikt auf der Achtung der Prinzipien der nationalen Souveränität, wirt-

de, unter anderem die für die Imperialisten nützliche Festlegung enthält, daß imperialistische Konzerne bei Enteignung entschädigt werden müssen. Sogleich findet Scheele bei einem Sachverständigen der Arbeitsgruppe Unterstützung. Es ist Gilbert Jones, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von IBM und Präsident der IBM World Trade Corporation (Welthandelsgesellschaft). Nach seiner Erfahrung, sagt dieser, sei ein Rechtsstreit ohnehin ,,unlösbar", wenn die ,,supranationale Gesellschaft" enteignet werden solle, zumeist werde dann das nationale Recht sowieso mißachtet, weil solch einschneidenden Maßnahmen ein Wechsel in der Regierung oder sogar ihr Sturz vorausgehe. Woraufhin er sich dafür ausgesprochen hat, wie alle EG-Imperialisten auch, die Tätigkeit der ,,Transnationals" sei von Übel und überhaupt sei es in marktwirtschaftlich orientierten Ländern nicht üblich, daß sich die Regierung in die Angelegenheiten der Kapitalisten einmische. Mit ihrer Obstruktion haben die Imperialisten erneut die Beschlußfassung verhindert und in die nächste Sitzungsperiode im Januar 1979 verschoben.
In Buenos Aires ist vor wenigen Tagen die Sonderkonferenz über technologische Zusammenarbeit der Entwicklungsländer (TCDC) zu Ende gegangen. Die ,,Gruppe der 77" war einheitlich vertreten und hat geschlossen für einen Aktionsplan gestimmt, der ,,strikt auf der Achtung der Prinzipien der nationalen Souveränität, wirt-

schaftlichen Unabhängigkeit, des gleichen Rechts sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen muß, unabhängig von der Größe des jeweiligen Landes, dem Stand seiner Entwicklung, dem sozialen wirtschaftlichen System." (Presseveröffentlichung über die Konferenz in Buenos Aires, 15.9.) Folgende Kernpunkte enthält der Aktionsplan:

– Förderung gemeinsamer Entwicklungsprojekte der Entwicklungsländer mit Schwerpunkt auf der Nutzung moderner Technologie, ihrer Erprobung, der Vermittlung von Kenntnissen und dem Austausch von Erfahrungen zum gegenseitigen Nutzen.

– Finanzierung dieser Projekte unter der völligen Finanzhoheit der beteiligten Regierungen der Länder der Dritten Welt, Unterstützung durch das UN-Entwicklungsprogramm ohne irgendwelche Bedingungen, Gründung eigener Entwicklungsbanken und Finanzierungsfonds nach dem Beispiel OPEC-Sonderfonds u.a.

– Rückkehr von einheimischen Facharbeitern und Wissenschaftlern, die in Industrieländern ausgebildet worden sind, gegenseitiger Austausch solcher Fachkräfte und Aufbau von Ausbildungsstätten,vorrangige Förderung der Nutzung des natürlichen Reichtums, der Rohstoffe unter Einbeziehung gemeinschaftlicher Nutzung durch mehrere Länder.

Die Resolution hält fest, daß die selbständigen Initiativen der Länder der Dritten Welt auf die kollektive Verwirklichung des Vertrauens in die eigene Kraft abzielen.

Die Triebkraft für dieses Programm ist der gemeinsame Kampf gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten, der Strategie der Spaltung, die die Imperialisten zur Fortsetzung ihrer räuberischen Unterjochung der Dritten Welt verfolgen, wird die Einheitsfront der unterdrückten Völker entgegengesetzt, das reißt offene Flanken in die brüchige ,,Einheit" der Imperialisten, ermöglicht das Ausnutzen von Widersprüchen und dient der Festigung der Unabhängigkeit.

,,Solange Afrika sich nicht selbst ernähren kann, muß es seine Erze und Rohstoffe für Nahrungsmittel verkaufen und ist damit wirtschaftlich abhängig", hat der Direktor der Weltorganisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO, Saouma, letzte Woche in Arusha, Tansania, erklärt, wo die 10. regionale Konferenz der FAO für Afrika stattfand.

Als Folge des Raubbaus an der Natur durch die imperialistische Ausplünderung, wie die Sahelzone beweist, und als Wirkung der Kriegsmaschine der südafrikanischen und rhodesischen Marionettenregimes ist die Selbstversorgung Afrikas mit Grundnahrungsmitteln in den letzten zehn Jahren in immer weitere Ferne gerückt. Von 1961 bis 1970 stieg die landwirtschaftliche Produktion noch um 2,7%; von 1970 bis 1977 nur noch um 1,3%. In Pro-Kopf-Zahlen fiel die Steigerung damit von 1,4 auf 0,3% ab. Die Importe, vor allem an Weizen, dagegen nahmen beständig zu.

Die FAO, sagte Saouma, führe in Afrika den Kampf gegen Unterernährung und Hunger an allen Fronten und gehe davon aus, daß die gegenwärtige bedrohliche Lage für die Versorgung mit Nahrungsmitteln, vor allem im südlichen Afrika, die Folge der Herrschaft der rassistischen Minderheitsregimes ist, die eine ungeheure Verschwendung und Raubbau an Mensch und Natur betreiben. ,,Deshalb unter-

ermöglicht das Ausnutzen von Widersprüchen und dient der Festigung der Unabhängigkeit.
,,Solange Afrika sich nicht selbst ernähren kann, muß es seine Erze und Rohstoffe für Nahrungsmittel verkaufen und ist damit wirtschaftlich abhängig", hat der Direktor der Weltorganisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO, Saouma, letzte Woche in Arusha, Tansania, erklärt, wo die 10. regionale Konferenz der FAO für Afrika stattfand.
Als Folge des Raubbaus an der Natur durch die imperialistische Ausplünderung, wie die Sahelzone beweist, und als Wirkung der Kriegsmaschine der südafrikanischen und rhodesischen Marionettenregimes ist die Selbstversorgung Afrikas mit Grundnahrungsmitteln in den letzten zehn Jahren in immer weitere Ferne gerückt. Von 1961 bis 1970 stieg die landwirtschaftliche Produktion noch um 2,7%; von 1970 bis 1977 nur noch um 1,3%. In Pro-Kopf-Zahlen fiel die Steigerung damit von 1,4 auf 0,3% ab. Die Importe, vor allem an Weizen, dagegen nahmen beständig zu.
Die FAO, sagte Saouma, führe in Afrika den Kampf gegen Unterernährung und Hunger an allen Fronten und gehe davon aus, daß die gegenwärtige bedrohliche Lage für die Versorgung mit Nahrungsmitteln, vor allem im südlichen Afrika, die Folge der Herrschaft der rassistischen Minderheitsregimes ist, die eine ungeheure Verschwendung und Raubbau an Mensch und Natur betreiben. ,,Deshalb unter-

stützt die FAO die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und die nationalen Befreiungsbewegungen. Wir dürfen uns nicht nur mit der gegenwärtigen Situation befassen, sondern müssen vorbereiten auf die Entwicklung der Landwirtschaft, wenn diese Länder befreit sind." Mit Geldern des Fonds der FAO werden Landwirtschaftsprojekte in Zimbabwe unterstützt, die dort von den Massen unter Führung der Volksbefreiungsarmee in den befreiten Gebieten durchgeführt werden.

Aus einem Instrument der ,,humanitären Hilfe" der Imperialisten für die ärmsten der von ihnen ausgebeuteten Länder wird zusehends ein Kampfmittel der Dritten Welt im Ringen um den Aufbau der Landwirtschaft als unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und ihrer Festigung durch den planmäßigen Aufbau der nationalen Wirtschaft.

Im Juli 1979 findet in Rom eine Sonderkonferenz der FAO zur Agrarreform und landwirtschaftlichen Entwicklung statt. Dort soll der in Arusha debattierte Entwicklungsplan für Afrika verabschiedet werden: er sieht vor, die Selbstversorgung bis 1985 zu 94% sicherzustellen.

In Tansania soll ein Forschungs- und Ausbildungszentrum für Agrarreform aufgebaut werden. Die Regierungen der afrikanischen Staaten werden zu gemeinsamen Anstrengungen aufgerufen, der Landwirtschaft Priorität zu geben und die Mechanisierung zu fördern. Hier vor allem wird die verstärkte technologische Zusammenarbeit der Dritten Welt ihre Früchte tragen.

Die Afro-Amerikaner in den USA kämpfen um das Selbstbestimmungsrecht

Harry Haywood: Black Bolshevik. Autobiographie eines afro-amerikanischen Kommunisten

Nach dem revisionistischen Verrat der KPUSA aus der Partei ausgetreten, ist Haywood heute Mitglied des ZK der 1977 gegründeten Kommunistischen Partei der USA / Marxisten-Leninisten.

„Das niederträchtige System des Kolonialismus und Imperialismus wuchs auf mit der Versklavung der Neger und dem Handel mit Negern, und es wird sicherlich sein Ende finden mit der gründlichen Emanzipation der schwarzen Völker." (Mao Tsetung, Aufruf an die Völker der Welt, sich zu vereinigen, um die amerikanischen Neger in ihrem Kampf gegen die Rassendiskriminierung zu unterstützen, Peking 1964)

„Ende der fünfziger Jahre waren die von uns, die die revolutionäre Position zur Befreiung der Schwarzen vertreten hatten, aus der KP verjagt worden – entweder ausgeschlossen oder zum Austritt gezwungen worden – die Führer der Partei bestanden darauf, daß die Schwarzen mitten dabei seien, vom guten alten zuverlässigen ‚Schmelztiegel' Amerika assimiliert zu werden. Aber der Schmelztiegel explodierte ihnen mitten ins Gesicht. In den sechziger Jahren erhob sich im tiefen Süden die Revolte der Schwarzen und verbreitete sich mit ihrem Haß rasch über das ganze Land, Welle um Welle vorantragend – mit Sit-ins, Freiheitsmärschen, wilden Streiks und schließlich mit hunderten spontanen Aufständen – kündigten die schwarzen Massen ihren kapitalistischen Herren und der ganzen Welt an, daß sie nicht mehr ruhen werden, bis die Ketten ihrer Knechtschaft vollständig gebrochen sind.

Dies neue Erwachen des afroamerikanischen Volkes rief die größte innere Krise seit den dreißiger Jahren hervor und wurde der Brennpunkt aller wesentlichen Widersprüche in den USA, die dringendste, unmittelbar zu lösende Frage, sowohl für die Herren der Konzerne wie für die revolutionären Kräfte in den USA. Angesichts dessen verfolgte die herrschende Klasse eine konterrevolutionäre Doppeltaktik, mit terroristischen Angriffen auf die schwarzen Volksmassen, vor allem im tiefen Süden, und mit reformistischen Manövern in Washington.

Als Bürgerrechtsbewegung gegen die Jim-Crow-Rassengesetze begonnen, nahm die Revolte zunehmend einen nationalistischen Charakter an und kulminierte in der Black-Power-Bewegung, die mit ihren Forderungen der unvollendet gebliebenen demokratischen Revolution des Bürgerkriegs (von 1860-64, Anm. d. Red.) und der anschließenden Phase der Rekonstruktion mitten ins Herz der modernen US-Gesellschaft zielte. ...

Trotz ihrer Mängel zwang die Revolte der sechziger Jahre der herrschenden Klasse Konzessionen ab – sie riß einen Großteil der Jim-Crow-Rassengesetze und der Rassendiskriminierung in den Betrieben nieder, erweiterte die schwarze Mittelklasse und gab den Schwarzen im Süden das Stimmrecht.

Aber haben diese Errungenschaften das revolutionäre Potential der Bewegung der Schwarzen erschöpft? Hat die Mechanisierung der Landwirtschaft im Süden, haben die massive Auswanderung aus dem „Schwarzen Gürtel" und die Bürgerrechtsgesetze die Auswirkungen des alten Plantagensystems zum Verschwinden gebracht? Und, was vor allem wichtig ist, haben diese Änderungen die Existenz einer unterdrückten schwarzen Nation im tiefen Süden ausgelöscht, wie so viele behauptet haben? Ist das Recht auf Selbstbestimmung unserer Nation im Schwarzen Gürtel noch immer eine Forderung, die die Kommunisten erheben sollten?

Sehen wir uns die gegenwärtigen Verhältnisse an. Trotz der imperialistischen Offensive gegen die schwarzen Massen, die zu den enormen Auswanderungen aus dem Heimatland im schwarzen Gürtel geführt hat, besteht weiterhin eine stabile Gemeinschaft des schwarzen Volkes in den ländlichen Gebieten und eine wachsende schwarze Bevölkerung in den städtischen Gebieten des Südens. Die tatsächliche Anzahl der Schwarzen hat sich fortlaufend erhöht. 1940 gab es über 9 Millionen Schwarze im Süden, 1970 hatte sich diese Zahl auf fast 12 Millionen vergrößert. Sie sind im Süden geboren worden und sind dort auch noch verwurzelt. Im Gebiet des Schwarzen Gürtels selbst hat sich, trotz wilder wirtschaftlicher und politischer Zwangsmaßnahmen, seit 1930 eine stabile Gemeinschaft von 5 Millionen behauptet. Das „Ventil" der Flucht in die Städte im Norden ist durch die Krise dicht gemacht worden. Und die Auswanderung aus dem Süden hat sich beträchtlich verlangsamt, während eine Wanderung in umgekehrter Richtung nun zum beherrschenden Trend wird.

Es ist kein Zufall, daß die Bürgerrechtsbewegung zuerst im Süden entstand, wo die Schwarzen am meisten der terroristischen Unterdrückung unterworfen sind und oft ihrer elementarsten politischen Rechte beraubt sind. Tatsächlich war die Mechanisierung der Landwirtschaft, die so viele Schwarze im Süden von ihrem Land vertrieben hat, eine der Hauptquellen der Rebellion. Die SNCO (eine der hauptsächlichen Bürgerrechtsorganisationen der sechziger Jahre, Anm.d.Übers.) hat ihre beste Arbeit bei einigen Landwirtschaftsprojekten im Süden geleistet, wo sie die Kämpfe der Halbpächter und der vom Land vertriebenen Bauern aufnahm.

Die sich verschärfende Inflation und Rezession, die aus der schlimmsten Krise der letzten vierzig Jahre entspringt, trifft noch immer die Schwarzen am heftigsten. Opfer der fortdauernden Praxis des ‚als letzter geheuert und als erster gefeuert' und einer Arbeitslosenrate, die doppelt so hoch ist wie die unter den Weißen. Jüngste Statistiken zeigen die höchste Arbeitslosenrate unter den jungen Schwarzen seit dem 2. Weltkrieg, während zur gleichen Zeit die Studienprogramme für Schwarze und andere Förderungsprogramme zusammengestrichen werden. Das Ergebnis ist eine neue ‚verlorene' Generation schwarzer Jugendlicher, verurteilt zu einer Existenz am Rande der produzierenden Gesellschaft. ...

Inmitten der größten Streikwelle seit den zwanziger Jahren ist die herrschende Klasse angestrengt bemüht, die bestehenden Rassendifferenzen wieder aufzurühren. Auf dieses Konto gehen die neuerlichen Bewegungen gegen die Schulbus-Programme für schwarze Schulkinder und für Rassentrennung in den Städten im Norden, die wieder anwachsende Mitgliedschaft des Ku Klux Klan, die wachsenden Angriffe auf Wohlfahrts- und Förderungsprogramme. ...

Diese innere Situation ist eng verbunden mit einer internationalen Situation, die noch explosiver ist, als die der sechziger Jahre, und deren besonderes Kennzeichen die heftigen Befreiungskämpfe im südlichen Afrika und die wachsende Gefahr eines Krieges zwischen den Supermächten sind.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die schwelende Glut der schwarzen Revolte erneut zur lodernden Flamme wird. Lenin wies darauf hin: ‚Der Kapitalismus ist nicht so harmonisch aufgebaut, daß die verschiedenen Aufstandsherde sich von selbst, ohne Mißerfolge und Niederlagen, sogleich miteinander vereinigen könnten.' (Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, Lenin Werke Bd. 22, S. 366). Wann immer die nächste schwarze Erhebung kommt – ob als Teil einer allgemeinen revolutionären Erhebung oder als Signal einer künftigen Bewegung – wir müssen uns darauf vorbereiten, unter den Massen die Unterstützung zu organisieren für die Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung als einer besonderen Seite des Kampfes für den Sozialismus."

(Harry Haywood, Black Bolshevik. Autobiography of an Afro-American Communist. Liberator Press P. Co. Box 7128, Chicago, Illinois 60680, Preis 5,95 Dollar)

„Unser langer, langer, langer Weg zur Befreiung"

z.gek. Die 26 Millionen Afro-Amerikaner in den USA bilden von allen unterdrückten Nationalitäten in diesem Völkergefängnis das größte Kontingent, 12% der Gesamtbevölkerung. Etwa die Hälfte von ihnen lebt heute noch im Süden. Zu Beginn des Jahrhunderts waren es mehr als 90%.

Von den weißen Siedlern, vor allem den großen Plantagenbesitzern des Südens, aus Afrika auf den nord amerikanischen Kontinent verschleppt, begannen sie sich im niemals endenden Widerstand gegen die Sklavenhalter, vor allem in der Phase des Bürgerkriegs von 1860 bis 1864 zu einer Nation eigener Prägung, der Nation der Afro-Amerikaner, zu bilden. Schwarze Bataillone aus entlaufenen Sklaven, 200000 im Jahr 1864, bildeten den revolutionären Stoßkeil der Armeen des Nordens gegen die Sezession der Sklavenhalterstaaten des Südens. Der Massenwiderstand der schwarzen Sklaven auf den südlichen Plantagen selbst, oft in Konspiration mit landlosen armen Weißen, war die entscheidende Ursache für die innere Schwäche der vormals so mächtigen Sklavenhalter.

Im Kampf um das Land, das sie seit Generationen bebaut hatten, und um ihre demokratischen Rechte begann sich die neuentstandene schwarze Nation zu organisieren. Gestützt auf die Bajonette ihrer eigenen Milizen und auf ihren Zusammenschluß über eigene politische Vertretungskörper und Organisationen errichteten die schwarzen Landarbeiter, Bauern, Handwerker und Kleinbour geois, im Bündnis mit weißen Arbeitern, Farmern und Kleinbourgeois, in weiten Gebieten des Südens eine demokratisch-revolutionäre Staatsmacht. Diese demokratischen Volksregierungen existierten oft jahrelang im bewaffneten Konflikt neben den Regierungen der Grundbesitzer und Kapitalisten, führten Maßnahmen der Landreform und politische Reformen durch, bis sie nacheinander zu Fall gebracht wurden. Es folgte eine lange Phase der düstersten Reaktion, der terroristischen Unterdrückung der Schwarzen durch Lynchjustiz und legalen Mord.

Zu Anfang der zwanziger Jahre begann sich unter der bürgerlichen Führung von Marcus Garvey von den karibischen Inseln ausgehend eine breite nationaldemokratische Bewegung zu entwickeln, die Millionen organisierte. Garvey vertrat einen panafrikanischen Nationalismus, seine Hauptlosung wurde schließlich „Zurück nach Afrika". Soweit und solange aber die Afro-Amerikaner auf dem nordamerikanischen Kontinent lebten, sollten sie für das vollständige Recht auf Selbstbestimmung und staatliche Unabhängigkeit eintreten.

In den dreißiger Jahren durchlebte die nationaldemokratische Bewegung

zen und auf ihren Zusammenschluß über eigene politische Vertretungskörper und Organisationen errichteten die schwarzen Landarbeiter, Bauern, Handwerker und Kleinbour geois, im Bündnis mit weißen Arbeitern, Farmern und Kleinbourgeois, in weiten Gebieten des Südens eine demokratisch-revolutionäre Staatsmacht. Diese demokratischen Volksregierungen existierten oft jahrelang im bewaffneten Konflikt neben den Regierungen der Grundbesitzer und Kapitalisten, führten Maßnahmen der Landreform und politische Reformen durch, bis sie nacheinander zu Fall gebracht wurden. Es folgte eine lange Phase der düstersten Reaktion, der terroristischen Unterdrückung der Schwarzen durch Lynchjustiz und legalen Mord.

Zu Anfang der zwanziger Jahre begann sich unter der bürgerlichen Führung von Marcus Garvey von den karibischen Inseln ausgehend eine breite nationaldemokratische Bewegung zu entwickeln, die Millionen organisierte. Garvey vertrat einen panafrikanischen Nationalismus, seine Hauptlosung wurde schließlich „Zurück nach Afrika". Soweit und solange aber die Afro-Amerikaner auf dem nordamerikanischen Kontinent lebten, sollten sie für das vollständige Recht auf Selbstbestimmung und staatliche Unabhängigkeit eintreten.

In den dreißiger Jahren durchlebte die nationaldemokratische Bewegung

der Afro-Amerikaner zur Erringung des Selbstbestimmungsrechts in den angestammten Siedlungsgebieten des Südens entscheidende Jahre, als nach langen inneren Auseinandersetzungen endlich die Kommunistische Partei der USA ihre Forderungen aufgriff und binnen weniger Jahre als Klassenorganisation der schwarzen Halbpächter, aber auch der kleinen schwarzen Farmer und der Landarbeiter die „sharecropper"-Gewerkschaft aufbaute. Gleichzeitig nahm sie den Kampf um die „Organisierung der Unorganisierten" in den großen Industrien auf, insbesondere auch der afro-amerikanischen Arbeiter. Schwarze Kader der Kommunistischen Partei begannen zu Führern des Kampfes ihres Volkes zu werden. Aber binnen weniger Jahre setzten sich die sozialchauvinistischen Elemente in der Partei um den Revisionisten Browder durch und betrieben die Auflösung der von den Kommunisten geführten schwarzen Massenorganisationen, insbesondere der „sharecropper"-Gewerkschaft.

So konnten binnen der nächsten drei Jahrzehnte die mehreren hunderttausend schwarzen Pächter und Farmer im Süden fast vollständig von ihrem Land vertrieben, in Land-, Wald- oder Fabrikarbeiter verwandelt und zum Teil zur Auswanderung gezwungen werden. Heute sind 90% aller Afro-Amerikaner in den USA besitzlose Proletarier. Keines der historischen Ziele ihres Kampfes als unterdrückte Nation ist damit erledigt, im Gegenteil. Ihr Kampf ist unmittelbar Bestandteil der proletarischen Revolution zur sozialen Befreiung der Arbeiterklasse geworden.

Eine Demonstration der Black United Front in New York

z.gek. Es mögen etwa 1000 Demonstranten gewesen sein, die meisten von ihnen jugendliche Arbeitslose, daneben Arbeiter, Angestellte, kleine Geschäftsleute, sehr viele Frauen, und ein, zwei Klassen schwarzer Schulkinder, die am 28. September einem Aufruf der neugegründeten Black United Front, eines Zusammenschlusses zahlreicher schwarzer Organisationen in New York, gefolgt und um 12 Uhr mittags aufs Rathaus marschiert sind. Die Demonstration war kleiner als erwar-

rende Kraft noch erst ungenügend entfalten können. Dennoch war die Aufregung im Rathaus selbst, worin seit einem Jahr wie die leibliche Verkörperung der dürren Geldseele der nahegelegenen Wall Street der Bürgermeister Koch haust, beträchtlich.

Der Grund für die Aufregung liegt darin, daß diese Bewegung einen Neuanfang markiert, der die Erfahrungen vieler vergangener Niederlagen zusammenfaßt. Die Demonstranten marschierten unter einem Wald grün-



märschen, wilden Streiks und schließlich mit hunderten spontanen Aufständen – kündigten die schwarzen Massen ihren kapitalistischen Herren und der ganzen Welt an, daß sie nicht mehr ruhen werden, bis die Ketten ihrer Knechtschaft vollständig gebrochen sind.

Dies neue Erwachen des afroamerikanischen Volkes rief die größte innere Krise seit den dreißiger Jahren hervor und wurde der Brennpunkt aller wesentlichen Widersprüche in den USA, die dringendste, unmittelbar zu lösende Frage, sowohl für die Herren der Konzerne wie für die revolutionären Kräfte in den USA. Angesichts dessen verfolgte die herrschende Klasse eine konterrevolutionäre Doppeltak-

was vor allem wichtig ist, haben diese Änderungen die Existenz einer unterdrückten schwarzen Nation im tiefen Süden ausgelöscht, wie so viele behauptet haben? Ist das Recht auf Selbstbestimmung unserer Nation im Schwarzen Gürtel noch immer eine Forderung, die die Kommunisten erheben sollten?

Sehen wir uns die gegenwärtigen Verhältnisse an. Trotz der imperialistischen Offensive gegen die schwarzen Massen, die zu den enormen Auswanderungen aus dem Heimatland im schwarzen Gürtel geführt hat, besteht weiterhin eine stabile Gemeinschaft des schwarzen Volkes in den ländlichen Gebieten und eine wachsende schwarze Bevölkerung in den städtischen Gebie-

Anm.d.Übers.) hat ihre beste Arbeit bei einigen Landwirtschaftsprojekten im Süden geleistet, wo sie die Kämpfe der Halbpächter und der vom Land vertriebenen Bauern aufnahm.

Die sich verschärfende Inflation und Rezession, die aus der schlimmsten Krise der letzten vierzig Jahre entspringt, trifft noch immer die Schwarzen am heftigsten. Opfer der fortdauernden Praxis des ‚als letzter geheuert und als erster gefeuert' und einer Arbeitslosenrate, die doppelt so hoch ist wie die unter den Weißen. Jüngste Statistiken zeigen die höchste Arbeitslosenrate unter den jungen Schwarzen seit dem 2. Weltkrieg, während zur gleichen Zeit die Studienprogramme für Schwarze und andere Förderungs

sich von selbst, ohne Mißerfolge und Niederlagen, sogleich miteinander vereinigen könnten.' (Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, Lenin Werke Bd. 22, S. 366). Wann immer die nächste schwarze Erhebung kommt – ob als Teil einer allgemeinen revolutionären Erhebung oder als Signal einer künftigen Bewegung – wir müssen uns darauf vorbereiten, unter den Massen die Unterstützung zu organisieren für die Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung als einer besonderen Seite des Kampfes für den Sozialismus."

(Harry Haywood, Black Bolshevik. Autobiography of an Afro-American Communist. Liberator Press P. Co. Box 7128, Chicago, Illinois 60680, Preis 5,95 Dollar)

Eine Demonstration der Black United Front in New York

z.gek. Es mögen etwa 1000 Demonstranten gewesen sein, die meisten von ihnen jugendliche Arbeitslose, daneben Arbeiter, Angestellte, kleine Geschäftsleute, sehr viele Frauen, und ein, zwei Klassen schwarzer Schulkinder, die am 28. September einem Aufruf der neugegründeten Black United Front, eines Zusammenschlusses zahlreicher schwarzer Organisationen in New York, gefolgt und um 12 Uhr mittags aufs Rathaus marschiert sind. Die Demonstration war kleiner als erwartet, die Bewegung hat ihre organisierende Kraft noch erst ungenügend entfalten können. Dennoch war die Aufregung im Rathaus selbst, worin seit einem Jahr wie die leibliche Verkörperung der dürren Geldseele der nahegelegenen Wall Street der Bürgermeister Koch haust, beträchtlich.

Der Grund für die Aufregung liegt darin, daß diese Bewegung einen Neuanfang markiert, der die Erfahrungen vieler vergangener Niederlagen zusammenfaßt. Die Demonstranten marschierten unter einem Wald grün-schwarz-roter Fahnen, der Fahne des



Eine Demonstration des Ku Klux Klan in Tupelo im US-Staat Mississippi. Die Rassisten in den Südstaaten versuchen mit Terror den Kampf der Schwarzen zu brechen, deren Hauptforderungen gegenwärtig die Abschaffung der Diskriminierungen am Arbeitsplatz und in der Schule sind

Schwarze und weiße Lehrer kämpfen überall in den USA gemeinsam für ihre Forderungen. Hier Lehrer in Philadelphia

Kampfs der Afro-Amerikaner um ihr Selbstbestimmungsrecht als unterdrückte Nation. Ausgangspunkt für den Zusammenschluß in der Black United Front war die Ermordung des schwarzen Kommunalpolitikers Arther Miller durch weiße Polizei am hellichten Tag vor seinem Wohnhaus in Brooklyn im Frühjahr des Jahres. Sie war nur eine von vielen „disziplinarischen" Maßnahmen dieser Art.

Gegenüber der ansteigenden Streikbewegung, in die immer neue Teile der Arbeiterklasse hineingerissen werden, in einer Lage der allgemeinen Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen ist es für die herrschende Finanzbourgeoisie von entscheidender Bedeutung, die Arbeiterklasse von ihren wichtigsten Verbündeten zu trennen und innerhalb der Arbeiterbewegung die Rassenschranken neu hochzuziehen. Der nüchtern kalkulierte Sinn der fortdauernden Polizeiprovokationen in den schwarzen Vierteln wie Brooklyn ist es, eine Aura der allgemeinen Verwilderung und Kriminalität um diese Viertel zu schaffen, sie in „Ghettos" zu verwandeln.

In der Gegenwehr gegen diese Provokationen, an denen neben der Polizei faschistische und zionistische Banden beteiligt sind, mit der Aufstellung von schwarzen Freiwilligen-Wachtruppen ist die Initiative zur Zusammenfassung der verschiedenen schwarzen Organisationen in der Black United Front entstanden. In den Beiträgen der Redner auf der Kundgebung, Pfarrer, Sozialarbeiter, ein bekannter schwarzer Schauspieler und auch ein schwarzer Senator, hat sich, getrieben von anfeuernden Zurufen der Demonstranten, die Stoßrichtung der Forderungen gegen den imperialistischen Staat klarer herausgestellt, als es der bürgerliche Verstand dieser Sprecher eigentlich erlaubte. Alle Beiträge spitzten sich, mehr oder weniger ausgesprochen, darin zu, daß die Afro-Amerikaner als unterdrücktes Volk sich ein Stück realer Macht, wirklicher Selbstverwaltungsrechte in den Vierteln und Gemeinden, wo sie leben, verschaffen müssen, daß in diesem Kampf der Zusammenstoß mit den bewaffneten Organen des bürgerlichen Staates unvermeidlich ist und Opfer nicht gescheut werden dürfen, bis „wir unseren langen, langen, langen Weg zur Befreiung endlich siegreich vollendet haben", wie der Schauspieler Ossie Davis sagte, und daß dieser Kampf nur siegreich sein kann im Zusammenschluß aller unterdrückten Nationalitäten und darüber hinaus der ganzen überwältigenden Mehrheit des arbeitenden Volkes.

VW-Kapitalexport: Profit kommt zurück

z.heu. Seit 1972 haben die VW-Kapitalisten rund 435 Millionen Mark aus ihren ausländischen Werken nach Westdeutschland abtransportiert. Damit konnten sie 12,8% des 3,4-Milliarden-Investitionsprogramms finanzieren, mit dem sie nach Einführung der neuen Modelle 1973 die Anzahl der in Westdeutschland pro Arbeiter im Jahr produzierten Fahrzeuge von 13,2 auf 15,4 hochgetrieben haben. Bei dem neuen 3-Milliarden-Rationalisierungsprogramm für die westdeutschen Werke sind die Profite aus der Ausbeutung insbesondere der Arbeiter der Dritten Welt fest eingeplant: Heute finanzieren die VW-Kapitalisten schon gut 20% ihrer Investitionen in Westdeutschland durch aus dem Ausland abtransportierte Profite. Kein Wunder, liegt doch der Durchschnittslohn in den Werken außerhalb der VW-AG um 40% unter dem der westdeutschen Arbeiter und Angestellten. Die Lohnkämpfe dieses Jahres in fast allen ausländischen Werken erschüttern diese Pläne erheblich. Überdies mußten die VW-Kapitalisten bei der Gründung neuer Werke in der Dritten Welt den Regierungen Anteile von bis zu 60% zugestehen und müssen sich fast überall an Höchstgrenzen für den Abtransport der Profite halten. Nur in Südafrika haben sie noch freie Hand. Die Länder der Dritten Welt fordern auf der UNO-Vollversammlung den Boykott dieses Regimes.

Holzarbeiter unterstützen ZANU

r.pen. Bereits vor einiger Zeit hatten zwölf Arbeiter des Spanplattenwerkes Triangel einen Brief an den Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die Gewerkschaftszeitung und die örtliche Presse geschrieben, in dem die Verletzung der UNO-Beschlüsse durch die Bundesregierung aufgezeigt und die Gewerkschaft aufgefordert wurde, „ihren Einfluß geltend zu machen, um die Bundesregierung zur Annahme der Anträge der Länder der 3. Welt an die UNO-Generalversammlung und zur Einhaltung der UNO-Beschlüsse zu zwingen, auf Anerkennung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu drängen (speziell der „Patriotischen Front"), sich für die Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU einzusetzen und die Befreiungsbewegungen praktisch zu unterstützen". Am 30.9. erhielten die Arbeiter einen Brief der Redaktion der Gewerkschaftszeitung, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß man von einem Abdruck dieses Briefes absehen würde, da viele Leser über diese Problematik nichts wüßten und die Gewerkschaftszeitung auch nicht unbedingt der richtige Ort für die Behandlung dieses Themas wäre. Es wird jedoch empfohlen, die Sache „auf der politischen Ebene weiterzuverfolgen". Dieser Brief wird zur Zeit unter den Arbeitern diskutiert mit dem Ziel, einen Antwortbrief dazu zu schreiben und auf Veröffentlichung zu drängen.

Niederlage der Bourgeoisie im Zimbabwe-Stand-Prozeß

stoff, die Gewerkschaftszeitung und die örtliche Presse geschrieben, in dem die Verletzung der UNO-Beschlüsse durch die Bundesregierung aufgezeigt und die Gewerkschaft aufgefordert wurde, „ihren Einfluß geltend zu machen, um die Bundesregierung zur Annahme der Anträge der Länder der 3. Welt an die UNO-Generalversammlung und zur Einhaltung der UNO-Beschlüsse zu zwingen, auf Anerkennung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu drängen (speziell der „Patriotischen Front"), sich für die Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU einzusetzen und die Befreiungsbewegungen praktisch zu unterstützen". Am 30.9. erhielten die Arbeiter einen Brief der Redaktion der Gewerkschaftszeitung, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß man von einem Abdruck dieses Briefes absehen würde, da viele Leser über diese Problematik nichts wüßten und die Gewerkschaftszeitung auch nicht unbedingt der richtige Ort für die Behandlung dieses Themas wäre. Es wird jedoch empfohlen, die Sache „auf der politischen Ebene weiterzuverfolgen". Dieser Brief wird zur Zeit unter den Arbeitern diskutiert mit dem Ziel, einen Antwortbrief dazu zu schreiben und auf Veröffentlichung zu drängen.

Niederlage der Bourgeoisie im Zimbabwe-Stand-Prozeß

r.mej. Am Donnerstag verkündeten in Osnabrück die Richter Dr. Schäfer und Glüsenkamp das Urteil nach drei Wochen Verhandlungsdauer gegen die 15 Angeklagten des Zimbabwe-Standprozesses. Die Bourgeoisie ließ durch ihren Staatsanwalt Rieso hohe Strafen fordern: gegen zwei Genossen je acht Monate Gefängnis, die übrigen sollten bis zu 90 Tagessätzen Geldstrafe bekommen. Die Richter mußten acht Genossen freisprechen, an die Gefängnisstrafe wagten sie sich nicht ran. Angeklagt waren Widerstand, schwere Körperverletzung und Gefangenenbefreiung, weil die Angeklagten im Wahlkampf 1976 einen Basar zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gegen einen Überfall der Polizei geschützt und verteidigt hatten.

In jeder Phase des Prozesses haben die Angeklagten und die Verteidigung daran festgehalten, die gerechten Ziele des bewaffneten Befreiungskampfes darzustellen und gegen die wilden Unterdrückungsmaßnahmen des Gerichts zu propagieren. Mit drakonischen Ordnungsmaßnahmen haben die Richter versucht, die Propagierung der gerechten Ziele des Befreiungskampfes zu verhindern. So haben sie gegen alle Angeklagten, teilweise mehrfach, Ordnungsgelder bis zu 160 DM und gegen fünf Angeklagte, auch mehrfach, Ordnungshaft von insgesamt 14 Tagen verhängt. Es hat ihnen nichts geholfen. Heute leuchten am Haus von Dr. Schäfer die Losungen des bewaffneten Befreiungskampfes, sein selbstgedrechselter Gerichtshammer wurde öffentlich versteigert, der Erlös von 120 DM der ZANU zugeführt, und im Gerichtssaal wurden über 200 DM gesammelt.

Systematische Plünderung der natürlichen Ressourcen und Abschaffung des Einspruchrechts

Niedersächisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege

r.scd. Grundlage für die Vorlage eines neuen Naturschutzgesetzes in Niedersachsen, das das bisher gültige Gesetz von 1935 ablöst, ist der Versuch der Bourgeoisie, die Schranken, die ihr bisher noch durch gesetzliche Auflagen und geltende Einspruchsrechte auferlegt wurden, einzureißen.

Das gesamte Land (95%) sollen zum eingeschränkten Naturschutzgebiet erklärt werden, innerhalb dessen die Behörden jegliche Art von Vorschriften und Bestimmungen erlassen können und unter Polizeigewalt auch durchsetzen sollen. Das gilt aber nicht für die Bourgeoisie selber, denn das Gesetz findet Anwendung, außer für:

Landesverteidigung, Bundesgrenzschutz, den öffentlichen Verkehr, der See- oder Binnenschiffahrt, Versorgung, Entsorgung und Fernmeldeversorgung (§55 Übergangsvorschrift für besondere Fälle). Für die Bebauung wird ausdrücklich festgehalten:

„Vorschriften des Bodenbaugesetzes gehen den Bestimmungen dieses Gesetzes vor."

Die bisherige Praxis des Einspruchsrechts umfaßte die Anhörung (Bundesbaugesetz), Einspruch gegen Bebauungspläne oder Flächennutzungspläne aufgrund von zum Beispiel atomrechtlichen oder wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren und wurde von zum Teil hunderten Einzelpersonen gegen den Bau von Atomkraftwerken angewandt. Diese Möglichkeiten sollen abgeschafft werden. Anerkannte Verbände sollen mit diesem Gesetz „Gelegenheit zur Äußerung und Einsicht in Sachverständigengutachten" erhalten und „... von der Dienstaufsichtsbeschwerde Gebrauch machen".

Der Anlaß für die Länder, neue Naturschutzgesetze zu entwerfen, geht zurück auf das Bundesgesetz vom Dezember 1976, in dem die Länder aufgefordert wurden, bis Ende 1978 entsprechende Gesetze zu erlassen. Mit der Massenbewegung gegen die Planung, Vorbereitung und den Bau von Kernkraftwerken, Entsorgungsanlagen und Lagerstätten radioaktiven Materials im Rahmen des imperialistischen Energieprogramms hat seit Anfang der 70er Jahre neben den Bauplatzbesetzungen und anderen Kampfschritten eine breite Prozeßlawine eingesetzt, die durch den Druck des breiten Zusammenschlusses der Volksmassen dazu führte, daß die Bourgeoisie zeitweilig dazu gewzungen war, Genehmigungen auf Eis zu legen oder im Bau befindliche Werke stillzulegen.

Die Bourgeoisie hat sich zum Teil über diese Einstellungen durch entsprechende Gerichtsbeschlüsse wie jetzt in Esenshamm hinweggesetzt. Trotzdem will sie jetzt endgültig diese Möglichkeit abschaffen.

1970 gab es den ersten Entwurf zu einem Naturschutzgesetz, der diese Fragen klären sollte. Die bürgerlichen Parteien in den Bundestagsausschüssen einigten sich einmütig darüber, daß eine Verbandsklagemöglichkeit nicht in Frage kommt. Im niedersächsischen Entwurf wurde die Fassung der Verbandsmitwirkung, wie sie dann ausgebrütet wurde, übernommen. Die Anerkennung der Verbände, die an der Vorbereitung von Verordnungen und Plänen mitarbeiten dürfen, ist erteilt, wenn: (Der Verband) „nach seiner Satzung ideell und nicht nur vorübergehend vorwiegend Ziele des Naturschutzes vertritt... Gewähr sachgerechter Aufgabenerfüllung gibt...", und „dabei sind Art und Umfang seiner bisherigen Tätigkeit der Mitgliederkreise sowie die Leistungsfähigkeit des Vereins berücksichtigen".

Das ist genau auf die „Grünen Verbände" von Gruhl und Konsorten zugeschnitten. Damit, falls sich ein schwarzes Schaf einschleicht, nicht die Möglichkeit einer ernsthaften Anfechtung von Bebauungsplänen ergibt, hat der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages im Februar 1976 gleich darauf hingewiesen, daß:

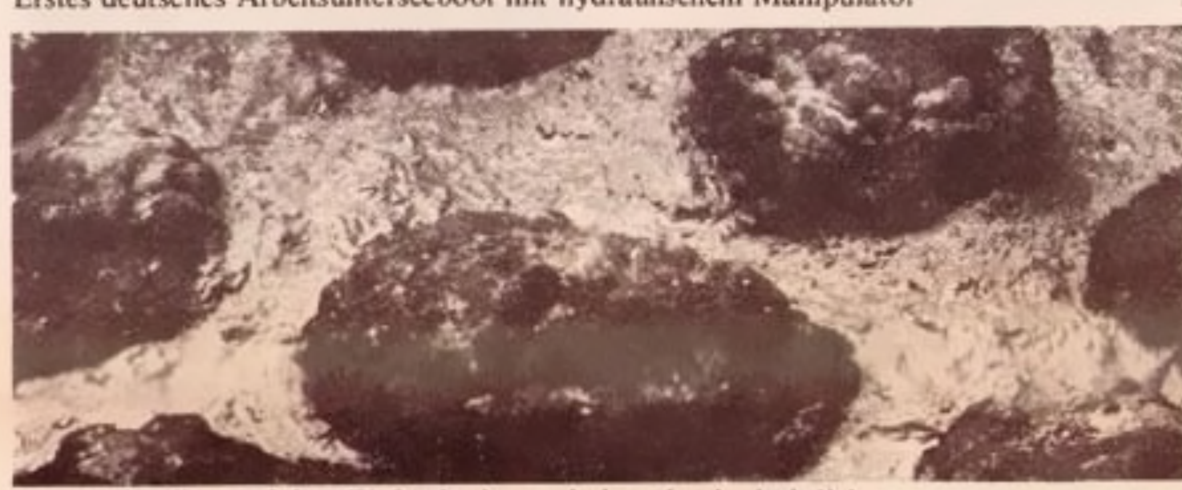
„... die Verbände aus der Mitwirkungsvorschrift nicht das Recht ableiten können, vor den Gerichten gegen die genannten Maßnahmen zu klagen". Was tun sollen sie aber. Nämlich die Interessen, die die Bourgeoisie mit diesem Gesetz verfolgt, umzusetzen. Deshalb wurde festgelegt: „Die Naturschutzbehörden können juristische Personen... in bestimmtem Umfang die Betreuung von geschützten Gebieten oder Gegenständen widerruflich übertragen." Solche „Landschaftswarte", wie diese Hilfssheriffs genannt werden, können dann polizeiliche Gewalt ausüben „... und nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts der Gefahrenabwehr zu Vollzugsbeamten bestellt werden".

Diese „Grünen Polizisten" passen dann darauf auf, daß die Programme und Verordnungen eingehalten werden. Die wesentliche Änderung des neuen Gesetzes gegenüber dem Gesetz von 1935 ist neben der Verbandsmitwirkung die Landschaftsplanung und die bereits erwähnte Duldung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftsplege für Eigentümer. Die Landschaftsplanung, Konkretisierung des Landschaftsrahmenplans, beinhaltet die Untersuchung und Festlegung der noch vorhandenen Naturgüter und Bodenschätze und der derzeitigen Nutzung sowie die geplante Änderung der Nutzung. Die „Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes" und die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter" (§1 und 2) bilden dabei die Richtlinie.

Erstellt eine Gemeinde einen Bebauungsplan zur Industrieansiedlung, dienen die Pläne der Naturschutzbehörde dazu, die natürlichen Ressourcen und deren Abbau zu erschließen und die Möglichkeit der Beseitigung von Abwässern und Abfällen aufzuzeigen. Schlägt ein Kapitalist dabei über die Stränge und hält sich nicht an die vorgesehenen und vorgeschriebenen Möglichkeiten, „braucht er nicht zu befürchten, dafür belangt zu werden, wenn er nachweisen kann, daß die „Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes" nicht beeinträchtigt wird.



Erstes deutsches Arbeitsunterseeboot mit hydraulischem Manipulator



Manganknollen auf dem Tiefseeboden enthalten durchschnittlich 27% Mangan, 1,4% Nickel, 1,3% Kupfer und 0,2% Kobalt.



Tiefseefoto- und Fernsehschleppsystem für 6000 m Wassertiefe von IBAK Kiel

Auf der Ausstellung „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg wurde neueste Technik begutachtet. Die westdeutschen Imperialisten drängen im Raub der im Meer und Meeresgrund vorhandenen Rohstoffe an die Spitze. Zu diesem Zweck („Zur Wahrung und Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Belange der deutschen meerestechnischen Industrie") haben sie 1969 die „Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik e.V." gegründet, sodann die „Arbeitsgemeinschaft Meerestechnisch Gewinnbare Rohstoffe" (AMR) und 1972 die „Arbeitsgemeinschaft Information Meeresforschung und Meerestechnik e.V." (AIM), worin durch Einbezug staatlicher Forschungsinstitute der Einsatz des Staatsapparates für die Interessen des imperialistischen Kapitals vorangetrieben wird. „Die deutsche Industrie konnte sich u.a. auf Spezialgebieten wie dem Betrieb von Spezialschiffen zur Versorgung von Bohrinseln, der Erdölprospektion auf See, dem Bau von Bohrinseln und Pipeline-Versorgungsschiffen, der Lieferung von Antrieben und elektrischen Systemen beträchtliche Marktanteile sichern", schreibt die „Wirtschaftsvereinigung". Ein besonderes Interesse besteht an der Manganknollen-Förderung für die Eisen- und Stahlproduktion; hierfür wurden bereits über 100 Mio. DM investiert.

Solange das Kernkraftwerk Brunsbüttel noch steht,

wandt. Diese Möglichkeiten sollen abgeschafft werden. Anerkannte Verbände sollen mit diesem Gesetz „Gelegenheit zur Äußerung und Einsicht in Sachverständigengutachten" erhalten und „... von der Dienstaufsichtsbeschwerde Gebrauch machen".

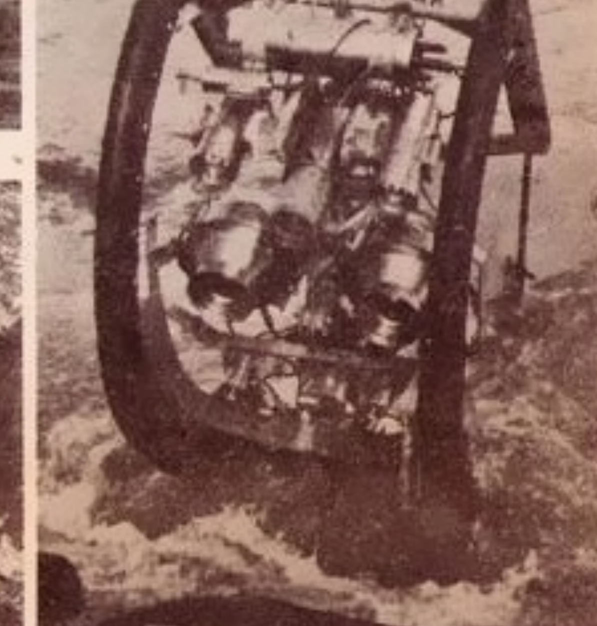
Der Anlaß für die Länder, neue Naturschutzgesetze zu entwerfen, geht zurück auf das Bundesgesetz vom Dezember 1976, in dem die Länder aufgefordert wurden, bis Ende 1978 entsprechende Gesetze zu erlassen. Mit der Massenbewegung gegen die Planung, Vorbereitung und den Bau von Kernkraftwerken, Entsorgungsanlagen und Lagerstätten radioaktiven Materials im Rahmen des imperialistischen Energieprogramms hat seit Anfang der 70er Jahre neben den Bauplatzbesetzungen und anderen Kampfschritten eine breite Prozeßlawine eingesetzt, die durch den Druck des breiten Zusammenschlusses der Volksmassen dazu führte, daß die Bourgeoisie zeitweilig dazu gewzungen war, Genehmigungen auf Eis zu legen oder im Bau befindliche Werke stillzulegen.

Die Bourgeoisie hat sich zum Teil über diese Einstellungen durch entsprechende Gerichtsbeschlüsse wie

Erstes deutsches Arbeitsunterseeboot mit hydraulischem Manipulator



Manganknollen auf dem Tiefseeboden enthalten durchschnittlich 27% Mangan, 1,4% Nickel, 1,3% Kupfer und 0,2% Kobalt.



Tiefseefoto- und Fernsehschleppsystem für 6000 m Wassertiefe von IBAK Kiel

Auf der Ausstellung „Schiff, Maschine, Meerestechnik" in Hamburg wurde neueste Technik begutachtet. Die westdeutschen Imperialisten drängen im Raub der im Meer und Meeresgrund vorhandenen Rohstoffe an die Spitze. Zu diesem Zweck („Zur Wahrung und Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Belange der deutschen meerestechnischen Industrie") haben sie 1969 die „Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik e.V." gegründet, sodann die „Arbeitsgemeinschaft Meerestechnisch Gewinnbare Rohstoffe" (AMR) und 1972 die „Arbeitsgemeinschaft Information Meeresforschung und Meerestechnik e.V." (AIM), worin durch Einbezug staatlicher Forschungsinstitute der Einsatz des Staatsapparates für die Interessen des imperialistischen Kapitals vorangetrieben wird. „Die deutsche Industrie konnte sich u.a. auf Spezialgebieten wie dem Betrieb von Spezialschiffen zur Versorgung von Bohrinseln, der Erdölprospektion auf See, dem Bau von Bohrinseln und Pipeline-Versorgungsschiffen, der Lieferung von Antrieben und elektrischen Systemen beträchtliche Marktanteile sichern", schreibt die „Wirtschaftsvereinigung". Ein besonderes Interesse besteht an der Manganknollen-Förderung für die Eisen- und Stahlproduktion; hierfür wurden bereits über 100 Mio. DM investiert.

Solange das Kernkraftwerk Brunsbüttel noch steht, hört der Kampf nicht auf!

r.suo. Der Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein e.V., die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz Heide und die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (Dithmarschen Nord) haben in einer gemeinsamen Resolution gefordert: Sofortige und endgültige Stillegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel. Hartnäckig halten die Volksmassen an ihren Forderungen gegen das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung fest. Es nützt dem bürgerlichen Staatsapparat und den Kapitalisten nichts, „Tatsachen zu schaffen" in der Hoffnung, damit die Bewegung zu demoralisieren und lahmzulegen. Über 200 Einsprüche hatte es 1968 gegen den Bau des Kernkraftwerkes gegeben. In Hamburg haben Physikstudenten damals angefangen mit Untersuchungen über Kernkraftwerke, um dem Kampf dagegen zu nützen. 1976 wurde in Brunsbüttel die Bürgerinitiative gegründet. Zusammen mit dem Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf wurde auch der Kampf gegen das inzwischen gebaute und in Betrieb genommene Kernkraftwerk Brunsbüttel verstärkt. Jetzt wird für die Stillegung gekämpft.

„Personell abschotten" und „zur Sicherheit" die gesetzlich zulässigen Höchstwerte drastisch heraufsetzen, u.a. damit versucht die Bourgeoisie, in Zukunft um eine Betriebsstillegung herumzukommen, die ungeheuren Kosten auf die Volksmassen abzuwälzen und den politischen Zusammenschluß für die endgültige Stillegung zu zerstören.

Mit den Ärzten aus der Gegend haben die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) die Taktik ausprobiert. Sie sollten für diese Manöver gewonnen werden und sich gegen den Kampf der Volksmassen stellen. Auf einer Veranstaltung wurde ein Vortrag über die Ungefährlichkeit der Kernenergie gehalten. Dann wurde der letzte Störfall zum Normalfall erklärt, denn es sei nicht mehr als die gesetzlich erlaubte Menge an Radioaktivität ausgetreten.

Dann wurden die Ärzte aufgefordert, sich als Wissenschaftler doch an das wissenschaftliche Material der HEW zu halten und nicht an die Zeitungen.

Die Ärzte haben sich darauf nicht eingelassen, sondern stattdessen die Forderung nach sofortiger und endgültiger Stillegung beschlossen. Für diese Forderung organisieren sie gegenwärtig eine Unterschriftensammlung in allen Krankenhäusern in Schleswig-Holstein.

Die Bürgerinitiative Brunsbüttel hatte anläßlich des letzten Unfalles eine Demonstration für die Stillegung organisiert. Jetzt finden Veranstaltungen statt und Flugblattaktionen, z.B. über die Auswirkungen des Kernkraftwerkes auf die Milchbauern. Wenn die HEW das Kernkraftwerk im nächsten Frühjahr wieder in Gang setzen will, sind ihr jetzt schon Aktionen angedroht.

Wie in Brunsbüttel, so organisieren die Initiativen auch in Esenshamm den Kampf für die Stillegung des neu in Betrieb genommenen Kernkraftwerkes.

Die Bürgerinitiative in Delmenhorst will Untersuchungen machen unter anderem über die Lage der betroffenen Bauern, um so den Zusammenschluß gegen das Kernkraftwerk zu stärken.

An keinem Ort ist es der Bourgeoisie gelungen, ihr Energieprogramm durchzusetzen und Kernkraftwerke in Ruhe zu betreiben. So ergeht es der Bourgeoisie überall. Wo ein KKW gebaut wird, kämpfen die Volksmassen gegen den Bau. Wo ein KKW gebaut ist, kämpfen die Volksmassen gegen die Inbetriebnahme. Ist ein KKW in Betrieb genommen, wird für die Stillegung gekämpft. Nieder mit dem imperialistischen Energieprogramm.

Die Gerichte setzen die Interessen der Kraftwerkskapitalisten durch/Inbetriebnahme in Esenshamm

17.4.1971: Die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) stellen einen Genehmigungsantrag für das Kernkraftwerk; mit den Baumaßnahmen wurde bereits begonnen.

28.6.1972: Die erste atomrechtliche Teilgenehmigung wird erteilt; Auflagen sind: Kühltürme zu bauen, den Wärmelastplan der Weser einzuhalten, kein radioaktives Kühlwasser in das Butjadinger Bewässerungssystem zu leiten.

Juli 1973: Beginn der wasserrechtlichen Erörterungstermine. Bereits während der Verhandlungen wird die Erlaubnis zur Wasserentnahme erteilt sowie eine Teilgenehmigung für wasserrechtliche Bauwerke. 1974 kommen weitere atomrechtliche Teilgenehmigungen hinzu; Kühltürme sind jetzt nicht mehr vorgesehen.

5.4.1976: Die 7. atomrechtliche Teilgenehmigung wird erteilt und der Probebetrieb aufgenommen.

18.5.1976: Aufgrund einer Klage mehrerer Bürger muß der Probelauf unterbrochen werden.

15./16.8.1976: Zweite Verhandlungsrunde vor dem Gericht in Oldenburg. Die 2. wasserrechtliche Teilgenehmigung wird aufgehoben. Die niedersächsische Landesregierung setzt den Wärmelastplan für die Weser in einem nichtöffentlichen Erlaß außer Kraft (später wird der Wärmelastplan entsprechend den Bedürfnissen der NWK abgeändert).

November 1976: Die Landesregierung genehmigt erneut den Probebetrieb.

12.12.1977: Beginn des Prozesses vor dem Verwaltungsgericht in Oldenburg. Für eine Woche in der Weser-Ems-Halle angesetzt, zieht sich dieser Prozeß großenteils unter Ausschluß der Öffentlichkeit bis in den September 1978 hinein. Mehrere Teilgenehmigungen werden vorübergehend außer Kraft gesetzt.

15.9.1978: Das Verwaltungsgericht Oldenburg beschließt, daß das Kernkraftwerk in Betrieb genommen werden könne, wofür die Kraftwerkskapitalisten bereits alles vorbereitet haben. Die Inbetriebnahme erfolgt in unmittelbarem Anschluß an das Gerichtsurteil.

Sozialdemokratische Verbotsvorbereitungen

b.rül. Die Anstrengungen der bürgerlichen Klasse, die Tätigkeit der Soldaten- und Reservistenkomitees zu unterbinden, sind beträchtlich.

Jetzt hat der Kieler Magistrat sich eingeschaltet. Oberbürgermeister Bantzer, der schon seit langem bemüht ist, unter seinen Bourgeoisiefreunden sich nach vorne zu robben und sich – im Falle des Falles, daß Matthiesen in den Landtagswahlen untergeht – für ,,Höheres'' bereithält, hat dem Soldaten- und Reservistenkomitee Holstein die Aula der Humboldtschule für die Durchführung der Mitgliederversammlung sperren lassen.

,,Die Darstellungen in dieser Zeitung (gemeint ist die Volksmiliz) zielen darauf ab, die pflichtgemäße Bereitschaft der Bundeswehrsoldaten zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu untergraben, indem sie *wahrheitswidrig* (Hervorhebung von uns) aufzeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Angriffskrieg vorbereite, die Bundeswehr zur gewaltsamen Stützung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen benutze oder zu benutzen beabsichtige, Soldaten unterdrücke, Gesundheit der Soldaten bewußt gefährde und Soldaten ihre ihnen zustehenden Rechte entziehe. Es werde der Bundesminister für Verteidigung als ,Kriegsminister' bezeichnet.'' Weiter heißt es dann in der Verbotsbegründung: ,,Es wurde verabredet, daß die Mitglieder des SRK mit verschiedenen Polizeibeamten der verschiedenen Reviere Diskussionen führen sollten, um sie ,,von der Notwendigkeit des Kampfes der Rekruten gegen ihre Ausbeutung'' zu überzeugen. Dies stellt nach Auffassung der Antragsgegnerin eine Vereinbarung zur Vornahme planmäßiger Wehrkraftzersetzung dar.

So hat er sich in einer längeren Begründung dieses Verbots gegenüber dem Verwaltungsgericht Schleswig ausgelassen. Das Verwaltungsgericht hat jetzt die einstweilige Verfügung des SRK gegen dieses Raumverbot abgelehnt ,,aus der Tatsache, daß ernsthaft die Gefahr strafbarer Handlungen besteht.''

Die Kieler Sozialdemokraten unternehmen derzeit Anstrengungen, die revolutionäre Tradition der Kieler Arbeiter- und Soldatenbewegung für sich zu vereinnahmen und zu diesem Zweck zu verfälschen. Ein dickes Buch haben sie herausgegeben über den Matrosenaufstand 1918, an der Volkshochschule veranstalten sie dazu ganze Seminare. Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion zu verschütten und ihre eigne schmierige Rolle als Steigbügelhalter der Bourgeoisie bei der Niederschlagung dieser Kämpfe zu vertuschen ist die Absicht. Das Verbot der städtischen

Verbotsbegründung: ,,Es wurde verabredet, daß die Mitglieder des SRK mit verschiedenen Polizeibeamten der verschiedenen Reviere Diskussionen führen sollten, um sie ,,von der Notwendigkeit des Kampfes der Rekruten gegen ihre Ausbeutung'' zu überzeugen. Dies stellt nach Auffassung der Antragsgegnerin eine Vereinbarung zur Vornahme planmäßiger Wehrkraftzersetzung dar.
So hat er sich in einer längeren Begründung dieses Verbots gegenüber dem Verwaltungsgericht Schleswig ausgelassen. Das Verwaltungsgericht hat jetzt die einstweilige Verfügung des SRK gegen dieses Raumverbot abgelehnt ,,aus der Tatsache, daß ernsthaft die Gefahr strafbarer Handlungen besteht.''
Die Kieler Sozialdemokraten unternehmen derzeit Anstrengungen, die revolutionäre Tradition der Kieler Arbeiter- und Soldatenbewegung für sich zu vereinnahmen und zu diesem Zweck zu verfälschen. Ein dickes Buch haben sie herausgegeben über den Matrosenaufstand 1918, an der Volkshochschule veranstalten sie dazu ganze Seminare. Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion zu verschütten und ihre eigne schmierige Rolle als Steigbügelhalter der Bourgeoisie bei der Niederschlagung dieser Kämpfe zu vertuschen ist die Absicht. Das Verbot der städtischen

Räume für das SRK kann da ziemlich hinderlich werden. Zumal sich Bantzer mit seinen kühnen Behauptungen über die Wahrheitswidrigkeit der Aussagen in der Volksmiliz weiter nach vorn gewagt hat als sogar die Staatsschutzkammer Flensburg. Das SRK wird den Magistrat auffordern zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über dieses Verbot und über die angebliche ,,Wahrheitswidrigkeit'' der Aussagen der Volksmiliz. Und zwar in der Humboldtschule. Kann sein, daß Banzer kneift. Viel traut er sich jedenfalls nicht zu. Am Tage des Verbots der Veranstaltung in der Humboldtschule hat Banzer eine Kundgebung des SRK an der Blücherbrücke genehmigen müssen.

,,Chinesisches Handtuch'' und andere Foltermethoden

Wie die Bundeswehrführung auf die Aufdeckung von Folterpropaganda reagiert

b.uwb. Im Raketenartilleriebataillon 2/62 der Liliencron-Kaserne in Kellinghusen wird in der Ausbildung der Rekruten propagiert, das Kriegsvölkerrecht mit Füßen zu treten. Oberfeldwebel Ravok zeigt den Soldaten, wenn sie nach der Grundausbildung in seiner Einheit gelandet sind, wie das geht. Insgesamt sind drei Fälle bekannt, wie der Oberfeldwebel demonstriert, aus Kriegsgefangenen Informationen zu pressen. Das geht dann so: Zunächst mußte sich zum Beispiel am 11. Juli 1978 ein Soldat bei der Infanteriegefechtsausbildung mit gespreizten Beinen an einen Baum anlehnen. Ravok demonstrierte dann das Durchsuchen nach Waffen, sagte plötzlich: ,,So, jetzt wehrt er sich'' und trat dem Soldaten die Füße weg. Die Methodik gefiel dem Oberfeldwebel so gut, daß er es noch zweimal zusätzlich vorführte. Anschließend wurde ein Rekrut mit einer Drahtschlinge am Boden festgebunden, drei anderen wurde befohlen, ihn an Armen und Beinen festzuhalten. Ravoks Kommentar: ,,Dazu müßte man ihm noch S-Draht um den Hals legen, damit er nicht zuviel Bewegungsfreiheit hat''. Nun wurde dem Soldaten ein Handtuch über das Gesicht gelegt und solange Wasser darauf gegossen, bis er keine Luft mehr bekam. So wäre der Soldat zu jeder Aussage bereit. Ravok sicherte sich gegenüber den Soldaten, die diese Art Ausbildung angriffen, damit ab, daß dies laut Kriegsvölkerrecht (3.Genfer Abkommen vom 12. August 1949) verboten sei. Aber im Ernstfall seien alle Informationen über den Feind, die für die eigene Truppe lebenswichtig sind, von Bedeutung, und im übrigen hätte man vom Feind auch keine bessere Behandlung zu erwarten.

In einem Fall wettete Ravok mit einem Soldaten um eine Flasche Bier, daß er ein vorher genanntes Stichwort nicht für sich behalten könne. Ravok gewann die Wette mit schon bekanntem ,,chinesischen Handtuch''. Ein anderes Beispiel der Verletzung des Kriegsvölkerrechts lieferte Stabsunteroffizier R. Nordmann, der mit Ravok in einer Teileinheit zusammenarbeitet.

Am Montag, den 24.7.78 unterrichtete er die gesamte Batterie über das Durchschlagen versprengter Gruppen. Um diese kleinen Gruppen beweglicher zu machen, müßten Kriegsgefangene sofort erschossen werden, weil diese das Vorwärtskommen stark behinderten. ,,Das ist zwar verboten, aber wo kein Kläger ist...'' meinte StUffz Nordmann dazu.

Der Vertrauensmann sprach deswegen beim stellvertretenden Batteriechef Oberleutnant Kuhn vor, der den Eindruck hinterließ, daß er echt betroffen sei. In der Truppeninformation äußerte sich Kuhn so, daß Ausbilder Fehler gemacht hätten; er würde mit ihnen sprechen, damit so etwas nicht nochmal vorkommt. In der ZDV 15/2 steht über Kriegsvölkerrecht: ,,Wer sich ergeben hat oder sonst den Kampf einstellt, darf nicht mehr bekämpft, verwundet oder getötet werden.'' Nichtbefolgung ist im Wehrstrafgesetz zwar offiziell unter Strafe gestellt, aber der Sicherung von 50 Milliarden DM Auslandskapital soll kein Völkerrecht irgendwelche Schranken setzen. Vorbilder für die Ausbildung der Soldaten sollen US-Ledernacken oder französische Fremdenlegionäre der imperialistischen Konkurrenten werden, aber das gibt Probleme.

Die Sektion Itzehoe des SRK hat diese Sachen in der Standortausgabe der ,,Volksmiliz'' veröffentlicht. Das wurde von den Soldaten begrüßt, es sprach sich schnell herum. Die Reaktion der Batterieführung war folgendermaßen: Einem Gefreiten wurde der Spind ausgeräumt. Als er dagegen protestierte, daß seine Privatsachen durchsucht und beschlagnahmt wurden, drohten Hauptfeldwebel Blöcker und Oberleutnant Spengler, der zum MAD befördert werden will, ihn festnehmen zu lassen. Nichts war den Herren heilig, nicht einmal ihre eigenen Disziplinarvorschriften. Wilde Panik über schlichte Wahrheit. Den Gefreiten, der Z 4 macht, wollen sie raushaben.

In der Batterie selbst hat sich der Umgangston der Herren mit den Mannschaften arg verändert. Laufende Spindappelle stehen auf der Tagesordnung. Überall riechen sie den Virus der ,,Volksmiliz''. Durch verstärkte Schikane denken sie, den Widerstand der Soldaten gegen die Ausbildung zum Metzgerhund unterdrücken zu können. So mußten die Soldaten etliche Male raustreten, Trepp auf, Trepp ab. Die Treppe verjüngt sich nach oben, unvermeidlich tritt man sich gegenseitig auf die Füße. Danach Schuhappell. Jetzt steht mittlerweile jeden Freitag-Nachmittag noch Appell für Stubendienst auf dem Dienstplan, und zwar von 16.30 bis 17.30 Uhr, wo die Soldaten nach Hause wollen. Normalerweise ist zwischen 15.30 und 16.00 Uhr Dienstschluß. Folterausbildung findet allerdings nicht mehr statt. Spengler berät sich zur Zeit in Bonn, was zu tun sei, Oberfeldwebel Ravok ist krankgeschrieben.



Rekruteneinzug. Mit vielfältigen Methoden kämpft die bürgerliche Klasse regelmäßig darum, die neuen Rekruten sogleich bei ihrer Ankunft am Standort von den Volksmassen zu isolieren und in die Kaserne zu schaffen. In Pinneberg (siehe Bild) ordnete die Offiziersmannschaft zu diesem Zweck die Bildung von Spalieren an und daß die Rekruten nur durch dieses Spalier zu den wartenden Lastwagen und Bussen gehen dürften. Die Verteilung der Volksmiliz konnte sie damit nicht verhindern. In Flensburg hat das Soldaten- und Reservistenkomitee die neuen Rekruten im Bahnhof Weiche mit einem Theaterstück empfangen, das die Unterdrückung in der Briesen-Kaserne angreift und die berüchtigte ,,Kampfsau'' Schmidt. Dies wurde von den Rekruten mit Beifall begrüßt. Die Offiziere haben die Rekruten so schnell wie möglich aus dem Bahnhof gedrängt. Ihr Versuch, das SRK sodann in dem Bahnhof einzukesseln und zu überfallen, ist ihnen danebengegangen.

Wer will behaupten, daß Herr Ehrenberg in der Uni-
sage bereit. Ravok sicherte sich gegenüber den Soldaten, die diese Art Ausbildung angriffen, damit ab, daß dies laut Kriegsvölkerrecht (3.Genfer Abkommen vom 12. August 1949) verboten sei. Aber im Ernstfall seien alle Informationen über den Feind, die für die eigene Truppe lebenswichtig sind, von Bedeutung, und im übrigen hätte man vom Feind auch keine bessere Behandlung zu erwarten.
In einem Fall wettete Ravok mit einem Soldaten um eine Flasche Bier, daß er ein vorher genanntes Stichwort nicht für sich behalten könne. Ravok gewann die Wette mit schon bekanntem ,,chinesischen Handtuch''. Ein anderes Beispiel der Verletzung des Kriegsvölkerrechts lieferte Stabsunteroffizier R. Nordmann, der mit Ravok in einer Teileinheit zusammenarbeitet.
Am Montag, den 24.7.78 unterrichtete er die gesamte Batterie über das Durchschlagen versprengter Gruppen. Um diese kleinen Gruppen beweglicher zu machen, müßten Kriegsgefangene sofort erschossen werden, weil diese das Vorwärtskommen stark behinderten. ,,Das ist zwar verboten, aber wo kein Kläger ist...'' meinte StUffz Nordmann dazu.
Der Vertrauensmann sprach deswegen beim stellvertretenden Batteriechef Oberleutnant Kuhn vor, der den Ein-



Rekruteneinzug. Mit vielfältigen Methoden kämpft die bürgerliche Klasse regelmäßig darum, die neuen Rekruten sogleich bei ihrer Ankunft am Standort von den Volksmassen zu isolieren und in die Kaserne zu schaffen. In Pinneberg (siehe Bild) ordnete die Offiziersmannschaft zu diesem Zweck die Bildung von Spalieren an und daß die Rekruten nur durch dieses Spalier zu den wartenden Lastwagen und Bussen gehen dürften. Die Verteilung der Volksmiliz konnte sie damit nicht verhindern. In Flensburg hat das Soldaten- und Reservistenkomitee die neuen Rekruten im Bahnhof Weiche mit einem Theaterstück empfangen, das die Unterdrückung in der Briesen-Kaserne angreift und die berüchtigte ,,Kampfsau'' Schmidt. Dies wurde von den Rekruten mit Beifall begrüßt. Die Offiziere haben die Rekruten so schnell wie möglich aus dem Bahnhof gedrängt. Ihr Versuch, das SRK sodann in dem Bahnhof einzukesseln und zu überfallen, ist ihnen danebengegangen.

Veranstaltungen und Termine

Mittwoch, 11.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Storman
,,Müllverbrennungsanlage Stapelfeld. Der Unrat der kapitalistischen Profitproduktion mindert die Naherholungsgebiete.''
Ahrensburg ,,Baracke'', Stormanstraße

Donnerstag, 12.10.78, 20 Uhr
Mitgliederversammlung des Komitee gegen den § 218 Holstein
,,Durch die dauernden Lohnsenkungen erzwingen die Kapitalisten Akkord-, Nacht-, und Schichtarbeit. Die Zerstörung der Arbeiterfamilie ist im Kapitalismus gesetzmäßig.''
Kiel, Aula der Humboldtschule, Knooper Weg.

Freitag, 13.10.78, 20 Uhr
Kreisveranstaltung Segeberg
,,Der Flughafen Kaltenkirchen – die Arbeiter und Bauern werden ihn verhindern.''
Segeberg, ,,Zur Lohmühle'', Kurhausstraße.

Kreisveranstaltung Kiel
,,Unterdrückung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes und frühzeitige Abrichtung für die kapitalistische Produktion. Die Politik des Kieler Magistrats.''
Kiel, Aula der Humboldtschule, Knooper Weg.

Sektionen des Soldaten- und Reservistenkomitees. Sitzungen.
Neumünster: Mittwoch, 20 Uhr, Hotel Stadt Reudsburg, beim Hauptbahnhof.
Kiel: Mittwoch, 20 Uhr, Holstengaststätte, Waitzstraße.
Pinneberg: Donnerstag, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte.
Itzehoe: Dienstag, 19.30 Uhr, bei U. Barkmann, Große Paaschburg 9.
Lübeck: Mittwoch, 19.30 Uhr, Pizzeria Rimini, große Burgstraße

Rekruteneinzug

b.reh. Rekruteneinziehung in Lübeck. Ein Oberleutnant höchstpersönlich setzt sich ans Steuer, um einen Mannschaftstransportwagen voll Rekruten vom Bahnhofsgelände zu bringen. Mit einem Affenzahn jagt er durch die Ausfahrt, um den Parolen des Soldaten- und Reservistenkomitees zu entkommen. In der nächsten Kurve springt ihm der Gang aus dem Getriebe, der Wagen steht auf einen Schlag. Ums Verrecken will die Bundeswehrführung die Rekruten von der revolutionären Propaganda isolieren. Es gelingt ihr nicht. Während des Verladevorgangs werden die Rekruten mit kurzen Ansprachen des SRKs begrüßt, und die Fahrzeuge, die von Mannschaftsdienstgraden gelenkt werden, fahren langsam oder halten an der Ausfahrt an, so daß ein Teil der Rekruten die Volksmiliz bekommen kann.

Überall, wo das SRK regelmäßig
komitees. Sitzungen.
Neumünster: Mittwoch, 20 Uhr, Hotel Stadt Reudsburg, beim Hauptbahnhof.
Kiel: Mittwoch, 20 Uhr, Holstengaststätte, Waitzstraße.
Pinneberg: Donnerstag, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte.
Itzehoe: Dienstag, 19.30 Uhr, bei U. Barkmann, Große Paaschburg 9.
Lübeck: Mittwoch, 19.30 Uhr, Pizzeria Rimini, große Burgstraße
Rekruteneinzug
b.reh. Rekruteneinziehung in Lübeck. Ein Oberleutnant höchstpersönlich setzt sich ans Steuer, um einen Mannschaftstransportwagen voll Rekruten vom Bahnhofsgelände zu bringen. Mit einem Affenzahn jagt er durch die Ausfahrt, um den Parolen des Soldaten- und Reservistenkomitees zu entkommen. In der nächsten Kurve springt ihm der Gang aus dem Getriebe, der Wagen steht auf einen Schlag. Ums Verrecken will die Bundeswehrführung die Rekruten von der revolutionären Propaganda isolieren. Es gelingt ihr nicht. Während des Verladevorgangs werden die Rekruten mit kurzen Ansprachen des SRKs begrüßt, und die Fahrzeuge, die von Mannschaftsdienstgraden gelenkt werden, fahren langsam oder halten an der Ausfahrt an, so daß ein Teil der Rekruten die Volksmiliz bekommen kann.

Überall, wo das SRK regelmäßig die neu eingezogenen Rekruten mit revolutionärer Propaganda begrüßt hatte, sind die Mittel zur Isolierung der Rekruten von der Divisionsführung verfeinert worden. In Lübeck wurden die Soldaten wie Schlachtvieh verladen, die Transportfahrzeuge dann rundum verschnürt. In Neumünster wurde erstmalig, nach kurzem Halt auf dem Hauptbahnhof, der 4 km entfernte Südbahnhof angesteuert. In Pinneberg wurden die SRK-Mitglieder von Anfang an angegriffen, die Kette von Soldaten, die die Rekruten auf dem Weg vom Bahnsteig zu den Bussen abschirmen sollte, dichter gemacht, die Rekruten schneller durch das Spalier getrieben.

Daß die Schikanen der bürgerlichen Unterdrückungsorgane auf den Abscheu und Widerstand der Massen treffen, mußte der Generalstab bei jedem Rekruteneinzug registrieren. Deshalb haben sie das Kommando gegeben, wenn zu schikanieren oder zuzuschlagen, dann nicht vor größeren Menschenansammlungen. So sind die Hüter der bürgerlichen Ordnung dann auch verfahren. In Pinneberg haben sie einen Büchertisch abgeräumt, als der Bahnhof leer war, in Neumünster konnte auf dem Bahnsteig unter den Augen der Bahnpolizei an einem kurz haltenden Sonderzug agitiert werden. In Kiel und Eckernförde, wo das SRK erstmalig aktionsmäßig die ankommenden Soldaten begrüßte, waren Polizei- und Bundeswehrführung offensichtlich überrascht. Vor großen Gruppen von Soldaten wurden Ansprachen gehalten sowie die Volksmiliz und die Kommunistische Volkszeitung vertrieben.

Wer will behaupten, daß Herr Ehrenberg in der Uni-Chirurgie keine Patienten auf dem Gewissen hat?

b.mah. Um die bisherigen Auswirkungen des Ehrenbergprogramms auf die Volksmassen zu untersuchen, braucht man nur den durchschnittlichen Gang eines Patienten durch die ,,Instanzen'' eines Krankenhauses zu verfolgen. Nehmen wir hier das Beispiel der Uni-Kliniken Kiel und zwar der Chirurgie. Beginnen tut der Leidensweg gleich mit einer ,,Aussortierung'', nämlich besonders schwer verletzter bzw. besonders geschwächter Patienten. Häufig müssen Patienten lange auf einen Transport in die Klinik warten und hinzu kommen noch die bekannt weiten Anfahrtswege etwa vom Ostufer her. Der Kieler Magistrat hat da schon das Seine dazu beigetragen, einmal durch das lange Hinauszögern des Baus einer Unfallklinik am Ostufer – etwa für die Arbeiter von HDW – und ganz aktuell hat er die Mittel für einen Notarztwagen für das Ostufer verweigert. Dementsprechend erreichen z.B. nachts einige Patienten die Ambulanz der Uni-Chirurgie gar nicht mehr oder aber haben durch lange Wartezeiten und Transportweg schon größeren Schaden erlitten.

Aber damit ist das Warten noch lange nicht zu Ende, denn es sind ja häufig schon andere Unfälle da, die weiterbehandelt werden müssen. So entsteht hier nicht selten ein blutiges Gruselkabinett vom Wartezimmer bis auf die Flure hinaus. Ist die Erstversorgung durchgestanden, kommt ein besonders makabres Nadelöhr – das Röntgen. Hat man die Röntgenbilder noch nicht beurteilt, weiß man in der Regel noch nicht definitiv, was die Patienten haben. Sie müssen aber häufig unbeaufsichtigt mehrere Stunden warten, da die einzige Röntgenassistentin z.B. gerade eine Untersuchung für die Herz- und Gefäßchirurgie oder die Urologie durchführt oder etwa einen Schwerkranken auf der Intensivstation röntgen muß (das dauert nicht selten über 2 Stunden). Patienten mit leichteren Verletzungen müssen dann häufig über 4 Stunden auf eine Röntgenaufnahme warten, wobei sie sich natürlich in solchen Augenblicken auch in der Ambulanz stauen, weil es im Röntgen nicht weitergeht. Patienten mit einem ,,akuten Bauch'' (z.B. Blinddarmdurchbruch), die in der Regel sofort operiert werden müssen, müssen schon mal 2 Stunden auf den Oberarzt warten, bis dieser z.B. aus dem Operationssaal kommt. Laufen nachts zudem vielleicht noch zwei Operationen, ist es schwierig für einen eventuellen Unfall, in dieser Zeit einen Arzt zu bekommen oder aber die Intensivstation wird von ihnen vernachlässigt. Ganz zu schweigen von ,,Kunstfehlern'', die einfach auftreten müssen, wenn Ärzte und Pflegepersonal mal (z.B. OP) über 48 Stunden auf den Beinen sein müssen. Hat man aber als Patient all diese Stationen – man muß schon sagen glücklich – überlebt, wird man weiter der ,,natürlichen Auslese'' ausgesetzt. So mußte auf der Kinderstation, auf der es in der Regel nur eine Nachtwache gibt, ein fünfjähriges Kind auf ein dreijähriges, das noch halb in Narkose war, aufpassen, wenn die Schwester in ein anderes Zimmer mußte.

Trotzdem kann man sich noch glücklich schätzen, wenn überhaupt ein Bett für einen frei ist, da man sonst nach stundenlangem Telefonieren und Warten auf einen Krankenwagen bis nach Rendsburg ,,verschickt'' wird. Enorm sind auch die Auswirkungen der Arbeitshetze für das Personal selbst, wenn das ewige Sodbrennen, was sich besonders bei der Nachtarbeit zeigte, sich als Magengeschwür entpuppt, oder etwa die nächtliche Atemnot und Schweißausbrüche sich in einem Herzinfarkt ,,auflösen''.

In der Endoskopieabteilung (Magen- und Darmspiegelungen) ist der Oberarzt Troidl soweit gegangen, daß die beiden Endoskopiekräfte nach ihrer Tagesarbeit auch noch eine Nachtbereitschaft machen müssen.

Die Forderung für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Beschränkung der Nachtarbeit auf 4 Stunden bei vollem Lohn sind richtig und das einzige Mittel, dieser immer unverschämteren Antreiberei entgegenzutreten. Durchsetzen wird man das allerdings nur können, wenn man in den kommenden Kämpfen einen ausreichenden Lohn erkämpft.

Das Ehrenbergprogramm insgesamt wird die Arbeiterklasse zu Fall bringen über die Forderungen der alleinigen Kontrolle der Versicherungkassen und das jederzeitige Inspektionsrecht der Krankenhäuser durch ihre Vertretungsorgane.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Lohnraub bei den Krankenpflegeschülern der Uni-Kliniken Kiel wird nicht gelingen

b.san.Kiel. An der Universitäts-Krankenpflegeschule in Kiel hat die Schulleitung mitgeteilt, daß ab sofort jedes unentschuldigte Fehlen bei der Arbeit oder in der Schule Lohnabzug bedeutet.

Ferner wird bei dreimaliger Ermahnung eine Eintragung in die Personalakte vorgenommen. Ändert der Schüler sein Verhalten nicht, so werden ‚entsprechende Konsequenzen' die nicht näher erläutert sind, ‚gezogen'. Als dem vierten Kurs diese Erklärung vorgelesen wurde, hat sich eine klare Mehrheit gegen diesen Lohnraub und die geplanten Disziplinierungsmaßnahmen ausgesprochen. Schon vorher wurde ein weiterer Angriff auf den Lohn gestartet. Der Lohnzettel ist in den meisten Monaten ziemlich verwirrend: jeder hat verschiedene Zuschläge und deshalb auch verschiedene Abzüge. Deshalb war es immer kompliziert, die Richtigkeit der Lohnzettel zu überprüfen. Diesmal trat der Betrug ziemlich offen zu Tage: Keiner der Auszubildenden hatte einen Extrazuschlag durch Wochenend-, Feiertags- und Nachtarbeit. Es hatten alle die gleiche Grundvergütung, und es sind Differenzen trotz gleicher Steuerklasse beim Lohnsteuerabzug bis zu 10 DM aufgetreten.

Dazu hatte der Kurs durchgesetzt, daß am nächsten Unterrichtstag der zuständige Sachbearbeiter der Hauptverwaltung in einer Unterrichtsstunde den Betrug des letzten Lohnzettels erklärt. Diese zugesicherte Unterrichtsstunde ist ausgefallen. Angeblich, weil der Zuständige wegen zu viel Arbeit nicht kommen konnte. Die Schüler wollen nicht locker lassen und bestehen weiterhin darauf, daß diese Stunde stattfindet.

Lehrlinge organisieren Widerstand gegen Internatsunterdrückung

Holstein. Ahrensbök. Vor 14 Tagen hat das neue Ausbildungsjahr im Ausbildungszentrum der Bauindustrie in Ahrensbök begonnen. Im Rahmen der Stufenausbildung werden hier Maurer, Stahlbetonbauer, Zimmerer und Straßenbauer außerhalb der Produktion ausgebildet.

Die Lehrlinge sind aus ganz Schleswig-Holstein nach Ahrensbök geschickt und müssen dort in dem von den Baukapitalisten errichteten Internat wohnen. Der Zweck dieses Internats besteht für die Kapitalisten darin, die Lehrlinge von den Erfahrungen der Arbeiterklasse während der Ausbildung abzukapseln und durch brutale Unterdrückung für die spätere Ausbeutung gefügig zu machen.

Dazu hatte der Kurs durchgesetzt, daß am nächsten Unterrichtstag der zuständige Sachbearbeiter der Hauptverwaltung in einer Unterrichtsstunde den Betrug des letzten Lohnzettels erklärt. Diese zugesicherte Unterrichtsstunde ist ausgefallen. Angeblich, weil der Zuständige wegen zu viel Arbeit nicht kommen konnte. Die Schüler wollen nicht locker lassen und bestehen weiterhin darauf, daß diese Stunde stattfindet.

Lehrlinge organisieren Widerstand gegen Internatsunterdrückung

Holstein. Ahrensbök. Vor 14 Tagen hat das neue Ausbildungsjahr im Ausbildungszentrum der Bauindustrie in Ahrensbök begonnen. Im Rahmen der Stufenausbildung werden hier Maurer, Stahlbetonbauer, Zimmerer und Straßenbauer außerhalb der Produktion ausgebildet.

Die Lehrlinge sind aus ganz Schleswig-Holstein nach Ahrensbök geschickt und müssen dort in dem von den Baukapitalisten errichteten Internat wohnen. Der Zweck dieses Internats besteht für die Kapitalisten darin, die Lehrlinge von den Erfahrungen der Arbeiterklasse während der Ausbildung abzukapseln und durch brutale Unterdrückung für die spätere Ausbeutung gefügig zu machen.

Sie haben die Lehrlinge praktisch 24 Stunden unter ihrer Fuchtel. Die Lehrlinge müssen z.B. laut Hausordnung um 21.30 Uhr im Haus sein, ab 22 Uhr ist Bettruhe. Mittwoch herrschte bisher Ausgehverbot. Auf dem gesamten Internatsgelände herrscht striktes Alkoholverbot.

Hinzu kommen eine ganze Latte von Strafen. So haben z.B. gerade drei Lehrlinge Ausgangsverbot, weil sie erst um 24 Uhr ins Heim zurückgekommen sind und auf dem Weg dorthin einen Betonmischer beschädigt haben. Ein anderer Lehrling ist wegen wiederholter Trunkenheit und weil er sich geweigert hat, eine bekotzte Bettmatraze zu bezahlen, bereits geflogen. Ständig müssen die Lehrlinge wegen irgendwelcher Kleinigkeiten zum Heimleiter Heydeck, um sich Verwarnungen und ähnliches abzuholen. Aber die Lehrlinge haben bereits zu Beginn des Lehrjahres begonnen, sich erfolgreich gegen diese Heimunterdrückung zu organisieren. Bereits nach drei Tagen sollte drei Lehrlingen, die sich geweigert hatten, um 23 Uhr das Licht in ihrem Zimmer auszumachen, die Mitfahrt zur Bauausstellung Neumünster verweigert werden, und stattdessen sollten sie arbeiten. Aber die Heimleitung mußte sie fahren lassen. Hätten sie es nicht getan, wäre keiner der Klasse gefahren.

Bereits nach einer Woche mußte Heimleiter Heydeck das generelle Ausgangsverbot für Mittwoch abend aufheben. Er war dazu von allen vier Klassensprechern der anwesenden Klassen aufgefordert worden. Die Bettruhe beginnt inzwischen erst ab 23 Uhr.

VAW-Arbeiter streiken für Abschaffung des Prämiensystems

b.stk. Auf der letzten Betriebsversammlung bei VAW Neumünster hatten die Kollegen der Profilweiterbearbeitung die Streichung des Prämiensystems und 1,20 DM für alle gefordert.

Letzten Montag haben die Kollegen in der Spätschicht eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. Mit dem Prämiensystem ist es der Geschäftsführung gelungen, die Stückzahlen teilweise um über 60% zu steigern. Wer bei dieser Arbeitshetze krank wird, bekommt eine Abmahnung ins Haus, in der ihm mit der Kündigung gedroht wird. Der Betriebsrat hat es inzwischen abgelehnt, die Forderung der Kollegen zu unterstützen, mit der Begründung, daß 8 Kollegen in der Abteilung über 1,20 DM und 8 Kollegen unter 1,20 DM kriegen würden, so daß eine Abstimmung unentschieden auslaufen würde. Außerdem wäre das ungerecht und die fleißigen Kollegen würden auf die faulen schimpfen. Nun ist es allerdings so, daß auf der Betriebsversammlung auch Kollegen, die 1,60 DM haben, die Forderung unterstützt haben. Der Grund dafür ist sehr einfach. Auf 1,60 DM kommt man nur, wenn man die ganze Zeit ohne Pause an der Maschine steht und obendrein noch ein paar Tricks kennt, beim Auswechseln der Teile oder um die Maschine schneller zu stellen. Oder man muß sich mit dem Meister oder dem Abteilungsleiter gut verstehen, dann bekommt man auch 1,60 oder zwei Mark. Früher gab es in der Abteilung eine Prämie für alle gleich, die aber in der Höhe an den Umsatz der Abteilung gebunden war und zwischen 70 Pfennig und 1,30 DM schwankte. Das führte natürlich zu einer Spaltung in der Abteilung, weil diejenigen, die hohe Stückzahlen machten, denjenigen, die weniger machten, die Schuld gaben, wenn die Prämie für den Monat niedrig war. Das ist allerdings kein Argument gegen eine feste „Prämie" von 1,20 DM, weil die sich nicht ändert mit dem Umsatz der Abteilung.

Am Mittwoch kam dann in der Spätschicht der Abteilungsleiter an, um mit den Kollegen über die Forderung zu diskutieren. Er erklärte, daß die Forderung nie durchkommen würde, und ob es nicht stattdessen gerechter sei, Akkord einzuführen, außerden würde man dabei auch mehr verdienen. Die Kollegen haben ihm entgegengehalten, daß man das von der Duschkabinenfertigung kennt.
Dort ist es so, daß die Kollegen ununterbrochen mit einer Wahnsinnsgeschwindigkeit die Maschinen bedienen müssen, auf der einen Seite der Halle der Meister steht, auf der anderen Seite der Vorarbeiter, die jeden anmachen, der mal 5 Minuten Pause macht.

Die Kollegen haben erzählt, daß sie mit dem Lohn kaum an das herankommen, was sie früher ohne Akkord gehabt haben. Der Abteilungsleiter hat dann – als ausgefuchster Sozialdemokrat und als ehemaliges Betriebsratsmitglied mit allen Mitteln des Betrugs vertraut – ein neues Manöver aufgetischt. Mit dem Prämiensystem solle alles beim alten bleiben, nur gegen die Arbeitshetze müsse man was unternehmen. Erstens soll stärker kontrolliert werden, damit keiner mehr aufschreibt, als er tatsächlich gemacht hat und zweitens sollen die Zeiten an den Maschinen genommen werden, so daß die Zeiten dann die Stückzahlen bestimmen und nicht das, was der Schnellste gemacht hat. Daß die Stoppuhr ein Mittel gegen Arbeitshetze sei, war den Kollegen neu, wird es doch mit Sicherheit so sein, daß damit die Stückzahlen noch weiter hochgetrieben werden, als sie ohnehin schon sind. Schließlich geht es der Geschäftsführung und dem Abteilungsleiter um Höchstprofit und nicht um Gerechtigkeit. Weil diese Argumente nicht ziehen, versucht die Geschäftsführung einzelne Kollegen unter Druck zu setzen und mit Kündigungen zu drohen. Von den Kollegen, die vor einem Jahr in der Abteilung angefangen haben, ist nur noch ein Drittel da, der Rest ist rausgeflogen. Unter diesem Druck ist es schwierig, tatsächlich eine Einheit herzustellen. die diese Forderung auch durchsetzen kann.

Die Kollegen beraten jetzt, sich an die anderen Abteilungen zu wenden, wo ebenfalls entweder Akkord oder auf Prämienbasis gearbeitet wird, und an die andere Schicht in der Profilweiterbearbeitung, damit diese die Forderung unterstützen. Außerdem wollen einige zur nächsten Betriebsratssitzung gehen und dem Betriebsrat klarmachen, daß er die Forderungen zu unterstützen hat.

Schweißerausbildung durchgesetzt!

Kollegen eines „Fortbildungslehrgangs"
setzen sich gegen die Unterdrückung durch das Arbeitsamt durch

b.wes. Derzeit läuft in Kiel ein Kurs, angeboten vom Arbeitsamt, für maschinenbautechnische Anpassung und Fortbildung für Facharbeiter. Durchgeführt wird er in Zusammenarbeit mit dem Berufsfortbildungswerk des DGB. Von anfangs 14 Arbeitern, die 1-4 Jahre arbeitslos waren, nehmen noch 7 teil. Finanziert wird der Kursus aus der Arbeitslosenkasse über das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) §45. Mit dem Kursus wird versucht, den lauten Rufen der Bourgeoisie nach billigen, qualifizierten Arbeitern gerecht zu werden und brachliegende Arbeitskräfte – ohne, daß es sie auch nur einen Pfennig kostet – wieder für ihre Produktion verwertbar zu machen.

Von Anpassung bekommt man viel zu spüren, von Fortbildung dagegen wenig. So umfaßt der Lehrgang 8 Monate. Davon ein Monat in der Ausbildungswerkstatt, 2 Monate als Betriebspraktikum und der Rest theoretischer Unterricht. Von Anfang an war uns klar, daß wir die praktische, theoretische und mündliche Prüfung am Ende des Lehrgangs ablehnen werden, da ja ohnehin wenig zu prüfen ist und wir nicht mittels des Notensystems in Konkurrenz zueinander stehen wollen. Erkämpft wurde ein Schweißerlehrgang, der für uns die einzige Weiterqualifizierung bedeutet. Damit mußte die Schweißerausbildung von den vorgesehenen zwei Tagen auf insgesamt drei Wochen verlängert werden.

Herzstück der Ausbildung ist das Betriebspraktikum. Einmal erhält der Kapitalist ca. 2,70 DM pro Stunde aus der Arbeitslosenkasse, und zum anderen eine Arbeitskraft, die er nur noch seinen Produktionsbedingungen anzupassen braucht. Ein rechter Leckerbissen.

Will der Praktikant in den Betrieb übernommen werden, muß er sich der Arbeitshetze beugen und darf nicht zu hohen Lohn fordern. Das ist das Ziel. Lohndrücker sollen herangezüchtet werden. Daß trotzdem Kollegen so einen Kursus mitmachen, dazu zwingt sie ihre elende Lage. In der Metall- und Elektrofertigung gab es im August ca. 940 Arbeitslose bei ca. 60 offenen Stellen und 975 arbeitslose Hilfsarbeiter bei 8 offenen Stellen.

Nach der Fortbildungs- und Anpassungsmaßnahme sollen die Kollegen gezwungen werden, möglichst jede Arbeit anzunehmen und die entsprechende Facharbeitertätigkeit für Hilfsarbeiterlohn zu verrichten. Gezwungen werden sie dazu mittels der Verpflichtungserklärung, nach §7a der Fortbildung und Umschulungsmaßnahme (FuU) bzw. nach §46.2 AFG, die jeder Kursteilnehmer unterzeichnen muß. Damit ist der Antragsteller verpflichtet, innerhalb von 4 Jahren mindestens 3 Jahre nach Abschluß der Maßnahme einer arbeitslosenversicherungsbeitragspflichtigen Arbeit nachzugehen. In dieser Zeit gibt es auch keine weitere Förderung. Wird dieser Verpflichtung ohne wichtigen Grund nicht nachgekommen, sind die Kosten des Lehrgangs zurückzuzahlen. Damit nicht genug. Ohnehin unterliegt jeder Arbeitslose der stufenweisen Ausweitung der Zumutbarkeit, der Abstufung in die nächst untere Qualifikationsstufe sowie dem Zwang, eine Arbeit anzunehmen, bei der der Nettolohn unter der Höhe des Arbeitslosengeldes liegen kann. Wer denkt da nicht an Arbeitsdienst.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie diese Lohndrückerei nicht hinnehmen werden. Die Durchsetzung des Schweißerkurses war ein richtiger Schritt dagegen. Die entscheidende Front gegen diese Art von Mobilitätserhöhung und Lohnsenkung liegt in der Vorbereitung der nächsten Tarifrunde.



setzen sich gegen die Unterdrückung durch das Arbeitsamt durch

b.wes. Derzeit läuft in Kiel ein Kurs, angeboten vom Arbeitsamt, für maschinenbautechnische Anpassung und Fortbildung für Facharbeiter. Durchgeführt wird er in Zusammenarbeit mit dem Berufsfortbildungswerk des DGB. Von anfangs 14 Arbeitern, die 1-4 Jahre arbeitslos waren, nehmen noch 7 teil. Finanziert wird der Kursus aus der Arbeitslosenkasse über das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) §45. Mit dem Kursus wird versucht, den lauten Rufen der Bourgeoisie nach billigen, qualifizierten Arbeitern gerecht zu werden und brachliegende Arbeitskräfte – ohne, daß es sie auch nur einen Pfennig kostet – wieder für ihre Produktion verwertbar zu machen.

Von Anpassung bekommt man viel zu spüren, von Fortbildung dagegen wenig. So umfaßt der Lehrgang 8 Monate. Davon ein Monat in der Ausbildungswerkstatt, 2 Monate als Betriebspraktikum und der Rest theoretischer Unterricht. Von Anfang an war uns klar, daß wir die praktische, theoretische und mündliche Prüfung am Ende des Lehrgangs ablehnen werden, da ja ohnehin wenig zu prüfen ist und wir nicht mittels des Notensystems in Konkurrenz zueinander stehen wollen. Erkämpft wurde ein Schweißerlehrgang, der für uns die einzige Weiterqualifizierung bedeutet. Damit mußte die Schweißerausbildung von den vorgesehenen zwei Tagen auf insgesamt drei Wochen verlängert werden.

Herzstück der Ausbildung ist das Betriebspraktikum. Einmal erhält der Kapitalist ca. 2,70 DM pro Stunde aus der Arbeitslosenkasse, und zum anderen eine Arbeitskraft, die er nur noch seinen Produktionsbedingungen anzupassen braucht. Ein rechter Leckerbissen.

Will der Praktikant in den Betrieb übernommen werden, muß er sich der Arbeitshetze beugen und darf nicht zu hohen Lohn fordern. Das ist das Ziel. Lohndrücker sollen herangezüchtet werden. Daß trotzdem Kollegen so einen Kursus mitmachen, dazu zwingt sie ihre elende Lage. In der Metall- und Elektrofertigung gab es im August ca. 940 Arbeitslose bei ca. 60 offenen Stellen und 975 arbeitslose Hilfsarbeiter bei 8 offenen Stellen.

Nach der Fortbildungs- und Anpassungsmaßnahme sollen die Kollegen gezwungen werden, möglichst jede Arbeit anzunehmen und die entsprechende Facharbeitertätigkeit für Hilfsarbeiterlohn zu verrichten. Gezwungen werden sie dazu mittels der Verpflichtungserklärung, nach §7a der Fortbildung und Umschulungsmaßnahme (FuU) bzw. nach §46.2 AFG, die jeder Kursteilnehmer unterzeichnen muß. Damit ist der Antragsteller verpflichtet, innerhalb von 4 Jahren mindestens 3 Jahre nach Abschluß der Maßnahme einer arbeitslosenversicherungsbeitragspflichtigen Arbeit nachzugehen. In dieser Zeit gibt es auch keine weitere Förderung. Wird dieser Verpflichtung ohne wichtigen Grund nicht nachgekommen, sind die Kosten des Lehrgangs zurückzuzahlen. Damit nicht genug. Ohnehin unterliegt jeder Arbeitslose der stufenweisen Ausweitung der Zumutbarkeit, der Abstufung in die nächst untere Qualifikationsstufe sowie dem Zwang, eine Arbeit anzunehmen, bei der der Nettolohn unter der Höhe des Arbeitslosengeldes liegen kann. Wer denkt da nicht an Arbeitsdienst.

Die Kollegen haben gezeigt, daß sie diese Lohndrückerei nicht hinnehmen werden. Die Durchsetzung des Schweißerkurses war ein richtiger Schritt dagegen. Die entscheidende Front gegen diese Art von Mobilitätserhöhung und Lohnsenkung liegt in der Vorbereitung der nächsten Tarifrunde.



Pfäffischer Plünderer Arm in Arm mit den Kapitalisten

Kollegen in Ellerau gegen Ausplünderung und Unterdrückung ihrer Kinder im kirchlichen Kindergarten

b.thg. Die Devise der BRD-Imperialisten ist Expansion und Höchstprofit. Dazu gehört die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse. Für große Teile der Arbeiterklasse besteht bereits über die Akkord- und Schichtarbeit hinaus der Zwang zur regelmäßigen Überstundenarbeit. Täglich ein bis zwei Stunden länger und samstags noch bis Mittag. Reicht auch das nicht mehr zur Reproduktion der Familie oder stößt der Kapitalist an die physischen Grenzen des Arbeiters, so wird auch die Frau in den Ausbeutungs prozeß gepreßt. Zwei Mitglieder der Familie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um die Reproduktion einer Familie zu gewährleisten. Um die Erziehung und Versorgung der Kinder überhaupt noch zu gewährleisten, arbeiten viele Frauen halbtags oder drei Tage in der Woche. Die Kapitalisten haben in ihrer Gier nach Höchstprofit den Produktionsapparat entsprechend umgerüstet, um für eine ganze Arbeitskraft nur teilweise zu bezahlen. Dabei eignen sie sich auch noch die Versicherungsgelder der Arbeiterklasse an, indem sie die Frauen immer nur für ein halbes Jahr beschäftigen, somit also keine Sozialversicherung bezahlen.

Der Textilbetrieb Erle ZF in Ellerau vergibt Heimarbeit auf Abruf an Frauen, deren Kinder zu klein für den Kindergarten sind. Andere Erle-Arbeiterinnen haben ihre Kinder den ganzen Tag unbeaufsichtigt allein zu Hause, denn drei Kinder im Kindergarten würden fast dreiviertel des Nettolohnes ausmachen. Ein Ganztagsplatz kostet im Kindergarten in Ellerau seit dem 1.September mittlerweile 200 DM. Gehen die Frauen halbtags arbeiten, so haben die Frauen oft so ungünstige Arbeitszeiten, lange Anfahrtswege und schlechte Verkehrsverbindungen, daß ein Halbtagskindergartenplatz nicht reicht. Arbeiten die Frauen ganztags, müssen sie sogar die Frühstundenbetreuung in Anspruch nehmen, was mit der vorletzten Gebührenerhöhung 15 DM extra kostet.

Auf einer Beratung des Elternrates gegen die Gebührenerhöhung meinte Pastor Lauenrot, zu einer Stellungnahme aufgefordert: „Es ist sowieso schädlich, die Kinder so früh aus dem Bett zu reißen." Eine Arbeiterin von Erle kann das nur als Verhöhnung ansehen. Ihr Arbeitstag fängt um 6.50 Uhr an. Deshalb muß sie ihr Kind um 6.30 Uhr in den Kindergarten bringen. Der größte Teil der Kinder aus der Ganztagsgruppe wäre jetzt in die Vorschule gekommen. Das würde für das Kind der Erle-Arbeiterin bedeuten, um 6.30 Uhr zur Frühstunde in den Kindergarten, um 8 Uhr in die normale Ganztagsgruppe, dann von 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr (im nächsten Monat von 10.45 Uhr bis 12.45 Uhr) zur Vorschule. Dann zurück in den Kindergarten in die Ganztagsgruppe und ab 16 Uhr in die Spätstunde. Gegen eine derartige Hin- und Herschieberei von fünfjährigen Kindern haben 12 Eltern gefordert, daß der Kindergarten Vorschulerziehung macht und die Gemeinde Mittel zuschießt. Pastor Lauenrot dachte wieder an seine Bet- und anderen kirchlichen Lehrbücher und äußerte sich dazu so: „Ich finde es pädagogisch nicht richtig, daß Kinder den ganzen Tag im Kindergarten sind." Pastor Lauenrots Pädagogik ist interessant. Ganztagskindergarten ist schädlich. Bürgermeister Schmelow braucht keinen auf Pädagogik zu machen, sondern spricht gleich von Unwirtschaftlichkeit und zu hohen Kostenaufwand. Dabei findet er immer tatkräftige Unterstützung vom Geschäftsführer der Firma Erle, der zweiter Bürgermeister ist. Dieser hat selbst nach der Gründung des Kirchenkindergartens den Betriebskindergarten geschlossen. Unter der gleichen Stoßrichtung wurde dann Anfang des Jahres zwei Ganztagskindergärtnerinnen gekündigt und diese zu Halbtagskindergärtnerinnen gemacht. Das heißt jetzt, daß nachmittags ca. 20 Kinder, und zwar Kleinkinder, Vorschulkinder und Schulkinder von 2 Kräften betreut werden, zu einer Zeit, in der Mittagsschlaf, Essenausgabe und Schulaufgabenbeaufsichtigung anfällt. Reicht das nicht, werden die Kleinkinder einfach in die Spielstunde abgeschoben.

Gegen die Änderungskündigungen haben die Eltern Unterschriften gesammelt und Kirchenvorstand und Gemeinde durch Besuche des Elternrates unter Druck gesetzt. Das hat aber nicht gereicht.

Die Arbeiterklasse wird auf der einen Seite gezwungen, ihre Kinderzahl drastisch zu senken, was die Bourgeoisie in ihren Theorien über den Geburtenrückgang als Egoismus der Massen hinstellt. So hat Professor Jürgens von der Uni Kiel herausgefunden: „Es ist lästig, auf den Fußballplatz oder die Clique verzichten zu müssen, weil kein Baby-Sitter da ist." Auf der anderen Seite muß die Arbeiterklasse ständig um die Versorgung und Ausbildung ihrer Kinder kämpfen. Die Arbeiterklasse ist auf die Erziehung ihrer Kinder im Kindergarten angewiesen. Sie hat allerdings gar kein Interesse daran, sich damit vom Staatsapparat und den Kirchen die Erziehung ihrer Kinder aus den Händen nehmen zu lassen. Die Erziehung der Kinder der Arbeiterklasse muß vielmehr von ihr selbst bestimmt und kontrolliert werden.

Dazu braucht man Betriebskindergärten, die unentgeltlich sind und unter der Kontrolle des Betriebsrates stehen. Außerdem die Möglichkeit zur ausreichenden Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf sechs Stunden.

Der Kampf gegen Kirche und Gemeinde für die Versorgung der Kinder wird Fortschritte machen, wenn die Erle-Kolleginnen sich an ihren Betriebsrat wenden, damit der sich ebenfalls einmischt.

Lohnsenkung, Zwangsarbeit, Kriegsvorbereitung – das Programm christlicher Nächstenliebe

Wahlprogramm der CDU zu den Landtagswahlen

b.brb. Zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 29.April 1979 sehen sich CDU und SPD genötigt, umfangreiche Wahlprogramme vorzulegen. Daß sie gezwungen sind, sich programmatisch und prinzipiell zur Politik in den nächsten 5 Jahren zu äußern, ist dem Aufschwung der Massenbewegung geschuldet, die bürgerlichen Parteien stehen ideologisch unter Druck.

Um das Programm der Bourgeoisie nach Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung, Einführung von Zwangsarbeit und Kriegsvorbereitung ideologisch den Massen nahezubringen, berufen sich beide Parteien auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – die SPD nur mit dem Vorspann „Arbeit“, was ihr wahrscheinlich den Bezug zur Arbeiterklasse sichern soll.

Gemeinsame Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie, also aller Schleswig-Holsteiner, versucht die CDU über Fälschung der Geschichte und Propaganda der christlichen Sozialethik heraufzubeschwören.

Gewonnen werden sollen die Massen dafür, Seite an Seite mit der Bourgeoisie in den imperialistischen Weltkrieg zur Neuaufteilung der Interessensphären der Imperialisten zu ziehen, konkret zur Expansion nach Osten gegen die DDR, Polen und dann die Sozialimperialisten und nach Norden gegen Skandinavien, wohin er ja schon viele traditionsreiche Verbindungen aus dem 2. imperialistischen Weltkrieg gibt. Allein können das die westdeutschen Imperialisten nicht schaffen, nötig ist die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft, wobei Vorherrschaft in der EG ihr Ziel ist. Von „Wiedervereinigung Deutschlands“ als großem Ziel ist da die Rede und von den „Patenschaften des Landes für Pommern und Mecklenburg“, die „die Bereitschaft des Landes ausdrücken, die Einheit der Nation als staatspolitische Leitidee anzuerkennen“.

Weiter heißt es dann im folgenden: „Die geographische Lage hat Schleswig-Holstein eine Brücke nach Skandinavien zugewiesen. Schleswig-Holstein bekennt sich zu dieser Aufgabe. Die Politik unserer Landesregierung war seit den fünfziger Jahren auf das Ziel eines vereinigten Europa ausgerichtet. Schleswig-Holstein muß auch künftig sein geschichtliches Erbe als das ehemalige Streitobjekt der internationalen Politik in den Dienst einer völkerverbindenden europäischen Politik stellen.“ Was soll das wohl sein „geschichtliches Erbe als ehemaliges

sie in den imperialistischen Weltkrieg zur Neuaufteilung der Interessensphären der Imperialisten zu ziehen, konkret zur Expansion nach Osten gegen die DDR, Polen und dann die Sozialimperialisten und nach Norden gegen Skandinavien, wohin er ja schon viele traditionsreiche Verbindungen aus dem 2. imperialistischen Weltkrieg gibt. Allein können das die westdeutschen Imperialisten nicht schaffen, nötig ist die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft, wobei Vorherrschaft in der EG ihr Ziel ist. Von „Wiedervereinigung Deutschlands“ als großem Ziel ist da die Rede und von den „Patenschaften des Landes für Pommern und Mecklenburg“, die „die Bereitschaft des Landes ausdrücken, die Einheit der Nation als staatspolitische Leitidee anzuerkennen“.

Weiter heißt es dann im folgenden: „Die geographische Lage hat Schleswig-Holstein eine Brücke nach Skandinavien zugewiesen. Schleswig-Holstein bekennt sich zu dieser Aufgabe. Die Politik unserer Landesregierung war seit den fünfziger Jahren auf das Ziel eines vereinigten Europa ausgerichtet. Schleswig-Holstein muß auch künftig sein geschichtliches Erbe als das ehemalige Streitobjekt der internationalen Politik in den Dienst einer völkerverbindenden europäischen Politik stellen.“ Was soll das wohl sein „geschichtliches Erbe als ehemaliges
Streitobjekt“. Der Streit verlief 1848/68 zwischen dem dänischen und preußischen Feudaladel um die Ausplünderung der Bauern, wobei sich die feige schleswig-holsteinische Bourgeoisie im Kampf der Bauern gegen den dänischen Feudaladel an die Seite der preußischen Junker gestellt hat, im 1. und 2. Weltkrieg waren die Arbeiter und Bauern Gegenstand der Ausbeutungs- und Plünderungsabsichten der Imperialisten und jetzt sollen sie als Schlachtvieh für die Expansion nach Norden und Osten herhalten. Daraus wird nichts werden!

Aufbauend auf diesen Versuch, die Klassenfronten zu kitten, stellt sich die CDU als Partei aller Schleswig-Holsteiner vor und stellt dann klar, wie die Politik weitergeführt werden soll: „Nicht im klassenkämpferischen Gegeneinander, sondern gemeinsam im Vertrauen aufeinander haben wir zugepackt und unser Land tatkräftig aufgebaut.“ Schöne Arbeitsteilung: Die produzierenden Klassen, die Arbeiter und Bauern, haben nach dem Krieg die Produktionsanlagen, die Felder und die Wohnungen wieder aufgebaut, und die Kapitalisten und Großgrundbesitzer haben zugepackt, dort nämlich, wo Profite durch die Ausbeutung der Arbeiter, Einstreichung von Steuern und Gebühren durch die Plünderung der Volksmassen, Land durch die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern abzusahnen waren.

Die Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen sind aber genau gegenteilig: Alles, was sie an Fortschritten in der Durchsetzung demokratischer Rechte und in der Beschränkung von Lohnsenkung und Ruinierung der Arbeitskraft haben durchsetzen können, ist ausschließlich dem Klassenkampf geschuldet, so die Verteidigung der Unabhängigkeit der Dithmarscher Bauern gegen die Übergriffe der Feudalreaktion im 16. Jahrhundert, so die teilweise Verhinderung der Zwangsenteignungen der Bauern 1928, so die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch den monatelangen Streik der Metall-Arbeiter 1956, so die Lohnerhöhungen im Streik bei HDW 1969, so die Verhinderung des Baus des KKW Brokdorf bis zum heutigen Tage durch den Kampf der Volksmassen seit 1975. Das sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen und sie lassen sich auch nicht durch Geschichtsfälschung und Klassenversöhnungsangebote unter Bezug auf die christliche Nächstenliebe wegwischen. So behauptet die CDU z.B.: „In der Geschichte haben wir Schleswig-Holsteiner gelernt, in der Not und Bedrohung füreinander einzustehen und dem Nachbarn zu helfen.“ Natürlich meint sie damit nicht die o.a. Erfahrung der Arbeiterklasse, gegen Not und Bedrohung durch die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat sich zusammenzuschließen und gegenseitig **im Kampf** zu unterstützen, wozu sie sich Gewerkschaften und Streikkassen geschaffen hat und die Kommunistische Partei aufbaut, sondern die CDU meint damit: „Die CDU wirbt für Solidarität mit dem Nächsten“(also auch mit dem Kapitalisten).

„Unseren älteren und benachteiligten Mitbürgern, unseren Kranken und Behinderten soll vor allem auch von Mensch zu Mensch geholfen werden. Deshalb wollen wir die freiwilligen und staatlichen sozialen Dienste stärken.“ Worauf das hinaus soll, ist ziemlich offensichtlich: Die Kinder sollen Ihre Eltern, die von der Rente nicht leben können, finanziell unterstützen, die Studenten, die vom Staat kein BAföG gezahlt bekommen, sollen von ihren Eltern, Ehegatten und Verwandten finanziert werden. Deshalb wird auch so ein Gewicht auf die Familie gelegt, die zahlen soll. Nicht Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sondern Abfinden mit dem Elend und etwas Hilfe für die Notleidenden, das hat die christliche Religion schon immer gepredigt. Die Ausrichtung auf Lohnsenkung und Zwangsarbeit – das notwendige Resultat des Abbaus der Arbeitslosigkeit, das die CDU als Ziel proklamiert – hat ebenfalls ihre kirchliche und geschichtliche Tradition in den Pfaffen Ketteler, Wichern, Bodelschwingh, die 1848, als die

den bürgerlichen Staat sich zusammenzuschließen und gegenseitig **im Kampf** zu unterstützen, wozu sie sich Gewerkschaften und Streikkassen geschaffen hat und die Kommunistische Partei aufbaut, sondern die CDU meint damit: „Die CDU wirbt für Solidarität mit dem Nächsten“(also auch mit dem Kapitalisten).

„Unseren älteren und benachteiligten Mitbürgern, unseren Kranken und Behinderten soll vor allem auch von Mensch zu Mensch geholfen werden. Deshalb wollen wir die freiwilligen und staatlichen sozialen Dienste stärken.“ Worauf das hinaus soll, ist ziemlich offensichtlich: Die Kinder sollen Ihre Eltern, die von der Rente nicht leben können, finanziell unterstützen, die Studenten, die vom Staat kein BAföG gezahlt bekommen, sollen von ihren Eltern, Ehegatten und Verwandten finanziert werden. Deshalb wird auch so ein Gewicht auf die Familie gelegt, die zahlen soll. Nicht Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung sondern Abfinden mit dem Elend und etwas Hilfe für die Notleidenden, das hat die christliche Religion schon immer gepredigt. Die Ausrichtung auf Lohnsenkung und Zwangsarbeit – das notwendige Resultat des Abbaus der Arbeitslosigkeit, das die CDU als Ziel proklamiert – hat ebenfalls ihre kirchliche und geschichtliche Tradition in den Pfaffen Ketteler, Wichern, Bodelschwingh, die 1848, als die
Arbeiterklasse daran ging, ihre Ziele gegenüber gegenüber der Kapitalistenklasse und dem Staat zu formulieren und in heftigen Kämpfen stand, gegen diese auftraten unter der Parole „lieber Essen als politische Rechte“ und in eigenen Heimen Zwangsarbeit für Arbeitslose und Körperbehinderte schufen.

Genau das Programm will die Bourgeoisie auch heute durchsetzen, wobei sie sich stützt auf Kirchen und freie Wohlfahrtsverbände. Stolz vermeldet die CDU, daß sie schon für 1250 Behinderte Werkstätten geschaffen hat, um auch sie in den Genuß der kapitalistischen Ausbeutung zu bringen,das Netz der Werkstätten für Behinderte soll dichter geknüpft werden, damit auch jeder Kapitalist im Land seine Werkstätten am Haus hat.

Da die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sich nicht vertuschen lassen, gibt die CDU zu, daß sie sich „aus ihrer christlichen und humanistischen Grundhaltung heraus... nicht im Besitz letzter Wahrheiten befindet“, und daher „eine problemlose Gesellschaft im Glück nicht versprechen“ kann. Die gibt es ja bekanntlich auch erst im Himmel, weswegen auch die Rentner mit Ehrenbergs, und – als Vollstreckungsgehilfen – Stoltenbergs Kostendämpfungsgesetz beseitigt werden, die Tausende von Arbeitern, die die Schlachtbulletins der kapitalistischen Ausbeutung füllen, die Millionen, die die Imperialisten auf den Schlachtfeldern ihrer Expansionsgier opfern, nur glücklich zu preisen sind, weil sie schneller dies irdische Jammertal verlassen und zu Gott dürfen.

Was man hier auf Erden noch tun kann, außer dem Nächsten zu helfen? Tüchtig sein, Leistung erbringen und die Chancen nutzen, die jedem geboten werden. Daß ein kleines Häuflein von Finanzmagnaten im Besitz der Produktionsmittel ist und damit über 90% der Gesellschaft ausbeutet und mit Hilfe eines riesigen staatlichen Gewaltapparats – den die CDU im Rahmen der Inneren Sicherheit noch schlagkräftiger machen will – in Schach halten muß, was macht das schon. Schließlich hatte jeder die Chance.

Das mit der Tüchtigkeit ist natürlich eine freche Lüge, nicht anders als durch Raub und Mord ist die Bourgeoisie geschichtlich an die Kapitalmassen gekommen, mit denen sie jetzt die Gesellschaft beherrscht. Denoch hofft sie, mit dem Verweis auf Tüchtigkeit und Leistung gerade bei den kleinen Bauern und Handwerkern zu landen, die nur dadurch ihre Ruinierung durch die Monopole hinauszögern können. Trotzdem ist es schon ziemlich dreist, gerade die Schichten als Beweis für ihre Politik heranzuziehen, die sie eben erst durch genau dieselbe Politik von Haus und Hof und aus der kleinen Werkstatt vertrieben hat.

Die Maßnahmen, die die CDU in der nächsten Regierungsperiode durchsetzen will, liegen schwerpunktmäßig auf dem Schiffbau und der Landwirtschaft, dem Schul- und dem Gesundheitswesen.

Im Schiffbau sollen weitere Investitionen getätigt werden. Von den 838 Mio. DM, die die Kapitalisten insgesamt bis 1982 erhalten sollen, werden die Werftkapitalisten allein 25 Mio. DM einstreichen können. Was es mit den angeblich arbeitsplatzschaffenden Investitionen auf sich hat, sieht man gerade bei HDW sehr deutlich. Die Zahl der Beschäftigten ist von 1972 bis 1976 von 22960 auf 20571 (in Hamburg und Kiel) verringert worden bei einer Umsatzsteigerung im gleichen Zeitraum von 1175 Mio. DM auf 2100 Mio. DM, und weitere 2000 Kollegen sollen jetzt entlassen werden, 500 davon in Kiel. Gleichzeitig soll das Programmlohnsystem, eine weitere Verschärfung der Akkordarbeit, ausgeweitet werden. Die Kollegen haben diesem Plan durch die Streiks in Hamburg und Kiel vor 2 Wochen eine Abfuhr erteilt. Wofür die Arbeiter ihre Knochen hinhalten sollen? Dafür, daß die Kapitalisten überall in der Welt ihre Konkurrenten vom Markt fegen können und mit Hilfe der Flotte eine starke

vertrieben hat.

Die Maßnahmen, die die CDU in der nächsten Regierungsperiode durchsetzen will, liegen schwerpunktmäßig auf dem Schiffbau und der Landwirtschaft, dem Schul- und dem Gesundheitswesen.

Im Schiffbau sollen weitere Investitionen getätigt werden. Von den 838 Mio. DM, die die Kapitalisten insgesamt bis 1982 erhalten sollen, werden die Werftkapitalisten allein 25 Mio. DM einstreichen können. Was es mit den angeblich arbeitsplatzschaffenden Investitionen auf sich hat, sieht man gerade bei HDW sehr deutlich. Die Zahl der Beschäftigten ist von 1972 bis 1976 von 22960 auf 20571 (in Hamburg und Kiel) verringert worden bei einer Umsatzsteigerung im gleichen Zeitraum von 1175 Mio. DM auf 2100 Mio. DM, und weitere 2000 Kollegen sollen jetzt entlassen werden, 500 davon in Kiel. Gleichzeitig soll das Programmlohnsystem, eine weitere Verschärfung der Akkordarbeit, ausgeweitet werden. Die Kollegen haben diesem Plan durch die Streiks in Hamburg und Kiel vor 2 Wochen eine Abfuhr erteilt. Wofür die Arbeiter ihre Knochen hinhalten sollen? Dafür, daß die Kapitalisten überall in der Welt ihre Konkurrenten vom Markt fegen können und mit Hilfe der Flotte eine starke
Waffe für die Expansion haben. „Unserer deutschen Flotte müssen die notwendigen Freiheitsräume für ihren wirtschaftlichen Einsatz gesichert werden“.

Noch deutlicher kommt der Expansionskurs und der Versuch, die Bauern für Chauvinismus zu gewinnen, im Abschnitt „Landwirtschaft – Wirtschaftsfaktor Nr. 1 im ländlichen Raum“ heraus: „Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft konnte ihre Spitzenstellung in Europa festigen. Der Leistungswille und die Einsatzbereitschaft der Landwirte, ihrer Familien und der Arbeitnehmer waren die entscheidenden Triebfedern“. Das ist denn doch etwas zu viel Honig um den Bart geschmiert, um zu vertuschen, daß die Landesregierung gerade diese Bauern nicht unterstützt, sondern deren Ruinierung betrieben hat: von 250400 Arbeitskräften in der Landwirtschaft hat sie 170000 seit 1950 rausrationalisiert, von ca. 35000 Höfen unter 20 ha hat sie 24000 beseitigt. Gefördert wurden die Großbauern durch Investitionshilfen für neue Maschinen, Stallanlagen u.ä. Dies Programm soll fortgeführt werden, die Schikanen für die Bauern verschärft werden über die „Steuergerechtigkeit“, mit der auch kleine Höfe buchführungspflichtig werden sollen, über Ausdehnung der Lebensmittelkontrollen unter dem scheinheiligen Schutz von „gesunden Lebensmitteln“ und über den Anschluß aller Haushalte des Landes an zentrale Trinkwasserversorgungsanlagen, was natürlich die Zahlung von Wassergeld und das Verbot der Betreibung eigener Brunnen für die Bauern beinhaltet.

In Bildungsprogramm liegt das Schwergewicht auf frühzeitiger Pressung jugendlicher Arbeitskraft in den Ausbeutungsprozeß. „Wir werden auch weiterhin wirksam dazu beitragen, daß der erste Schritt unserer jungen Menschen in das Berufsleben nicht mit Ausbildungs-oder Arbeitslosigkeit beginnt“. Damit das nicht geschieht, hat die Landesregierung das Schulgesetz beschlossen, das Abbau der Schulpflicht und Ausbau des Berufsgrundbildungsjahrs vorsieht. Dazu plant sie die Erweiterung von Jugendaufbauwerken des Berufgrundbildungsjahrs und den Ausbau von „Einrichtungen... öffentlicher und privater Träger, um veränderten Nutzungsansprüchen jederzeit gerecht zu werden“. Vermehrt Jugendliche sollen für die Ausbeutung bereitstehen und für die veränderten Ansprüche der Kapitalisten entsprechend mobil sein. Férdernd annehmen will sich die CDU auch der noch nicht berufsreifen oder behinderten Jugendlichen“.

Um die Spaltung der Jugend und die Auslese für die Interessen der Kapitalisten voranzutreiben, will sie festhalten am gegliederten Schulsystem, gegenüber der Einheitsschule. Es habe sich bewährt – für ihre Interessen schon. Die Begründung dafür ist durchtrieben: „Das staatliche Schulwesen kann seinen Bildungsauftrag nur erfüllen, wenn es unvoreingenommen die Naturtatsache berücksichtigt, daß nicht alle Menschen gleich veranlagt und deshalb auch nicht gleich bildbar sind.“ Auf Naturtatsachen sollen sich die Absichten der Bourgeoisie angeblich stützen, wobei geschickt richtiges mit falschem vermischt wird. Die Ungleichheit der Veranlagung ist unbestreitbar, aber daß die Jugendlichen deswegen nicht gleich bildbar sind, ist eine Lüge, geboren aus den Profitinteressen der Bourgeoisie. Scheinheilig stützt sich die CDU auf die „Schulangst“ und den „Schulstreß“, die gerade ihrer Unterdrückung geschuldet sind, um dann den Ausbau der Sonderschulen zu propagieren, den Unterricht in musischen Fächern gegenüber den Interessen der Jugend, die Produktion zu durchblicken und zu erlernen, um sie im Sozialismus leiten zu können.

Allein acht Krankenhäuser sind von 1966 bis 74 in Schleswig-Holstein geschlossen worden: die bestehenden Krankenhäuser sollen für ambulante Behandlung nicht mehr zur Verfügung stehen, wie bereits mit der Krebsvorsorge in der Uniklinik Kiel praktiziert, weil angeblich „wenig geeignet“. Stattdessen soll die Gemeindekrankenpflege und Hauspflege verstärkt wer-

bewährt – für ihre Interessen schon. Die Begründung dafür ist durchtrieben: „Das staatliche Schulwesen kann seinen Bildungsauftrag nur erfüllen, wenn es unvoreingenommen die Naturtatsache berücksichtigt, daß nicht alle Menschen gleich veranlagt und deshalb auch nicht gleich bildbar sind.“ Auf Naturtatsachen sollen sich die Absichten der Bourgeoisie angeblich stützen, wobei geschickt richtiges mit falschem vermischt wird. Die Ungleichheit der Veranlagung ist unbestreitbar, aber daß die Jugendlichen deswegen nicht gleich bildbar sind, ist eine Lüge, geboren aus den Profitinteressen der Bourgeoisie. Scheinheilig stützt sich die CDU auf die „Schulangst“ und den „Schulstreß“, die gerade ihrer Unterdrückung geschuldet sind, um dann den Ausbau der Sonderschulen zu propagieren, den Unterricht in musischen Fächern gegenüber den Interessen der Jugend, die Produktion zu durchblicken und zu erlernen, um sie im Sozialismus leiten zu können.

Allein acht Krankenhäuser sind von 1966 bis 74 in Schleswig-Holstein geschlossen worden: die bestehenden Krankenhäuser sollen für ambulante Behandlung nicht mehr zur Verfügung stehen, wie bereits mit der Krebsvorsorge in der Uniklinik Kiel praktiziert, weil angeblich „wenig geeignet“. Stattdessen soll die Gemeindekrankenpflege und Hauspflege verstärkt wer-
den, sowie der Ausbau von Sozialstationen. Auch hier gelte, nicht soviel Ansprüche an den Staat stellen: „Wir ermutigen zur sozialen Eigenverantwortung und erinnern an die soziale Verpflichtung der Menschen füreinander“.

Ihre hauptsächliche Propaganda bestreitet die CDU mit Abbau der Arbeitslosigkeit. Das kann man ihr schon glauben. Allerdings auf der Basis von Lohnsenkung und Zwangsarbeit, was in allen Punkten des Programms durchscheint. Für das Programm steht als Kandidat und Chef der bisherigen Unterdrückerriege in der Landesregierung Stoltenberg, „erfahren, erfolgreich, zuverlässig und menschlich“.

Man glaubts sofort. Mit feinem Spürsinn hat er gerochen, was der Kapitalistenseele frommt, er kennt sich schließlich auch damit aus: Erfahrung in der Ausbeutung als Manager von Krupp, Vorbereitung des imperialistischen Energieprogramms der Bundesregierung als ehemaliger Wissenschafts- und Forschungsminister und die geschickte Verfälschung der Geschichte hat er schon bei seiner Doktor- und Habilitationsschrift unter Beweis gestellt. Aber ob das mit der christlichen Soziallehre, die Blut aus allen Löchern trieft nicht doch etwas zu dick aufgetragen ist? Das Programm der Arbeiterklasse demgegenüber läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums, das durch die Diktatur der Bourgeoisie verteidigt wird; Diktatur des Proletariats und Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Sozialministerium veröffentlicht Zwischenbericht zu Brunsbüttel

Holstein, Kiel. Mit Täuschungsmanövern will Sozialminister Claussen der Forderung nach endgültiger Stillegung des KKW Brunsbüttel begegnen. Um den „Risikofaktor Mensch“ auszuschalten, will er Umbesetzungen des Personals vornehmen. Neue Aufpasser in Form von Ingenieuren sollen eingestellt werden, um dem Risiko, daß noch einmal ein Störfall an die Öffentlichkeit kommt, zu entgehen.

In seinem jetzt veröffentlichten Zwischenbericht tischt Claussen nur erneut Lügen auf. Angeblich seien nur zwei Tonnen radioaktiven Wassers durch die Druckentlastungsklappen ins Freie geströmt, und damit 2 Curie Edelgase und 3 Tausendstel Curie Jod 131. Von einem seiner Ministerialbeamten ist aber bereits am 18. Juli in einem offiziellen Schreiben zugegeben worden, daß die spezifische Aktivität des Reaktorwassers 0,17 Curie Jod 131 pro Tonne betrug. Bei zwei ins Freie gelangten Tonnen sind das 0,34 Curie oder 340 Millicurie, also das 110-fache von dem, was er jetzt vorlügt. Selbst damit ist sowohl der genehmigte Jahresemissionswert von 260 Millicurie überschritten gewesen. Zu seiner „Bagatelle“ gelangt Clausen durch einen üblen Trick. Er lenkt ab von den Jod 131-Werten und posaunt raus, daß die in der Milch gemessenen Werte nur ein Tausendstel der gültigen Werte nach der Strahlenschutzverordnung betragen. Jedes Kind weiß, daß während des Störfalls starker Nordostwind die freigesetzte Radioaktivität auf und über die Elbe trieb, wo es keine Meßstellen für Milch gibt.

Verschärfte Ausplünderung der Heimjugendlichen per Erlaß

b.kal. Mit Erlaß vom 1.9.78 hat das Landesjugendamt – unter Beteiligung des Sozialministers Claussen – verfügt, daß die Jugendlichen in Heimen die Eigenbeteiligung an ihrer Unterdrückung erhöhen.

Ein Lehrling, der z.B. 170 DM Lohn im Monat erhält, mußte ihn bisher insgesamt abliefern, jetzt „darf“ er ihn behalten. Bisher wurde er verteilt auf je ein Drittel „Heimkosten“, Rücklagen auf ein Sparkonto und Taschengeld. Jetzt „dürfen“ 50% des Nettolohnes einbehalten werden, mindestens jedoch 130 DM zuzüglich Fahrtkosten.

Der Unterschied ist der folgende: Konnten die Jugendlichen über Bittstellerei ca. 550 bis 600 DM jährlich für Bekleidung herausschlagen, Anträge stellen auf „Sonderkleidung“ (z.B. Wintermantel), Arbeitskleidung und -material, Lernmittel usw., müssen sie jetzt alles aus den monatlich 130 DM bestreiten. Die vom Landesjugendamt angesetzten Beträge sind ein glatter Hohn: Für Bekleidung werden ca. 30 DM monatlich angesetzt. Das sind 360 DM im Jahr, also 190 bis 240 DM weniger als bisher. In den Heimen, in denen dieser Erlaß bekannt geworden ist, gibt es dagegen Widerstand.

Auftritt geplatzt

b.hop. Am letzten Donnerstag wollte sich der Vizepräsident der Universität vor El-

Verschärfte Ausplünderung der Heimjugendlichen per Erlaß

b.kal. Mit Erlaß vom 1.9.78 hat das Landesjugendamt – unter Beteiligung des Sozialministers Claussen – verfügt, daß die Jugendlichen in Heimen die Eigenbeteiligung an ihrer Unterdrückung erhöhen.

Ein Lehrling, der z.B. 170 DM Lohn im Monat erhält, mußte ihn bisher insgesamt abliefern, jetzt „darf“ er ihn behalten. Bisher wurde er verteilt auf je ein Drittel „Heimkosten“, Rücklagen auf ein Sparkonto und Taschengeld. Jetzt „dürfen“ 50% des Nettolohnes einbehalten werden, mindestens jedoch 130 DM zuzüglich Fahrtkosten.

Der Unterschied ist der folgende: Konnten die Jugendlichen über Bittstellerei ca. 550 bis 600 DM jährlich für Bekleidung herausschlagen, Anträge stellen auf „Sonderkleidung“ (z.B. Wintermantel), Arbeitskleidung und -material, Lernmittel usw., müssen sie jetzt alles aus den monatlich 130 DM bestreiten. Die vom Landesjugendamt angesetzten Beträge sind ein glatter Hohn: Für Bekleidung werden ca. 30 DM monatlich angesetzt. Das sind 360 DM im Jahr, also 190 bis 240 DM weniger als bisher. In den Heimen, in denen dieser Erlaß bekannt geworden ist, gibt es dagegen Widerstand.

Auftritt geplatzt

b.hop. Am letzten Donnerstag wollte sich der Vizepräsident der Universität vor El-
tern und Schülern der Humboldtschule anläßlich des 100-jährigen Jubiläums in aller Ruhe über „die Lage an den Hochschulen“ auslassen. Nicht nur als heruntergekommener Wahlanalytiker, sondern vor allem dadurch bekannt, daß er die Kämpfe der Studentenmassen an der Kieler Universität mit Polizeieinsätzen, Strafprozessen und Ordnungsrecht unterdrücken will, wurde ihm von ca. 25 Schülern und Studenten dazu das Recht abgesprochen. Mit zahlreichen Zwischenrufen wurden seine Auslassungen über die angebliche Ruhe an der Kieler Uni und die Wiederherstellung der Freiheit von Forschung und Lehre angegriffen. Er konnte sich nicht anders helfen, als durch Schulleiter Kobligk die Polizei ranzurufen und die Diskussion schnell zu beenden. Seine Drohung, jederzeit als Zeuge für einen Prozeß wegen Hausfriedensbruch zur Verfügung zu stehen, kann über diese Schlappe nicht hinwegtäuschen. Ihm eine weitere zukommen zu lassen, wird Aufgabe der Studentenbewegung sein, wenn am 30.10., 6., 13., 20., und 27.November, sowie am 4. Dezember die Hauptverhandlung des 1. Kaltefleiterprozesses stattfinden wird: Wegen Freiheitsberaubung, weil er von mehreren Studenten im Wintersemester 1976/77 wegen eines Streikverbots anläßlich des Kampfes der Studenten gegen die Schließung des Studienkollegs der ausländischen Kommilitonen in der Mensa gestellt wurde. Daß er dabei einen Quarktopf abbekommen und der Streik mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, hat ihn so geschmerzt, daß er Anzeige gegen 9 Studenten erstattete. Ein weiterer von ihm eingeleiteter Prozeß wurde vorläufig ausgesetzt, weil das Beweismaterial offensichtlich gezinkt war. Sofortige Einstellung des Prozesses und uneingeschränktes Streikrecht sind die richtigen Forderungen.

Fieberträume von der Vorherrschaft in Europa am Grabe Karls des Großen

z.mas. Die beiden ,,Kerneuropäer'' Schmidt und Giscard d'Estaing haben sich vor zwei Wochen ,,beziehungsreich'' in Aachen, der Hauptresidenz Karls des Großen, getroffen. ,,Der historische Boden - Aachens war für die besonderen Pläne, die bei der jüngsten deutsch-französischen Konsultationsrunde zur Debatte standen, mit Bedacht gewählt'', konnte die Bourgeoispresse nicht oft genug wiederholen. ,,Schwierig'' sei das ,,Gespräch unter Freunden'' zwar gewesen, verstanden aber haben sich Schmidt



,,Mit Gottes tatkräftiger Hilfe'' besiegt Karl die Sarazenen. Der Wunsch war der Vater des Bildes, tatsächlich hat der Feudaladel beim Versuch, sich Spanien durch Vertreibung der Sarazenen einzuverleiben, blutige Nasen erhalten. Genscher im Juli 1978 in Salzburg ambitioniert und ahnungsvoll: ,,Jene über 50000 Deutschstämmigen dort in Namibia würden die UN-Bundeswehr wahrscheinlich begeistert begrüßen. Ob aber die Schwarzen... ebenfalls Blumen werfen würden, ist fraglich.''

und d'Estaing, wo es um das Schlagen der anderen europäischen Konkurrenten geht.
,,Während Bestecke klirrten, die Kerzen brannten und der Friede mit gutem Tropfen beschworen wurde, zog

unterbreitet, um sodann im Zuge der ,,Herstellung der gemeinsamen Währungspolitik'' entsprechend den Vorstellungen der BRD-Imperialisten sämtliche anderen imperialistischen Länder der EG einschließlich Frank-



,,Mit Gottes tatkräftiger Hilfe'' besiegt Karl die Sarazenen. Der Wunsch war der Vater des Bildes, tatsächlich hat der Feudaladel beim Versuch, sich Spanien durch Vertreibung der Sarazenen einzuverleiben, blutige Nasen erhalten. Genscher im Juli 1978 in Salzburg ambitioniert und ahnungsvoll: ,,Jene über 50000 Deutschstämmigen dort in Namibia würden die UN-Bundeswehr wahrscheinlich begeistert begrüßen. Ob aber die Schwarzen... ebenfalls Blumen werfen würden, ist fraglich.''

und d'Estaing, wo es um das Schlagen der anderen europäischen Konkurrenten geht.

,,Während Bestecke klirrten, die Kerzen brannten und der Friede mit gutem Tropfen beschworen wurde, zog auf den Rethelfresken des Krönungssaales der große Franke in Padua ein, ließ er die Irminsul stürzen und wütete unter den Sarazenen'', berauschen sich die Bourgeois. Ein Europa unter ihrer Fuchtel, so groß wie das Reich Karls des Großen!

Beide, der westdeutsche und der französische Imperialismus, können sich bei ihren Hegemonieabsichten in Europa Karl den Großen als ,,Vorbild'' nehmen. Nur: zwei Karle hat es nicht gegeben. Und wer Karl wird, ist nicht entschieden. Schmidt glaubt, er sei es. Was Schmidt, Helmut, unter der Flagge ,,Europäische Währungseinheit'' anzutragen hatte, ist frech und tollkühn zugleich. ,,Es geht schlicht darum, wie der Zusammenhalt der Gemeinschaft mit Hilfe einer Weiterentwicklung und Verbesserung der Entscheidungsprozesse wenigstens soweit konsolidiert werden kann, daß der EG-Koloß an Funktions-, Reaktions- und Aktionsfähigkeit nicht noch weiter verliert'' – zu verwirklichen über die Einrichtung von ,,Arbeitsgruppen, denen nicht mehr alle Mitgliedsländer angehören'' (Handelsblatt, 15.9.78). Den französischen Imperialisten wurde also das Angebot einer gemeinsamen Ausschaltung der anderen europäischen Konkurrenten, vor allem der britischen und italienischen, unterbreitet, um sodann im Zuge der ,,Herstellung der gemeinsamen Währungspolitik'' entsprechend den Vorstellungen der BRD-Imperialisten sämtliche anderen imperialistischen Länder der EG einschließlich Frankreichs durch den Zwang, Anleihen bei der westdeutschen Notenbank zu machen, wenn ihre Währung gegenüber der DM geschwächt ist, in Abhängigkeit zu bringen.

Doch ,,Schmidt strebt Höheres an als Wechselkurse'' (Der Spiegel, 25.9.78). Auf der Jagd nach dem Höchstprofit zielt der westdeutsche Imperialismus auf die Erringung der Hegemonie in Europa. Zur Erläuterung seiner Zukunftsträume fand Schmidt sodann zwei Tage später auf dem Deutschen Katholikentag den passenden Rahmen. ,,Schmidt erinnerte in seiner Ansprache daran, daß Europa nicht an der Elbe oder an der Werra ende, sondern bis zum Ural reiche. Ein vereintes Europa ohne die osteuropäischen Völker sei für ihn undenkbar: ‚Wer aus der Geschichte lernen will, der weiß, das geschichtliche Europa umfaßt Rom und Byzanz, es umfaßt Oxford und Sagorsk, es umfaßt - Aachen und Prag, es umfaßt Warschau und Paris.''' (Frankfurter Allgemeine, 18.9.78)

Die Bourgeoisie, nicht in der Lage, aus der geschichtlichen Erfahrung Lehren zu ziehen, tut dennoch allemal einen tiefen Griff in die Geschichte und unternimmt große Anstrengungen in der Aufbereitung von Geschichtslügen, wenn sie an die Vorbereitung imperialistischer Raubkriege geht. Sie sucht Vorbilder, um Chauvinismus ausbrüten zu können. Da ist Karl der Große ganz der Richtige für Schmidt. Das ist keineswegs der erste Versuch. Auch der Hitlerfaschismus versuchte 1942, als sich seine Niederlage bereits abzeichnete, mit der 1200-Jahr-Feier der Geburt Karls des Großen eine chauvinistische Mobilisierung zu bewirken. Es hat bekanntlich nichts genützt

,,Männer machen die Geschichte'' ruft der Geschichtsschreiberling Friedrich Heer, der gerade sein Buch ,,Karl der Große und seine Welt'' auf den Markt gebracht hat, Kanzler Schmidt ermunternd zu: ,,Dies ist noch die Überzeugung der deutschen Historiker des 20. Jahrhunderts. Dieses Wort gilt als Realität für die Zeit Karls des Großen: Karl, der Sproß des ‚rückständigsten', am wenigsten ‚zivilisierten' Volkes Westeuropas, Zentraleuropas, reißt einige Tausend Mann seines Volkes aus dieser landgebundenen Geschichtslosigkeit, er macht Geschichte, indem er einreitet in andere Räume, andere Völker unterwirft und seinem Reich einformt. Karl baut sein Reich, indem er sehr verschiedenartige Räume zusammenbindet.''

Nicht um die *Verbindung* ,,verschiedenartiger Räume'' geht es, sondern um die Unterwerfung der Reste der Sklavenhaltergesellschaft und der selbständigen Dorfgemeinschaft von Bauernvölkern mit dem Ziel, sie in die Fronknechtschaft zu pressen und sich die Mehrarbeit dieser Bauern anzueignen.

Die bayerischen Stämme und den größten Teil der Sachsen hat die fränkische Großgrundbesitzerklasse unterworfen. Die oberitalienischen Städte wurden tributpflichtig gemacht.

Der größte Großgrundbesitzer war die Kirche, der zu dieser Zeit 30% des eroberten Bodens gehörten. Den Bauern blieb kaum genug zum Leben, den Rest eignete sich die entstehende Feudalklasse an, sei es in Form tagelanger Fronarbeit oder der Ablieferung eines Drittels der Ernte.

Am Ende seiner Regierungszeit gab es im Heiligen Römischen Reich kaum noch freie Bauern. Die ehemals freien Bauern zwang er in die Leibeigenschaft. Kein Jahr verging, in dem er nicht die fränkischen Bauern zwang, an seinen Eroberungsfeldzügen teilzu-

ßen: Karl, der Sproß des ‚rückständigsten', am wenigsten ‚zivilisierten' Volkes Westeuropas, Zentraleuropas, reißt einige Tausend Mann seines Volkes aus dieser landgebundenen Geschichtslosigkeit, er macht Geschichte, indem er einreitet in andere Räume, andere Völker unterwirft und seinem Reich einformt. Karl baut sein Reich, indem er sehr verschiedenartige Räume zusammenbindet.''
Nicht um die *Verbindung* ,,verschiedenartiger Räume'' geht es, sondern um die Unterwerfung der Reste der Sklavenhaltergesellschaft und der selbständigen Dorfgemeinschaft von Bauernvölkern mit dem Ziel, sie in die Fronknechtschaft zu pressen und sich die Mehrarbeit dieser Bauern anzueignen.
Die bayerischen Stämme und den größten Teil der Sachsen hat die fränkische Großgrundbesitzerklasse unterworfen. Die oberitalienischen Städte wurden tributpflichtig gemacht.
Der größte Großgrundbesitzer war die Kirche, der zu dieser Zeit 30% des eroberten Bodens gehörten. Den Bauern blieb kaum genug zum Leben, den Rest eignete sich die entstehende Feudalklasse an, sei es in Form tagelanger Fronarbeit oder der Ablieferung eines Drittels der Ernte.
Am Ende seiner Regierungszeit gab es im Heiligen Römischen Reich kaum noch freie Bauern. Die ehemals freien Bauern zwang er in die Leibeigenschaft. Kein Jahr verging, in dem er nicht die fränkischen Bauern zwang, an seinen Eroberungsfeldzügen teilzu-

nehmen, auf denen sich die Bauern auch noch selbst versorgen mußten.

Das hat zu einer immer tieferen Verschuldung der Bauern geführt, bis sie schließlich mürbe und bereit waren, sich der Oberherrschaft eines Klosters oder Großgrundbesitzers zu unterwerfen.

Nie versäumte Karl es, seine Eroberungsfeldzüge als Kreuzzüge zur Verbreitung des Christentums durch die Kirche erklären zu lassen. Bereits bei der ersten Besetzung Sachsens teilte er das Land in Missionssprengel ein und ließ Klöster – Militärstützpunkte – errichten.

Die Sachsen haben sich dagegen wiederholt erhoben. 15 Jahre lang haben sie gegen die Aufzwingung der Feudalherrschaft gekämpft. Sie völlig zu besiegen, ist nie gelungen. Tausende wurden nach einem Verrat des sächsischen Adels niedergemetzelt – Zehntausende als Fronbauern zwangsdeportiert und verkauft.

Daß Karl der Große und die fränkische Feudalklasse damit durchgekommen ist, erkennt die Finanzbourgeoisie vorbehaltlos an. Die Arbeiter und Bauern eines solch riesigen Territoriums, wie es sich Karl der Große unterwerfen konnte, ausbeuten zu können, ist ein heißer Wunschtraum der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

,,Vater Europas'' ist der Kosename, mit dem die bürgerlichen Geschichtsschreiber Karl den Großen belegt haben. Für Hegemonialpolitik in Europa ist er tatsächlich kein schlechtes Vorbild. Mit den Gebieten Deutschlands und Frankreichs als Ausgangsbasis erprobte er die Expansion nach Süden wie nach Osten. ,,Niemand war sich in Rom zu Lebzeiten Karls des Großen im unklaren, wer der Herr der Christenheit war.'' (F. Heer) Karl hatte die Aufgabe der Unterwerfung Italiens gelöst, an der das westdeutsche Finanzkapital erneut mit aller Kraft arbeitet. Auch die Ausplünderung Spaniens war bereits ein Projekt Karls des Großen. Eines freilich, bei dem er sich durch den Kampf der Basken einen blutigen Kopf holte, was die Imperialisten noch immer im Rolandslied betrauern lassen. Entschlossen sind die westdeutschen Imperialisten, es diesmal mit der Eingliederung Spaniens in die EG geschickter einzufädeln.

Als entscheidendes Verdienst würdigen die Bourgeois die Niederwerfung der sächsischen Bauern in erbitterten Kämpfen, wodurch die Voraussetzungen für die spätere Ostkolonisation durch die Hanse im Bündnis mit dem Feudaladel geschaffen wurden. Bei jedem der Raubzüge der deutschen Reichsbourgeoisie nach Osten in diesem Jahrhundert hat diese Kolonisato-



Das Gleichnis vom Schuldner: Drohung an die Bauern, ihre Schulden zu bezahlen. ,,Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat... die Staatssekretäre Lahnstein und Rohwedder aufgefordert, bei den bevorstehenden Umschuldungsverhandlungen mit der Türkei mit Nachdruck auf eine befriedigende Lösung auch für die nichtversicherten deutschen Forderungen hinzuwirken. Fest steht, daß ausländische Hilfe allein die türkische Wirtschaft nicht in Ordnung bringen kann, sondern die Türkei dazu beitragen muß, daß sie aufhört, eine Verbrauchswirtschaft zu sein.'' (Handelsblatt, 14.9.78)

rengeschichte die Rechtfertigung geliefert. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' knüpft daran an: ,,Die Heidenapostel aus dem ersten Jahrtausend leisten noch heute gute Dienste. Der Besuch ihrer Gräber gibt den christlichen Rahmen für die Begegnungen nach Jahren der Spannungen und Belastungen. Die Heiligen-Geschichten weben die Struktur und bereiten den Boden, auf dem Wyszinsky sich bei seinem ersten Aufenthalt in der Bundesrepublik bewegt.'' (22.9.78) Umgekehrt, versteht sich.



sen. Entschlossen sind die westdeutschen Imperialisten, es diesmal mit der Eingliederung Spaniens in die EG geschickter einzufädeln.
Als entscheidendes Verdienst würdigen die Bourgeois die Niederwerfung der sächsischen Bauern in erbitterten Kämpfen, wodurch die Voraussetzungen für die spätere Ostkolonisation durch die Hanse im Bündnis mit dem Feudaladel geschaffen wurden. Bei jedem der Raubzüge der deutschen Reichsbourgeoisie nach Osten in diesem Jahrhundert hat diese Kolonisato-

rengeschichte die Rechtfertigung geliefert. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' knüpft daran an: ,,Die Heidenapostel aus dem ersten Jahrtausend leisten noch heute gute Dienste. Der Besuch ihrer Gräber gibt den christlichen Rahmen für die Begegnungen nach Jahren der Spannungen und Belastungen. Die Heiligen-Geschichten weben die Struktur und bereiten den Boden, auf dem Wyszinsky sich bei seinem ersten Aufenthalt in der Bundesrepublik bewegt.'' (22.9.78) Umgekehrt, versteht sich.



Das Frankenreich unter Karl dem Großen im Jahr 814. ,,Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Ansprache daran, daß Europa nicht an der Elbe oder an der Werra ende, sondern bis zum Ural reiche. Ein vereintes Europa ohne die osteuropäischen Völker sei für ihn undenkbar: ‚Wer aus der Geschichte lernen will, der weiß, das geschichtliche Europa umfaßt Rom und Byzanz, es umfaßt Oxford und Sagorsk, es umfaßt Aachen und Prag, es umfaßt Warschau und Paris.' '' **(Schmidt beim Deutschen Katholikentag)**